G 1800 E

Blätter für deutsche und internationale Politik

Aus dem Inhalt

Dr. Karlheinz Deschner
Franz Josef Strauß, der Architekt Europas

Prof. Dr. Bernard Delfgaauw, Groningen
Deutschland und der Frieden

Eberhard Czichon
Hermann Josef Abs, Bankier und Politiker (I)

Knut Nevermann
Zum Selbstverständnis der Studentenvertretung

Klemens Keplicz, Warschau
Polens Europa-Vision

Prof. Dr. Hans-Werner Bartsch, D. D.
Der Vietnam-Krieg und der Rassenkonflikt in den USA

Einzelheft 3,- DM
Abonnement monatlich 2,50 DM
Studentenabonnement 2,— DM

Juli 7 1967
XII. Jahrgang

INHALT

Chronik des Monats Juni 1967 645

Kommentare und Berichte

Genf unter Zeitdruck (Horst Heiden) 648

Unser aller Nahost-Krieg (Johannes Weidenheim) 650

Die Souveränitätslegende (Paul Neuhöffer) 655

Dr. Karlheinz Deschner, Franz Josef Strauß, der Architekt Europas — Analyse seines Buches „Entwurf für Europa" 660

Prof. Dr. Bernard Delfgaauw (Groningen), Deutschland und der Frieden 676

Eberhard Czichon, Hermann Josef Abs, Bankier und Politiker 687

Marianne Regensburger, Der „Berlinische Unwille" 703

Knut Nevermann, Zum Selbstverständnis der Studentenvertretung 708

Klemens Keplicz (Warschau), Polens Europa-Vision 719

Prof. Dr. Hans-Werner Bartsch, D. D., Der Vietman-Krieg und der Rassenkonflikt in den USA 726

Anmerkungen Zuschriften

Leserbrief von Prof. Dr. Anton Neuhäusler 732

Fernseh-Spalte

Der „Röhmputsch" (E. H. Wahl) 733

Bücher

Bücher über die DDR (III) (Dr. Wolfgang Plat) 734

Neuerscheinungen / Eingesandte Bücher 739

Dokumente zum Zeitgeschehen

Wortlaut der Karlsbader Erklärung der kommunistischen und Arbeiterparteien Europas 741

Blätter für deutsche und internationale Politik

Herausgeber Hilde Bentele
Gerhard Gollwitzer
Anton Neuhäusler
Manfred Pahl-Rugenstein
Harold Rasch
Hermann Rauschning
Viktor Renner
Hans Rheinfelder
Helmut Ridder
Robert Scholl
Karl Graf von Westphalen
Ernst Wolf

XII. Jahrgang | Juli 1967 | Heft 7

Chronik des Monats Juni 1967

1. 6. — Naher Osten. Im Rahmen einer umfassenden Kabinettsumbildung erhält General Moshe Dayan das Amt des israelischen Verteidigungsministers und Oberkommandierenden der Streitkräfte. Dayan hatte im Oktober 1956 den „Sinai-Feldzug" befehligt. — Am 2. 6. warnt Staatspräsident de Gaulle: Frankreich werde den Staat, der als erster zu den Waffen greife, verurteilen. — Am 4. 6. tritt der Irak dem Ende Mai zwischen Jordanien und der VAR geschlossenen Verteidigungspakt bei. — Am 5. 6. kommt es zu ersten Kämpfen an der israelisch-ägyptischen Grenze. Israelische Truppen rücken auf der Sinai-Halbinsel und später auch auf jordanischem Territorium vor und vernichten in mehreren Überraschungsangriffen den größten Teil der ägyptischen Luftwaffe. Jordanien, Kuwait, der Sudan, der Jemen und Algerien erklären Israel den Krieg. — Am 6. 6. besetzen israelische Streitkräfte die zu Jordanien gehörende Altstadt von Jerusalem. Die meisten arabischen Staaten brechen die diplomatischen Beziehungen zu den USA und Großbritannien ab, die sie der Hilfeleistung für Israel beschuldigen. In Bagdad beschließt eine „Konferenz der arabischen Erdölstaaten" die Einstellung der Lieferungen an alle Länder, „die Israel direkt oder indirekt unterstützen". Den im arabischen Raum tätigen westlichen Gesellschaften werden Sanktionen für den Fall einer Umgehung des Verbots angedroht. Die VAR stellt den Betrieb im Suez-Kanal ein. In einer einstimmig angenommenen Entschließung des Sicherheitsrates werden „die beteiligten Regierungen" aufgerufen, alle Maßnahmen „für eine umgehende Feuereinstellung und für eine Beendigung aller militärischen Operationen" zu ergreifen. Der sowjetische UN-Delegierte Nikolai Fedorenko verlangt die Verurteilung Israels als Aggressor. — Am 7. 6. rücken israelische Truppen auf allen Fronten weiter vor und beziehen Stellungen an der Straße von Tiran und in unmittelbarer Nähe des Suez-Kanals. Der Sicherheitsrat billigt (wiederum einstimmig) einen sowjetischen Resolutionsentwurf, der den Appell auf sofortige Feuereinstellung erneuert. — Am 9. 6. wird in Moskau nach einer überraschend einberufenen Zusammenkunft ein Kommunique osteuropäischer Regierungs- und Parteichefs (darunter Staatspräsident Tito) veröffentlicht, in dem es heißt, die „infolge der Aggression Israels entstandene Lage" sei ein „Ergeb-

nis des Komplotts bestimmter imperialistischer Kräfte, in erster Linie der USA, gegen die arabischen Staaten". Die Teilnehmer fordern Israel auf, alle Truppen hinter die Waffenstillstandslinie vom 5. Juni 1967 zurückzuziehen. — Am 10. 6. meldet der Beauftragte des UN-Generalsekretärs im Nahen Osten, der norwegische General Odd Bull, die vom Sicherheitsrat angeordnete Waffenruhe werde nach mehreren vorausgegangenen Zwischenfällen jetzt „vollständig und in jeder Weise" befolgt. Die sowjetische Regierung teilt den Abbruch ihrer diplomatischen Beziehungen zu Israel mit. Den gleichen Beschluß fassen Bulgarien, Ungarn, die Tschechoslowakei, Polen und Jugoslawien. — Am 11. 6. äußert Verteidigungsminister General Dayan in einem Fernseh-Interview, Israel wolle den eroberten Gaza-Streifen und die jordanischen Territorien westlich vom Jordan „nie mehr zurückgeben". — Am 21. 6. bezeichnet Staatspräsident de Gaulle die andauernde „amerikanische Intervention" in Vietnam als das wichtigste Hindernis für eine friedliche Beilegung des Konflikts zwischen Israel und seinen arabischen Nachbarn. Der Krieg in Vietnam habe den psychologischen und politischen Prozeß im Mittleren Osten herbeigeführt. De Gaulle verurteilt gleichzeitig die Eröffnung der Feindseligkeiten durch Israel. Frankreich werde keine durch militärische Aktionen erreichte Gebietsveränderung anerkennen. — Am 27. 6. verabschiedet das israelische Parlament drei Gesetze, die die Regierung ermächtigen, den jordanischen Teil Jerusalems administrativ in den Staat Israel einzugliedern.

2. 6. — Berlin. Während einer Demonstration gegen die Anwesenheit des Schahs von Persien in Berlin, in deren Verlauf die Polizei mit Knüppeln und Wasserwerfern gegen Demonstranten und Passanten vorgeht, wird der 26jährige Student Benno Ohnesorg von einem Kriminalbeamten erschossen. Die Erklärung des Regierenden Bürgermeisters Albertz, er billige das Vorgehen der Polizei, führt zu heftigen Reaktionen in der Öffentlichkeit. Auf verschiedenen Protestveranstaltungen der Studenten wird der Rücktritt des Regierenden Bürgermeisters, des Innensenators Büsch und des Polizeipräsidenten Duensing gefordert. Duensing beantragt später seine zeitweilige Beurlaubung. — Am 23. 6. konstituiert sich ein parlamentarischer Ausschuß zur Untersuchung der Vorgänge.

— Vietnam. Das Außenministerium in Moskau protestiert gegen die Bombardierung des sowjetischen Frachters „Turkestan" im nordvietnamesischen Hafen Kampha durch US-Flugzeuge. Die sowjetische Regierung behalte sich „im Falle einer Wiederholung solcher Handlungen von seiten der amerikanischen Streitkräfte" vor, „geeignete Maßnahmen zu treffen, um die Sicherheit ihrer Schiffe zu gewährleisten".

4. 6. — Niedersachsen. Stimmenverluste für die Sozialdemokraten (die mit drei Sitzen Vorsprung stärkste Partei bleiben) und die Freien Demokraten, Gewinne für die Christlichen Demokraten und die Nationaldemokratische Partei sind das Ergebnis der Wahlen zum Landesparlament. Zusammensetzung des neuen Landtages: SPD 66, CDU 63, FDP 10 und NPD 10 Mandate.

9. 6. — V A R. Staatspräsident Gamal Abdel Nasser gibt in einer Rundfunkrede seinen Verzicht „auf alle amtlichen Funktionen" bekannt. In Kairo und anderen ägyptischen Städten finden Massenkundgebungen zugunsten des Präsidenten statt. Nasser wird auch von der Nationalversammlung aufgefordert, im Amt zu bleiben, Nasser widerruft seine Entscheidung und bleibt im Amt.

13. 6. — Bundesrepubik / DDR. Der Bundeskanzler läßt in Ostberlin die Antwort auf ein Schreiben des DDR-Ministerpräsidenten Stoph vom 10. Mai überreichen. Kiesinger, der in seinem Brief auf die Vorschläge Stophs (u. a. hatte dieser ein Treffen der beiden Regierungschefs angeregt) nicht eingeht, empfiehlt Gespräche über „praktische Fragen des Zusammenlebens der Deutschen" zwischen gegenseitig beauftragten Personen „ohne politische Vorbedingungen". — Am 14. 6. heißt es in einer Interpretation der Bundesregierung, die Beantwortung des Stoph-Briefes bedeute keine Änderung des bisherigen „Rechtsstandpunktes", nach dem „eine Anerkennung des anderen Teiles Deutschlands als eines zweiten deutschen Staates nicht in Betracht gezogen werden kann". — Am 15. 6. erklärt die Nachrichtenagentur ADN unter Berufung auf Regierungskreise, die DDR sei zu Gesprächen zwischen Beauftragten der Regierungen in Berlin und

Bonn bereit, deren Zweck es jedoch sein müsse, eine Zusammenkunft zwischen Bundeskanzler Kiesinger und Ministerpräsident Stoph vorzubereiten. — Am 16. 6. kommentiert der DDR-Staatsratsvorsitzende Walter Ulbricht die Korrespondenz mit den Worten: „Wenn die Bonner Regierung ernsthaft Kontakte wünscht, so muß man mit Regierungskontakten beginnen." — Am 21. 6. weist Ministerpräsident Stoph in einem Interview die „aggressive und rechtswidrige Alleinvertretungsanmaßung" der Bundesregierung zurück. „Normale menschliche Beziehungen der Bürger zweier deutscher Staaten" setzten „normale Beziehungen zwischen den Regierungen dieser Staaten" voraus.

13.—14. 6. — NATO. Der Ministerrat tritt in Luxemburg zusammen und erörtert aktuelle Fragen. Außenminister Rusk unterrichtet den Rat über eine Neufassung des amerikanischen Entwurfs für einen Kernwaffensperrvertrag.

16. 6. Frankreich. In der (nach der Ablehnung im Senat) notwendig gewordenen dritten Lesung in der Nationalversammlung erhält Staatspräsident de Gaulle die geforderten Sondervollmachten zum Erlaß von Gesetzen auf wirtschafts- und sozialpolitischem Gebiet unter Umgehung des Parlaments. Bei der Abstimmung bleibt die Opposition mit ihrem Tadelsantrag gegen die Regierung mit sieben Stimmen in der Minderheit.

17. 6. — UNO. Die Vollversammlung der Vereinten Nationen tritt auf Antrag der Sowjetunion (der entsprechend den Satzungsbestimmungen von mehr als der Hälfte der UN-Mitglieder unterstützt wurde) zu einer Sondersitzung über die Lage im Nahen Osten zusammen. An der Tagung nehmen zahlreiche Regierungschefs und Außenminister teil. Ministerpräsident Kossygin, der auf seinem Flug nach New York in Paris ein ausführliches Gespräch mit Staatspräsident de Gaulle geführt hat, begründet noch einmal die schon dem Sicherheitsrat vorgetragenen sowjetischen Forderungen. Redner aus fast allen Delegationen warnen die israelische Regierung vor einer Annexion der besetzten syrischen, jordanischen und ägyptischen Gebiete. — Am 28. 6. unterbreiten 15 blockfreie Staaten einen entsprechenden Resolutionsentwurf.

— China. Über einem Versuchsgelände im westlichen Teil der Volksrepublik China explodiert die erste chinesische Wasserstoffbombe. In einem Kommunique wiederholt die Regierung in Peking: „Zu keinem Zeitpunkt und unter keinen Umständen wird China als erster Kernwaffen einsetzen."

21.—25. 6. — EKD. In Hannover findet der 13. Deutsche Evangelische Kirchentag statt.

23. 6. — Sowjetunion/USA. Ministerpräsident Kossygin und Präsident Johnson treffen sich zu einem Meinungsaustausch in Glassboro im amerikanischen Bundesstaat New Jersey. Aus der Umgebung der beiden Staatsmänner, in deren Begleitung sich die Außenminister und eine große Zahl politischer Experten befinden, verlautet, es seien die Lage im Nahen Osten, der Krieg in Vietnam und die immer noch bestehenden Differenzen in der Frage eines Atomwaffensperrvertrages behandelt worden. Kossygin und Johnson setzen ihre Gespräche am 25. 6. fort.

27. 6. — DDR. Das „Neue Deutschland" publiziert einen „Offenen Brief" des SED-Zentralkomitees an die „Mitglieder und Anhänger der Christlich-Demokratischen Union und der Christlich-Sozialen Union in der westdeutschen Bundesrepublik". Bundeskanzler Kiesinger wird darin u. a. vorgeworfen, er vertrete ein Programm der „verschärften Expansion" und beharre auf der „annexionistischen Alleinvertretungsanmaßung".

29. 6. — Notstand. Dem Bundestag liegt die Regierungsvorlage für eine „Notstandsverfassung" zur ersten Lesung vor. Bundesinnenminister Lücke begründet den Gesetzentwurf. Der Abgeordnete Dorn kritisiert im Namen der FDP-Fraktion vor allem die sozialdemokratischen Minister, denen er einen Sinneswandel und das Abgehen von Beschlüssen früherer SPD-Parteitage vorwirft. Die Vorlagen werden den zuständigen Ausschüssen zur Beratung überwiesen.

30. 6. — GATT. Vertreter von 49 Staaten unterzeichnen in Genf ein Protokoll, in dem die Ergebnisse der „Kennedy-Runde" (u. a. partielle Zollsenkungen und Antidumping-Bestimmungen) niedergelegt sind. Gleichzeitig werden Argentinien, Irland, Island und Polen als Vollmitglieder in die GATT-Organisation aufgenommen.

Eberhard Czichon

Hermann Josef Abs, Bankier und Politiker (I)

Den Gepflogenheiten seines Bankinstitutes entsprechend, legte Hermann Josef Abs einige Monate nach seinem 65. Geburtstag, am 30. Mai 1967, den Posten des Vorstandssprechers der Deutschen Bank nieder. Zu seinen Nachfolgern wurden als gleichberechtigte Vorstandssprecher Franz Heinrich Ulrich und Dr. Karl Klasen bestellt, die beide seit 1935 der Deutschen Bank angehören und langjährige Vertraute von Hermann Josef Abs sind. Abs übernahm den Vorsitz des Aufsichtsrates und wird von da aus die Fäden in der Hand behalten. Die Kontinuität in der Konzeption des mächtigsten deutschen Bankhauses ist damit gewahrt.

Hermann Josef Abs, der außerdem in den Aufsichtsräten und Vorständen nahezu aller entscheidenden Konzerne vertreten ist, spielt in Wirtschaft und Politik der Bundesrepublik unverändert eine bedeutende Rolle. Noch am 28. Juni dieses Jahres hat er sich vor der Auslandspresse in Bonn für eine Fortsetzung der Großen Koalition über das Jahr 1969 hinaus ausgesprochen, falls bis dahin nicht die „anstehenden wirtschaftlichen und finanzpolitischen Probleme gelöst" sein sollten. Und Bundespräsident Lübke schlug Hermann Josef Abs noch während der Regierungskrise Ende des vergangenen Jahres in völliger Verkennung des für die deutsche Industrie bestehenden ungeschriebenen Gesetzes, nur in Zeiten der allergrößten Not selbst in die politische Verantwortung einzutreten, zum Bundeskanzler vor. Es ist ein offenes Geheimnis, daß Abs zu den Förderern von Franz Josef Strauß und Kurt Georg Kiesinger gehört und einer der eifrigsten Befürworter der Regierung der Großen Koalition ist. Abs hat als einflußreichster Sprecher der Großbanken und der Großindustrie von Anfang an die westdeutsche Nachkriegspolitik mitbestimmt. Weniger bekannt als sein Einfluß auf die Regierungspolitik seit 1949 ist indessen die Rolle, die er bis 1945 gespielt hat. Obwohl Hermann Josef Abs auf einer vom US-Justice-Department publizierten Kriegsverbrecherliste (Liste der ökonomischen Kriegsverbrecher A 31/110, Washington März 1945) stand und ihn auch die amerikanische Militärregierung im November 1946 als einen schwer belasteten Nazi (vgl. Office of Military Government of the USA — OMGUS — Bericht über die Tätigkeit der Deutschen Bank AG, November 1946) bezeichnete, entwarf eine wohlwollende Publizistik sehr bald das bekannte harmlose Bild vom erfolgreichen, jenseits der nationalsozialistischen Okkupationspolitik stehenden Geschäftsmann. (Vgl. dazu u. a. Simoneits seit langem auf der Bestsellerliste geführtes Buch „Die neuen Bosse", Düsseldorf-Wien 1966.)

Nun hat soeben der junge Historiker Eberhard Czichon die Auswertung der Akten der Deutschen Bank abgeschlossen, die in den feuersicheren Panzerschränken im Keller der Berliner Mauerstraße Luftangriffe und Stadtkämpfe überstanden haben. Es handelt sich um die persönliche Handakte von Hermann Josef Abs, die Akten seines Auslandssekretariats aus den Jahren 1938 bis 1945 und die Akten des Generalsekretariats und der Kanzlei der Deutschen Bank. Czichon wird aufgrund dieses Quellenmaterials von über 20 000 Seiten ein Buch

über Hermann Josef Abs herausbringen. Im nachfolgenden Beitrag, dessen zweiter und dritter Teil in den nächsten Heften der „Blätter" erscheinen, gibt Czichon einen Überblick über die wesentlichen Ergebnisse seiner Quellenauswertung, ohne daß die Dokumente im einzelnen ausgebreitet werden können. Der erste Teil behandelt Aufstieg und Tätigkeit von Hermann Josef Abs bis zum Kriegsausbruch 1939. Im zweiten Teil wird das Wirken von Abs während der Kriegsjahre dargestellt. Im dritten Teil versucht der Verfasser, über die mit dem Jahre 1945 abschließenden Akten hinaus die Rolle von Hermann Josef Abs bis in die Gegenwart weiter zu verfolgen. Die Arbeit entstand unter wissenschaftlicher Beratung von Dr. Walter Grab, Tel Aviv.

Es versteht sich, daß eine auf einen Zeitschriftenaufsatz komprimierte Darstellung nur Konturen herausarbeiten kann und auf Details verzichten muß. Wir meinen dennoch, daß diese Untersuchung ohne weiteren Kommentar auskommt.

D. Red.

I

Hermann Josef Abs wurde am 15. Oktober 1901 in Bonn als Sohn des Justizrates Dr. Josef Abs geboren.[1]) Der Vater war nicht nur Rechtsanwalt und Wirtschaftsjurist, sondern auch ein tatkräftiger Unternehmer. Gemeinsam mit Carl Brendgen gründete er am 30. 12. 1908 in Brüggen an der Erft (im damaligen Bergrevier Brühl-Ankel) aus der Gewerkschaft Hubertus, den Brikettwerken C. Brendgen GmbH in Zieselmaar und der Brikettwerk Concordia GmbH in Liblar die Hubertus Braunkohlen AG, in deren Direktorium der Justizrat im Jahre 1916 neben Eduard Brendgen einzog.[2]) Sein Sohn Hermann Josef besuchte bis 1919 das Humanistische Gymnasium in Bonn und studierte dann zwei Semester Jura. Sein Onkel Robert Bürgers [3]) vermittelte ihm eine Lehrstelle als Devisenhändler beim Bankhaus Delbrück von der Heydt & Co in Köln, wo der junge Abs bis zum Jahre 1923 blieb. Er ging dann von Franz Koenigs [4]) — einem Teilhaber dieser Privatbank und Geschäftsfreund von Robert Bürgers — empfohlen zur weiteren Ausbildung nach Amsterdam in die Rhodius-Koenigs Handel-Maatschappij. Nachdem er 1924 in den Aufsichtsrat des väterlichen Unternehmens gewählt worden war [5]), wurde der versierte Bankkaufmann bereits im Jahre 1928 zum Direktor des Hauses ernannt.[6]) Die Hubertus Braunkohlen AG konnte jedoch, da sie nur 3,1 Millionen RM Aktienkapital besaß, den Anforderungen der Konkurrenz nicht mehr standhalten. Um ihre Verbindlichkeiten abzudecken und dem Unternehmen gleichzeitig eine stabilere Kapitalbasis zu geben, mußte sie über das Bankhaus Sal.

---

1) Deutsches Wirtschaftsinstitut Berlin, Akten der Deutschen Bank AG (benutzt wurden Fotokopien der Originale) Nr. 6520 Deutsch-Amerikanischer Wirtschaftsverband Bd. 1, Generalsekretariat; Abs, Schriftwechsel; Schreiben von Frl. K. Luchmann (Sekretärin von Hermann Josef Abs) an Muncks vom 30. 9. 1938, dem ein ausführlicher Personalreport beilag, dessen Kopie von Abs handschriftlich abgezeichnet ist.

2) Jahrbuch der deutschen Braunkohlen-, Steinkohlen-, Kali- und Erzindustrie 1911, Halle/Saale 1911, S. 55; vgl. Handbuch der Aktiengesellschaften 1914/1915, Berlin 1915, S. 835 f.; ferner: Adreßbuch der Direktoren und Aufsichtsräte 1916, Berlin 1916, S. 2.

3) Akten der Deutschen Bank AG (im folgenden als ADB bezeichnet) Nr. 5961 Deutsche Bank AG Bd. 12 Generalsekretariat; Abs, Beirats-Korrespondenz; Schreiben von Robert Bürgers an Hermann Josef Abs vom 31. 3. 1938; dazu vgl. Adreßbuch 1921, S. 175.

4) Adreßbuch 1921, S. 724; Franz Koenigs war Teilhaber der Bankhäuser Delbrück von der Heydt & Co in Köln, von Delbrück, Schickler & Co in Berlin sowie Direktor des Bankhauses Rhodius-Koenigs Handelsmaatschappij N.V. in Amsterdam.

5) Adreßbuch 1924, S. 2.

6) Adreßbuch 1929, S. 2.

Oppenheim jr. & Cie [7]) die Hilfe des ebenfalls jüdischen Petschek-Konzerns [8]) in Anspruch nehmen. Über einen Pool-Vertrag vom 18. Dezember 1926 wurden die Schulden der Hubertus AG abgedeckt und das Grundkapital auf 4,3 Millionen RM erhöht, wobei allerdings die Aktienmajorität an die Deutsche Industrie AG und die Holimont Industrie AG (beide Holding-Gesellschaften von Petschek) übergingen.[9])

Im Januar 1929 kehrte der voll ausgebildete und international erfahrene Devisenhändler nach Deutschland zurück. Auf Empfehlung seines väterlichen Freundes Koenigs wurde er Prokurist im Berliner Bankhaus Delbrück, Schickler & Co, an dem Koenigs ebenfalls beteiligt war.[10]) Diese Privatbank wurde für Abs das Sprungbrett in die Führungsschicht der deutschen Großindustrie. War er anfangs nur im Aufsichtsrat einiger kleinerer Betriebe vertreten, wie u. a. der Lederfabrik H. J. Wiese Söhne AG in Neumünster [11]), so drängte er bald in die Kontrollorgane bedeutenderer Unternehmungen vor.[12])

Nach einer Manipulation mit „nichtarischen" Aktien im Jahre 1933 [13]) gelang es ihm 1935, Teilhaber beim Bankhaus Delbrück, Schickler & Co zu werden; als ein jüdischer Teilhaber ausscheiden mußte, übernahm Abs dessen Aufsichtsratsmandate und war somit in einer wirtschaftlich gut fundierten Position. 1937 wurde ihm angetragen, in den Vorstand einer der größten Aktienbanken, der Deutschen Bank AG, einzutreten.

Um die weitere Laufbahn Abs' würdigen zu können, muß zunächst dargelegt werden, welche Funktion dieses Bankinstitut innerhalb der deutschen Großindustrie besaß und welche Interessengruppen der Industrie es vertrat. Die Deutsche Bank AG wurde 1870 von Ludwig Bamberger und Georg Siemens mit Unterstützung verschiedener Privatbankhäuser — zu denen auch Adalbert Delbrück gehörte — gegründet [14]), um die traditionell-konservative Methodik und Praxis der Banken zu modernisieren. Das war dringend erforderlich, da die deutsche Industrie zur Reichsgründungszeit an Bedeutung stark gewonnen hatte [15])

---

7) Zu diesem Bankhaus vgl.: Kurt Pritzkoleit, Männer — Mächte — Monopole, Hinter den Türen der westdeutschen Wirtschaft, Düsseldorf 1953, S. 32 f.; K. Pritzkoleit, Bosse — Banken — Börsen, Herren über Geld und Wirtschaft, Wien-Basel-München 1954, S. 316 ff.

8) Unter dem Terminus „Petschek-Konzern" wird in der Literatur ein Komplex von Thüringisch-Sächsischen und Lausitzer Braunkohlengruben nebst Brikettfabriken verstanden, der sich im Besitz der tschechisch-jüdischen Familie Petschek befand. Zum Konzern gehörten zwei Gruppen: einmal die Julius-Petschek-Gruppe (sie besaß im wesentlichen die Werschen-Weißenfelser Braunkohlen AG und die Anhaltinischen Kohlenwerke AG) und zum anderen die Ignaz-Petschek-Gruppe (zu der die Ilse-Bergbau AG, die Niederlausitzer Kohlenwerke AG, die Phoenix AG für Braunkohlenverwertung, die Braunkohlenwerke Leonhardt AG, die Braunkohlenwerke Borna AG und die Helimont-Industrie AG sowie Deutsche Industrie AG als Holdinggesellschaften zu rechnen wären). Vgl. Heinz Thieleke, Die Arisierung des Flick-Konzerns, in: FALL 5, Anklageplädoyer, ausgewählte Dokumente, Urteil des Flick-Prozesses, Berlin 1965, S. 394 ff.

9) ADB Nr. 4365 Hubertus Braunkohlen AG Bd. 4 Generalsekretariat; Abs, Allgemeiner Schriftwechsel; Schreiben von Dr. Josef Abs an Hermann Josef Abs vom 28. 1. 1939 mit dem Entwurf eines Schreibens von Dr. Josef Abs an den Oberfinanzpräsidenten in Köln vom 25. 1. 1939; Verzeichnis der Aktionäre der Hubertus Braunkohlen AG zur Generalversammlung am 13. 4. 1933; vgl. Handbuch 1926, S. 2373—2374.

10) Berliner Handels-Register, Berlin 1930, S. 80.

11) Adreßbuch 1932, S. 2; dazu: Handbuch 1932, S. 1443.

12) Adreßbuch 1935, S. 2: Hermann Josef Abs ist Vorsitzer des Aufsichtsrates der J. H. Wiese & Söhne AG sowie Mitglied des Aufsichtsrates der Maschinenbau AG Balcke, der Gummiwerke Fulda AG, der Hubertus Braunkohlen AG, der Internationalen Maratti-Maschinen-Verkaufs AG, der Schlesischen Berg- und Hüttenwerke AG; vgl. hierzu: Adreßbuch 1937, S. 2: in diesem Jahr nahm er noch zusätzlich folgende Aufsichtsratsmandate ein: bei der I. Rinkel AG, der Vereinigten Altenburger und Stralsunder Spielkartenfabrik AG, der EPA AG, der Rudolf Karstadt AG, der Kasseler Druck- und Färberei AG, der Luxemburger Unionsbank Anon. Gesell., der Pittler Werkzeugmaschinenfabrik AG und der Vereinigten Oberschlesischen Hütten AG sowie der Walther & Cie AG.

13) Im Jahre 1956 klagte der von dieser Manipulation betroffene Albrecht Kirkpatrick gegen Abs wegen „sittenwidriger" Spekulation zugunsten dritter Personen; vgl. „Deutsche Woche", München, vom 30. 11. 1960; „Die Andere Zeitung", Hamburg, 1. Januar-Woche 1961.

14) Hellmut Gebhard, Die Berliner Börse von den Anfängen bis zum Jahre 1896, Berlin 1928, S. 47 ff.; Jacob Riesser, Die deutschen Großbanken und ihre Konzentration im Zusammenhang mit der Entwicklung der Gesamtwirtschaft in Deutschland, Jena 1910.

15) Hierzu: Helmut Böhme, Deutschlands Weg zur Großmacht, Studien zum Verhältnis von Wirtschaft und Staat während der Reichsgründungszeit 1848—1881, Köln-Berlin 1966.

und zu der von ihr angestrebten wirtschaftlichen Expansion [16]) Finanz-Institute brauchte, die sie auf dem Weltmarkt konkurrenzfähig machen sollten. Siemens faßte den Gedanken, die Kreditwirtschaft fortan als Instrument zur Mobilisierung des Kapitalbesitzes nutzbar zu machen. Nach seinen Vorstellungen durfte eine moderne Bank einem Industrieunternehmen für Investitionen die erforderlichen Kredite nur unter bestimmten Bedingungen gewähren: Sie mußte einen klaren Einblick in den finanziellen Status des Unternehmens gewinnen und gleichzeitig ihren Vertreter in den Aufsichtsrat entsenden können.[17]) Infolge dieser neuen Funktionsbestimmung wuchsen die Banken aus ehemaligen Geldvermittlern zu Kapitalunternehmungen, zu Konzentrationspunkten und damit zu Stimulanten und Dirigenten ganzer Industriegruppierungen heran.[18]) Ähnliche Aufgaben übernahmen nach und nach auch die übrigen Aktienbanken. Über Filialen im In- und Ausland, Tochterbanken und abhängige Privatbanken bauten die Aktienbanken ihre kreditorische und darauf basierend ihre ökonomische Macht durch den Ankauf von Besitzaktien, durch Verwahrung und Rechtswahrnehmung ihnen von Dritten übergebener Depotaktien und nicht zuletzt durch den jeweiligen Führungsanspruch in Konsortial-Kollegien bei der Aufbringung hoher und langfristiger Kredite und Anleihen systematisch aus.[19]) Die Manager der Deutschen Bank AG konzentrierten sich dabei besonders auf die Großbetriebe der Chemie-, Elektro- und der optischen Industrie, also auf Industriezweige, die für die wissenschaftlich-technische Entwicklung in den kommenden Jahrzehnten immer bedeutungsvoller werden sollten.

Diese Finanz-Industrie-Gruppe gehörte nicht zu den frühen Manipulatoren einer nationalsozialistischen Herrschaftsform. Ihre Repräsentanten unterstützten die Bürgerblockregierungen der Weimarer Republik, das Kabinett der Großen Koalition (1928—1930) und schließlich die Politik des Reichskanzlers Brüning, da sie annahmen, ihre Interessen auch weiterhin mit jenen bewährten Massenstrukturen durchsetzen zu können, von denen diese Kabinette getragen wurden. Die Anfänge der Manipulation der Kanzlerschaft Hitlers gingen vielmehr von den markantesten Vertretern der Gruppierung der deutschen Montan- und Schwerindustrie aus. Hitler an die Macht zu bringen, gelang ihnen aber erst in dem Moment, als die Finanz-Industrie-Gruppe der Chemie- und Elektroindustrie unter den verschärften Bedingungen der Wirtschaftskrise im Spätherbst 1932 zu einem politischen Bündnis mit der deutschen Montan- und Schwerindustrie bereit war, um zugunsten einer forcierten militärischen Aufrüstung die demokratische Staatsform in Deutschland zu beseitigen.[20])

Das Zusammenspiel der Finanz-Industrie-Gruppen, beziehungsweise ihr Ringen um die Priorität innerhalb der Führungsschicht der gesamten Industrie, des Oligopols [20a]), ist sehr aufschlußreich und kann nur analysiert werden, wenn die

---

16) A. S. Jerussalimski, Die Außenpolitik und die Diplomatie des deutschen Imperialismus Ende des 19. Jh., Berlin 1954; W. I. Lenin, Der Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus, Berlin 1947.
17) K. Pritzkoleit, Bosse — Banken — Börsen, S. 109.
18) I. M. Faingar, Die Entwicklung des deutschen Monopolkapitals, Berlin 1959; Jürgen Kuczynski, Die Soziologie des imperialistischen Deutschland, in: Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte 1962, Teil II, Berlin 1962, S. 11—90.
19) Hans Radandt, Zu den Beziehungen zwischen dem Konzern der Deutschen Bank und dem Staatsapparat bei der Vorbereitung des Zweiten Weltkrieges, in: Der deutsche Imperialismus und der Zweite Weltkrieg, Bd. 2, Berlin 1961, S. 9—51.
20) Diese Problematik wird ausführlich behandelt bei: Eberhard Czichon, Wer verhalf Hitler zur Macht? Zum Anteil der deutschen Industrie an der Zerstörung der Weimarer Republik, Köln 1967; vgl. ebenfalls: L. I. Ginzberg, Tenj faschistskoi svastiki. Kak Hitler prischol k vlasti, Moskva 1967.
20a) Im folgenden bezeichne ich die führende Schicht des deutschen Bürgertums (der herrschenden Klasse), die gesellschaftlichen Träger des ökonomischen und politischen Machtmonopols, als „Oligopol". Seine Struktur fasse ich als einen Pluralismus zweier um die Priorität im Oligopol rivalisierender Finanz-Industrie-Gruppen auf. Zum Begriff „Klasse" vgl. W. I. Lenin, Die große Initiative, in: Ausgewählte Werke, Bd. 2, Moskau 1947, S. 576.

Gesetzmäßigkeiten der Konkurrenz erkannt sind.[21]) Zu berücksichtigen sind hierbei auch die mit diesen Gesetzmäßigkeiten korrelierenden Kräfteverhältnisse, die sich im politischen Spannungsfeld bilden. Der Kampf der Finanz-Industrie-Gruppen im Oligopol um die Priorität gilt vor allem dem Ziel, die Grundlinien der Staatspolitik zu bestimmen und ihre Realisierung zu dirigieren. Dabei kann im Laufe dieses Ringens um die Führung beobachtet werden, daß sich die einzelnen Gruppen umstrukturieren, zeitweilige Bündnisse und Kompromisse eingehen, stets jedoch versuchen, sich gegenseitig durch Aktienmanipulationen zu unterwandern.[22])

Mit der Reichskanzlerschaft Hitlers war es den Vertretern der Gruppierung der montanen Schwerindustrie gelungen, über die Besetzung wichtiger staatlicher Schlüsselpositionen mit den entsprechenden Vertrauensleuten die Priorität im Oligopol gegenüber der Chemie- und Elektroindustrie zu sichern. Als neuer Reichsbankpräsident [23]) organisierte Hjalmar Schacht [24]) für die alsbald anlaufende militärische Aufrüstung in einer bis dahin nicht gewagten Großzügigkeit eine Kreditschöpfung [25]), die er vorher für soziale und friedliche Projekte, wie sie von den Gewerkschaften und auch vom Reichskommissar für Arbeitsbeschaffung im Schleicher-Kabinett, Dr. Dr. Günther Gereke, vorgeschlagen worden waren [26]), strikt abgelehnt hatte. „Arbeitsbeschaffung durch produktive Aufrüstung" hieß fortan das Leitmotiv nationalsozialistischer Wirtschaftspolitik, die von einem Kabinettsausschuß für die Reichsverteidigung gelenkt [27]) und mit Schachts Kreditwechseln über die „Metallurgische Forschungs GmbH" finanziert wurde.[28]) In diesem neu einsetzenden Rüstungsboom dominierte vor allem der Krupp-Konzern.[29])

Die Deutsche Bank AG schloß sich am 29. Oktober 1929 mit der 1851 als Kommanditgesellschaft gegründeten Diskonto-Gesellschaft zur Deutschen Bank und Diskonto-Gesellschaft (DeDi-Bank) zusammen [30]), womit sie ihren Einfluß auch auf die Eisen- und Stahlindustrie ausdehnen konnte. Als die von Schacht, Thyssen, Kirdorf und Krupp repräsentierte montane Schwerindustrie mit der Nazi-Herrschaft ihre Priorität nach dem 30. 1. 1933 sicherte, war die Finanz-Industrie-Gruppe der Chemie- und Elektroindustrie jedoch nicht ohne weiteres bereit, diese anzuerkennen und sich mit dem zweiten Platz im Oligopol zufriedenzugeben.

Um ihre alten Positionen wieder zu erreichen und selbst die Grundlinien nationalsozialistischer Wirtschaftspolitik zu bestimmen, befreite sie sich schleunigst

---

21) Zur Funktion der „Konkurrenz als Existenzbedingung des Kapitals" vgl. Karl Marx, Grundrisse der Kritik der politischen Ökonomie, Rohentwurf, Berlin 1953, S. 544 f.; ferner: K. Marx, Das Kapital, Kritik der politischen Ökonomie, Bd. 1, Berlin 1947, S. 331.

22) Hierzu: Otto Reinhold/Lutz Maier u. a., Imperialismus heute — Der staatsmonopolistische Kapitalismus in Westdeutschland, Berlin 1967; sowie: W. I. Lenin, Marxismus und Staat, Berlin 1960.

23) ADB Nr. 5960 Deutsche Reichsbank Bd. 1 Generalsekretariat; Stauss, Allgemeiner Schriftwechsel; Rundschreiben von Hans Luther vom 16. 3. 1933.

24) Hjalmar Schacht, 76 Jahre meines Lebens, Bad Wörishofen 1953.

25) Wilhelm Grotkopp, Die große Krise, Lehren aus der Überwindung der Wirtschaftskrise 1929—1932, Düsseldorf 1954, S. 206—298.

26) Ebenda S. 100; Dr. Dr. Günther Gereke war 1932—1933 im Kabinett des Reichskanzlers Kurt von Schleicher Reichskommissar für Arbeitsbeschaffung; Deutsches Zentralarchiv Potsdam, Reichskommissariat für Arbeitsbeschaffung Nr. 7 Reden des Reichskommissars (1932—1933); Archiv des Vereins zur Pflege kommunalwissenschaftlicher Aufgaben, Berlin-Charlottenburg, Verband der Preußischen Landgemeinden Nr. 312 Protokolle der Sitzungen der Ausschüsse (1925—1932), Nr. 545 Delegiertentag 12. 11. 1932.

27) Hauptarchiv Berlin-Dahlem (im folgenden als HAB bezeichnet), Rep 335 (Nürnberger Prozesse) Fall 11 (Verhandlungen gegen v. Weizsäcker & Gen.), Nr. 504 Dokumentenbuch der Anklage 70 A, Beweis-Dokument EC 177.

28) Nationalarchiv der USA Alexandria/Washington (im folgenden als NAUSA bezeichnet), Microfilmcopy T 83 Roll 101, Akten der Dresdner Bank, Merkblatt für die Abwicklung des Wechselgeschäftes mit der MEFO.

29) HAB 335, Fall 10 (Verhandlung gegen Friedrich Krupp & Gen.), Nr. 173—176 Dokumentenbücher der Anklage VI—IX.

30) ADB Nr. 5961 Bd. 28 Generalsekretariat, Dr. Russell; Aufsichtsratskorrespondenz; Materialien zur Hauptversammlung am 29. 10. 1929.

von ihren „nichtarischen" Kollegen und Geschäftspartnern. Bereits am 29. Mai 1933 mußten Theodor Frank, Oscar Wassermann und Georg Solmssen als Zionisten aus dem Vorstand der DeDi-Bank ausscheiden.[31]) Am gleichen Tag wurde Hitler eine Denkschrift überreicht, in der nachdrücklich auf die Notwendigkeit einer deutschen Mineral-Öl-Industrie für eine autarke Wirtschaftsorientierung in der Aufrüstung verwiesen wurde.[32]) Vorerst gelang es jedoch Schacht, Thyssen und Krupp, ihre auf der Schwerindustrie basierende konventionelle Rüstungskonzeption durchzusetzen. Zwar erreichten die Vertreter der IG Farbenindustrie AG am 14. Dezember 1933 noch den Abschluß eines „Benzinvertrages" mit dem Staatssekretär im Reichswirtschaftsministerium Gottfried Feder [33]), der ihnen durch die Zusicherung einer staatlich garantierten Abnahme synthetischer Treibstoffe den weiteren Ausbau der recht aufwendigen Hydrieranlagen ermöglichte [34]), doch wurde Feder sofort von Schacht suspendiert, als dieser im Sommer 1934 zum Reichswirtschaftsminister avancierte.[35]) Schacht wandte sich gegen den weiteren Ausbau der Chemieindustrie sowohl aus Konkurrenzgründen als auch deshalb, weil sie seiner Rüstungskonzeption widersprach.[36])

Im Vorstand der DeDi-Bank galt das jeweils älteste und erfahrenste Mitglied als „primus inter pares". Bis zum erzwungenen Rücktritt am 29. 5. 1933 kam Georg Solmssen diese Funktion zu. Sein Nachfolger wurde Eduard Mosler [37]), der die nationalsozialistische Wirtschaftspolitik nachhaltig unterstützte [38]) und auch bestrebt war, zwischen den rivalisierenden Industrie-Gruppen im Sinne eines Bündnisses zu vermitteln und der Bank dabei ihren alten Einfluß zurückzugewinnen.[39]) Im Jahre 1935 hatte sich der nationalsozialistische Staat soweit innen- und außenpolitisch konsolidiert, daß die Industrie jede Vorsicht fallen lassen und zur offenen militärischen Aufrüstung übergehen konnte. Göring verkündete am 26. 2. 1935 den Aufbau einer deutschen Luftwaffe [40]), und Hitler proklamierte einen Monat später die Wiedereinführung der Allgemeinen Wehrpflicht.[41]) Mit diesem Sprung von der bis dahin verdeckten in die offene Militarisierung, die dazu dienen sollte, in Europa ein deutsches militärisches Übergewicht zu erreichen, gedachte Schacht seine Führungsposition im Oligopol endgültig zu festigen. Nachdem er am 3. 5. 1933 seine „Denkschrift über die Rüstungwirtschaft" [42])

---

31) ADB Nr. 5961 Bd. 37 Kanzlei, Geheimakte Urbig; Streng vertrauliche Aufzeichnung von Franz Urbig vom Juli 1933 sowie Schreiben von H. Schacht an Urbig vom 25. 9. 1934; vgl. „Frankfurter Zeitung" vom 15. 6. 1934.
32) HAB Rep 320 (Reichsministerium des Innern) Nr. 39, Schriftwechsel zwischen Frhr. von La Roche, Staatssekretär Grauert und der Reichskreditgesellschaft vom Mai und Juni 1933.
33) HAB 335, Fall 6 (Verhandlung gegen Karl Krauch & Gen.), Nr. 31 Protokoll der Verhandlung vom 12. 1. 1948, Verhör von Karl Krauch; Krauch war auf Anregung von Frhr. von La Roche zu Staatssekretär Feder gegangen; Nr. 205 DBA V Beweis-Dokument NI 881 Vertrag vom 14. 12. 1933, der von Bosch und Schmitz seitens der IG-Farbenindustrie AG und von Feder und Graf Schwerin-Krosigk (Reichsfinanzminister) unterzeichnet ist.
34) HAB 335, 6, Nr. 228 DBA XXVI Beweis-Dokument NI 9477 Affidavit von Botho Mulert (Ministerialdirigent im Reichswirtschaftsministerium); Nr. 52 Protokoll der Verhandlung vom 10. 3. 1948, Verhör von Heinrich Bütefisch; Nr. 73 Protokoll der Verhandlung vom 21. 4. 1948, Verhör von Heinrich Gattineau.
35) NAUSA Microfilmcopy T 175 Roll 194, Akten des Reichssiedlungskommissars Staatssekretär Feder, Schreiben von Feder an Hitler vom 6. 8. 1934 und Schreiben von Lammers an Feder vom 8. 8. 1934.
36) HAB 335, 6, Nr. 206 DBA VI Beweis-Dokument NI 8320 Dokumentation über die Entwicklung von Buna; Nr. 31 Verhör von Krauch.
37) ADB Nr. 5961 Bd. 37, Schreiben von Mosler an Urbig vom 15. 7. 1933.
38) ADB Nr. 5961 Bd. 33 Generalsekretariat, Mosler; Allgemeine Korrespondenz; Rede Moslers auf der Generalversammlung der DeDi-Bank am 26. 4. 1934 sowie Neujahrsaufruf des Vorstandes der DeDi-Bank vom 31. 12. 1934.
39) ADB Nr. 5960 Bd. 4 Generalsekretariat, Mosler; Allgemeine Korrespondenz; Schriftwechsel zwischen Mosler und Schacht von 1934 bis 1937; Nr. 5961 Bd. 15 Generalsekretariat, Urbig; Allgemeine Korrespondenz; Reden von Mosler auf den Generalversammlungen der DeDi-Bank 1935 und 1936.
40) Dokumentenzentrale des militärgeschichtlichen Forschungsamtes, Akten des Reichsluftfahrtministeriums, Nr. L II 1296, Erlaß des Führers und Reichskanzlers über die Reichsluftwaffe vom 26. 2. 1935; hierzu: Karl-Heinz Völker, Die deutsche Luftwaffe 1933—1939, Aufbau, Führung und Rüstung der Luftwaffe, sowie die Entwicklung der deutschen Luftkriegstheorie, Stuttgart 1967, S. 68 ff.
41) William Shirer, Aufstieg und Fall des Dritten Reiches, München-Zürich 1963, Bd. 1, S. 316 ff.
42) Der Prozeß gegen die Hauptkriegsverbrecher vor dem internationalen Militärgerichtshof, Nürnberg 14. 11. 1945 bis 1. 10. 1946, Nürnberg 1947/1948 (im folgenden als IMT zitiert), Bd. XXVII Beweis-Dokument PS 1168.

dem Kabinett vorgelegt hatte, beschloß es das „streng geheim" gehaltene Reichsverteidigungsgesetz und damit verbunden die Konstituierung eines Reichsverteidigungsrates.[43]) Gleichzeitig wurde Schacht zum „Generalbevollmächtigten für die Kriegswirtschaft" berufen.[44]) Wenige Wochen später schloß das Reichskriegsministerium mit dem Krupp-Konzern einen Vertrag über den Aufbau einer Panzerarmee ab.[45]) Doch mit diesem expansiven Aufrüstungsprogramm entstanden für die deutsche Industrie Finanzprobleme, die im Herbst 1935 infolge der Mißernte des vorangegangenen Sommers und der aus diesem Grunde erforderlichen Lebensmittelimporte zu einer akuten Devisenkrise führten.[46]) Schacht lehnte die Freigabe von Devisen für den Lebensmittelimport kategorisch ab, weil er sie seiner Aufrüstungskonzeption hätte entziehen müssen.[47]) Zur Stabilisierung der Lage war er lediglich bereit, die Devisenbilanz durch eine Exportintensivierung auszugleichen, wozu er die günstige Weltmarktsituation ausnutzen wollte. Eine Erhöhung des deutschen Exports hätte zwangsläufig zu einer Drosselung des Aufrüstungstempos geführt, was aber dem Gesamtinteresse der Industrie widersprach. In dieser sich entwickelnden Devisen- und Rohstoffkrise sahen die führenden Vertreter der Chemie- und Elektrogruppe jene von ihnen erwartete Möglichkeit, die sie für die Reaktivierung ihrer Prioritätsposition im Oligopol ausnutzen konnten.[48])

Karl Krauch, Mitglied des Vorstandes der IG Farbenindustrie AG[49]), hatte sich bereits im Herbst 1933 über den Staatssekretär Erhard Milch im Reichsluftfahrtministerium mit Hermann Göring in Verbindung gesetzt, um die Relevanz des Mineralöls und des synthetischen Kautschuks für die deutsche Aufrüstung zu verdeutlichen.[50]) Göring und Milch zeigten sich für diese Vorschläge sehr aufgeschlossen und erbaten sich ihre schriftliche Fixierung.[51]) Krauch ließ eine Denkschrift erarbeiten, in der er Göring die Ausarbeitung eines Vierjahresplanes vorschlug, in dessen Zeitraum die deutsche Chemieindustrie soweit ausgebaut sein könnte, daß die Aufrüstung in wichtigen Grundprodukten von der Devisenlage autark wäre.[52]) Im Spätsommer 1935 wandte sich Krauch nochmals an Milch und drängte auf eine rasche Realisierung seiner Vorschläge, die vom Reichswirtschaftsministerium dilatorisch behandelt würden.[53]) Gleichzeitig beschloß der Vorstand der IG Farbenindustrie AG auf seiner Sitzung am 5. 9. 1935 die Bildung einer Zentralstelle zur Koordinierung der Wehrwirtschaftsaufgaben innerhalb der

---

43) IMT Bd. XXX Beweis-Dokument PS 2261.

44) H. Schacht a.a.O.; IMT Bd. I Urteil, S. 206.

45) HAB 335, 10, DBA IX B Beweis-Dokument NIK 12 871.

46) HAB 335, 6, Nr. 31 Verhör von K. Krauch; dazu: Arthur Schweitzer, Big Business in the Third Reich, Bloomington 1964, S. 538 ff.

47) HAB 335, 11, DBA 170 A Beweis-Dokument EC 493 Schreiben von Göring an Schacht vom 22. 8. 1937.

48) Dietrich Eichholtz, Monopole und Staat in Deutschland 1933—1945, in: Monopole und Staat in Deutschland, Berlin 1966, S. 46 ff.; dazu: Jürgen Kuczynski, Studien zur Geschichte des staatsmonopolistischen Kapitalismus in Deutschland 1918—1945, in: J. Kuczynski, Die Geschichte der Lage der Arbeiter unter dem Kapitalismus, Bd. 16 Berlin 1963, S. 124 ff. (Die Staatsmonopolistische Rüstungswirtschaft); dazu auch: A. Schweitzer, Foreign exchange crisis of 1936, in: „Zeitschrift für die gesamte Staatswissenschaft" 1962, S. 256 ff.

49) HAB 335, 6, Nr. 211 DBA XI Beweis-Dokument NI 9823 Affidavit Karl Krauch vom 20. 8. 1947 zu seiner Biographie.

50) HAB 335, 6, Nr. 8 Protokoll der Verhandlung vom 19. 9. 1947, Verhör von Hanneken (hierzu auch die Beweis-Dokumente NI 7241 und 8326, Affidavit von Ernst Struß); Nr. 31 Verhör von K. Krauch; Nr. 33 Protokoll der Verhandlung vom 15. 1. 1948, Verhör von Erhard Milch; Nr. 212 DBA XII Beweis-Dokument NI 5187 Affidavit von Friedrich Hermann ter Meer vom 15. 7. 1947 mit dem Statement by Geheimrat Hermann Schmitz vom 17. 9. 1945; dazu ebenfalls: Wolfgang Birkenfeld, Der synthetische Treibstoff, Berlin 1964, S. 53 ff.

51) HAB 335, 6, Nr. 31 Verhör von K. Krauch; Nr. 33 Verhör von E. Milch.

52) HAB 335, 6, Nr. 206 DBA VI Beweis-Dokument NI 4718 mit dem Schreiben von K. Krauch an E. Milch vom 14. 9. 1933 und der Anlage „Abhandlung über die deutsche Treibstoffwirtschaft", in der Krauch die Ausarbeitung eines Vierjahresplanes vorschlägt.

53) HAB 335, 6, Nr. 206, Beweis-Dokument NI 4718, Schreiben von Milch an Krauch vom 23. 7. 1935 und von Krauch an Milch vom 29. 7. 1935.

IG und zur Intensivierung der Beziehungen zum Staatsapparat.[54]) Eine Gruppe des Reichsluftfahrtministeriums orientierte sich im Dezember 1935 [54a]) schließlich in den Werken der IG Farbenindustrie AG über die Realisierbarkeit der Vorschläge von Krauch mit dem Ergebnis, daß — als im Frühjahr 1936 Hermann Göring von Hitler als Kommissar mit der Lösung der Devisen- und Rohstoffkrise beauftragt wurde — Krauch in Görings Stab übersiedelte und Göring mit Krauch auch das Team „Forschung und Entwicklung" der IG Farbenindustrie AG inkorporierte.[55]) Im Mai gelang es den IG-Farben-Vertretern, auf den Sitzungen des „Gutachterausschusses zur Rohstofflage" [56]) und auf den Ministerratssitzungen [57]) gegen den Widerstand von Schacht mit der Unterstützung Görings ihre Konzeption durchzusetzen, die dann in einem „Bericht zur Lage" komprimiert im August 1936 von Göring an Hitler übergeben wurde.[58]) Göring legte ihn dann seiner bekannten „Vierjahresplan-Denkschrift" vom September 1936 zugrunde.[59]) Er erläuterte am 4. 9. 1936 dem Ministerrat diese Denkschrift und die sich daraus ergebenden Aufgaben und Konsequenzen,[59a]) bevor Hitler sie spektakulär auf dem Reichsparteitag verkündete.[60])

Damit war es der deutschen Chemie-Industrie gelungen, ihren Konkurrenten im Oligopol zu überspielen und ihre alten ökonomischen Machtpositionen schrittweise zurückzuerobern, so daß sie die 1933 verloren gegangene Priorität wieder erreicht hatte.[61]) Demzufolge zwang nicht Hitler der Industrie den Vierjahresplan auf, vielmehr war der „nationalsozialistische Vierjahresplan primär ein Plan der IG Farbenindustrie AG, dessen Ziel es war, die expansive, interventionistische deutsche militärische Kriegsvorbereitung zu sichern.[62]) Göring, der „Generalbeauftragte für den Vierjahresplan", bestätigte im Jahre 1946 in seiner Aussage vor dem Internationalen Militärgerichtshof in Nürnberg ausdrücklich, daß es die ausschließliche Aufgabe dieses Planes war, die deutsche militärische Aufrüstung trotz

54) HAB 335, 6, Nr. 206, Beweis-Dokumente NI 4702, ferner die Beweis-Dokumente NI 4627 Rundschreiben der TEA der IG Farbenindustrie AG über Organisation und Aufbau der Wehrwirtschaftlichen Zentralstelle vom 26. 9. 1935, NI 2747 Aufzeichnung von Heinz Eichwede über Aufbau und technische Organisation der „Vermittlungsstelle ‚W' " und NI 9261 Affidavit von E. Eichwede vom 30. 7. 1947.

54a) HAB 335, 6, Nr. 218 DBA XIX Beweis-Dokument NI 5932, Schreiben von Krauch an Milch vom 20. 12. 1935.

55) HAB 335, 6, Nr. 218, Beweis-Dokumente NI 6525 Affidavit Karl Krauch vom 22. 4. 1947 und NI 10 386 Affidavit Paul Koerner (Staatssekretär für den Vierjahresplan) vom 29. 8. 1947; Nr. 226 DBA XXIV Beweis-Dokument NI 6768 Verhör von Karl Krauch vom 20. und 27. 9. 1945 (Stenographische Aufzeichnung).

56) HAB 335, 6, Nr. 218, Beweis-Dokument NI 5380 Niederschrift der Sitzung des Gutachterausschusses über Rohstofffragen vom 26. 5. 1936.

57) HAB 335, 6, Nr. 226 DBA XXIV Beweis-Dokument PS 1301 Geheime Niederschriften der Ministerratssitzungen vom 12. 5. 1936 und 27. 5. 1936.

58) A. Schweitzer, Foreign exchange a.a.O., S. 276.

59) HAB 335, 6, Nr. 218 Beweis-Dokument NI 4955 Affidavit von Albert Speer vom 22. 8. 1945 mit der Denkschrift Adolf Hitlers über die Aufgaben eines Vierjahresplanes vom September 1936; vgl. Wilhelm Treue, Hitlers Denkschrift zum Vierjahresplan 1936, in: „Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte", Heft 2/1955 S. 184 bis 210. Treue verschweigt, daß die Denkschrift in den Nürnberger Nachfolgeprozessen als Beweismaterial der Anklage vorgelegen hat.

59a) HAB 335, 6, 218, Beweis-Dokument EC 416 Niederschrift der Ministerratssitzung vom 4. 9. 1936.

60) HAB 335, 6, Nr. 218, Beweis-Dokument NI 8459 Rede von Adolf Hitler auf dem Reichsparteitag der NSDAP in Nürnberg am 9. 9. 1936; vgl. „Völkischer Beobachter" vom 10. 9. 1936.

61) D. Eichholtz a.a.O., S. 43—44.

62) Hans-Eckardt Kannapin, Wirtschaft unter Zwang, Köln 1966, negiert jeden Einfluß der Industrie auf die staatliche Leitung in den Jahren von 1933 bis 1945; W. Treue, Die Einstellung einiger deutscher Großindustrieller zu Hitlers Außenpolitik, in: „Geschichte in Wissenschaft und Unterricht", Heft 8/1966, vertritt die Auffassung, daß nur einzelne Großindustrielle Hitler unterstützt haben, andere von Göring nur als „Fachleute" herangezogen wurden, weil die NS-Bürokratie kein Verständnis für die Wirtschaft hatte; sie hätten sich jedenfalls, meint Treue, niemals aufgedrängt (W. Treue war 1933 der SA beigetreten und arbeitete nach seiner Habilitation an kriegswichtigen Forschungen im Oberkommando der Marine, Archiv der Humboldt-Universität Berlin Nr. 1314 Kaderakte Dr. habil. W. Treue).

der negativen Devisenlage zu beschleunigen und die Industrie in allen entscheidenden militärischen Produkten vom Weltmarkt autark zu machen.[63])

Mit der Bildung der eigentlichen Vierjahresplan-Behörde, dem Amt für deutsche Roh- und Werkstoffe, bekam die IG Farbenindustrie AG eine entscheidende Schlüsselposition in die Hand,[64]) die ihren Führungsanspruch innerhalb der Großindustrie sichern half. In dieser sich formierenden Konstellation Krauch-Göring gab die DeDi-Bank immer deutlicher ihre Vermittlerposition auf und erhielt wieder die Funktion des zentralen Finanzinstitutes der neuen führenden Gruppierung der Großindustrie. Als im Juli 1937 die Reichswerke AG „Hermann Göring" gegründet wurden, machte die DeDi-Bank bereits im harten Konkurrenzkampf der Dresdner Bank die Führung im Finanzkonsortium streitig.[65]) Ihre Aufgabe sollte es werden, die neuen Rüstungsaufgaben durch einen auf die Autarkie orientierten Außenhandel devisenmäßig abzusichern, wozu für sie ein gewandter und auch energischer Fachmann erforderlich wurde, zumal der bisherige Leiter der Auslandsabteilung der Bank, Gustaf Schlieper, um diese Zeit, am 24. 8. 1937, starb.[66]) Die Situation nutzend, versuchte Robert Bürgers, der seit Jahren mit Karl Kimmich, einem Mitglied des Vorstandes der DeDi-Bank, eng befreundet war, seinen Neffen Hermann Josef Abs in diese Funktion zu lancieren.[67]) Der persönliche Einfluß von Bürgers und die internationalen Verbindungen des jungen Devisenexperten sowie sein gefestigter Einfluß innerhalb der deutschen Industrie bestimmten wohl den Entschluß von Mosler, auf diesen Vorschlag einzugehen.

In der Öffentlichkeit legte Hermann Josef Abs auf sein feinfühliges Orgelspiel großen Wert. Darauf hinweisend, nannte er im Deutschen Fernsehen seinen Übertritt vom Bankhaus Delbrück, Schickler & Co zur Deutschen Bank AG (wie sie seit dem 1. 10. 1938 wieder firmierte) [68]) eine Chance, statt eine mittlere nun eine „große Orgel" spielen zu können.[69]) Dem Mann, der seinen Eintritt in die bedeutendste deutsche Aktienbank derart künstlerisch umschreibt, darf man bestätigen, daß sein „Orgelspiel" in dem mächtigen Dom des Nazi-Reiches laut hörbar widerhallte.

---

63) IMT Bd. IX, Verhör von H. Göring, S. 319—320; dazu: HAB 335, 6, Nr. 219 DBA XIX Beweis-Dokument NI 5955 Affidavit Paul Koerner vom 24. 1. 1947 mit der Rede von H. Göring vor den deutschen Industriellen am 17. 12. 1936 über die Aufgaben des Vierjahresplanes (Nr. 220 DBA XX Beweis-Dokument NI 051); Nr. 226, Beweis-Dokument PS 1301, Aktennotiz über eine Besprechung im Reichswirtschaftsministerium am 3. 9. 1936 über die Aufgaben im Vierjahresplan; Nr. 227 DBA XX/2. Fassung, Beweis-Dokument NI 3512 Affidavit Walter Warlimont vom 31. 1. 1947, der 1935—1936 Chef des Wehrwirtschaftsstabes war.

64) Mit der Durchsetzung des Vierjahresplanes, wie er von den Vertretern der IG Farbenindustrie AG vorgetragen worden war (HAB 335, 6, Nr. 218, Beweis-Dokument PS 1301), versuchte Schacht bei Hitler seine Opposition geltend zu machen (HAB 335, 6, Nr. 218, Beweis-Dokument PS 1301 mit der Aktennotiz vom 8. 9. 1936 über die Warnung von Schacht an Thomas, die er Hitler vortragen sollte; Nr. 219, Beweis-Dokument NI 4955 Memorandum von Schacht an Hitler mit der Warnung vor dem Vierjahresplan der IG Farben). Damit erreichten die IG Farben-Vertreter die erstrebten einflußreichen Positionen (HAB 335, 6, Nr. 15 Protokoll der Verhandlung vom 16. 10. 1947, Verhör von Paul Koerner; Nr. 33 Protokoll der Verhandlung vom 15. 1. 1948, Verhör von K. Krauch, Nr. 212, Beweis-Dokument NI 5187).

65) ADB Nr. 4551 Reichswerke AG „Hermann Göring", Bd. 1 Generalsekretariat, Kimmich; Allgemeiner Schriftwechsel, Geheime Aktennotiz vom 26. 7. 1937 über eine Unterredung von Kimmich mit Pleiger (Generaldirektor der Reichswerke) sowie Schriftwechsel mit Peter Klöckner von Oktober bis Dezember 1937 über Fragen der Finanzierung der Reichswerke; Bd. 6 Sekretariat, Aktennotiz vom 9. 10. 1937 über eine Unterredung zwischen Kiehl, Kimmich (Deutsche Bank), Rasche (Dresdner Bank) und Pleiger; Schreiben von Kimmich an Pleiger vom 16. 12. 1937 mit dem „streng vertraulichen und persönlichen" Finanzangebot der Deutschen Bank an die Reichswerke.

66) ADB Nr. 5961 Bd. 34 Generalsekretariat, Schlitter; Allgemeiner Schriftwechsel, Nachruf auf Gustaf Schlieper.

67) ADB Nr. 5961 Bd. 9 Generalsekretariat, Kimmich; Allgemeiner Schriftwechsel, Schreiben von Kimmich an R. Bürgers vom 18. 6. 1937.

68) ADB Nr. 5961 Bd. 61 Generalsekretariat, Urbig; Aufsichtsratskorrespondenz, Protokoll der außerordentlichen Generalversammlung der Aktionäre der DeDi-Bank vom 6. 10. 1937, Beschluß über die Wiederherstellung des Firmennamens „Deutsche Bank AG".

69) Hermann Josef Abs im Zweiten Programm des Deutschen Fernsehens am 24. 11. 1964 im Interview mit Günter Gaus.

Abs übernahm mit der Auslandsabteilung auch die verwaisten Aufsichtsratsmandate im Bankvorstand. Er reorganisierte nicht nur sein Auslandssekretariat entsprechend den neuen Bedürfnissen [70]), sondern baute seine Stellung in den folgenden Jahren so systematisch aus, daß er als Vorstandsmitglied über entscheidende Positionen sowohl innerhalb der Rüstungswirtschaft und der ausländischen Tochterbanken als auch in den führenden nationalsozialistischen Wirtschaftsorganisationen verfügte.[71]) Bis 1945 war er allerdings niemals der „primus inter pares" im Bankvorstand. Die Relevanz seiner gesellschaftlichen Stellung war jedoch durch die Vielzahl seiner entscheidenden Aufsichtsratsmandate [71a]) und durch seine persönlichen Beziehungen zur Nazihierarchie geprägt. Damit verschaffte er sich großen Einfluß auf die nationalsozialistische Kriegspolitik und wuchs praktisch zum prägnantesten Vertreter der Bank heran. Abs war nicht nur juristisch mitverantwortlich für die Beschlüsse des Bankvorstandes [72]), sondern überschaute auch die politischen Auswirkungen der kommerziellen Entscheidungen und dirigierte sie mehr und mehr im Sinne der militant-aggressiven Politik Nazi-Deutschlands. War Abs in den ersten Jahren seiner Tätigkeit im Bankvorstand noch ein Mann, der gewissenhaft und begabt die Direktiven anderer ausführte, so ist festzustellen, daß er seit dem Ausbruch des Krieges diese Direktiven selbst entscheidend mitbestimmte. Bereits Anfang Januar 1938 befand er sich im „Führerring" des Rußland-Ausschusses der deutschen Wirtschaft.[73]) Wenige Wochen später wurde er Mitglied der Reichswirtschaftskammer [74]), der Reichsgruppe Industrie [75]), des Mitteleuropäischen Wirtschaftstages [76]) sowie des engeren Ausschusses der Golddiskontbank.[77])

Die große Karriere von Hermann Josef Abs, die ihn unmittelbar an die Spitze der „exekutivischen" Gruppierung innerhalb der Großindustrie bringen sollte, begann mit der Unterstützung der Okkupation Österreichs. Im Sinne der Anweisungen des deutschen Auswärtigen Amtes [78]) entwickelte Abs am 31. 3. 1938 vor dem Rheinisch-Westfälischen Beirat der Deutschen Bank in Köln den Vorschlag, zur stärkeren Durchdringung der Wirtschaft Südosteuropas durch die deutsche Industrie die Österreichische-Creditanstalt-Bankverein Wien (die sich im Besitz der österreichischen Bundesverwaltung befand) der Deutschen Bank anzugliedern.[79]) Eduard Mosler griff diesen Gedanken wenige Tage später in seiner Rede vor der

---

70) ADB Nr. 5961 Bd. 59 Generalsekretariat, Abs; Allgemeiner Schriftwechsel, Schreiben von Osterwind an Abs vom 9. 7. 1938 mit dem Reorganisationsplan des Auslandssekretariats der Deutschen Bank.

71) Adreßbuch 1941; ferner: Wer leitet? Die Männer der Wirtschaft und der einschlägigen Verwaltung 1941/1942, Berlin 1942.

71a) H. J. Abs verfügte im Bankvorstand in bezug auf Großbetriebe, die für die Kriegsführung relevant waren, über folgende Aufsichtsratspositionen: er war 1939 Vorsitzer der Aufsichtsräte der Accumulatorenfabrik AG (Quandt-Gruppe), der Bergwerksgesellschaft Dahlbusch, der Philipp Holzmann AG, der Vereinigten Oberschlesischen Hüttenwerke AG, der Norddeutschen Lederwerke AG (ein ebenfalls von ihm „arisierter" Betrieb, vorm. Adler & Oppenheim AG), der Pittler Werkzeugmaschinen AG und der Vereinigten Glanzstoff-Fabriken AG; er hatte weiterhin Mandate in den Aufsichtsräten inne bei: Aschaffenburger Zellstoffwerke AG, Deutsche Waffen- und Munitionswerke AG (Quandt-Gruppe), Deutsche Libbey Owens Gesellschaft für maschinelle Glasherstellung, Dyckerhoff Portland Zementwerke AG, Industriefinanzierung Ost, Neunkirchner Eisenwerke AG, Metallgesellschaft AG, Gebr. Stumm GmbH und Walther & Cie. (ohne die Aufsichtsratsmandate in Banken und anderen Finanzunternehmen).

72) ADB Nr. 5961 Bd. 31 Generalsekretariat, Mosler; Statuten/Satzungen, Satzung der Deutschen Bank AG vom 6. 4. 1938; Geschäftsordnung des Vorstandes der Deutschen Bank, Ausgabe 1938.

73) ADB Nr. 6445 Rußland-Ausschuß der deutschen Wirtschaft Bd. 2 Generalsekretariat, Abs; Schriftwechsel, Schreiben von Hermann Reyes an Abs vom 7. 1. 1938 und Rückschreiben von Abs vom 10. 1. 1938.

74) ADB Nr. 6474 Reichswirtschaftskammer Bd. 1 Generalsekretariat, Abs; Schriftwechsel, Schreiben von Staatssekretär Trendelenburg an Abs vom 11. 2. 1939 und Rückantwort von Abs vom 11. 2. 1939.

75) ADB Nr. 6447 Reichsgruppe Industrie Bd. 1 Generalsekretariat, Abs; Schriftwechsel, Schreiben von Wilhelm Zangen an Abs vom 3. 10. 1939.

76) ADB 6443 Mitteleuropäischer Wirtschaftstag Bd. 2 Generalsekretariat, Abs; Schriftwechsel, Schreiben von Thilo von Wilmowski an Abs vom 10. 9. 1940 und Rückschreiben von Abs vom 14. 9. 1940; vgl. NAUSA T 83/101 Akten der Dresdner Bank, Mitteleuropäischer Wirtschaftstag, Mitgliederverzeichnis des Kuratoriums vom Februar 1941.

77) Adreßbuch 1939, S. 2.

78) Deutsches Zentralarchiv Potsdam, Auswärtiges Amt Nr. 40 355 Österreich C, Finanzielle Beteiligungen deutscher Banken an österreichischen Unternehmungen.

79) ADB Nr. 5961 Bd. 71 Kanzlei, Abs; Rheinisch-Westfälischer Beirat (der Deutschen Bank AG) Köln, Niederschrift der Sitzung vom 31. 3. 1938.

Hauptversammlung der Deutschen Bank am 6. 4. 1938 auf. Er forderte vom Reichswirtschaftsministerium die Reprivatisierung der Aktienmajorität der Creditanstalt in Wien [80]), die nach dem „Gesetz zur Wiedervereinigung Österreichs mit dem Deutschen Reich" vom 13. 3. 1938 in den Besitz der dem Reichswirtschaftsministerium unterstehenden Vereinigten Industrieunternehmungen AG (VIAG) [81]) übergegangen war.[82]) Die Creditanstalt kontrollierte fast 80 Prozent der österreichischen Montan- und Chemie-Industrie.[83]) Ihr Aktienkapital betrug 101 Millionen öS, von denen die VIAG 76,76 Millionen öS-Aktien übernommen hatte. Abs gelang es, mit Unterstützung des Ministerialrates Dr. Herbert Martini vom Reichswirtschaftsministerium in Verhandlungen mit Alfred Olscher (vom Vorstand der VIAG) für die Deutsche Bank 25,25 Millionen öS-Aktien der Creditanstalt mit Schachtelprivileg zum Stop-Preis der Wiener Börse zu erwerben. Dieser Preis lag bereits 30—40 Prozent unter dem Durchschnittswert der Aktien [84]) Gleichzeitig wurde Abs zum Vizepräsidenten des Aufsichtsrates der Creditanstalt ernannt.[85])

Eine weitere Transaktion unterstrich ebenfalls seine Übereinstimmung mit der nationalsozialistischen Wirtschaftspolitik. Als sich die IG Farbenindustrie AG in den Besitz der „nichtarischen" Aktienmehrheit der Braunkohlenwerke Bruckdorf AG bei Halle/Saale setzen wollte, wandte sich der Vorsitzende des Vorstandes der IG Farben, Hermann Schmitz, an den Vorstand der Deutschen Bank AG mit der Bitte um Vermittlung der Transaktion. Er benötigte zum „Ankauf" der Aktien einen 2-Millionen-Dollar-Devisenkredit, da die jüdischen Aktienbesitzer vorwiegend Ausländer waren. Abs nahm das Geschäft in die Hand. Er setzte sich über die amerikanische Chase National Bank mit einer Reihe ausländischer jüdischer Bankiers in Verbindung, die sich bereitfanden, für die „nichtarischen" Aktionäre der Braunkohlenwerke Bruckdorf diesen Kredit aufzubringen. Die Deutsche Bank ließ sich den Betrag überweisen und schrieb der Chase National Bank als Gegenwert 5 Millionen Registermark gut.[86]) Mit diesem Kapital erwarb nun die IG Farbenindustrie AG die begehrten Aktien, indem sie deren jüdischen Besitzern 75 Prozent des Nennwertes auszahlte. Der Kurswert der Börse lag in Wirklichkeit weit über 100. Allerdings konnten die Aktienbesitzer das Geld nicht flüssig machen, da der gesamte Devisenbetrag von 2 Millionen Dollar von der IG Farben auf Sperrkonten eingezahlt wurde, die vom Reichswirtschaftsministerium beschlagnahmt waren.[87]) Die IG Farbenindustrie AG hatte gemäß geltendem nationalsozialistischem „Recht und Gesetz" die jüdischen Aktien erworben, und der deutschen Kriegsrüstung standen zugleich 2 Millionen Dollar Devisen zur Verfügung. Die jüdischen Geschäftsleute hatten das Nachsehen. Infolge solcher

---

80) ADB Nr. 5961 Bd. 10 Generalsekretariat, Mosler; Allgemeiner Schriftwechsel, Manuskript der Rede von Mosler vom 6. 4. 1938.
81) ADB Nr. 4679 Vereinigte Industrieunternehmungen AG Bd. 1—5 Generalsekretariat, Urbig (1923—1945).
82) NAUSA T 83/101 Akten der Dresdner Bank Nr. 117 A Denkschrift der Österreichischen Creditanstalt-Bankverein Wien vom 8. 11. 1945; dazu: ADB Nr. 4679 Bd. 2 Generalsekretariat, Urbig; Aufsichtsratsprotokolle, Bericht des Vorstandes an den Aufsichtsrat vom 23. 9. 1938 über die neuen Aufgaben der VIAG in Österreich.
83) HAB 335, 6, Nr. 255 DBA LII Beweis-Dokument NI 10 998 Affidavit Josef Joham, Öffentlicher Verwalter der Österreichischen Creditanstalt, vom 13. 9. 1947; sowie: NAUSA T 83/101 Akten der Dresdner Bank 117 A Denkschrift der Creditanstalt vom 8. 11. 1945, Anlage 1 zur Denkschrift.
84) ADB Nr. 5961 Bd. 34 Schreiben von Mosler an Schlitter vom 29. 12. 1938; NAUSA T 83/101 Akten der Dresdner Bank 117 A, Denkschrift vom 8. 11. 1945 und Anlage 1.
85) Adreßbuch 1940 S. 2; vgl. Handbuch 1943 S. 2103—2106; Vorsitzender des Aufsichtsrates der Creditanstalt wurde das Mitglied des Aufsichtsrates der Deutschen Bank AG, Jacob Haßlacher, Abs wurde sein Stellvertreter; ferner gehörten dem neuen Aufsichtsrat der Creditanstalt an: Max Ilgner (IG Farbenindustrie AG), Alfred Olscher (VIAG), Ritter von Halt (Deutsche Bank AG) und Walter Pohle (zuvor Leiter des Auslandssekretariats der Deutschen Bank AG unter Abs).
86) ADB Nr. 4376 IG Farbenindustrie AG Bd. 5 Generalsekretariat, Mosler; Allgemeiner Schriftwechsel, Streng geheime Aktennotiz vom 20. 6. 1938; dazu: Nr. A 1 Generalsekretariat, Abs; Diverse geschäftliche Korrespondenz; Bd. 26 Korrespondenz mit ausländischen Banken, Vorgang 19, Chase National Bank, USA.
87) „Deutscher Reichsanzeiger" vom 13. 9. 1939.

Geschäftspraktiken bei der Liquidation jüdischen Kapitals in Deutschland war der Kurs der deutschen Wertpapiere an den ausländischen Börsen gesunken. Zur Hebung des Ansehens der nationalsozialistischen Wirtschaftspolitik war ein Anheben der Kurse wünschenswert. Abs wandte sich daher an Henry Deterding, den Chef der Royal Dutch Shell Company, der bereits im Frühjahr 1932 mit nicht unerheblichen Beträgen Hitlers Reichspräsidentschaftskandidatur finanziert hatte.[88]) Er bat ihn, an ausländischen Börsen für 10 Millionen RM deutsche Aktien aufzukaufen, die er Deterding zur Verfügung stellen wollte, um so das Vertrauen in die deutschen Wertpapiere bei den ausländischen Geschäftspartnern wieder zu heben.[89]) Die von Deterding an der Amsterdamer Börse dann durchgeführte Börsenoperation ließ den Kurs der deutschen Aktien tatsächlich wieder ansteigen.[90])

Nach diesen Finanztransaktionen wandte sich Abs dem Südostproblem zu. Der südosteuropäische Raum stellt ein altes Expansionsziel der deutschen Industrie, speziell der Gruppierung um die Deutsche Bank AG dar.[91]) Wien bedeutete für sie schon immer das „Tor zum Balkan". Als die nationalsozialistischen Truppen nach dem Münchner Abkommen am 1. 10. 1938 in die Sudetengebiete einmarschierten, forderte Abs in seiner Rede am 2. 11. 1938 vor dem Rheinisch-Westfälischen Beirat der Deutschen Bank in Köln die ökonomische und politische Annexion der übrigen CSR und beanspruchte für die Deutsche Bank die Übernahme der Böhmischen Unionsbank (BUB), deren Aktienmehrheit sich seinen Angaben nach in jüdischen Händen befand.[92]) In den Sudetengebieten beauftragte Abs den an die Deutsche Bank verschuldeten Besitzer der Firma Rudolf Weber's Erben, Emil Kreibisch[93]), mit dem Aufkauf der sich im Freihandel befindenden Aktien der BUB zum Stop-Kurs der Wiener Börse.[94])

Im Zusammenhang mit den Ansprüchen der deutschen Großunternehmen auf die annexionistische Integration der österreichischen Wirtschaft[95]) bereitete Abs selbst eine bedeutende Transaktion vor, in der seine strategische Planung und seine politische Qualifikation sichtbar wurden. Die Vertreter der Reichswerke AG „Hermann Göring" und der IG Farbenindustrie AG forderten vom Vorstand der Creditanstalt in Wien den Verkauf ihrer Aktienmehrheiten an der Montan- und

---

88) Edgar Amsel Mowrer, Germany puts the clock back, London 1933, S. 146 ff.; Glyn Roberts, The most powerful man in the world, London 1939, S. 322; dazu. Albert Norden, Fälscher, Berlin 1960, S. 124 ff.

89) ADB Nr. A 1 Bd. 3, Vorgang 103, Korrespondenz von Abs mit Sir Henry Deterding, Schreiben von Abs an Deterding vom 22. 8. 1938.

90) ADB Nr. A 1 Bd. 3, Vorgang 103, Schriftwechsel von Abs mit Deterding im Herbst 1938.

91) Archiv der Humboldt-Universität Berlin Nr. 1314 Personalakte Dr. phil. habil. Wilhelm Treue, Antrag von W. Treue zur Habilitationsprüfung vom 21. 6. 1935, Anlage: Schriftenverzeichnis; W. Treue, Die Entstehung der deutschen Petroleuminteressen in Rumänien. Die Beteiligung der Deutschen Bank und der Diskonto-Gesellschaft am rumänischen Erdölgeschäft 1903—1904. Das Manuskript durfte W. Treue im Jahre 1932 auf „Wunsch" der Deutschen Bank wegen der „außenpolitischen Interessen" nicht publizieren. Dazu: Lothar Rathmann, Stoßrichtung Nahost (1914—1918), Zur Expansionspolitik des deutschen Imperialismus im ersten Weltkrieg, Berlin 1963.

92) ADB Nr. 5961 Bd. 71, Niederschrift der Beiratssitzung vom 2. 11. 1938 mit der Rede von Abs; in ihr fordert Abs die Enteignung der jüdischen Aktionäre der Böhmischen Unionsbank; hierzu: HAB 335, 11, Nr. 596 DBA 144 B Beweis-Dokument NI 13 394 Verschiedene Materialien über die Koordinierung der Interessen der Dresdner Bank und der Deutschen Bank an den Banken der CSR.

93) Emil Kreibisch finanzierte die sudetendeutschen Nationalsozialisten, unterstützte die Deutsche Bank bei der Arisierung der Böhmischen Unionsbank, wurde Wehrwirtschaftsführer, Mitglied des Aufsichtsrates der Deutschen Bank und Präsident der Industrie- und Handelskammer in Reichenberg.

94) ADB Nr. 5961 Bd. 8 Generalsekretariat, Abs; Aufsichtsrat und Beirat, Schreiben von Abs an Max Richter vom 14. 11. 1938, Aktennotiz vom 23. 5. 1939 über eine Unterredung von Abs und Rössler mit Kreibisch, Schreiben von Kreibisch an Rössler vom 20. 4. 1940 mit Kopie an Abs. Rössler wird Vorsitzender des Verwaltungsrates der BUB, Kreibisch sein Stellvertreter, Abs wird Mitglied des Verwaltungsrates, Vorsitzender des Direktoriums wird Walter Pohle (Handbuch 1943 S. 6231).

95) HAB 335, 6, Nr. 255, Beweis-Dokument NI 4024 Schreiben von Haefliger (IG Farbenindustrie AG) an Wilhelm Keppler (dem Reichsbeauftragten für Österreich, HAB 335, 11, Nr. 414 DBA III Beweis-Dokument NI 3780 Ernennungsurkunde) vom 9. 4. 1938 über die „Neuordnung" der chemischen Großindustrie in Österreich; Nr. 256, Beweis-Dokument NI 5191 Affidavit Georg von Schnitzler mit dem Vernehmungsprotokoll Schnitzlers vom 8. 8. 1945 über die Interessen der deutschen Industrie an den Wirtschaftsunternehmen Österreichs.

Chemie-Industrie [96]). Die österreichischen Vorstandsmitglieder weigerten sich jedoch, diese wertvollen Aktien abzugeben.[97]) Daraufhin wandten sich Hans Fischböck (nach 1938 Minister für Wirtschaft und Arbeit in Wien, Mitglied des Freundeskreises des Reichsführers-SS Heinrich Himmler) und Walther Funk (Reichswirtschaftsminister, ab 21. 1. 1939 auch Präsident der Reichsbank) an die Deutsche Bank. Sie teilten ihr das Einverständnis des Reichswirtschaftsministeriums mit, der Deutschen Bank weitere Aktienpakete der Creditanstalt aus dem Besitz der VIAG sowie die Aktienmehrheit der BUB in Prag zu überlassen, wenn es ihr gelänge, den Vorstand der Creditanstalt in Wien zum Verkauf der Montan- und Chemie-Aktien zu veranlassen.[98]) Verantwortlich für dieses Geschäft war im Bankvorstand Abs. Unter dem nun einsetzenden, von Abs inszenierten Druck sah sich der Vorstand der Creditanstalt gezwungen, dem gewünschten Aktienverkauf an die Reichswerke „Hermann Göring" und an die IG Farbenindustrie AG zuzustimmen.[99]) Abs kassierte dafür zuerst die Sudeten-Filialen der Böhmischen Unionsbank und nach der Okkupation der CSR im März 1939 die gesamte Aktienmajorität an der BUB, die er allerdings der Creditanstalt in Wien übereignete, und zwar als Ausgleich für ihre Abtretung der Industrieaktien.[100]) Entsprechend der Vereinbarung erhielt die Deutsche Bank aus dem Besitz der VIAG dafür soviel Aktien der Creditanstalt, daß sie von dem auf RM umgestellten Grundkapital der Bank von 70,7 Millionen RM über 50 Prozent der Aktien besaß.[101]) Zugleich wies Abs den Vorstand der BUB an, zur Teilfinanzierung der Transaktion den „Reichswerken" einen 20-Millionen-RM-Kredit zum Wertausgleich ihrer Aktienkäufe bei der Creditanstalt einzuräumen.[102]) Mit dem Zwangsverkauf der Creditanstalt-Aktien der Pulverfabrik Skoda-Wetzler AG an die IG Farbenindustrie AG erhielt der deutsche Chemietrust die Schlüsselposition der Chemie-Industrie Österreichs mit einflußreichen Beteiligungen an der Chemie-Industrie der CSR, Ungarns, Rumäniens, Bulgariens und Jugoslawiens, die er zu einem neuen Großunternehmen, der Donau-Chemie AG zusammenfaßte

---

96) NAUSA T 83/101 Akten der Dresdner Bank 117 A Denkschrift der ÖCA vom 8. 11. 1945; HAB 335, 6, Nr. 255/2 Beweis-Dokumente NI 10 998 Affidavit Josef Joham vom 13. 9. 1947, NI 2798 Ostbericht des Vorstandes der IG Farbenindustrie AG; Nr. 256, Beweis-Dokument NI 7384 Liste der genötigten Aktienverkäufe der Creditanstalt Wien vom 31. 5. 1947.

97) HAB 335, 6, Nr. 255/2, Beweis-Dokument NI 10 998; Nr. 40 Protokoll der Verhandlung vom 6. 2. 1948, Zeugenaussage von Josef Joham.

98) ADB Nr. 5961 Bd. 59 Liste der Aufsichtsratsmandate, für die Abs im Vorstand verantwortlich ist, nach dem Stand vom 5. 12. 1938; Telegramm von Abs an Minister Fischböck, Wien, vom 21. 11. 1938, Rücktelegramm von Fischböck an Abs vom 22. 11. 1938 über eine Unterredung am 23. 11. 1938; dazu: ADB Nr. 4551 Bd. 3 Sekretariat; Aktennotiz vom 6. 1. 1939 über eine Bankbesprechung am 22. 11. 1938; Aktennotiz von Abs über eine Unterredung mit Erich Heller (VIAG) vom 8. 10. 1938; Schreiben von Abs an Heller vom 11. 10. 1938 und Aktennotiz vom 6. 1. 1939 über den Verantwortungsbereich von Abs gegenüber allen Geschäften mit der Creditanstalt — Wiener Bankverein und der Böhmischen Unionsbank in Prag.

99) HAB 335, 6, Nr. 255, eine ähnliche Transaktion erfolgte beim Verkauf der Aktien der Österreichischen Dynamit Nobel AG in Wien und der Carbidwerke Deutsche Matrei AG in Wien aus dem Bestand der ÖCA an die IG Farbenindustrie AG: Beweis-Dokumente NI 10 997 Affidavit Franz Rottenberg vom 13. 9. 1947 über den erzwungenen Vorgang der Transaktion, NI 9289 Affidavit von Frank-Fahle (Leiter des Büros des Kaufmännischen Ausschusses der IG Farbenindustrie AG in Berlin NW 7) mit den Protokollauszügen über die Angliederung der chemischen Großbetriebe in der CSR und in Österreich an die IG Farbenindustrie AG, NI 3982 Schreiben der ÖCA an Fischböck vom 31. 3. 1938; Nr. 256 Beweis-Dokument NI 9593 Gliederung der Konzerngruppe Dynamit Nobel AG Bratislava und ihrer Beteiligungen in Jugoslawien, Ungarn und Rumänien, NI 11 351 Affidavit von Kurt Krüger vom 23. 8. 1947 über den „Erwerb" der Aktien des Dynamit-Nobel-Konzerns in der CSR und Österreich durch die IG Farbenindustrie AG aus dem Besitz der ÖCA.

100) NAUSA T 83/101 Akten der Dresdner Bank Nr. 117 A Denkschrift der Creditanstalt vom 8. 11. 1945; ADB Nr. 4679 Bd. 5 Generalsekretariat Urbig; Berichte und Bilanzen, Vierteljahresberichte der VIAG vom 1. 11. 1938 und vom 1. 1. 1939; dazu: „Frankfurter Zeitung" vom 4. 1. 1939 und 6. 1. 1939.

101) NAUSA T 83/101 Akten der Dresdner Bank Nr. 117 A Anlage 1 zur Denkschrift vom 8. 11. 1945; Das Grundkapital der Creditanstalt wurde am 2. 5. 1939 von 101 Millionen öS nach dem Modus 10:7 auf RM umgestellt. Im Auftrage der Deutschen Bank „erwarb" Abs aus dem Besitz der VIAG von dem neuen Grundkapital von 70,70 Millionen RM nun 36,057 Millionen RM in Aktien und erhielt so die Aktienmehrheit mit Schachtelprivileg. Die VIAG behielt für 18,325 Millionen RM Aktien, während 16,316 Millionen RM im Streubesitz verblieben.

102) ADB Nr. 4551 Bd. 3, Aktennotiz von Abs vom 8. 10. 1938 über eine Unterredung mit Heller (die IG Farbenindustrie will die Aktien des Dynamit-Nobel-Konzerns von der ÖCA erwerben); Schreiben von Abs an Heller und an die Dresdner Bank, an die Commerzbank und an die Reichskreditgesellschaft zur Bildung eines Finanzkonsortiums vom 11. 10. 1938 und Aktennotiz von Abs vom 2. 12. 1938 über die Konsortiumssitzung am 1. 12. 1938.

Während sich die Vertreter der IG Farben und der Reichswerke bei Abs um den Erwerb der Creditanstalt-Aktien selbst bemühten und Abs ihnen diese Transaktionen nur ermöglichte, hat er im Fall der Berndorfer Metallwarenfabrik Arthur Krupp AG die Aktien der Creditanstalt von sich aus den Krupp-Werken zum Kauf angeboten.[103]) Das Ziel des Gesamtkomplexes dieser „Transaktionen" bestand neben der Festigung des Machtblockes der Reichswerke und der IG-Farben für die Deutsche Bank vor allem darin, ihre Position in Wien zu festigen, um von hier aus weiter in Südosteuropa vordringen zu können.[103a]) Im IG-Farben-Prozeß stellten jene Transaktionen einen Teil der Anklage dar.[104])

Hier ist eine gewisse Ähnlichkeit mit den deutschen Kriegszielprogrammen von 1915 und 1916 zur Bildung eines „europäischen Wirtschaftsverbandes" festzustellen, der vor allem den südosteuropäischen Raum eingliedern sollte.[104a]) Mit Zustimmung des Bankvorstandes faßte im März 1939 Hans Aust im „Deutschen Volkswirt" [105]) diese interventionistischen Ziele der deutschen Großindustrie in den Worten zusammen: Es sei die Zeit für das Großdeutsche Reich gekommen, einige überflüssige Grenzen in Europa — insbesondere im Südostraum — zu überwinden, um das Wirtschaftsgefüge dieser Länder zur Ergänzungswirtschaft der deutschen Industrie zu entwickeln.[106]) Bald nach der Festigung der Position der IG Farbenindustrie AG und der Deutschen Bank in Wien bereitete Abs die Realisierung dieser Ziele vor. Der erste Weg führte über die Umgestaltung der bisher üblichen bilateralen Handelsverträge zu umfassenden produktionsplanenden Wirtschaftsverträgen. Dazu bediente sich die deutsche Industrie der der Reichswirtschaftskammer untergeordneten Handelskammern.[107]) Auf Vorschlag des Präsidenten der Deutsch-Rumänischen Handelskammer, Reichsminister a. D. Hans von Raumer, war Abs Mitglied dieser Institution geworden.[108]) Raumer genoß im Gegensatz zu Abs nicht das Vertrauen der Nationalsozialisten.[109]) Als Raumer im Mai 1939 erkrankte, gab ihm Abs unumwunden zu verstehen, daß es besser sei, sich wegen seines Alters und seines Gesundheitszustandes zurückzuziehen und Abs zu seinem Nachfolger vorzuschlagen.[110]) Raumer verstand diesen

103) HAB 335, 6, Nr. 255 DBA LII Beweis-Dokumente NI 9289, NI 2798, NI 3982 und NI 11 259; Nr. 256 DBA LIII Beweis-Dokument NI 9593; ADB Nr. A 1 Bd 3 Vorgang 87, Schreiben von Abs an Thilo von Wilmowski (Schwager von Gustav Krupp) vom 12. 4. 1938, Aktennotiz von Abs vom 5. 4. 1938 über seine Unterredung mit Gustav Krupp, Aktennotiz von Abs vom 14. 4. 1938 über sein Telefongespräch mit Dr. J. Joham, sowie Auszug aus dem Notizbuch von H. J. Abs mit dem Datum vom 20. 7. 1938.

103a) HAB 335, 6, Nr. 217 DBA XVII Beweis-Dokument NI 6649 Affidavit Max Ilgner (Leiter der Einrichtung „IG Berlin NW 7") vom 30. 4. 1947, Dr. Hermann Neubacher, seit 1932 Mitarbeiter der Volkswirtschaftlichen Abteilung innerhalb der IG Berlin NW 7, wurde nach der nationalsozialistischen Okkupation Österreichs Oberbürgermeister in Wien; Nr. 249 DBA XLVII Beweis-Dokument NI 7343 Arbeiten der Volkswirtschaftlichen Abteilung der IG Farbenindustrie AG (Leiter: Anton Reithinger) über Südosteuropa, insbesondere Studien über die Erdölgesellschaften in Rumänien und die Industriestruktur der Balkanländer; Nr. 255, Beweis-Dokumente NI 1135 Aktennotiz von M. Ilgner über seinen Besuch bei H. Neubacher und NI 11 090 Affidavit Walter Rafelsberger vom 23. 9. 1947 über die Vertretung der IG Farben-Interessen durch Neubacher in Südosteuropa.

104) HAB 335, 6, Nr. 198 Anklageschrift gegen Karl Krauch, Hermann Schmitz, Georg von Schnitzler, August Knieriem, Heinrich Bütefisch, Max Ilgner u. a. Vertreter der IG Farbenindustrie AG vor dem Amerikanischen Militärgerichtshof in Nürnberg.

104a) Fritz Fischer, Griff nach der Weltmacht. Die Kriegszielpolitik des kaiserlichen Deutschland 1914—1918, Düsseldorf 1962, S. 114 ff. Zu den Kritikern des in vieler Hinsicht entlarvenden Buches von Fischer gehört auch W. Treue („Tradition, Zeitschrift für Firmengeschichte und Unternehmerbiographie", Heft 5/1964, S. 193 ff.)

105) Der „Deutsche Volkswirt" wurde weitgehend von der Volkswirtschaftlichen Abteilung der Deutschen Bank AG unterstützt. Das Pressereferat der Bank leitete Maximilian Müller-Jabusch, der auch die finanziellen Subventionen an den „Volkswirt" leitete; ADB Nr. 5961 Bd. 83 Korrespondenz von Müller-Jabusch.

106) Der „Deutsche Volkswirt" vom 31. 3. 1939; dazu: ADB Nr. 5961 Bd. 70 Auslandssekretariat; Schreiben von Dr. Johannes Rosentreter an Hans Aust vom 4. 4. 1939, in dem er nachdrücklich sein Einverständnis (und das des Bankvorstandes) mit den Ansichten von Aust bestätigt.

107) ADB Nr. 6463 Deutsch-Rumänische Handelskammer Bd. 5 Generalsekretariat, Abs; Schriftwechsel, Aktennotiz von Abs über eine Unterredung mit Albert Pietzsch über die Funktion und die Aufgaben der deutschen Handelskammern am 28. 8. 1942.

108) ADB Nr. 6463 Bd. 7 Generalsekretariat, Abs; Schriftwechsel, Schreiben von Hans von Raumer an Abs vom 11. 1. 1938 und Aktennotiz von Abs vom 11. 1. 1938.

109) ADB Nr. 6463 Bd. 7, Aktennotiz von Abs vom 21. 4. 1939.

110) ADB Nr. 6463 Bd. 7. Schreiben von Abs an Raumer vom 25. 5. 1939.

Wink, „in Ehren zurückzutreten".[111]) Durch schriftliche Umfrage wurde Abs neuer Präsident der Handelskammer und erhielt die Gratulation der Reichsbehörden zu dieser „glücklichen Lösung".[112]) Fortan widmete sich Abs intensiv dem Problem, wie speziell die rumänische Wirtschaft auf die Bedürfnisse der deutschen Kriegsproduktion ausgerichtet werden könnte. Als Staatssekretär Friedrich Reinhardt am 25. 5. 1939 in einer internen Aussprache der Reichsgruppe Industrie das am 23. 3. 1939 abgeschlossene Deutsch-Rumänische Wirtschaftsabkommen interpretierte, machte sich Abs stenografische Notizen, die gewissermaßen als Leitlinie seiner Politik gegenüber Rumänien zu betrachten waren: Es komme nicht darauf an, über dieses Wirtschaftsabkommen eine nationale rumänische Industrie zu entwickeln, sondern die deutschen Ziele müßten darauf gerichtet sein, durch Kapitalinvestitionen vor allem die Banken in die Hände zu bekommen und durch Kreditvergabe die rumänische Wirtschaft als Ergänzung zur deutschen Industrie zu lenken. Vor allem aber müsse erreicht werden, die rumänische Erdöl-Industrie zu beherrschen.[113])

Der renommierte Bankier Abs hatte auch seine eigenen Interessen im Auge. Während er sich bemühte, die nationalsozialistische Kriegspolitik ökonomisch vorzubereiten und abzusichern, vergaß er nicht, die Position seines väterlichen Unternehmens, der Hubertus Braunkohlen AG in Brüggen an der Erft, im Rahmen der Arisierung wieder in den Familienbesitz zurückzuführen. Die Aktienmehrheit an dieser Firma war der Gruppe Abs[114]) 1926 verloren gegangen. Gegenüber der neuen Majorität, der Petschek-Gruppe[115]), stellte sie nur noch eine 25prozentige Minderheit dar. Abs sorgte nun dafür, daß durch Ausnutzung der Rassengesetzgebung in der Hauptversammlung der Hubertus AG am 20. 6. 1938 die Vertreter der Petschek-Gruppe aus dem Aufsichtsrat ausgeschlossen wurden.[116]) Danach konnte die „arische Minderheit Abs"[117]) mit Majoritätsbeschlüssen die Hubertus AG nach einem von Abs ausgearbeiteten Plan[118]) zugunsten eines neuen Unternehmens der Abs-Gruppe, der „Erft Bergbau AG" bei Brüggen (!)[119]) nach nationalsozialistischem „Recht und Gesetz" liquidiert werden. Die Erft Bergbau AG wurde von Dr. Josef Abs, dem Vater des tüchtigen Bankiers, mit Unterstützung von Robert Pferdmenges, dem Inhaber des Bankhauses Pferdmenges & Co, und von Delbrück von der Heydt am 27. 12. 1939

111) ADB Nr. 6463 Bd. 7, Schreiben von Raumer an Abs vom 26. 5. 1939.

112) ADB Nr. 6463 Bd. 7, Schreiben von Abs an Raumer vom 21. 6. 1939 und Glückwunschschreiben des Auswärtigen Amtes an Abs vom 19. 7. 1939.

113) ADB Nr. 6447, Stenographische Notizen von Abs (Originalstenogramm und maschinenschriftliche Übertragung durch die Sekretärin von Abs, Frl. K. Luchmann).

114) ADB Nr. 4365 Hubertus Braunkohlen AG Bd. 1 Generalsekretariat, Abs; Allgemeiner Schriftwechsel, Protokoll der Aufsichtsratssitzung der Hubertus Braunkohlen AG vom 19. 2. 1941. Zur „Gruppe Abs" gehörten: Dr. Josef Abs, Hermann Josef Abs und Clemens Abs; Bd. 4 Generalsekretariat, Abs; Allgemeiner Schriftwechsel, Schreiben von Dr. Josef Abs an Hermann Josef Abs vom 21. 1. 1939, Schreiben von Dr. J. Abs an das Oberfinanzpräsidium Köln vom 25. 1. 1939.

115) ADB Nr. 4365 Bd. 2 Generalsekretariat, Abs; Prospekte/Statuten/Geschäftsberichte, Bericht des Vorstandes an den Aufsichtsrat vom 31. 12. 1937. Zur „Gruppe Petschek" gehörten: Ernst und Wilhelm Petschek und Ferdinand Rinkel.

116) ADB Nr. 4365 Bd. 4, Schreiben von Dr. J. Abs an Ernst Petschek vom 2. 7. 1938, Schreiben von Dr. J. Abs an die Mitglieder des Aufsichtsrates der Hubertus Braunkohlen AG vom 3. 1. 1939.

117) ADB Nr. 4365 Bd. 4 Schreiben von Dr. J. Abs an H. J. Abs vom 3. 1. 1939; Gutachten von Dr. Klaus Alexander Knur für H. J. Abs vom 4. 2. 1939; Aktennotiz von Dr. J. Abs über seine Unterredung mit Geheimrat Gustav Brecht vom 13. 2. 1939 in Köln und Schreiben an H. J. Abs vom 13. 2. 1939 und 4. 3. 1939.

118) ADB Nr. 5961 Bd. 90 Rechtsabteilung, Gründung einer Aktiengesellschaft; Rechtsgutachten für H. J. Abs vom 9. 11. 1938; Nr. 4365 Bd. 5 Generalsekretariat, Abs; Gutachten von Hellmuth Bachem für H. J. Abs vom 15. 8. 1939 betreffs Arisierung der Hubertus Braunkohlen AG; Bd. 1, Schreiben von H. J. Abs an Leising vom 9. 5. 1939.

119) ADB Nr. 4365 Bd. 4, Schreiben von Dr. J. Abs an H. J. Abs vom 8. 1. 1940; Nr. 4280 Erft Bergbau AG Bd. 1 Generalsekretariat, Abs; Aktennotiz vom 27. 5. 1945 über die Auslagerung dieser Akten nach Hamburg; vgl. Handbuch 1940 S. 3904.

gegründet.[120]) Ihr Aufsichtsratsvorsitzender wurde Dr. Josef Abs, der die gleiche Stellung auch in der Hubertus AG einnahm. Am folgenden Tag, dem 28. 12. 1939, kaufte Dr. Josef Abs als Vorsitzender des Aufsichtsrates der Erft AG vom Vorsitzenden des Aufsichtsrates der Hubertus AG (Dr. Josef Abs) dieser die Braunkohlenfelder und Brikettfabriken sowie das Grundeigentum mit den Gebäuden ab [121]), so daß die Hubertus AG nur noch eine Holding-Gesellschaft blieb. Anschließend beschloß dann die Abs-Gruppe am 29. 12. 1939, die Hubertus-Holding AG zu liquidieren.[122]) Die beiden Herren Abs hatten auch vom Reichswirtschaftsminister (über Dr. Herbert Martini) die Ausnahmegenehmigung erhalten, aus der Liquidationsmasse der Holding-Gesellschaft ihre eigenen Aktien herauszulösen [123]), ohne ihre dominierende Position im Vorstand des Liquidationsunternehmens aufzugeben.[124])

Bis 1939 war es der IG Farbenindustrie AG gelungen, Deutschland in militärisch wichtigen Rohstoffen, wie Nitraten, Öl und Gummi, vom Weltmarkt unabhängig zu machen und damit den Nachweis über die Realisierbarkeit ihrer Vierjahresplan-Vorschläge zu führen. Der Mitarbeiter der amerikanischen Anklagebehörde im IG-Farben-Prozeß in Nürnberg, Richard Sasuly, schreibt daher zutreffend: „Der deutsche Generalstab wußte, daß im Augenblick, da die mechanisierten Verbände auf Buna-Reifen liefen und von synthetischem Benzin angetrieben wurden, die Wiederaufrüstung ihr letztes Stadium erreicht hatte." [124a])

Diese Erfolge der Chemie-Elektro-Gruppe bewirkten, daß am 19. 1. 1939 Schacht als Reichsbankpräsident zurücktrat.[125]) Walther Funk, von Hitler zum Nachfolger Schachts berufen [126]), reorganisierte alsbald die Reichsbank entsprechend den neuen Bedürfnissen und legte am 15. 6. 1939 das Gesetz über die „Deutsche Reichsbank" (wie sie von nun an firmierte) vor. In den reorganisierten Bankbeirat wurden drei leitende Mitarbeiter der Deutschen Bank berufen: Georg Emil Stauss [127]), Eduard Mosler und Hermann Josef Abs.[128]) Der letztere wurde noch Mitglied von drei anderen Beirats-Ausschüssen: des Börsen-, des währungspolitischen und des Außenhandelsausschusses.[129]) Beirat und Ausschüsse bildeten in den folgenden Jahren wichtige Gremien der deutschen Großindustrie und der Großbanken, die auf die Lenkung und Finanzierung der deutschen Kriegspolitik einen maßgeblichen Einfluß nahmen.

---

120) ADB Nr. 4365 Bd. 1, bei der Hubertus Braunkohlen AG war seit 1926 das Bankhaus Sal. Oppenheim jun. & Cie (ab 1938 Bankhaus Pferdmenges & Co, Köln) federführend; Bd. 4 Schreiben von H. J. Abs an Dr. J. Abs vom 1. 2. 1941 über die weitere Beteiligung des Bankhauses an der Erft Bergbau AG. Die enge Verbindung von Abs zu Robert Pferdmenges (ADB Nr. 6018 Bankhaus Pferdmenges & Co Bd. 1—2 Auslandssekretariat) wird nach 1945 sich mit Konrad Adenauer zu einer politischen Zweckfreundschaft entwickeln, die dann auch Karl Blessing einbezieht.

121) ADB Nr. 4365 Bd. 1, Kaufvertrag vom 20. 12. 1939, Schreiben von Dr. J. Abs an den Treuhänder des Reichswirtschaftsministeriums Wolfgang Zarnack vom 23. 1. 1940.

122) ADB Nr. 4365 Bd. 4, Schreiben von Dr. J. Abs an H. J. Abs vom 28. 1. 1939.

123) ADB Nr. 4365 Bd. 1, Schreiben von Dr. Martini an Dr. Leising vom 12. 6. 1939, Aktennotiz von H. J. Abs vom 12. 6. 1939, daß vom Reichswirtschaftsministerium Herrn Dr. Hänggi der Erwerb seiner Aktien nicht genehmigt wurde.

124) ADB Nr. 4365 Bd. 4, Protokoll der Generalversammlung vom 24. 5. 1939; Bd. 1 Protokoll der Aufsichtsratssitzung vom 20. 8. 1942.

124a) Richard Sasuly, IG Farben, Berlin 1952, S. 110.

125) ADB Nr. 5960 Bd. 4, Mitteilung des Reichsbankdirektoriums vom 21. 1. 1939.

126) ADB Nr. 5960 Bd. 2, Rede von Walther Funk am 30. 3. 1939 vor dem Zentralausschuß der Reichsbank (Manuskript); vgl. Schreiben von Adolf Hitler an Walther Funk vom 20. 1. 1939.

127) ADB Nr. 5960 Bd. 1 Schreiben von Walther Funk an Georg Emil Stauss vom 4. 7. 1939 mit der Berufungsurkunde.

128) ADB Nr. 5960 Bd. 4 Schreiben von Walther Funk an Eduard Mosler vom 4. 7. 1939; Bd. 8 Generalsekretariat, Abs; Allgemeiner Schriftwechsel, Schreiben von W. Funk an H. J. Abs vom 4. 7. 1939 mit der Berufungsurkunde und Dankschreiben von H. J. Abs an Funk vom 6. 7. 1939.

129) ADB Nr. 5960 Bd. 20 Generalsekretariat, Abs; Währungsausschuß; Bd. 12 Generalsekretariat, Abs; Außenhandelsausschuß; Bd. 16 Generalsekretariat, Abs; Börsenausschuß.

Im Frühjahr 1939 bahnte sich durch die Vermittlung von Mosler auch die persönliche Bekanntschaft zwischen Abs und Funk an.[130]) Sie sollte die ganzen Kriegsjahre überdauern und sich immer stärker zu einer engeren Zusammenarbeit entwickeln.[131]) Abs versäumte in diesen Jahren keine Einladung zu offiziellen Beratungen, internen Gesprächen, Bierabenden oder gar zu „Fahnenappellen zum Tag der Bewegung", wenn sie von Funk ausging.[132]) Er leistete auch jeder Einladung zu Beirats- oder Ausschußsitzungen der Deutschen Reichsbank pünktlich Folge.[133]) Auf diesen Sitzungen — deren stenografische Protokolle erhalten sind — war Abs stets bemüht, den Vorschlägen von Funk für die Dirigierung der Wirtschaftsentwicklung die gewünschte Richtung zu geben. Mit großem Geschick verstand er es, sie zu präzisieren und sachkundig zu ergänzen.[134]) Als im Spätsommer 1939 die intensiv betriebenen Vorbereitungen auf eine militärische Aggression soweit abgeschlossen waren, daß sie nur noch ausgelöst zu werden brauchte, befanden sich in der Hand von Hermann Josef Abs entscheidende industrielle, finanztechnische und wirtschaftspolitische Schalthebel, mit denen er großen Einfluß auf die weitere Entwicklung ausüben konnte.[135])

Marianne Regensburger

Der „Berlinische Unwille"

I

Setzen wir die Tatsachen über den letzten großen Ausbruch des „Berlinischen Unwillens" (Name eines obskuren Aufstandes im fünfzehnten Jahrhundert in einer obskuren Stadt namens Berlin) als bekannt voraus, der am 2. Juni im Tod des Studenten Benno Ohnesorg seinen Höhepunkt erreichte — obgleich das so selbstverständlich nicht ist nach allem, was von den zuständigen Stellen zu ihrer Verschleierung unternommen wurde. Setzen wir die Tatsachen als bekannt vor-

130) ADB Nr. 5960 Bd. 8; am 7. 2. 1939 sendet Mosler an Abs einen handschriftlichen Zettel, daß sich Abs mit Funk in Verbindung setzen möge, um vor seiner USA-Reise mit Funk alle Probleme zu besprechen.
131) ADB Nr. 5960 Bd. 8, Einladungen von W. Funk an H. J. Abs; bemerkenswert ist u. a. eine Einladung von Funk an Abs vom 18. 1. 1940 zu einem „geselligen Beisammensein" am 2. 2. 1940. Neben Abs waren u. a. auch Karl Blessing, Wilhelm Zangen (Generaldirektor der Mannesmann-Röhrenwerke, Mitglied des Aufsichtsrates der Deutschen Bank), der Reichsfinanzminister Lutz Graf Schwerin von Krosigk und Hans Fischböck eingeladen.
132) ADB Nr. 5960 Bd. 8 und Nr. A 1 Bd. 16 Privatkorrespondenz von H. J. Abs; in beiden Aktenbänden befinden sich zahlreiche Einladungen verschiedener Reichsminister an H. J. Abs. Aus den Antwortschreiben von H. J. Abs ist ersichtlich, daß er bis 1945 an mindestens 28 Aussprachen mit W. Funk teilgenommen hat.
133) ADB Nr. 5960 Bde. 12, 16 und 20.
134) ADB Nr. 5960 Bd. 17; hier befinden sich alle stenographischen Protokolle des Beirates und der Ausschußsitzungen, die als „streng geheimes" Material galten.
135) ADB Nr. 5960 Bd. 17, Protokoll der Beiratssitzung vom 26. 10. 1939, Protokoll der Geheimsitzung des Außenhandelsausschusses vom 19. 12. 1939, auf der über die Funktion des Außenhandels für die deutsche Kriegswirtschaft beraten wurde.

Kommentare und Berichte

Genf unter Zeitdruck

Schwedens Abrüstungsminister, Frau Alma Myrdal, hat in Genf den schleppenden Fortgang der Verhandlungen über einen Atomwaffensperrvertrag getadelt. Diese Kritik trifft ins Schwarze. Das Zeitproblem wird von Tag zu Tag mehr zum neuralgischen Punkt der Bemühungen um eine Nonproliferation. Die Versicherung generellen Einverständnisses über die Notwendigkeit eines Sperrvertrages führt nicht weiter. Sehr bald schon muß ein unterschriftsreifer Vertrag vorgelegt werden, wenn verhindert werden soll, daß die rasanten technologischen Fortschritte auf dem Gebiet der Nuklearwaffenproduktion dieses Vorhaben nicht ad absurdum führen sollen.

Die Explosion der chinesischen Wasserstoffbombe dokumentiert die Brisanz dieser Entwicklung. Früher als von den Supermächten erwartet, gelang den Chinesen die Herstellung dieser Vernichtungswaffe der — hinsichtlich ihres Zerstörungsgrades — höchsten Kategorie. Die Regierung in Peking hat sofort erklärt, diese Bombe nicht als Angriffswaffe einsetzen zu wollen. Nichts spricht gegen die Glaubwürdigkeit dieser Versicherung. Dennoch hat ihr Vorhandensein nun auch in chinesischen Waffenarsenalen politisch destruktive Wirkungen.

Zahlreiche Staaten im asiatischen Raum fürchten die kompakte Macht Chinas seit Jahren. Nun, da sie Maos Großreich im Besitz der Wasserstoffbombe wissen, sehen sie sich in dem Zwang, der nuklearen Potenz Chinas zumindest in Annäherung gleichwertig zu werden. Tatsächlich verfügen sowohl Indien als auch Japan und Indonesien heute über die wissenschaftlichen und technischen Voraussetzungen zum Bau eigener Kernwaffen. Pakistan ist von diesem Standard nicht weit entfernt. Da sich die Großmächte bislang noch nicht über eine formelle Schutzgarantie für diese Staaten im Falle eines atomaren Angriffs einigen konnten, gewinnen die auf die Entwicklung eigener Kernwaffen drängenden Kräfte in diesen Ländern immer mehr an Boden. Das beeinträchtigt notwendigerweise die Bereitschaft zur Unterzeichnung eines Atomwaffensperrvertrags — vor allem dann, wenn sich seine Ausarbeitung weiter verzögern sollte.

Von den Kontrahenten im Nahost-Konflikt gehören zumindest Israel und Ägypten in den Kreis der potentiellen Atommächte. Auch ihnen stehen das technische know-how und die Produktionskapazitäten für die Herstellung eigener Kernwaffen zur Verfügung. Selbst Engpässe in den Staatsfinanzen werden in Spannungszeiten kein ernsthafter Hinderungsgrund für die Produktion atomarer Sprengköpfe sein. Sollte es in absehbarer Zeit nicht gelingen, die verschärften Interessengegensätze im Nahen Osten auszugleichen und die Situation auf der Grundlage einer für beide Seiten gerechten Lösung zu befrieden, dann werden mit hoher Wahrscheinlichkeit im nächsten Nahostkrieg auch atomare Waffen eingesetzt.

Gerade der Fall Nahost macht deutlich, wie eng heute aktuelle Friedensbewahrung und vorausschauende Friedensplanung ineinandergreifen müssen. Die oberflächliche Bemäntelung tiefverwurzelter Streitigkeiten ohne echten Interessenausgleich taugt nicht in einer Zeit, in der latente Krisen immer die Gefahr einer Ausweitung zum atomaren Schlagabtausch in sich tragen — sei es

durch das nukleare Engagement bereits etablierter Atommächte, sei es durch die Entwicklung und den Einsatz eigener Kernwaffen der heute noch außerhalb des Atomklubs stehenden Länder.

Die alles in allem recht mageren Informationen, die nach dem Treffen Johnsons und Kossygins in Glassboro über die Substanz der Gespräche gegeben wurden, lassen erkennen, daß sich die Regierungschefs der beiden Supermächte der Interdependenz von Friedensbewahrung und Nonproliferation bewußt sind. Es ist sicher kein Zufall, daß der Atomsperrvertrag als Tagesordnungspunkt Nummer eins auf der Agenda dieser Gespräche stand, noch vor der Behandlung der akuten, das Verhältnis beider Staaten — besonders im Fall Vietnam — schwer belastenden Krisen.

Obwohl kein Grund zur Überbewertung dieses Treffens vorliegt, ist das gemeinsame Interesse an einer beschleunigten Beschlußfassung über das Sperrvertrags-Projekt hoch zu veranschlagen. Das wird für die Arbeit der Genfer Abrüstungskonferenz nicht ohne Folgen bleiben. Durch eine gezielte Indiskretion — die die Amerikaner der Bundesregierung zuschreiben — wurde bekannt, daß die Vereinigten Staaten Anfang Juni den neuen Entwurf eines Sperrvertrages vorgelegt haben. Dieses Papier hat zu einer Wiederannäherung der Standpunkte geführt. Bekanntlich war Washington zu Beginn dieses Jahres unter dem Eindruck des heftigen Widerstandes einiger Verbündeter von entscheidenden Punkten des ersten gemeinsamen Vertragsentwurfs abgerückt. Die Bonner Regierung, die hinsichtlich der Lautstärke ihrer Proteste und der Radikalität ihrer Argumente diese Fronde angeführt hatte, konnte bei der amerikanischen Regierung eine Abschwächung der Artikel III (Kontrolle der friedlichen Nutzung von Kernenergie) und IV (Vetorecht der Großmächte gegen Änderungen des Vertrags) durchsetzen, die die sachliche Substanz des Abkommens in Frage stellte. Die Sowjetunion und andere Ostblockstaaten reagierten ebenso wie verschiedene blockfreie Länder auf diese Änderungen ablehnend. In Washington mußte man erkennen, daß das Beharren auf dieser Revision des Vertragsentwurfs das ganze Projekt in Frage stellen würde. In realistischer Einschätzung der eigenen Sicherheitsinteressen, die in starkem Maße von einem Verbot der Weitergabe und der Eigenproduktion von Kernwaffen abhängen, bemüht man sich jetzt um eine Rückkehr zu den ursprünglich vereinbarten Bestimmungen des Entwurfs. Dieser Prozeß ist durch das Treffen von Glassboro entscheidend gefördert worden.

Dennoch wäre es verfrüht, voraussagen zu wollen, daß die Bemühungen um einen Atomwaffensperrvertrag jetzt gefahrlos ihrem baldigen und positiven Abschluß entgegenstreben. Nicht nur dem Zeitfaktor ist angesichts der schnellen waffentechnischen Entwicklung eine zentrale Bedeutung zugewachsen, die bei einer Verschleppung der Verhandlungen sehr leicht zum unüberwindlichen Hindernis werden kann. Auch der Widerstand der nun schon traditionellen Gegner der Rüstungsbegrenzung hat sich verhärtet. Die Zurückhaltung der Bundesregierung in der öffentlichen Diskussion dieser Frage ist taktischer Natur; ihr erster, vehementer Protest nach dem Bekanntwerden des amerikanisch-sowjetischen Vertragsentwurfs hatte international ihr Image zu sehr ramponiert. Eine Wiederholung will sie vermeiden. In der Sache jedoch ist sie nach wie vor in der Opposition. Innerhalb der NATO, im Rahmen von EWG und Eurotom und auf diplomatischer Ebene arbeitet sie gegen das Zustandekommen eines Sperrvertrags. Das herausragende Motiv dieser Bemühungen ist seit Jahren unverändert: Bonns Streben nach Besitz oder doch Mitbesitz, Verfügung oder Mitverfügung über

Kernwaffen. Eine solche Zielsetzung zwingt notwendigerweise zum Widerstand gegen das Zustandekommen eines Sperrvertrages.

Als Reaktion auf Glassboro, das die „atomare Komplicenschaft" der beiden Supermächte erneut demonstrierte, verstärkt Bonn jetzt sein Werben um den Aufbau einer europäischen Kernstreitmacht. Wie detailliert die Vorstellungen hierzu sind, erhellt aus einem im „Rheinischen Merkur" vom 16. Juni 1967 veröffentlichten Artikel von Klaus Bloemer, außenpolitischer Berater des CSU-Vorsitzenden Franz Josef Strauß. Bloemer schreibt: „Das (der vermeintliche Zwang zur Entwicklung einer Verteidigungspolitik der EWG-Staaten, H. H.) bedeutet in die politische Praxis übersetzt den Entschluß der europäischen Staaten, sich die Mittel für ihre Selbstverteidigung aus eigenen Kräften zu schaffen, wobei eine Sicherheitspolitik im modernen Sinne nichts anderes als die Bereitstellung von Waffen ist, mit denen sich jede Art eines Krieges verhindern läßt. Die Europäer werden also auch organisatorische Gemeinschaftslösungen finden müssen, mit denen sie sich auf Schwerpunkte bei der Entwicklung und Produktion gerade solcher neuzeitlichen Waffensysteme festlegen, die ihnen beim Aufbau von Zivilindustrien der advenced techniques dienlich sind. Daß hier die Gebiete der Luftfahrt- und Raketentechnik eine hervorragende Rolle zu spielen haben, liegt in der Natur der Sache. Ohne an dieser Stelle auf strategische Erwägungen einzugehen, die sich aus den neuesten zur Desintegration, zum Disengagement und zur Denuklearisierung tendierenden Beschlüssen der NATO ergeben, sollte hier nur noch auf die Wichtigkeit der Entwicklung eigener europäischer Atomwaffenträgersysteme hingewiesen werden."

Bloemers programmatische Bekundungen sind nicht die unmaßgebliche Meinung eines einzelnen, sondern übereinstimmende Auffassung führender Kreise aus Politik und Wirtschaft. Die von Strauß, Guttenberg u. a. verfochtene kleineuropäische Version des Strebens nach atomarem Mitbesitz dominiert in Bonn. Ihre Anhänger wird man nie auf der Seite derer finden, die sich für eine vertraglich garantierte Beendigung des atomaren Wettrüsten einsetzen.

Horst Heiden

Unser aller Nahost-Krieg

Was dem zwar bei weitem kleineren, dafür aber um so aufmerksameren Teil unserer Öffentlichkeit mindestens schon seit Beginn des Vietnam-Krieges klar ist, scheint seit dem 5. Juni 1967 nun auch der ansonsten prinzipiell schlaftrunkenen Mehrheit unserer Landsleute aufzudämmern: Es gibt keine im klassischen Sinne „lokalen" Kriege mehr. Die gute alte Zeit, da man im Abendland getrost bei der Tagesordnung bleiben konnte, während „weit hinten in der Türkei die Heere aufeinanderschlagen", ist definitiv vorbei. Der dritte israelisch-arabische Krieg innerhalb von noch nicht einmal zwei Jahrzehnten war ein Welt-Krieg; das ahnen selbst in einem politisch so unterentwickelten Land wie dem unseren mehr Menschen, als es den Anschein hat. Genauer: sie ahnen, daß es ein Welt-Krieg i s t ; denn obwohl die Waffen inzwischen wieder verstummt sind, geht der Kampf weiter. Ja, vielleicht beginnt er jetzt überhaupt erst richtig.

Wann und wo immer es um Jüdisches in dieser Welt geht, regt der Deutsche sich (auf). Kein Wunder: Keiner wie er hat allem Jüdischen gegenüber ein so

schlechtes Gewissen. Das will nicht sagen, daß Jüdisches sein Gewissen an sich errege. Nein, es erregt vor allem sein schlechtes Gewissen. Denn ein anderes hat der Mehrheitsdeutsche dem Judentum gegenüber nun einmal nicht.

Schlechtes Gewissen aber hat Verkrampfungen zur Folge. Das ist in den hinter uns liegenden vier Wochen drastisch bewiesen worden. Bei den einen schlug das schlechte jüdische Gewissen ins Gegenteil um, in den Kontrapunkt: Für sie (als hätten sie nur darauf gewartet, den Juden den Schwarzen Peter „Aggressivität", den sie immer noch im eigenen Blatt haben, zurückzuspielen), für sie war von vornherein in Bausch und Bogen klar, daß niemand sonst schuld sei als Israel, bestenfalls noch der Zionismus. Es gibt Indizien dafür, daß diese Front quer durch die deutschen Lande verläuft, von Aachen bis Frankfurt an der Oder. Zu Ehren eines Teils dieser Leute muß angenommen werden, daß sie inzwischen verdutzt feststellten: Wir liegen mit unserer Bausch-und-Bogen-Verdammung Israels ja haargenau auf der Linie jenes übergeschnappten Schmähblattes mit einer Wochenauflage von mehr als 100 000, das sich „Deutsche Nationalzeitung" zu nennen wagt ...

Die anderen, wiederum in Bausch und Bogen, nahmen von der ersten Stunde an treu Partei für Israel, gegen die Araber. Diese allein seien schuld am Krieg, den Israelis sei ja gar nichts anderes übrig geblieben, als durch einen Präventivschlag dem soundsofort erklärten arabischen Vernichtungswillen zuvorzukommen. Und wie erging es den — meist sehr ehrenwerten — Vertretern dieser Richtung? Sie mußten sich plötzlich in einer Front sehen mit dem deutschen Zeitungskrösus Axel Springer, der sein blasses persönliches Image gerade via Israel aufzupolieren versucht und in dessen gesamtem Lager unter dem Firnis des Philozionismus nur allzu verdächtig der blanke Antikommunismus zu erkennen bleibt — brisant gemacht in diesen Tagen durch die methodische Wiederbelebung gewisser deutscher Landsknechts-Atavismen („Blitzkrieg", „Wüstenfüchse", „à la Rommel" usw.) und die Konstruktion aufputschender Analogien zwischen dem vormals geteilten Jerusalem und dem immer noch geteilten Berlin, ja zwischen Israels erfolgreichem Draufgängertum gegen eine zahlenmäßige Übermacht und Westdeutschlands damit verwandten Möglichkeiten überhaupt. Und ferner in einer Front mit jenem deutschen Bürgertum rechter wie quasilinker Provenienz, das im intimen Bereich (und nicht immer nur dort) seit zwanzig Jahren nur allzu unmißverständlich seiner verquälten Erleichterung über die Entfernung der Juden aus dem deutschen Geistes- und Wirtschaftsleben Ausdruck gegeben hat und nun dafür in einer unreflektierten Akklamation für Israels Bravourritt gegen die Araber ein herzlich willkommenes moralisches Alibi empfindet — eine Kompensation vor der Welt für das mal halb, mal mehr als nur halb eingestandene Aufatmen darüber, daß wir die deutschen Juden losgeworden sind (denn unbequem und irgendwie störend waren sie eben doch — nur hätte man sie auf irgendeine feinere Art loswerden müssen) ...

Also: Man hat's als Deutscher nicht leicht mit dieser Bataille (und das ist gut so). Ein Schritt zuviel, egal in welcher Richtung, und man befindet sich in schlechter Gesellschaft. Was demnach tun? Sich einfach heraushalten, sich persönlich überhaupt nicht engagieren? Das war kaum je zuvor schwieriger als diesmal — handelt es sich doch, wie gesagt, um einen Welt-Konflikt. Was Juden tun (oder erleiden), hatte immer schon weitreichende Wirkungen.

Nein — sondern dieser Krieg ist nachgerade ein Lehrstück zur Einübung dessen, was vielleicht niemand sonst auf

dieser Welt so nötig hat wie wir Deutschen: der Position der Mitte.

Nach althergebrachtem deutschen Brauch ist „Mitte" im Grunde nichts weiter als eine Form von Feigheit. „Willst du nicht mein Bruder sein, so schlag ich dir den Schädel ein . . ." Aber althergebrachte deutsche Bräuche gelten nicht mehr. Die Position der Mitte ist weder Ausfluß von Feigheit noch von Passivität (nebenbei: Passivität kann schwieriger sein als Aktivität), sondern Manifestation der tätigen Mitwirkung — mit dem Ziel, zu erhalten, statt zu zerstören.

Wie könnte diese „Mitte" im Falle Nahost aussehen?

Auszugehen ist von der Existenz des Staates Israel. Der Staat Israel existiert und muß existieren; und da er nun einmal an seiner jetzigen, unglücklichen Stelle existiert, muß er auch an dieser Stelle weiterexistieren. Die Araber haben sich mit dem Gedanken vertraut zu machen, diese Existenz nicht nur hinzunehmen, sondern zu garantieren. Insofern haben sie eine ähnlich traumatische Schwierigkeit zu überwinden wie wir Westdeutschen: Auch wir müssen, wenn wir leben wollen, über unseren Schatten springen und die Existenz eines Staates vor unserer Türschwelle, den es früher nicht gegeben hat, anerkennen. Der Status quo ist unteilbar. Und nur auf seiner Basis ist Zukunft noch kalkulierbar.

Die Araber sind aufgefordert, sich zu entmystifizieren, so schnell und so gründlich wie möglich. Ihr substantieller Feind ist nicht der Staat Israel — dessen knapp 21 000 qkm sie zum Leben nicht brauchen. Wenn sie schon meinen, unbedingt jemanden „ins Meer jagen" zu müssen, sollten sie sich lieber an alle diejenigen finsteren Mächte in ihren eigenen Reihen und auf dem Boden ihrer eigenen Länder halten, die ihrem Kampf um Befreiung von Elend, Krankheit und Unwissenheit im Wege stehen. Den Arabern tut eine kolossale Ernüchterung not (auch wiederum ähnlich wie uns Westdeutschen). Im 20. Jahrhundert kann man „Heilige Kriege" nicht nur nicht mehr führen, sondern auch, wie Figura zeigt, nicht einmal mehr proklamieren. Was hätte die israelischen Soldaten Anfang Juni 1967 davon abhalten können, auch in Damaskus und Kairo einzumarschieren? Die Araber gewiß nicht. In der unweigerlich angebrochenen säkularen Epoche der Menschheit schneidet Okkultismus sich nur selbst ins Fleisch.

Aber: Angegriffen haben nicht die Araber, angegriffen haben die Israelis. Es war eine israelische Aggression, daran gibt es nichts zu deuteln (und zwar nicht die erste), und es müßte mit dem Teufel zugegangen sein, wenn sie so ganz ohne „westlichen Akkord" (z. B. mit der allgegenwärtigen CIA) durchgeführt worden wäre.

Israel, dieses bewundernswerte kleine Land, das mit mehr Verstand und Intelligenz verwaltet wird als viele andere Länder dieser Welt, muß, wenn es leben will, den Dämon der Herrenmensch-Mentalität bannen, der sich in ihm zu regen begonnen hat. Auch die Israelis müssen über ihren Schatten springen lernen. Was den Arabern mehr weh tut als die militärischen Schläge ist die Verhöhnung ihrer Menschen durch die Israelis, ihrer Geschlagenen, ihrer Verwundeten, ihrer Vertriebenen. Nasser, Boumedienne, Hussein, sie alle sind eher nostalgische Typen; ein Moshe Dayan wirkt im Vergleich zu ihnen, mit Verlaub, wie ein Deutscher, und zwar wie ein Deutscher von einer bestimmten Sorte.

Israel mag seine Grenzen so weit vorschieben wollen, wie es ihm beliebt: Es wird trotzdem immer und ewig von fünf arabischen Staaten umgeben bleiben; mit diesen kann es entweder leben oder sterben wollen. Insofern steht auch Israel vor der gleichen zwingen-

den Forderung der Geschichte wie die Araber — und die Westdeutschen: Anerkennung des Status quo. Aus Tel Aviv war zu hören (und in der Springer-Prese zu lesen), Israel habe seine „strategisch unmöglichen" Grenzen gegenüber Syrien und Jordanien einfach nicht länger ertragen können. Gewiß sind das außerordentlich bizarre Grenzen — aber was erlebte die Welt: Israels Flugzeuge waren in 10 Minuten in Amman und in 15 Minuten in Damaskus. Nicht auf den Verlauf, nicht auf die Topographie einer Grenze kommt es an, sondern auf das Verhältnis, das Nachbarn über eine Grenze hinweg zueinander haben.

Israel braucht nicht die Gebiete westlich des Jordan; Israel braucht nur den ihm zukommenden Anteil an den Wassern des Jordan —: der ist ihm von den Arabern zu garantieren. Israel braucht nicht die Altstadt von Jerusalem; Israel braucht nur den permanenten, mühelosen Zugang für seine Gläubigen zur Klagemauer —: der ist ihm von den Araben zu garantieren. Und Israel braucht nicht die Sinai-Halbinsel und nicht den Gaza-Streifen. Israel hat kaum mehr als 20 Menschen pro qkm. Ein großer, vermutlich immer noch der größere Teil des Landes ist zwar Wüste — aber das bedeutet heute längst nicht mehr so viel wie noch vor einer Generation. Wüsten fangen an, ihren Schrekken zu verlieren. Das haben mit in vorderster Linie auf dieser Welt die Wissenschaftler, Techniker und Arbeiter Israels bewiesen: Was sie alle zusammen, bisher nur punktuell, im Negev an Kultivierung vollbracht haben, muß man grandios nennen. Es überbietet, was Einfallsreichtum anbelangt, vielleicht sogar die imposanteste Kolonisierung der Geschichte: Sibiriens durch die Russen.

Was braucht Israel sonst noch? Die garantierte freie Zufahrt zu seinem Hafen Ejlat — und die Erkenntnis, daß man die weiche, stark emotionale, aber auch subtile, feine Kultur des Islam zwar jederzeit auf den Kopf schlagen, aber nicht mit Waffen besiegen kann. Israel hat Napalm eingesetzt, wo es MG-Salven auch getan hätten. Es hat die Araber in Jordanien erheblich härter geschlagen, als das zur Erringung eines militärischen Sieges nötig gewesen wäre. Und es hat sich durch seine Taten selbst verantwortlich gemacht für den Jammer all der Hunderttausende von alten und neuen Palästina-Flüchtlingen (die in Wahrheit meist Vertriebene sind), deren vollkommene Null-Situation nur noch mit den Ausgepowerten von Süd-Vietnam zu vergleichen ist. Diese Verantwortung wird zwar zu einem Teil dadurch relativiert, daß die Araber ihrerseits (um eine blutende Wunde nicht verheilen zu lassen) bis zum 5. Juni 67 nicht einmal den Versuch gemacht hatten, die Palästina-Flüchtlinge aus dem Sinai-Feldzug vor elf Jahren in ihr Leben zu integrieren; aber egalisiert kann sie dadurch nicht werden.

„Israel soll leben", überschrieb Rudolf Augstein seinen ersten Kommentar der Ereignisse. Das sei doppelt unterstrichen. Aber wie kann Israel leben? Auf die Dauer nur mit, nicht gegen die Araber; schon gar nicht als eine Art abendländischer Speerspitze an der morgenländischen Brust. Es hat einen atemberaubenden Blitz-Sieg errungen — und lernt nun die Melancholie solcher „Blitze" kennen (wir Deutschen kennen sie längst): die Schlacht ist gewonnen, der Krieg noch nicht. Es war in erster Reihe die Sowjetunion, die es bewußt unterlassen hat, das Glück der Schlacht doch noch zugunsten der Araber zu wenden; und die gleiche Sowjetunion wirft jetzt ihr ganzes Gewicht dafür in die Waagschale, daß der Gewinner der Schlacht nicht einseitiger Sieger des Krieges bleibe. Die Verpflichtung der Weltmächte zur globalen Balance war es, die zuerst diejenigen „im Stich ließ", die Krieg deklamierten, und nun diejenigen „im Stich

läßt", die Krieg machten. Arabischer Fanatismus und israelische Präpotenz sind so gleichermaßen in ihre Schranken gewiesen worden. Mit anderen Worten: In Wahrheit wurden (und werden) beide, Israelis wie die Araber, nicht im Stich gelassen, sondern nur an ihre Mitverantwortung für den Weltfrieden, das heißt: für die Koexistenz, erinnert.

Nichts Unwiederbringliches ist geschehen, nichts, was nicht wieder gutzumachen wäre. Aber wer soll es wieder gut machen? Vielleicht wird dieser Fünf-Tage-Feldzug einmal genannt werden „Der Krieg, der die Vereinten Nationen regenerierte". Ein Krieg wird vor dem Parlament der Völker verhandelt — eine neue, Hoffnung zulassende Erscheinung unserer Zeit. Doch können die Vereinten Nationen zwar auf Frieden dringen — Frieden machen können nur die Kriegführenden selber. Insofern erscheint die israelische Forderung nach direkten Verhandlungen mit den Arabern als logisch; doch sind solche Verhandlungen von vornherein aussichtslos, wenn sie „vollendete Tatsachen" zum Ausgangs- und womöglich auch noch zum Zielpunkt haben sollen. Der Zweite Weltkrieg konnte es sich, möchte man sagen, noch leisten, neue vollendete Tatsachen zu schaffen; das inzwischen angebrochene Atomzeitalter kann sich das nicht mehr leisten. Die Idee des Status quo hat die klassische Idee der Hegemonien abgelöst. Als erste haben das die Weltmächte am eigenen Leib verspüren müssen: Sowohl untereinander wie auch jede für sich ihren Verbündeten gegenüber haben beide, die USA wie die Sowjetunion, schon Opfer an Hegemonie und Prestige bringen müssen. Es wird Zeit, daß auch die Kleineren das einsehen lernen!

Freilich, in konservativen, geschweige denn in extremistischen Kreisen wird man das nie erlernen. Nur die progressiven Kräfte diesseits und jenseits von Jordan und Suez können die Israelis und die Araber, diese heute noch bis auf Blut verfeindeten semitischen Brüder, Schritt für Schritt aus dem Teufelskreis ewiger Kriege herausführen. Es sind, deutsch gesagt, die Kräfte der „Linken". Es gibt sie auf beiden Seiten, und man muß sie auf beiden Seiten ermuntern und unterstützen. Sie allein haben bisher bewiesen (und das gilt nicht für den nahen Osten allein), daß sie rein der Mentalität nach fähig sind, zunächst vor der eigenen Tür zu kehren.

Es ist unser aller Nahost-Krieg. Das ist in der Bundesrepublik auch denen schon bewußt geworden, die nicht nur primär um den Sprit für ihre Urlaubsreise bangen. Welchen Beitrag zur Befriedung wird unsere Regierung leisten? Wird sie wenigstens aufhören, die einen gegen die anderen ausspielen zu wollen? Wir haben zur Zeit einen Außenminister, der kraft seiner politischen Herkunft eigentlich besser wissen müßte als seine Vorgänger, was nottut: Ein klares Engagement zugunsten des Status quo, wie er vor der Schließung des Golfes von Akaba bestanden hat, und zugunsten seiner Sicherung auf lange Zeit. Unterlassung oder Halbherzigkeit werden nur jenen Elementen dienen, die seit vier Wochen am Werk sind, ihrer „gesamtdeutschen" Ratlosigkeit mit einer neuen Droge auf die Beine zu helfen, indem sie heute sich und vielleicht schon morgen uns allen einzureden versuchen, es bedürfe zur „Erlösung" des östlichen Berlin nur des gleichen schneidigen Handstreichs, wie die Juden (nun auf einmal, freilich nur diesbezüglich, von den Deutschen für voll genommen) ihn bei der „Erlösung" von Ost-Jerusalem vollführt haben.

Johannes Weidenheim

Die Souveränitätslegende

„Wir wollen eine ausschließlich deutsche souveräne Gesetzgebung zum Schutze der Freiheit und der demokratischen Grundordnung unter Ablösung aller sich aus dem Deutschland-Vertrag ergebenden Vorbehalte der drei alliierten Mächte". Dies sagte der SPD-Abgeordnete Hirsch als Sprecher seiner Fraktion in der Bundestagsdebatte vom 29. Juni bei der ersten Lesung des von der Bundesregierung eingebrachten „Entwurfs eines Gesetzes zur Ergänzung des Grundgesetzes" — wie im amtlichen Sprachgebrauch die Notstandsverfassung bezeichnet wird. Das Argument, zur Herstellung unserer vollen Souveränität benötigten wir eine Notstandsgesetzgebung, spielte überhaupt in dieser Debatte eine wichtige Rolle. An nicht weniger als vier Stellen seiner Rede nahm Hirsch auf die alliierten Vorbehaltsrechte aus Art. 5 Abs. 2 des Deutschlandvertrages Bezug; auch der CDU-Sprecher Dr. Even widmete sich ausführlich dieser Frage. Natürlich hat auch Bundesinnenminister Lücke in seiner Begründung des Regierungsentwurfs das Thema angeschnitten und damit ein Leitmotiv für die Aussprache gegeben, das dann bei fast allen Rednern wiederkehrt. Neben der Behauptung, Notstandsgesetze seien zur Vorsorge für Ausnahmesituationen notwendig, ist der Hinweis auf die nationale Autonomie der vordringlichste und nachdrücklichste Gesichtspunkt, unter dem man der Öffentlichkeit die Unvermeidbarkeit einschneidender Grundgesetzänderungen schmackhaft machen möchte. Sich mit diesem Argument noch einmal auseinanderzusetzen, ist angesichts des Verlaufs der Bundestagsdebatte unerläßlich.

Drei namhafte deutsche Staats- und Völkerrechtslehrer, die Professoren Klein, Ridder und Abendroth, sind unabhängig voneinander zu dem Ergebnis gekommen, man könne nicht stillschweigend annehmen, daß eine deutsche Notstandsgesetzgebung die Ablösung der alliierten Vorbehaltsrechte zur Folge haben werde, vielmehr sei es eine unabdingbare Forderung, durch Einholung einer Stellungnahme der Alliierten deren Haltung verbindlich zu klären. Dieser mit zahlreichen guten Gründen belegte Einwand ist weder von der Bundesregierung noch von den Regierungsparteien berücksichtigt worden. Von einer Regierung, die der Öffentlichkeit nichts zu verschweigen hat, hätte man erwarten dürfen, daß sie vor jeglicher Notstandsplanung die drei alliierten Mächte öffentlich gefragt hätte, ob sie bereit seien, auf alle die Souveränität der Bundesrepublik beschränkenden Prärogative aus Art. 5 Abs. 2 des Deutschlandsvertrages zu verzichten, falls die Bundesrepublik sich eine eigene nationale Notstandsverfassung gäbe. Beim Inkrafttreten der Bonner und Pariser Verträge hieß es, die Bundesrepublik sei ein voll souveräner Staat. Seit einigen Jahren ist die Rede von „Souveränitätsdefekten", die aus den Sicherheitsvorbehalten der Alliierten im Deutschlandvertrag resultierten. Wann also hat die Bundesregierung das Volk getäuscht?

Es genügt nicht, wenn der Bundesinnenminister in der Debatte vom 29. Juni erklärt: „Die Bundesregierung steht wegen der Frage der Ablösung in Kontakten mit den drei Westmächten. Diese Kontakte geben ihr die Zuversicht, daß die Verabschiedung der beiden Ihnen vorliegenden Gesetzentwürfe die vollständige Ablösung der alliierten Sicherheitsvorbehalte bewirken würde." Solche unbestimmten Andeutungen dürfen dem Bundestag nicht ausreichen. Es kommt nicht auf die „Zuversicht" der Bundesregierung, sondern auf die Gewißheit des Parlaments an.

Der Vorwurf, der Bundestag habe leichtfertig der Bundesregierung falsche Behauptungen geglaubt, läge um so

näher, als es bereits aus den Jahren, in denen der Deutschlandvertrag geschlossen wurde, also aus 1954, einen geheimen Briefwechsel der Bundesregierung mit den Alliierten gibt, der diese sogenannten Sicherheitsvorbehalte betrifft. Auf diesen Briefwechsel bezog sich Prof. Dr. Hans Furler (CDU) in der Bundestagsdebatte vom 24. 2. 1955, seine Existenz wird in den Ausführungen des damaligen Botschafters Prof. Dr. Grewe zum Deutschlandvertrag vorausgesetzt, und noch 1966 gibt der jetzige parlamentarische Staatssekretär Benda (CDU) zu, daß es einen solchen unveröffentlichten Briefwechsel gebe. Warum wird diese Korrespondenz nicht öffentlich vorgelegt? Es bleibt also der Argwohn, daß dieser Briefwechsel die Argumentation der Bundesregierung nicht stützt und daß darum mit dieser ominösen Korrespondenz ein Dunkelmännerspiel getrieben wird. Wie vereinbart sich das mit dem Verlangen der SPD-Führung, die Geheimniskrämerei um die Notstandsgesetzgebung müsse nun ein Ende haben?

Weiterhin ist es keinesfalls angängig, daß die Bundesregierung erst aufgrund einer fertig beratenen Notstandsverfassung bei den Alliierten um eine verbindliche Stellungnahme zu Art. 5 Abs. 2 des Deutschlandvertrages nachsucht. Minister Lücke sagte dazu in seiner Bundestagsrede: „Die Bundesregierung wird, sobald dieses Gesetzgebungsverfahren zu einer abschließenden Feststellung des Gesetzesinhalts in zweiter Lesung geführt hat, die drei Mächte bitten, sich über die Eignung der dann beschlossenen Regelungen für die Ablösung der Sicherheitsvorbehalte verbindlich zu äußern. Dann hat dieses Hohe Haus bei der abschließenden dritten Lesung die Gewißheit, daß das eine Ziel der Notstandsverfassung, die Ablösung der alliierten Vorbehalte, wirklich erreicht wird." Ein solches Verfahren würde den ganzen Vorgang auf den Kopf stellen! Erst müssen die Abgeordneten doch wissen, ob und in welchem Umfang die Alliierten auf ihre Vorrechte zu verzichten bereit sind und welche Anforderungen sie für diesen Fall an ein deutsches Notstandsgesetz stellen würden, ehe sie über ein solches Gesetz inhaltlich beraten können. Warum der ganze Aufwand bei soviel Ungewißheit? Immerhin hat doch die SPD wiederum durch den Mund ihres Abgeordneten Hirsch erklärt: „Es kann keine deutsche Notstandsgesetzgebung geben, ohne daß vorher geklärt ist, daß die alliierten Vorbehaltsrechte abgelöst sind. Denn zwei Notstandsregelungen sind unmöglich und untragbar." Warum also erst monatelange Ausschußberatungen und Hearings, wenn eine einfache Anfrage bei den Alliierten hier Klarheit schaffen kann?

Zudem ist es ein unverantwortlicher Trick, wenn in der Souveränitätsdiskussion immer nur auf die Ablösung der Vorbehalte aus Art. 5 Abs. 2 eingegangen wird. Art. 2 Satz 1 des Deutschlandvertrages enthält eine viel weitergehende Generalklausel, die bis zum Abschluß eines Friedensvertrages die deutsche Souveränität grundsätzlich einschränkt und den Alliierten jede Möglichkeit zum Eingreifen in innerdeutsche Verhältnisse gibt. Da heißt es: „Im Hinblick auf die internationale Lage, die bisher die Wiedervereinigung Deutschlands und den Abschluß eines Friedensvertrages verhindert hat, behalten die Drei Mächte die bisher von ihnen ausgeübten oder innegehabten Rechte und Verantwortlichkeiten in bezug auf Berlin und auf Deutschland als Ganzes einschließlich der Wiedervereinigung Deutschlands und einer friedensvertraglichen Regelung." Diese Formulierung ist so weitgehend, daß die Alliierten daraus jede Beschränkung der Souveränität der Bundesrepublik ableiten können, auch dann, wenn sie formell auf die Vorbehalte aus Art. 5 Abs. 2 verzichten würden. Und es ist mit Rücksicht auf die Deutschlandpolitik der Bundesregie-

rung und auf die Berlinklausel dieses Satzes nicht zu erwarten, daß die Bundesregierung von den Alliierten auch einen Verzicht auf den Vorbehalt des Art. 2 Satz 1 verlangen würde, so wenig man annehmen kann, daß die Alliierten darauf zu verzichten bereit wären. Die gesamte Diskussion um die Beseitigung der „Souveränitätsdefekte" der Bundesrepublik aufgrund einer Notstandsverfassung ist mithin ein gespenstisches Schattenspiel: Tatsächlich bleibt die Bundesrepublik bis zum Abschluß eines Friedensvertrages so wenig souverän wie zuvor, möge die Notstandsverfassung nun verabschiedet werden oder nicht.

Es gibt in der Rede des SPD-Abgeordneten Hirsch eine verräterische Stelle. Er kommt da im Zusammenhang mit den alliierten Vorbehaltsrechten auf die sogenannten „Schubladengesetze" zu sprechen und sagt, daß die Alliierten „das provoziert haben, was man Schubladengesetze und -verordnungen nennt, was ohne die alliierten Vorbehalte nicht möglich gewesen wäre". Was soll das heißen? Sicher nicht, daß die Alliierten die Bundesregierung aufgefordert hätten, geheime verfassungswidrige Verordnungen für Notstandsfälle auszuarbeiten — denn solche Verordnungen werden sie nach ihren eigenen militärischen Gesichtspunkten für den Fall des Art. 5 Abs. 2 vorbereitet haben. Vielmehr kann man aus dieser Äußerung des Abgeordneten Hirsch nur entnehmen, daß die Bundesregierung solche verfassungswidrigen Verordnungen entworfen hat, um sich gegebenenfalls von den Alliierten ermächtigen zu lassen, sie gegen die grundgesetzliche Ordnung anzuwenden. Die ersten Entwürfe und Pläne dieser Art fallen noch in die Amtszeit Konrad Adenauers, seine Nachfolger haben das Werk dann übernommen und fortgesetzt. Was für eine Regierung haben wir, die insgeheim bereits seit Jahren an den Voraussetzungen für eine Notstandsdiktatur arbeitet und sich dabei auf die Hilfe der Alliierten stützen will? Nicht einmal die Mitglieder des Kabinetts waren insgesamt von solchen Plänen unterrichtet, wie aus einer Zwischenbemerkung von Dr. Mende hervorgeht, der erklärte: „Herr Kollege Hirsch, sind Sie bereit, zur Kenntnis zu nehmen, daß die sogenannten Schubladen-Gesetze niemals im Gesamtkabinett behandelt wurden, sondern nur im Bundesverteidigungsrat, dem anzugehören ich nicht die Ehre hatte . . ., so daß ich auch in meiner Stellung als Stellvertreter des Bundeskanzlers nicht von den Schubladen-Entwürfen Kenntnis nehmen konnte." Das ist ungeheuerlich. Man glaubt nicht, es mit einer verantwortlichen Regierung, sondern mit einem Kreis von Verschwörern zu tun zu haben.

Daß es nicht fehl am Platze ist, die Atmosphäre von Konspiration gegen die Verfassung zu beschwören, zeigen die Vorgänge in Griechenland, dessen Notstandsregelung uns von Regierungsexperten stets als vorbildlich gepriesen wurde. Jetzt zeigt sich deutlich genug, daß Notstandsvollmachten dieser Art dazu dienen können, einen Staatsstreich gegen die demokratische Grundordnung zu legitimieren. Der griechische Militärputsch ist ein besonders makabres und warnendes Beispiel, weil er sich nach Äußerungen der neuen Machthaber in Griechenland auf einen geheimen NATO-Stabsplan stützte, der — nach einer französischen Quelle — ohne Kenntnis der Regierungen der NATO-Länder nur den führenden Militärs und sicher auch Geheimdiensten vorliegt und bei tatsächlicher oder vorgeblicher Subversion angewandt werden kann. In Griechenland genügte bereits die Voraussicht eines den führenden Militärs unerwünschten Wahlergebnisses einer demokratischen Wahl, um den Notstandsmechanismus in Gang zu setzen. Im angesehenen „Nouvel Observateur" vom 3. Mai 1967 war darüber zu lesen: „Der ganze Putsch hat sich in Anwendung eines

Generalstabsplans abgewickelt, der vor mehreren Jahren in Verbindung mit der NATO für den Fall einer ‚drohenden inneren Subversion' ausgearbeitet worden ist. Der gleiche Plan gilt für alle NATO-Mitgliedsländer. Seinen Wortlaut kennen die Regierungen genau so wenig wie Herr Kanellopoulos, der sein Opfer wurde."

Es wäre gewiß töricht anzunehmen, im NATO-Hauptquartier gebe es nur Pläne für den Fall „drohender innerer Subversion" in einem NATO-Staat. Vielmehr ist mit Sicherheit anzunehmen, daß bei der NATO vor allem Notstandspläne für den äußeren Notstandsfall, den Kriegsfall, bestehen, denn die Vorbereitung auf den Krieg ist ja die Aufgabe eines Militärbündnisses. Nationale Notstandsregelungen werden in solchen Konzeptionen angesichts der übernationalen Organisation der NATO keine Rolle spielen können. Jedes NATO-Hauptquartier wird sich im Kriegsfall darüber hinwegsetzen müssen. Die Bundesregierung hat zu der alarmierenden Veröffentlichung des „Nouvel Observateur" bisher geschwiegen. Sie hat auch die deutschen Offiziere im NATO-Hauptquartier bisher nicht gefragt, jedenfalls nicht öffentlich, ob für die Bundesrepublik ein „Prometheus"-Plan zur Abwehr innerer Subversion bestehe. Soll das heißen, daß die Bundesregierung die Existenz von NATO-Notstandsplänen für das Territorium der Bundesrepublik billigt und somit ganz bewußt einen Teil ihrer Souveränität der NATO übertragen hat? Der Abgeordnete Hirsch sagt, zwei Notstandsregelungen könne es für die Bundesrepublik nicht geben. Aber wie will sich die in die NATO integrierte Bundesrepublik den Notstandsregelungen des Bündnisses entziehen? Vergessen wir nicht, daß die Integration in übernationale Organisationen eben erhebliche Souveränitätsverzichte bedingt. Zu fragen bliebe, warum die Bundesregierung so nachdrücklich auf die Ablösung der alliierten Vorbehaltsrechte aus Art. 5 Abs. 2 des Deutschlandvertrages drängt, obgleich doch eine bundesrepublikanische Notstandsverfassung als Ausdruck souveräner Staatlichkeit ganz offensichtlich eine Illusion ist.

Aber um die Souveränität geht es ja im Grunde auch gar nicht. Immer wieder ist von den Kritikern der Notstandsgesetzgebung darauf hingewiesen worden, daß ein Großteil der Ausnahmeregelungen, die die Bundesregierung wünscht, bereits in Friedenszeiten angewandt werden könnte. Das gilt insbesondere für die sogenannten „einfachen Notstandsgesetze", auch für einige Bestimmungen der Notstandsverfassung. Jetzt hat in der Bundestagsdebatte vom 29. Juni der CDU-Abgeordnete Dr. Even diese Absicht noch einmal deutlich ausgesprochen: „Hinzu kommt, daß eine wirkungsvolle Vorsorge, die ja schon in normalen Zeiten eingeleitet werden muß, bisher weder nach alliiertem noch nach deutschem Recht befriedigend möglich ist."

Das heißt die Katze aus dem Sack lassen! Die Bundesregierung will also Vollmachten, die über die von den Alliierten in Art. 5 Abs. 2 des Deutschlandvertrags in Anspruch genommenen Vollmachten hinausgehen, und sie will sie für „normale Zeiten", in denen die Alliierten und die NATO eine „wirkungsvolle Vorsorge" offenbar noch nicht für nötig halten. Das Argument der Behebung eines Souveränitätsdefekts entlarvt sich mithin als ein Vorwand. Die Absichten der Bundesregierung laufen auf den Aufbau einer staatlichen Machtapparatur hinaus, die der demokratischen Kontrolle weitgehend entzogen ist. Angesichts einer außenpolitischen Konzeption, die auf der Nicht-Anerkennung des Status quo in Europa, auf Grenzrevisionen und Änderung der Verhältnisse im anderen deutschen Staat gerichtet ist, muß der Umfang der von der Bundesregierung erstrebten Vollmachten nicht nur dem Bürger der Bundesrepublik unheimlich

erscheinen; auch einige Alliierte könnten darin einen europäischen Unsicherheitsfaktor, eine Störung der Entspannungspolitik sehen — und man vermag sich den kuriosen Fall auszumalen, daß die Alliierten von ihren Vorbehaltsrechten Gebrauch machen müßten, um eine Abenteuerpolitik ihres westdeutschen Verbündeten zu verhindern.

Die Notstandsplanung der Bundesregierung läßt sich weder unter dem Aspekt der Vorsorge noch der nationalen Souveränität zulänglich begreifen. Sie fügt sich in ein politisches Konzept ein, das die Fortsetzung einer auf internationalem diplomatischem Boden gescheiterten Machtpolitik zum Ziele hat. Notstandsvollmachten sollen dazu dienen, die Gesellschaft auf dieses Ziel hin zu formieren. Nur im Zusammenhang der Gesamtpolitik der Bundesregierung, die vom sozialen Abbau über äußere Machtansprüche bis hin zu einem volkswirtschaftlich unverantwortlich überhöhten Rüstungsaufwand reicht, ist der Sinn der Notstandsplanung zu verstehen. Alle Argumente, die in der Bundestagsdebatte vom Bundesinnenminister und den Sprechern der Regierungsparteien vorgetragen wurden, erweisen sich als irreal — sei es, daß sie einer Illusion entspringen, sei es, daß sie bewußt der Ablenkung dienen. Die Schwäche und Widersprüchlichkeit der Argumentation enthüllt deren Gegenstandslosigkeit und Gefahr zugleich.

Paul Neuhöffer

Blätter
für deutsche
und internationale
Politik

entschieden
demokratisch

Blätter
für deutsche
und internationale
Politik

Dr. Karlheinz Deschner

Franz Josef Strauß, der Architekt Europas

Analyse seines Buches „Entwurf für Europa"

„Man macht normalerweise keine Gefangenen. Wenn es doch vorkommt, wird alles stückchenweise abgeschnitten. Es ist nicht wie bei uns, wo einer getötet wird, indem ihm der Kopf abgeschlagen oder indem er erschossen wird. Nein, das macht man hier stückchenweise. Erst das rechte Bein, dann das linke Bein — so ungefähr, hahaha . . ." „Wir haben für den Kongo gekämpft, nicht weil wir für den Kongo kämpften . . . Wir haben für Europa gekämpft im Kongo, für die Idee des Westens, und zwar, um es genau zu sagen, für Liberté, Fraternité usw. Sie kennen diese Sprüche —" Kongo-Müller (Empfänger eines Strauß-Briefes)

I

Noch bevor man sich über Straußens Stil in seinem „Entwurf für Europa" (2. Aufl. Stuttgart 1966) ganz schlüssig wird, fällt etwas anderes auf: Dieser Mann hat keine Zeit! „Die europäische Politik tritt auf der Stelle. Nur eine entschlossene Initiative . . ." (7). „. . . ist ins Stocken geraten . . ." (7). „. . . in dem wir in einem neuen Anlauf versuchen . . ." (7). „Wir Europäer stehen unter Zeitdruck" (11). „Die Europäer haben keine Zeit mehr zu verlieren" (12). „Wir müssen vielmehr schleunigst das Tor aufstoßen" (12). „Aber die Zeit drängt. Wir können nicht warten" (17). „. . . diesen Prozeß dann organisch vorantreiben" (20). „. . . daß wir das Gesicht der Welt verändern müssen" (20). „. . . müssen wir einen großen Anlauf nehmen" (20). „. . . wäre das Rennen schon halb gewonnen" (20).

Wir stehen erst auf Seite 20. Aber Strauß steht schon im 52. Lebensjahr. Hitler war bei seiner „Machtergreifung" 44, Kennedy mit 43 Präsident der Vereinigten Staaten, Napoleon mit 35 Kaiser der Franzosen, Alexander mit 20 König. Strauß ist immer noch (oder schon wieder) Minister der kleinen Bundesrepublik. So drückt gleich sein erster Satz, der die europäische Politik so resigniert, doch im besten Kommißstil auf der Stelle treten läßt — S. 49 tritt auch die „westliche Deutschlandpolitik auf der Stelle" —, die ganze Tragik seines Daseins aus. Es geht nicht mehr voran. Er aber kann „nicht warten"; hat „keine Zeit mehr zu verlieren", will ein „Rennen"; eine „entschlossene Initiative", ein oft wiederkehrendes Wort. Schon sein erstes Kapitel heißt „Eine Initiative für Europa". Im Duden steht vor Initiative: Initiant (wer die Initiative ergreift). Und unmittelbar vor Initiant steht — natürlich nur ein dummer Zufall: Initialzündung (Auslösung einer Explosion).

Nichts als Nachsicht also, wenn ein derart gehetzter Strauß schon auf der ersten Seite „in dem" mit „indem" verwechselt. Wenn er jemand „bewußt jeder (!) An-

deutung einer Reminiszenz" vermeiden läßt (88). Wenn bei ihm Kommunisten arbeiten, „um der (!) Herrschafts- und Einflußbasis auf bürgerlich-intellektuelle und sozialdemokratische Kreise auszudehnen" (77). Wenn er von der Gefahr spricht, „die von der ‚revanchistischen' Politik der Bundesrepublik für (!) seine (!) westlichen und östlichen Nachbarn ... drohe" (74); von der „Wahrung der deutschen Rechtsansprüche auf seine (!) Gebiete jenseits von Oder und Neiße" (82). Wenn er auftritt als „nahezu fanatischer Anhänger der physischen (!) Präsenz amerikanischer Truppen" (116). Wenn er schreibt: „Wir sollten nicht in (!) eine Mentalität verfallen, daß (!) wir uns ... entschuldigen" (75). „Hier schimmert doch geradezu eine atavistische Ablehnung gegen (!) den französischen ‚Erbfeind' durch, die jedoch gottlob kein Echo in unserem Volk findet, das in der Freundschaft zu (!) Frankreich ..." (129). „Aber zugleich hat sich der Schwerpunkt der sowjetischen Taktik verschoben, indem (!) der sowjetische Einfluß im übrigen Europa verstärkt werden soll" (41). „Durch den Beitrag zur Bildung einer europäischen Föderation fände Deutschland ein neues Selbst" (13). Ein neues Selbst? Vermutlich sollte es ein neues Selbstvertrauen finden! Doch in der Eile mag Strauß auf das (ohnedies fehlende) Vertrauen der Deutschen vergessen haben, und statt ihr Vertrauen finden sie nun, gar nicht so sinnlos, das neue „Selbst" des Franz Josef Strauß. Und soll man es tadeln, daß er sogar einen vollkommenen Vorschlag — „Der Vorschlag ist deshalb vollkommen unannehmbar" (49. Vgl. auch 101) — brüsk zurückweist? Wenn dieser Vorschlag doch von Moskau stammt! Oder sollen wir uns wundern, wenn er — das Beispiel steht für hundert — n i c h t etwa schreibt: In den letzten Jahren ließen einschneidende weltpolitische Veränderungen Europa unter Zeitdruck geraten. Sondern: „In den letzten Jahren haben einschneidende Veränderungen in der Weltpolitik stattgefunden, die uns zu der Feststellung veranlassen, daß Europa unter Zeitdruck geraten ist" (35)? Wenn dies doch, wie alles, nur beredter Ausdruck eigener Gehetztheit ist, die das Straffen seines Bayerndeutsches einfach nicht gestattet. Und für wen hetzt er überhaupt — von Sitzung zu Sitzung, von Rede zu Rede, von Empfang zu Empfang, auch einmal von Festessen zu Festessen? Doch nicht für sich: für uns! Für eine „Politik der Zukunft" (56)! Für eine „Politik für Europa" (56)! Für den „Aufbau einer europäischen Rüstungsindustrie" (129)! Für den „Aufbau einer europäischen Atommacht" (95)! Für den „Aufbau einer europäischen Atomstreitmacht" (109)! Für eine „nukleare ... Strategie" (113)! Für die „Konzeption eines größeren Europa" (124), eines „großen Europa" (36), eines „Groß-Europa" (71)!

Nein, sprachliche Lappalien dem Entwerfer Groß-Europas anzukreiden, wäre kleinlich. Zumal er sich — mit energischem Doppelgriff ins „Wörterbuch des Unmenschen" — auch für das „deutsche A n l i e g e n der Wiedervereinigung e i n s e t z t" (127). „Anliegen", kommentiert Karl Korn (Überschrift: „Geist aus dem Bauchladen"), „— o Schauderwort der Interessenvertreter, die heucheln, es liege ihnen etwas am Herzen oder in Gedanken, was ihnen in Wahrheit an der berechnenden Selbstsucht liegt". Schließlich: Auch der Schöpfer Groß-Deutschlands, der größte Feldherr aller Zeiten, sprach nicht besser, als Strauß schreibt — von seinen Reden nicht zu reden. Nein, nur sein Buch soll hier betrachtet werden. Durfte man doch erwarten, daß Strauß darin, fern dem Tagesgezänk, ganz der großen kontinentalen Konzeption hingegeben, gesammelter, souveräner als in der Saalschlacht formulieren würde; was zweifellos geschehen ist! Indes, selbst der geborene Politiker, wie wiederum das Beispiel Hitlers lehrt, kann seinen Kopf nicht in alles stecken; am wenigsten, nicht wahr, in seinen eigenen Stil. Wir nun, die wir nichts Besseres zu tun haben, ohne verantwortungsvolle öffent-

liche Aufgaben sind, von Entwürfen für Europa ganz zu schweigen, mögen uns verschämt mit Straußens Satzbau befassen; hoffend, sein Stil, in den sich unser Kopf steckt, werde nicht zur Schlinge, darin er hängen bleibt.

II

Nach Baudelaire durchschaut man die Seele eines Dichters kraft der häufigsten Worte in seinem Werk. Wir dürfen diese einleuchtende Erkenntnis — mit gewissen Einschränkungen — auch auf einen Politiker anwenden, zumal auf einen „Vollblutpolitiker", der dafür bekannt ist, daß er jedenfalls aus seinem Herzen keine Mördergrube macht. Auch wissen wir heute, daß die statistische Methodik verläßliche Inhaltsanalysen liefert („Language of Politics", Massachussetts, 1965). Und treffend schreibt eben Werner Schmidt vom „Sprach- und Denkstil der Politik": „Schon das Vokabular gleicht einer Visitenkarte, ähnlich wie die Slogans eines Hotels dessen Service klassifizieren lassen" (Praxis der Naturwissenschaften, 15. Nov. 1966, S. 221).

Der „Entwurf für Europa" wird durch zwei Wortgruppen charakterisiert. Durch die Begriffe EINIGUNG, EINHEIT, UNION, FÖDERATION Europas; GEMEINSCHAFT und GEMEINSAM. Dann durch den Terminus ATOM bzw. NUKLEAR. ATOM ist das Schlüsselwort des Buches, sozusagen Straußens Herzstück, seine blaue Blume, sein Gral, sein Einundalles. Wie der Mystiker sich ins eigene Sein versenkt, ins stille süße Getön seiner Seele (Seuse), so Franz Josef Strauß ins süße Wort ATOM. Er starrt es an, als wäre es das große Sesamöffnedich und würde alle Welträtsel lösen. Einerseits wird dabei auch nicht ein einziges Mal seine friedliche Nutzung erörtert. Andererseits steht fest, daß den Verfasser „die Gefahr eines k o n v e n t i o n e l l e n Krieges" (115) offensichtlich schreckt.

Die Wendungen, in denen Strauß das Wort ATOM beschwört, umwirbt und ans Herz drückt — „Selbst der bescheidenste Anfang könnte hier Wunder wirken" (113) —, reichen von den so heiß ersehnten Atomwaffen über das Atomwaffensystem, Atompotential, Atomarsenal, die Atompatronage, Atompartnerschaft, Atomrüstung, Atomträgerwaffen, Atomköpfe, Atomflotte, Atommacht, Atomstreitmacht, Atomweltmacht, Atom-Hegemonialmacht, über Atomschirm, Atomkrieg, atomare und nichtatomare Mächte, atomare und nichtatomare Partnerländer, atomarer Sektor, atomares Gebiet, atomare Gleichberechtigung, atomare Parität, atomarer Mitbesitz, atomare Verteidigung, atomare Rüstung, atomare Strategie, atomare Schwelle, atomare Abschreckung, atomare Verfügungsgewalt, atomare Vergeltungsdrohung, atomare Vergeltung, atomarer Schlag bis zu der atomaren Askese, die Strauß allerdings nur einmal erwähnt und selbstverständlich negativ. Ist es doch geradezu sein „Glaube, daß Besitz und Verfügungsgewalt über Atomwaffen der eigenen Politik einen stärkeren Rückhalt verleiht" (92). Was tuts, wenn er selbst seinen Glauben nicht ohne Grammatikschnitzer bekennen kann! Die atomare Verfügungsgewalt mag ihn noch mehr vergessen lassen als eine Regel der Grammatik. Doch kann es uns beruhigen, daß es bei Strauß, so viele Verfügungsgewalten, massive Vergeltungen, Abschreckungen, Schläge und Verwandtes er auch bietet, keine atomare Katastrophe gibt — auf dem Papier.

Nur das synonyme NUKLEAR und die damit oft verknüpfte geliebte STRATEGIE jedenfalls inspirieren ihn noch zu allerlei, vom chronischen Grauingrau seiner

Diktion abstechenden Kombinationen, einer gewissen Farbigkeit des Vokabulars. Hier hüpft sein Herz, spürt man bewegt. Hier mag seine — stilistisch so unfaßbare — Phantasie die unerschrockensten Salti mortali des Jahrhunderts schlagen, wenn auch vielleicht nur vor dem Hintergrund eines Regierungsbunkers.

Und wie sieht nun Straußens „Visitenkarte", sein Groß-Europa-„Service", in einer Häufigkeitsanalyse aus?

ATOM (nuklear)	121mal		
EINIGUNG, EINHEIT (Union, Föderation) Europas	98mal	EINSATZ	18mal
MACHT	75mal	FREIHEIT	17mal
VERTEIDIGUNG	66mal	NEUTRALISIERUNG	16mal
WIEDERVEREINIGUNG Deutschlands	56mal	(VERFÜGUNGS)GEWALT	14mal
STRATEGIE	46mal	SELBSTBESTIMMUNG(SRECHT)	13mal
GEMEINSCHAFT	46mal	INITIATIVE	12mal
GEMEINSAM	34mal	ABSCHRECKUNG	11mal
POTENTIAL	28mal	AUFLOCKERUNG (Osteuropas)	11mal
STATUS QUO	27mal	VERANTWORTUNG	11mal
FRIEDEN	20mal	KULTUR	7mal
EIGENSTÄNDIG, SELBSTÄNDIG	19mal	HUMAN	2mal

Anschaulicher, finde ich, kann man sich diesen „Entwurf für Europa" nicht machen: 121mal ATOM, 2mal HUMAN. Ich erinnere an ein tiefes Wort des Novalis: „Jedes Wort ist ein Wort der Beschwörung. Welcher Geist ruft — ein solcher erscheint."

121mal ATOM bzw. „nuklear". Dabei wurden sinnverwandte Wörter wie die Bombe (75), die Waffe (92, 104 u. a.), Kernwaffen (96) oder Abschreckungswaffen (106) noch gar nicht mitgezählt. Andererseits steht HUMAN einmal sogar in Anführungsstrichen (155), das andere Male aber in dem Satz: „Amerika hat in diesem Jahrhundert gelernt, wie eine Wohlstandsgesellschaft mit ihren humanitären Verpflichtungen auch die weltweiten Verpflichtungen einer Großmacht übernehmen muß" (150 f.), was Straußens Humanitätsvorstellungen hinreichend beleuchtet, bedenkt man bloß, daß 1 Prozent dieser US-„Wohlstandsgesellschaft" über 75 Prozent des gesamten amerikanischen Aktienbesitzes verfügt, während 32 bis 50 Millionen Nordamerikaner, meist Weiße, in Armut, nach Experten sogar in „äußerster" Armut leben; wie ja auch die dortigen sozialen Versicherungen schlechter sind als in sämtlichen europäischen Ländern, ausgenommen das faschistische Spanien und Griechenland. Weiter kennzeichnet es Straußens Humanitätsbegriff, wenn er unmittelbar darauf die „Verantwortung" der Amerikaner in Vietnam feiert, obgleich sie doch dort täglich, als Aggressoren, fast 1500 Tonnen hochexplosiver Bomben werfen, auch „systematisch auf Krankenhäuser und Schulen", weshalb Nobelpreisträger Bertrand Russell dem amerikanischen Präsidenten schrieb: „Seit Menschengedenken haben nur die Nationalsozialisten das Ausmaß an Brutalität übertroffen, das Ihre Regierung im Krieg gegen das Volk von Vietnam an den Tag legt."

Bemerkenswert ist auch, daß der Verfasser des „Entwurfs für Europa" fast 11mal MACHT schreibt, bevor er 1mal KULTUR sagt, während das Wort BILDUNG nur in Wendungen wie Bildung einer Verteidigungsorganisation und dergleichen fällt.

III

Wie sich Strauß den Verlauf der von ihm geplanten Europapolitik denkt, zeigt ein Vergleich der Häufigkeitsanalyse der ersten Hälfte seines Buches mit der zweiten:

	1. Buchhälfte	2. Buchhälfte
ATOM (nuklear)	36mal	85mal
EINIGUNG, EINHEIT etc.	68mal	30mal
VERTEIDIGUNG	13mal	53mal
STRATEGIE	15mal	31mal

Es ist deutlich: Die erste Buchhälfte beherrscht die Bemühung um EINIGUNG und EINHEIT. In der zweiten dagegen dominiert, was in der ersten zurücktrat: ATOM, VERTEIDIGUNG, STRATEGIE. Erst einig, dann stark. Erst Einheit Europas, dann atomare Verteidigung und Strategie. Das entspricht durchaus der üblichen politischen Logik und dem ewigen Gemetzel in der Geschichte — und manchem offenherzigen Strauß-Bekenntnis, wie dem vom 26. August 1961: „Unsere Planung: Im Anfang diplomatisch-politische Schritte, in der Mitte ökonomisch-technische und am Ende militärische." Kann man sich aber einem Mann, der in einem „Entwurf für Europa" 121mal ATOM schreibt, bevor er 2mal HUMAN sagt, anders als in akuter Selbstmordabsicht anvertrauen?

Es ist dies um so bedenklicher, als Politik — ungeachtet vieler Schwachköpfe und Verbrecher, die sie betreiben, die ernsteste Sache der Welt — für Strauß, stilistisch gesehen, eine Art Sport, Spiel oder Schaustellung scheint. Man könnte Wendungen wie politischer „Spielraum" (40), „Schauplatz" (33, 70), europäische „Szene" (68), „eine weitere Hürde vor der Wiedervereinigung" (65), „Rennen" für die Gründung des Vereinigten Europa u. a. vielleicht noch ignorieren, tauchten die Begriffe Rolle und Spiel nicht ständig auf. So propagiert Strauß ein Europa, „das eine Rolle in der Welt spielen kann" (17); das „eine neue Rolle in der Weltpolitik zu spielen" hat (17). Er empfiehlt, „eine wesentliche Rolle bei der Schaffung einer europäischen Einheit zu spielen" (144). Er empfiehlt eine Politik, „die uns ein zielbewußtes Spiel mit verteilten Rollen gestattet" (8). Er läßt „auf die Karte einer europäischen Gemeinschaft setzen, damit diese ins Spiel gebracht werden kann" (162). Er schreibt: „Deutschland und Frankreich können sich nicht wie zwei Fußballmannschaften benehmen, die ihr Tor dichtmachen und sich weigern, auf dem Feld miteinander zu spielen" (122). Doch abgesehen davon, daß Fußballmannschaften sich nie so benehmen, daß es überhaupt eine besondere Art von Geschmack verrät, die „beiden Schicksalsländer" Europas (133) mit zwei Fußballmannschaften zu vergleichen, sollen denn Staaten „miteinander ... spielen"?

Überraschend indes ist dies alles nicht. Überraschend ist in diesem Buch nur eines, überraschend freilich bis zur Sensation: seine „Unpersönlichkeit", sein völliger Mangel an noch so leiser Orginalität. Dieser in der hyperblassen Galerie

bundesrepublikanischer Parteimenschen so vital wirkende und zumindest optisch profilierte Politiker ist „stilistisch" gar nicht vorhanden. Es gibt ihn nicht. Er schreibt so bestürzend farblos, als bezöge er seinen „Stil" dort, wo er am besten ist, vom Nachrichtensprecher einer deutschen Rundfunkanstalt.

Das mag um so mehr überraschen, als Strauß für intelligent gilt. Sein Referendarexamen für das Höhere Lehramt mit der Note 1,1 war das beste in Bayern seit 1910. Nun gibt es freilich dutzendweise Genies, deren Staatsexamensnote (falls sie es je dazu brachten) so wenig mit der Straußens konkurrieren kann wie dieser mit den Genies. Examina besagen nämlich nicht nur wenig über den moralischen Wert eines Menschen, auch die hellste Intelligenz verbürgt noch keine geistige Leistung. Kein sprechenderer Beweis als Straußens „Entwurf für Europa": nicht nur sprachlich Serienware, auch geistig ein Exzeß an Einfallslosigkeit. Das Wort IDEE erscheint zwar mehrmals, der Verfasser aber hat nur eine. Und die ist finster wie ein Holzweg um Mitternacht, Neumond vorausgesetzt, sowie das Fehlen jeglichen Lichtes — ausgenommen das von Herrn Strauß: Europa einigen, stark machen und dann mit Rußland verhandeln! Das wird mit dem aufregenden Abwechslungsreichtum einer Rosenkranzlitanei wiederholt, wobei sich Strauß schon auf der dritten Seite — auf der es bereits derart von „Selbstbestimmung", „Selbstbestimmungsstreben", „Recht auf Selbstbestimmung", „Mitbestimmung", „Fortbestehen unseres Volkes", „Lebensrechte des ganzen deutschen Volkes", „Existenz des gesamten Volkes" wimmelt, daß man, kennte man nicht den Verfasser, meinen könnte, Parodien auf „Mein Kampf" zu lesen, diesen „Dienstmädchen-Machiavelli", wie F. P. Reck-Malleczewen sagt — zu der Behauptung versteigt: „Wir können nur Deutsche bleiben, wenn wir Europäer werden" (9). Während wir doch überhaupt bloß überleben können, wenn wir uns im Zeitalter der, wie Strauß gern schreibt, „nuklearen Strategie" rechtzeitig erinnern: Nur die allerdümmsten Kälber wählen ihre Metzger selber!

Was besagt es dagegen, wenn es zwei-dreimal heißt, das geeinigte Europa „müßte auch zu Rußland in einem gutnachbarlichen Verhältnis stehen" (56)? Oder, viel weniger freundlich schon: „Steht Moskau einem geeinten Westeuropa gegenüber, so bedeutet das nicht, daß die militärische Drohung (!) des Westens gegenüber Moskau verstärkt wird" (71)? Ist doch die Tendenz derart eindeutig, daß Strauß „unmißverständlich" feststellen muß: „Ich predige keinen Revanchismus!" (82). Und: „Ich bin kein ‚Kalter Krieger', ich bin nicht einmal antisowjetisch eingestellt und ich ziehe nicht blind gegen den Kommunismus zu Felde" (72). Doch abgesehen davon, daß er sich wiederholt gegen die Annahme sträubt, der Kalte Krieg sei vorüber (61 f.); daß ferner der ganze Band seine antisowjetische Haltung bezeugt; und daß man überhaupt kaum „gegen den Kommunismus zu Felde" ziehen kann, ohne auch gegen den sowjetischen Kommunismus zu ziehn: „zu Felde" zieht nicht der Politiker, „zu Felde" zieht allein der Krieger, und nicht einmal der Kalte! Fragt es sich doch noch, ob Straußens ganzes Unbehagen am „Kalten Krieger" nicht bloß vom Attribut ausgeht.

Im übrigen paßt diese Prägung prächtig ins Kostüm einer Diktion, in der immer wieder ein östliches bzw. westliches oder auch atlantisches „Lager" erscheint (44 u. a.), ein östliches bzw. westliches „Vorfeld" (10 u. a.); in der es „Vorfeldstaaten" gibt (86); in der ein westlicher Staatsmann bei einem Besuch in Moskau als „Vorreiter" auftritt (sic) (87), wenn er dort vorerst auch nur politisches Potential „einsetzen" kann (87). Zu-Felde-ziehen paßt in ein Vokabular, das neben der „Rückendeckung" (54) immer wieder den „Einsatzbefehl" kennt (67, 104, 111 u. a.),

auch die „politischen Fronten" (69): „Ein durchschlagender Erfolg an einem Frontabschnitt hätte schwerwiegende Auswirkungen auf die beiden übrigen weltpolitischen Bereiche. Der Durchbruch auf dem politischen Schauplatz ..." (70). Zu Felde zieht ein Mann (oder vielmehr dessen Mannschaft), der selbst die Geschichtsphilosophie mit Strategie identifiziert (61), dem der Politiker schlechthin als „Stratege" gilt (119), ja, für „jede" zukünftige Union Europas das deutsche Recht — Europäer, hört die Signale! — „aktiv verfechten" „muß" (44).

IV

Die Sprache eines Menschen ist so verräterisch wie seine Handschrift, selbst wenn er so erschreckend schablonenmäßig schreibt wie Strauß. Er, der fast unaufhörlich die Harmlosigkeit eines in die Vereinigten Staaten von Europa eingegliederten Deutschland suggeriert, formuliert zum Beispiel: „Ein Deutschland, das in ein vereinigtes Europa eingebettet ist, kann keine gefährlichen nationalistischen Initiativen mehr ergreifen" (32). Das soll beruhigen, Sicherheit verbreiten. Das eingebettete Deutschland erscheint eingeebnet, gleichsam domestiziert, erweckt sogar Vorstellungen des Ausruhens, der Inaktivität. Noch etwas Phantasie, und man sieht den deutschen Michel mit Zipfelmütze. Alles aber, was diese Wortaura „eingebettet" ausstrahlt und assoziieren läßt, verwirft Strauß. Befürchtet er doch, die deutsche Politik könnte, wie er gegen seinen Rivalen Schröder mit so anschaulichem Schwunge schreibt, „ihre spezifisch Adenauerschen Elemente über Bord werfen und sich der allgemeinen diplomatischen Landschaft anpassen" (126).

Was aber dann? Nicht auszudenken! „Man würde in allem gemütlich im Schlepptau sowjetischer und gewisser amerikanischer Vorstellungen dahintreiben" (126). Die Deutschen müßten dann „als Anhängsel der amerikanischen Industriegesellschaft ein gewisses Wohlstandsleben ... fristen" (10). „Ganz Europa bliebe dann eine wohlhabende Kolonie" (125), bliebe „für alle Zeit auf der Stufe einer Wohlfahrtsgemeinschaft" (16). Entsetzlich! Gemütlich im Schlepptau! Wohlstandsleben fristen! Und gleich für alle Zeit! Oder, wie Strauß seinen Schrecken auch umschreibt: „Pensionärshaltung" der „Völker unseres Kontinents" (30); „passives Verhalten" (96); sich „in der Passivität von Verteidigungsvorstellungen erschöpfen" (135) und „allen Risiken aus dem Wege gehen" (18). Wie doch sogar laut Strauß auch dem Kommunismus „alle Mittel recht sind, die kein direktes Risiko in sich bergen" (62)! Während andererseits er, Strauß, doch „endlich ein Ende" machen will „mit einer Politik der Lippenbekenntnisse" (56), mit „nutzlosen Lippendiensten" (64), während er die Europäer „zum Handeln" aufruft (35) und gegen „diese offensive Koexistenz-Politik der Sowjets" — ein abscheuliches Verbrechen, dessen er diese wiederholt bezichtigt (Vgl. 67) — „aktiv werden" (38) und in einer „Aktionsgemeinschaft gegenüber dem Osten" (136), „in einem gemeinsamen Elan" (21), einem „Rennen" (20) „das Gesicht der Welt verändern" (20), „die Kräfte in der Welt ... verändern" (56), „die Machtverhältnisse in der Welt" ändern (66) und „eine neue Lage" (72), „die politischen Tatsachen von morgen schaffen" will (56): „es müssen daher Tatsachen geschaffen werden ..." (164), wie es in einem sehr bekannten Tonfall heißt! „Das freie Europa verfügt über 2 Millionen Soldaten ..." (29). Und „vor allem die Vereinigten Staaten" besitzen Waffen, „die in einem letzten furchtbaren Weltbrand auch die kommunistische Welt zerstören können" (63). Wobei besonders beruhigend für uns das

„auch" ist. Zeigt es doch Strauß als einen weitblickenden, mit allen Möglichkeiten kühl kalkulierenden Strategen. Ja, von welcher nichts außer acht lassenden, geradezu universalen Umsicht dieser immer noch (oder schon wieder) bloß mit einem Ministerposten unseres kleinen Landes abgespeiste Mann ist, zeigt nichts besser als seine eminent kluge und nicht undelikat auf den Geschmackssinn anspielende Frage: „wie dieser Entwurf für Europa der kommunistischen Welt s c h m a c k h a f t gemacht werden kann" (39)?

Wie auch immer, nun lese man noch einmal seinen Satz: „Ein Deutschland, das in ein vereinigtes Europa eingebettet ist, kann keine gefährlichen nationalistischen Initiativen mehr ergreifen" (32). Dahin das Bett, der Michel und die Zipfelmütze. Und statt der gefährlichen nationalistischen Initiativen vielleicht gefährliche supernationalistische? Gefährliche europäische? Mit anderen Worten: alles noch viel gefährlicher?

Nicht doch! „Ein solcher größerer Rahmen bietet zugleich eine erhöhte Sicherheit: Deutschland wäre nicht länger gezwungen, für seine nationale Einheit zu kämpfen. Die Tatsache, daß es mit dem Schicksal und der Zukunft seiner östlichen Nachbarn verbunden ist, bedeutet nicht, daß es seine Aufgabe ist, diese vom Kommunismus zu befreien" (53). Na also. Da brauchen wir weder, ist das nicht herrlich, für die nationale Einheit zu kämpfen noch die östlichen Nachbarn vom Kommunismus zu befreien. Das alles ist nicht unsere Aufgabe. Strauß sagt es. Und wessen Aufgabe ist es dann? Strauß schreibt es eine halbe Seite weiter oben! Hinsichtlich Hitler hätten die Alliierten ihre Verpflichtung zu Kriegsbeginn, Freiheit und Gerechtigkeit nicht nur in Deutschland, sondern überall auf der Welt durchzusetzen, eingelöst. „In bezug auf den Kommunismus (!) aber ist sie unerfüllt geblieben; die moralische Aufgabe ist hier noch nicht erloschen" (53). Das schreibt dieser offenherzige Herr alles auf e i n e r Seite. Und beschließt sie: „Wir Deutschen sind keine Kreuzfahrer . . ."

Gibt es noch einen Zweifel, was Strauß unter der Europäisierung des deutschen Problems (143), unter der „Europäisierung der deutschen Frage" (164) versteht?

„Seine Nachfolger", urteilt Strauß im Hinblick auf Bismarck, „aber verloren den Maßstab und gingen über die damaligen Möglichkeiten und Grenzen der deutschen Politik hinaus" (138). Die damaligen! Doch heute, wenn es zum „Rennen" kommt, „die anderen . . . in einem gemeinsamen Elan" mitgerissen werden (20 f.) — denn das hat Strauß aus der Vergangenheit gelernt: „Deutsche Alleingänge in der Ostpolitik" sind „zum Scheitern verurteilt" (51) —, dann also „müssen unsere europäischen Alliierten mit der Rückendeckung (!) der Vereinigten Staaten im Namen Deutschlands und ganz Europas verhandeln" (54).

Im Augenblick zwar sind selbst die Deutschen nicht kriegswillig. Strauß macht sich da nichts vor. Freilich, obwohl er zunächst klipp und klar erklärt: „Der Versuch, Gewalt anzuwenden, bedeutete Wiedervereinigung auf einem Friedhof" (48), fragt er sich zum Schluß bereits — und die Frage wird ja noch erlaubt sein, wie! „Heute frage ich mich, wer in Deutschland für die Wiedervereinigung kämpfen würde" (146). Es klingt schmerzlich genug. „Heute" fragt sich Strauß bloß. Und „Heute", antwortet er, „ist den Deutschen jeder Gedanke an Krieg verhaßt" (146). Doch „sollte man nicht glauben, daß sich die Deutschen auf die Dauer mit dem Status einer saturierten Verbrauchergemeinschaft abfinden werden" (147)! Doch darf man, „die Geduld eines Volkes und die Einsicht seiner politi-

schen Führer (!) nicht endlos strapazieren" (164)! Doch möchte Strauß „nicht so weit gehen, zu behaupten, daß die Deutschen auch für ihre Freiheit nie wieder kämpfen würden. Aber die Wiedervereinigung Deutschlands ist h e u t e gewiß kein casus belli" (146 f.). Heute nicht. Dieser Mann ist so von einem Gedanken besessen, daß er ihn nicht verbergen kann.

Selbst wie ihn die Abhängigkeit von Amerika foltert, verrät seine Sprache. Nicht genug, daß er uns, schon im zweiten Satz, „aus den Fesseln (!) des Status quo zu befreien" sucht; daß es ihn quält, im „Schlepptau" Amerikas „gemütlich" dahinzutreiben und dessen „Anhängsel" zu sein. Wir sind, stöhnt er, „freiwillig an die Schutzmacht Amerika g e k e t t e t" (38). An amerikanischen Ketten sieht er uns, an den Ketten der „Schutzmacht"! Und es ist klar, daß diese Ketten Amerika mehr belasten als beispielsweise Franz Josef Strauß. So möchte er nicht nur vor lauter Feindesliebe „die Sowjets von der militärischen B ü r d e befreien ...", Gebiete kontrollieren und beherrschen zu müssen" (54), die lieber, dürfen wir fragen, er selber beherrschte?, obwohl freilich, wie er ganz richtig fortfährt, „deren Völker weder unter sowjetischer noch gar unter deutscher Herrschaft stehen wollen" (54), sondern hilfsbereit, wie er nun einmal ist, verbietet er auch den Europäern, „ihren amerikanischen Freunden und Verbündeten für alle Zeit die Verantwortung für ihre Freiheit und ihr Schicksal a u f z u b ü r d e n" (28 f.). Sind die Amerikaner doch schon fast „durch die ihnen a u f g e b ü r d e t e n Verpflichtungen überfordert" (36), „besonders "natürlich auf dem Gebiet der „nuklearen Abschreckungsgarantie" (36). Weshalb Strauß, der Edelmensch, „den amerikanischen Partner aus dieser Zwangslage zu e r l ö s e n" sucht (37): „Unsere Pflicht als Deutsche und Europäer ist es ...., zu erlösen" (37). Der Erlöser Amerikas! Der Befreier der Sowjets von militärischen Bürden! Wandelt er nicht schon auf dem Wege der Imitatio Christi? Von allen Rücken möchte er Lasten nehmen und sie auf seinen laden.

V

Dabei leidet dieser Mann ohnedies genug. Wie er an der Sowjetunion leidet, vermögen Leute, die ethisch nicht auf seiner Höhe stehen, gar nicht nachzufühlen. Aber auch an der „Schutzmacht" leidet er. Sieht er uns doch durch sie geschleppt, angehängt und gekettet. Würdelos genug, fürwahr! Selbst wenn man nicht mehr altmodisch „national", sondern so fortschrittlich „europäisch" fühlt wie Strauß. „Das bedeutet nun allerdings nicht, daß die europäischen Länder in den Ruf ‚Ami go home' ausbrechen sollten; d i e s w ä r e d a s l e t z t e , w a s i c h u n t e r s t ü t z e n w ü r d e" (73). Dessen darf man sicher sein. Herr Strauß lügt nicht in einem fort wie Hitler. Nein, Strauß sagt die Wahrheit, von Ausnahmen abgesehen. Und hätte er erst Osteuropa „aufgelockert" und an den Westen „gezogen" — „Es gilt, unsere östlichen Nachbarn näher an Europa heranzuziehen" (45); „stärker an Westeuropa heranzuziehen" (44); „diese an den Westen zu ziehen" (124); alles natürlich, wie schon die sanfte Magie von Straußens feiner Diplomatensprache (ziehen, ziehen, ziehen) behutsam andeutet, durchaus friedlich: „durch Jugend- und Akademikeraustausch, durch Tourismus, Sportveranstaltungen und v i e l e a n d e r e p a s s e n d e M i t t e l" (44) —, hätte also, um noch einmal anzusetzen, Strauß Osteuropa, wo er es haben will, hätte er „eine europäische Sicherheitspolitik im umfassendsten Sinne" (135), hätte „Groß-Europa" eigene Atomwaffen, „mit denen es massiv gegen einen Angreifer zurückschlagen kann" (94), hätte es „die Fähigkeit und Entschlossenheit, einen

Marxismus in der Bundesrepublik 1967:

MACHTSTRUKTUREN DES HEUTIGEN KAPITALISMUS

Beiträge einer internationalen wissenschaftlichen Tagung

von:

Prof. Maurice Dobb (Cambridge): Produktionsverhältnisse und Wirtschaftswachstum

Prof. Peter Heß (Berlin): Monopole, Staat und das Problem des Fortschritts im gegenwärtigen Kapitalismus

Dr. Heinz Schäfer (Darmstadt): Staatliche Wirtschafts- und Konjunkturpolitik und Alternativen der Arbeiterbewegung

und 30 weitere Beiträge von Wissenschaftlern und Marxisten des In- und Auslandes

Das Urteil der Presse:

von: „Moderne Marxisten absolvierten Exerzitien in Rot." „Leider wurde nicht kritisiert, nicht mal wissenschaftlich. Es wurde kritikastert." „Man wollte wissenschaftlichen Marxismus hören und erleben. Nichts. Gar nichts." INDUSTRIEKURIER, Düsseldorf.

und: „Obgleich die Tagung im ganzen mehr Volkshochschulcharakter als wissenschaftliches Niveau hatte, brachte sie doch einige interessante Ergebnisse." DIE WELT, Hamburg.

bis: „Das hohe theoretische und wissenschaftliche Niveau und die tiefschürfende Erörterung der Fragen kennzeichneten die Konferenz." NEUE ZEIT, Moskau.

und: „Diese Konferenz hat nachdrücklich das Zerrbild, das in der Bundesrepublik über den Marxismus verbreitet wird, korrigiert. Die Diskussionen und Referate vermittelten das Bild lebendigen Schöpfertums des Marxismus." BLINKFUER, Hamburg.

Erschienen im Juni 1967 als SONDERHEFT 1/1967 der Zweimonatszeitschrift MARXISTISCHE BLÄTTER.

Paperback, 160 S., 3,50 DM (+ Zustellporto)

Bezug über den Buchhandel oder direkt:

MARXISTISCHE BLÄTTER - Verlag
6 Frankfurt/Main W 13 Kurfürstenstr. 8

atomaren Schlag auf die Lebenszentren des Feindes als Antwort auf jeden Angriff durchzuführen" (94), dann wäre, man darf ihn hier beim Wort nehmen, das letzte, was er unterstützen würde, der Ruf: Ami go home!

Bis dahin aber wird Strauß, wie an der Sowjetunion, so auch, wenngleich schwächer, an Amerika leiden. Zumal er, zu allem Unglück, befürchten muß, „daß die Sowjets mit den Amerikanern zu irgendeiner stillschweigenden Übereinkunft über die Beibehaltung des Status quo kommen könnten" (63). Und was nützt dann die schönste Strategie! Kein Zweifel, diese von ihm häufig beargwöhnte „gewisse Interessenidentität der beiden Weltmächte" (33), diese „Einigung auf dem Rücken Europas" (66), diesen „Ausschluß Bonns auch von jeder echten (!) Mitwirkung bei der nuklearen Planung der NATO" (95), dieses mögliche „weltweite ... Stillhalteabkommen" (66) hät er für die „einzige Gefahr, die sich ergeben kann" (66)!

Doch nicht genug. Obwohl Strauß unermüdlich ans europäische „Gemeinschaftsbewußtsein" (13) appelliert — nach Karl Korn eine Vokabel, mit der „die Gaupropagandaleiter der schrecklichen Jahre der Verdummung und Domestikation fadenscheinige Mäntelchen umhingen" —, ja, obwohl Strauß „mit der Europäischen Gemeinschaft als einer g e g e b e n e n T a t s a c h e" rechnet (43), sucht er doch erst noch „Paris auf den Pfad einer europäischen Gemeinschaftspolitik zu lenken" (131) (immerhin nicht: zu locken!); sucht er, dabei Bibel und Goethe bemühend, erst noch nach „Ansätzen, um Frankreich auf die europäische Linie einzuschwören" (118); sind wir doch, wie er ergreifend klagt, „von den Höhen herabgestiegen und stecken zur Zeit in einem Tal" (118). Und die Briten wollen gar „noch ‚gleichberechtigter' sein als die anderen" Freunde (107). Ergo: Strauß leidet auch an seinen Freunden. Er leidet nicht nur an ihrem „g u t e n Willen zur deutschen Wiedervereinigung ..., der — selbst wenn er e r n s t gemeint ist — wenig Nutzen bringt" (50), sondern er leidet auch an ihrer Unkenntnis der deutschen Ostgrenze! Weiß er doch nur zu gut, „daß die Ansicht der meisten Deutschen darüber, was ihr l e g i t i m e s R e c h t ist, von unseren ehemaligen Gegnern und jetzigen Verbündeten keineswegs geteilt wird" (124). Wenn das nicht schmerzt! Erst der gute Wille der „westlichen Freunde" (50), selbst wenn er ernstgemeint ist, wenig nützlich —, und jetzt auch noch das legitime Recht von aller Welt verkannt! Und dies, bis Straußens Politik — die keine Vogel-Strauß-Politik ist: „Wir müssen", warnt er, „mit o f f e n e n Augen die Gefahr sehen" (45)! —, bis diese hellwache, nur mit gegebenen Tatsachen rechnende Politik also, wie Strauß mit der einem Einser-Kandidaten fürs Höhere Lehramt in Bayern eigenen Orginalität schreibt, „eine neue Seite im Buch der Geschichte aufschlägt und das E r b e des zweiten Weltkrieges beseitigt, dann wird viel gewonnen sein" (125).

Ja, wer wollte doch immer das Erbe des E r s t e n Weltkrieges beseitigen? Und wer schlug dann auch eine neue Seite im Buch der Geschichte auf? So daß nun eben „das Erbe des zweiten Weltkrieges" zu beseitigen, der Osten „aufzulockern" und an den Westen zu „ziehen" ist?

Doch leidet Strauß nicht nur an Russen, Amerikanern, Europäern. Er leidet auch innenpolitisch. Nicht an Nachwehen irgendwelcher Affären — papperlapapp! Woran leidet schon ein Mann innenpolitisch, der allen Ernstes von einem legitimen Recht spricht und dadurch eklatant verrät, daß er auch noch ein nicht legitimes Recht kennt, eines etwas außerhalb der Verfassung, wie? Er leidet am

Grundgesetz. Er, der außenpolitisch „keines der deutschen Rechte aufzugeben" bereit ist (81) — wie bekannt das doch wieder klingt! —, verzichtet innenpolitisch gern auf einige und denkt „vor allem an eine Verlängerung der Legislaturperiode des Bundestages von vier auf sechs Jahre, weil wir offenbar immer (!) unter der Tatsache l e i d e n , daß praktisch (!) ständig (?) die nächsten Wahlen vor der Tür stehen" (159). Von diesem neuerlichen Leiden hofft sich Strauß durch eine „Große Koalition" zu kurieren, mit der „Einwilligung der Sozialdemokraten" (158f.). Und da es für diese seit dem Ersten Weltkrieg kaum etwas gab — ausgenommen Hitlers Ermächtigungsgesetz —, worin sie nicht einwilligten, könnte es sein, daß wir unter einem Kanzler Strauß — das deutet das Wörtchen „praktisch" an — auch eine sechsjährige Legislaturperiode bloß theoretisch hätten!

VI

Apropos: Kanzler Strauß. Er würde so gewiß ein „starker" Kanzler sein, wie er aus dem Süden kommt, gleich unserem letzten „starken", der sich sogar einen Bayern nannte. „Und Sie mögen eines zur Kenntnis nehmen: Ich selbst bin meinem Herkommen nach, meiner Geburt und meiner Abstammung nach ein Bayuware. Zum erstenmal seit der Gründung des Reiches ist die Würde Bismarcks in die Hände eines Bayern gelegt worden. Ich halte mich, so wahr mir Gott helfe, dafür verantwortlich, daß nichts, was unter der Betrauung mit dieser Würde wurde, jemals wieder zerfällt."

Nun, Hitler. De mortuis nil nisi bene.

Derartige Rücksicht auf Lebende gebietet weniger die Pietät als das Strafgesetzbuch.

Immerhin ist, nach de Gaulle, Hitler in Straußens „Entwurf" mit weitem Abstand der meistgenannte Politiker. Kein Wunder! „Es sind die Leute meines Alters, welche die Narben der katastrophalen Hitler-Politik tragen" (150). Zum Beispiel: Franz Josef Strauß, Oberleutnant in Hitlers Wehrmacht, Träger des Verwundetenabzeichens, des Sturmabzeichens, der zweiten Klasse des Eisernen Kreuzes und des Kriegsverdienstkreuzes. Und da Strauß (damals bereits älter als Alexander nach seiner Eroberung Ägyptens) die katastrophale Hitler-Politik Narben und Verdienstkreuz wert war, kann er heute nicht alles daran schlecht finden. Zwar geht er nicht gleich, wie von mir empfohlen, bis nil nisi bene, aber er stellt doch wieder einmal unmißverständlich fest: „In der Vergangenheit wurden die Deutschen aufgerufen, sich für falsche Ziele zu opfern; ‚Großdeutschland' und ‚Lebensraum' waren einige von ihnen. Schlagworte wie: ‚Die Gemeinschaft ist alles, der einzelne ist nichts', ‚Es gibt kein höheres Los, als für Deutschland zu sterben', sollten das Volk zu ihnen führen. Weil Hitlers Ziele schlecht waren, drehte man diese Schlagworte ins Gegenteil um. Man erklärte, daß die Gemeinschaft oder der Staat überhaupt nichts bedeuten, während das Individuum alles ist. Auch diese Haltung ist falsch. Die deutsche Tagespolitik kann sich nicht ausschließlich auf Programme stützen, die nur einen Gegensatz zu allem darstellen sollen, was Hitler getan hat. Ich weiß, daß man mich in diesem Punkt vielleicht mißverstehen kann und dieser Satz Anlaß zur Kritik sein wird."

Nein, wir mißverstehen ihn nicht. Statt der falschen Ziele Hitlers propagiert er die richtigen. Statt Hitlers „Lebensraum" im Osten also die „Auflockerung" des

Ostens (27 u. a.), statt „Groß-Deutschland" „Groß-Europa" (71. Vgl. 36, 124), statt der deutschen „Volksgemeinschaft" die europäische „Völkergemeinschaft" (10 u. a.), kurz, es soll „das ‚deutsche Problem' europäisiert" werden (143). Doch ein „europäischer" Nationalismus, wie Kurt Hiller, auf den man schon vor Hitler nicht hörte, treffend sagt, ist als Supernationalismus noch wahnwitziger als der alte! Läuft aber Straußens „Wiederherstellung (?) der europäischen F a m i l i e" (144) auf etwas anderes hinaus? Und warum schreibt Strauß, der wiederholt mit so fatalem Zungenschlag in seinem dürren technizistischen Funktionärs-Vokabular von dieser europäischen „Familie" spricht, niemals von einer afrikanischen, asiatischen, geschweige einer sowjetischen Familie?

Wer h u m a n e Lehren aus der deutschen Geschichte gezogen hat, kann nicht statt „Groß-Deutschland" „Groß-Europa" sagen. Sagt er es aber, sagt er „Auflockerung" des Ostens, fordert er, „auch die Deutschen müssen genügend Raum (!) für ihre eigenen Interessen erhalten" (122), schreibt er mit Vorliebe Selbstbestimmungsrecht, Gleichberechtigung, Selbstbehauptung, Aktionsgemeinschaft, Einsatzbefehl, einsatzfähig, zwangsläufig, redet er vom Lebensrecht des ganzen deutschen Volkes, von unseren nationalen Anliegen, nationalen Rechten, unveräußerlichen Rechten, unserem ureigensten deutschen Interesse, und gebraucht er überdies, schriftlich und mündlich, laufend fast alle Vokabeln aus dem „Wörterbuch des Unmenschen", dann ist klar, daß ein solcher Mann die „deutsche Tagespolitik" nicht in „einen Gegensatz" geraten lassen will „zu allem . . ., was Hitler getan hat." Daß er es für „falsch" hält, Hitlers Schlagworte — 60 Millionen Menschen sind darunter verblutet — „ins Gegenteil" umzudrehen, weil „Hitlers Ziele schlecht waren". (Als wären nur seine Ziele schlecht gewesen!) Daß er sogar von den „Leistungen Hitlers" spricht (139) und von einem neuen „Geist nationaler Einheit und Begeisterung" (141) — wobei es, wenn ich nicht irre, das einzige Mal hier ist, daß Strauß das Wort „Geist" gebraucht.

Wen wundert es noch, wenn der von ihm am meisten geehrte Politiker — „ein Mann, für den wir große Bewunderung hegten und noch hegen" (91) — ausgerechnet John Foster Dulles ist, der als Vertreter eines amerikanischen Banken-Konsortiums einiges zu der von Strauß gerühmten „wirtschaftlichen Gesundung" (141), dem „wirklichen wirtschaftlichen Aufschwung" (140) unter Hitler beitrug, indem er, Dulles, Deutschland schon Ende 1933 Anleihen im Werte von einer Milliarde Dollar gewährt hatte; weshalb einst US-Senator Claude Pepper erklärte, „es waren Dulles' Firma und die Schroeder-Bank, die Hitler das Geld beschafften, das er benötigte, um seine Laufbahn als internationaler Bandit anzutreten" (Näheres in meinem Buch „Mit Gott und den Faschisten", 1965).

„Bandit" nennt Strauß einen Mann, den, nach sechsjähriger Tyrannei, auch Pius XII. noch als „Hochzuehrender Herr" apostrophierte, freilich nicht. Strauß spricht überhaupt nicht gern von deutschen Verbrechen, obwohl dieses Wort doch schon angesichts der vergasten Juden versagt. Nein, wenn Strauß, dabei „objektive Geschichtsschreibung" fordernd, nicht einfach von „Auswirkungen des Hitler-Regimes" redet, als welche er etwa „die Pogrome, die Konzentrationslager, das Blutbad am 30. Juni 1934" ansieht (138) oder wenn er nicht gar rundheraus „das Mißtrauen gegenüber Deutschland" beklagt, „das sich aus den Vorurteilen (!) und Erfahrungen der Vergangenheit herleitet" (124 f.), aus den „Verzerrungen der deutschen Geschichte" (153), so spricht er lieber von „unserer tragischen Vergangenheit" (54) oder auch von unserer „traurigen und tragischen Vergangenheit" (74), was sich so übel nicht anhört. Traurig: da schwingt viel

Edles, Schwermütig-Schönes mit, Trakl, Lenau, „Du geleitest mich durchs Leben, sinnende Melancholie ..." Und „tragisch" birst beinahe vor unterschwelligem Heroismus. (Hat doch Hitler gerade im kommunistischen Osten schon so vieles zunächst so glücklich begonnen, was mancher Jüngere — ich sage nicht: Jünger — zu vollenden streben mag.)

VII

Ja, eine traurige und tragische Vergangenheit hatten wir ... Dafür ist jedoch die Gegenwart ganz untragisch. Wir haben eine legitime, bis in ihre Spitzen völlig nazireine Regierung, und Herr Strauß, der die Wörter legitim, Recht und Rechtsstaat liebt, nicht nur der Deutschen „legitimes Recht" vertritt, nicht nur ihre „Eigenverantwortlichkeit (ein schönes Wort) zu mehren" sucht (134), sondern sogar von einem „rechsstaatlichen Europa" träumt (83), für das er „eine demokratisch legitimierte Zentral g e w a l t" (19) fordert, „eine europäische Zentral-g e w a l t" (40), unter der dann „jeder freie Bürger ... die Freiheit haben" wird (85), Herr Strauß ist ein zweitesmal ganz legitim Minister — aber, ich kann mir nicht helfen, so untragisch dies ist, vorerst, traurig ist es auch.

Nachdem Strauß sich im Hinblick auf Hitler schon so weit vorgewagt hat, daß er befürchten mußte, „in diesem Punkt vielleicht" mißverstanden zu werden (151), schreibt er, was man weniger als alles in seinem Buch mit Intelligenz vereinbaren kann: „Ich versuche nicht, Hitlers Politik zu rechtfertigen, die ich von Anfang an für falsch, kriminell und wahnsinnig hielt. Doch bin ich der Überzeugung, daß das politische Leben in Deutschland langsam wieder normal funktionieren muß. Frei von irgendwelchen Komplexen" (151 f.).

Ein erstaunliches Bekenntnis. Zunächst nämlich ist es schon erstaunlich, daß ein Mann, der zwanzig Jahre nach Hitlers Selbstmord deutscher Bundeskanzler werden will, die Erklärung nötig hat, nicht Hitlers Politik rechtfertigen zu wollen! Oder ist dies schon nicht mehr erstaunlich in einem Lande, dessen Staatsoberhaupt sogar sich weigert, seine „Tätigkeit während des Dritten Reiches gerichtlich untersuchen zu lassen" (Frankfurter Rundschau, 31. 1. 1967), ja sich vielleicht, wie Otto Köhler vermutet, „durch den Titel KZ-Baumeister nicht beschimpft, sondern geehrt" fühlt (Kongo-Müller, S. 65)? Dann erstaunt es wohl nicht einmal, wenn wir bald auch einen Kanzler bekommen, der einst nicht, wie Millionen andere Deutsche, g u t e n Glaubens Soldat, sondern b e w u ß t Werkzeug eines Verbrechers wurde? Der Hitler nicht als dem Verführer folgte, sondern o b w o h l er dessen Tun „von Anfang an für falsch, kriminell und wahnsinnig hielt"? Sogar schon vor 1933, da er „stets der Ansicht war, eine Machtübernahme durch Hitler müßte unweigerlich zum Krieg führen" (138). Wie Strauß auch den Krieg „im September 1939 von vornherein als verloren betrachtete" (138) und Deutschlands „Zusammenbruch" (138) klar voraussah.

Er wußte also alles von vornherein! Und was tat er? Warnte er? Klärte er auf? Ging er in den Untergrund? In die Emigration? Nein. Er ging in die Armee und schwor einen Eid bei Gott auf einen Mann, den er als wahnsinnigen Verbrecher durchschaut hatte. Die Frage wird erlaubt sein: Was hat Franz Josef Strauß für einen Charakter? Ja, was hat er für einen Charakter, wenn er, nach einem Chaos ohnegleichen, Emigranten, die eben jenes Ungeheuer bekämpft hatten, dessen Tyrannei er, Strauß, b ö s e n Glaubens bis zuletzt beschützte, zurief: „Wir

wissen, was wir drinnen gemacht haben"? Was hat er für einen Charakter, wenn er sich trotzdem nicht schämt, heute Minister zu sein? Ja, wenn er nach dem Stuhl des Bundeskanzlers trachtet? Und welchen Charakter hat ein Volk, wenn es ihm diesen Stuhl einräumt?

Welch ein makabrer Witz! Ausgerechnet Herr Strauß fordert, das politische Leben in Deutschland müsse „langsam wieder normal funktionieren"! Ja, wann funktionierte es normal? Damals vielleicht, als er das Parlament belog? Oder als er Augstein verhaften ließ? Oder als er Verteidigungsminister wurde? Oder als er rief: „Wer noch einmal ein Gewehr in die Hand nehmen will, dem soll die Hand abfaulen"? Oder als er einen Eid auf einen Mann leistete, dessen Treiben er für „kriminell und wahnsinnig" hielt? Soll das „normal" gewesen sein? Oder war es normal, als er behauptete: „Ich bin mir selbst und meiner Politik immer treu geblieben"? Wollen wir uns überhaupt von dem über politisches Verhalten belehren lassen, der Deutschland einmal wissend in seine größte Katastrophe taumeln ließ, ohne auch nur den Mund zu öffnen, den er heute um so weiter aufreißt, um nach Atomwaffen zu plärren und uns zu sagen, was an Hitlers Politik nicht so ganz falsch gewesen sei? Glaubt er, das Volk der Dichter und Denker bestünde nur noch aus Eseln? Oder aus Lappschwänzen? War er vielleicht selber bloß ein Lappschwanz, als er, trotz besseren Wissens, schwieg? Oder schwieg er gar, um „im Geheimen Widerstand leisten zu können" (142), wie er die geheuchelten „Sympathiekundgebungen" unter Hitler einmal allgemein erklärt? Gehört er selber zu denjenigen „von uns, die damals in der Opposition standen" (139)? Die „verzweifelt" hofften, daß Hitlers „Vertragsbrüche zu einer Intervention führen würden, die den Zusammenbruch des Hitler-Regimes bewirkt hätte" (139)? „Wir (!) konnten einfach nicht verstehen . . .", fährt er fort, so offensichtlich eine Opposition suggerierend. Hat also Strauß, a u c h Strauß Widerstand geleistet? Wahrhaftig, er hat. Er hat allem widerstanden, was Hitler die Macht aus den Händen schlug. Er hat dafür Narben, Beförderung und Orden entgegengenommen. Er hat sich dessen nach dem Krieg gerühmt: „Wir wissen, was wir drinnen gemacht haben." Und alles, obwohl er Hitler für einen wahnsinnigen Verbrecher hielt! Ein solcher Mann belehrt uns über normales politisches Verhalten, bietet uns Beispiele über „politische Bewußtseinsspaltung" (127) bei seinen Gegnern, fordert eine Politik frei von irgendwelchen Komplexen, drängt nach den höchsten Regierungsämtern und hält sich allen Ernstes für qualifiziert, einen „Entwurf für Europa" zu schreiben. Und Europa wohl auch zu führen? Wohin?

VIII

Vielleicht verraten es seine nächsten Sätze. „Es wäre ein Verlust für die freie Welt, wenn die erwiesene Energie und Leistungsfähigkeit der Deutschen wirkungs- und nutzlos bleiben würde." (Soll ich wirklich sagen, daß das Hilfszeitwort hier den Plural erfordert? Als stünde nicht Wichtigeres auf dem „Spiele", wie? Die Energie und Leistungsfähigkeit der Deutschen!) „Sie müssen ausgenutzt, mobilisiert und in der Praxis wirksam werden — jedoch nur im Rahmen europäischer Solidarität. Anders werden wir das deutsche Problem nicht lösen" (152).

Man denke: „Wirtschaftlich ist die Bundesrepublik nach den Vereinigten Staaten die stärkste Macht der freien Welt", schreibt Strauß (60). Und dennoch bleibt die erwiesene Energie der Deutschen „wirkungs- und nutzlos". Nein, weniger

noch: Strauß sieht die Deutschen überhaupt nicht „in der Praxis wirksam". Ja, fragen wir Herrn Strauß, was müssen denn die Deutschen noch tun, damit sie „in der Praxis wirksam" werden? Er sagt es wieder. Er ist nicht Hitler. Sie müssen gar nichts tun. Sie müssen ... werden, sagt Strauß. Und was müssen sie ... werden? — — — „ausgenutzt"! Und „mobilisiert"!

Anders kann Strauß „das deutsche Problem nicht lösen".

„Die Politik eines großen Landes", um noch einen letzten Satz dieser einen, lückenlos zitierten Strauß-Seite im Zusammenhang anzuführen, „kann nicht ohne politisches Selbstbewußtsein gestaltet werden" (152). Doch wie groß auch immer das politische Selbstbewußtsein dessen sein mag, der sich noch selbstbewußt erinnert, was er unter dem größten Gangster der Geschichte tat: er „gestaltet" so wenig Politik wie jener, der gleichfalls gern eine Floskel gebrauchte, die das „Wörterbuch des Unmenschen" kommentiert: „... was man da herzurichten verspricht, soll ungefähr und irgendwie als etwas Höheres erscheinen, und vor allem die Macher selbst wollen für ‚Gestalter', und das heißt für Feinsinnskünstler genommen werden."

Wie sehr es aber die Macher auch drängt, ihr Metier wenigstens verbal hinaufzustilisieren (und um so mehr, je nötiger sie's haben) — mögen sie sich nun der „eigenen Lebensgestaltung" (90) oder der grundsätzlichen „Neugestaltung des westlichen Bündnisses" (100) oder der „Neugestaltung der Allianz" (117) oder der „politischen Zukunftsgestaltung" (13) widmen, oder mögen sie „die politischen Geschicke der Menschheit weiter mitgestalten wollen" (12. Vgl. auch 8), oder mögen sie auch „das deutsche Problem in die europäischen Zusammenhänge einzubauen" (147), „ein neues Eruopa zu bauen" (144), „ein europäisches Bauwerk zu errichten" streben (48, 149), mögen sie gar die Bundesrepublik „in eine europäische Architektur" hieven wollen (156) oder eine „handlungsfähige" deutsche Regierung fordern, die „das große Europakonzert in Gang zu setzen" vermag (162), (wenn schon geschmacklos Europakonzert, dann auch gleich ein in Gang gesetztes! Das ist immerhin konsequent. Obwohl noch besser ein in Marsch gesetztes wäre!), was alles auf der im „Wörterbuch des Unmenschen" angedeuteten Linie liegt —: Politik hat mit Kunst so wenig zu tun wie Hitler mit Humanität. E i n Satz Bruckners — was ist ein Staatsmann daneben, selbst wenn er die halbe Welt beherrscht, geschweige wenn er sie ruiniert.

Ein Politiker gestaltet nicht. Er macht Politik. Er macht sie gut, wenn es ihm gelingt, in schwieriger Zeit den Frieden zu bewahren. Und er macht sie schlecht, wenn ihm dies nicht gelingt. Er ist ein Verbrecher, wenn er zum Krieg treibt. Und je mehr er im Krieg Erfolg hat, ein desto größerer Gangster ist er. Was bisher groß heißt in der Geschichte, ist oft nur groß im Verbrechen gewesen. So lange man dies nicht erkennt, so lange man hier nicht umlernt von Grund auf, wird die Geschichte ein Schlachthaus bleiben.

E i n e Kunst aber kann und soll auch und gerade der Politiker üben. Und da es in mancher Hinsicht die schwierigste, ehtisch gesehen überdies die wichtigste ist, gebührt ihm um so größerer Respekt, je mehr er sich darin als Meister erweist: die Kunst, ein Mensch zu werden.

„Mensch werden ist eine Kunst", sagt Novalis. Freilich sagt er auch: „Man kann nur werden, insofern man schon ist."

Prof. Dr. Bernard Delfgaauw, Groningen

Deutschland und der Frieden

1917 erschien Max Schelers Buch „Die Ursachen des Deutschenhasses". Es ist die Frage, ob man trotz allem, was im letzten Weltkrieg geschehen ist, bei den andern europäischen Völkern in bezug auf die Deutschen überwiegend Haß empfindet. Das ist wahrscheinlich nicht der Fall. Mehr als Haß überwiegt ein Gefühl des Mißtrauens. Doch auch das ist schwerwiegend genug, denn Mißtrauen steht einem europäischen Gemeinschaftsgefühl im Wege. Ein solches europäisches Gemeinschaftsgefühl aber ist wiederum eine unumgängliche Voraussetzung für den Weltfrieden.

Es erscheint deswegen sinnvoll, den Gründen eines in Europa allgemein verbreiteten Mißtrauens in bezug auf die deutsche Politik nachzugehen, und, da Politik von Menschen gemacht wird, auch den Deutschen als solche. Dieses Mißtrauen hat selbstredend auch seine historischen Gründe, so die expansive deutsche Politik seit den sechziger Jahren des vorigen Jahrhunderts und vor allem die Greuel des Nationalsozialismus. Es geht hier aber nicht um die Geschichte, sondern um die Tatsache, daß die deutsche Politik seit 1945 wenig oder nichts getan hat, um die Gründe für das Mißtrauen in Europa auszuräumen. Es geht nicht um die Geschichte. Es gibt keine determinierte Geschichte in dem Sinne, daß das eine Volk friedfertig wäre und das andere kriegslüstern. Hier sprechen so viele Faktoren mit, daß Simplismen dieser Art unzulässig sind: wissenschaftlich falsch und schädlich für die Beziehungen zwischen den Völkern. Das deutsche Volk ist seit dem Dreißigjährigen Krieg bis zur deutschen Reichseinheit immer ein friedfertiges Volk gewesen. Im siebzehnten und achtzehnten Jahrhundert bis zu und unter Napoleon war Frankreich die kriegslüsterne Nation Europas. Die militärische und kriegerische Tradition Deutschlands ist sonach noch jung und ganz gewiß nicht als Schicksal im deutschen Volk vorgegeben.

Die deutsche Geschichte zeigt so viel Größe, daß das deutsche Volk der unmenschlichen Scheingröße des Krieges nicht bedarf. Baukunst und Musik, Dichtung und Philosophie, Wissenschaft und Wirtschaft sichern dem deutschen Volk soviel wahre Größe, daß es sich erlauben kann, auf alle Scheingröße zu verzichten. Es ist deswegen eine befremdliche Erscheinung, daß ein Volk dieser Art zu etwas so durch und durch Unechtem gegriffen hat, wie es der Nationalsozialismus war, und Greuel zuließ, die mit jener Größe ganz und gar unvereinbar sind. So konnte man sagen, aus dem Volk der Dichter und Denker sei ein Volk der Richter und Henker geworden —, wobei man freilich dem „Richter" unrecht tut, da ein Richter für das Recht einzustehen hat, der Nationalsozialismus aber Unrecht praktizierte.

Aber noch einmal: Es geht hier nicht um die Geschichte als solche, sondern um die Frage, ob das deutsche Volk bereit ist, unter ein einziges Jahrhundert kriegserfüllter Geschichte nun einen Schlußstrich zu ziehen und an seine große kulturelle Tradition wieder anzuknüpfen. Und eben hier erhebt sich das Mißtrauen in Europa, da man neben Symptomen dieser Bereitschaft die vielen, und zwar

offiziellen oder halboffiziellen, Symptome des Gegenteils wahrnimmt. Es ist für den Nichtdeutschen schwierig zu beurteilen, inwieweit diese Symptome für die deutsche Mentalität der Gegenwart charakteristisch sind. Auf jeden Fall bleibt es eine Tatsache, daß das deutsche Volk — sofern es die noch zu nennenden Symptome mißbilligt — diese doch zugleich zuläßt. Eine Mißbilligung ist demnach, falls vorhanden, unwirksam. Und wir erinnern uns wieder der Geschichte, daß auch Hitler viel Mißbilligung fand, die aber auch unwirksam blieb. Geht etwa dem Durchschnittsdeutschen mehr als dem Durchschnittseuropäer das Vermögen ab, kommende Gefahren zu sehen? Läßt er sich vielleicht gerade deshalb besonders leicht blenden, wenn man ihm wie Hitler Scheingefahren an die Wand malt?

Das europäische Mißtrauen den Deutschen gegenüber beruht auf der deutschen Blindheit für tatsächliche Gefahren. Auf fünf Symptome dafür sei hier kurz hingewiesen. Es sind einfache Symptome, für jeden erkennbar, für Deutsche wie für Nichtdeutsche. Diese Symptome lassen sich mit folgenden Stichwörtern angeben: 1) „Dreigeteilt? Niemals!" — 2) West-, Mittel-, Ostdeutschland. — 3) Seebohm. — 4) Die Hallstein-Doktrin. 5) Atomwaffen. — Bei diesen Stichwörtern lassen sich beiläufig genügend andere Symptome zur Sprache bringen. Wir Europäer möchten wissen, ob den Deutschen eine Analyse dieser Symptome etwas sagt, oder ob sie schulterzuckend daran vorbeigehen. Im ersten Fall würde das Mißtrauen dem deutschen Volk gegenüber nachlassen und auf die Dauer womöglich ganz verschwinden, andernfalls aber wird es noch zunehmen, und es könnte eine unglückliche Erscheinung wie der von Scheler geschilderte Deutschenhaß von neuem aufkommen. Jeder aufrechte Europäer hofft, daß es nicht abermals soweit kommt.

„Dreigeteilt? Niemals!"

Man muß davon ausgehen, daß die Deutschen genauso gut sehen können wie andere normale Menschen. Man kann deshalb nicht annehmen, daß sie niemals die Schilder an ihren Straßen sehen, die die Landkarte Vorkriegsdeutschlands zeigen. Schwarz hebt es sich von einem roten Hintergrund ab, und durch das schwarze Gebiet ziehen sich zwei weiße Linien, die das Gesamtgebiet der Vorkriegszeit in drei Teile zerschneiden (daß Schwarz, Rot und Weiß die Farben des Nationalsozialismus waren, ist gewiß Zufall): der linke Teil dieses Gebietes bildet die Deutsche Bundesrepublik, der Mittelteil die Deutsche Demokratische Republik, der Teil rechts die Rußland und Polen zugefallenen Gebiete. Der Text dazu lautet: „Dreigeteilt? Niemals!"

Wer diese Schilder aufstellt oder aufgestellt hat, ist mir nicht bekannt, es tut auch wenig zur Sache. Sie sind in ganz Westdeutschland genau gleich, werden demnach entweder von einer unabhängigen Organisation aufgestellt, die über ganz Westdeutschland verbreitet ist und mit Zustimmung der Bundesregierung und der Landesregierungen arbeiten kann, oder von den Landesregierungen nach gemeinsamer Übereinkunft oder von der Bundesregierung unter Zustimmung von Bundesparlament und Volk. Es tut in der Tat wenig zur Sache. Wichtig ist nur, daß diese Schilder, wenn sie beim deutschen Volk keinen Eindruck machen, auch verschwinden können, daß sie aber, falls sie wohl Eindruck machen, die Bereitschaft zum Führen eines neuen Kriegs herbeiführen.

Auch für Nichtdeutsche ist es durchaus verständlich, daß der Verlust früherer deutscher Gebiete an Rußland und Polen ein schmerzlicher Verlust ist. Vater-

landsliebe kennen andere Europäer ebensogut wie die Deutschen. Rechtfertigt Vaterlandsliebe aber den fordernden Ruf: „Dreigeteilt? Niemals!"? Hitler hat mit seinem Appell an die Vaterlandsliebe nicht nur ganz Europa, sondern auch das eigene Land in eine Katastrophe gestürzt, wie Deutschland sie seit dem Dreißigjährigen Krieg nicht mehr gekannt hat. Vaterlandsliebe wird verbrecherisch, sobald sie zum Chauvinismus wird, das heißt die Grenzen des von der Vernunft zu Billigenden überschreitet: wenn man Ziele realisieren will, die entweder die Vaterlandsliebe anderer verletzen oder das eigene Volk ins Unglück stürzen. Hitler tat sowohl das eine wie das andere. Folgt das deutsche Volk dieser Losung „Dreigeteilt? Niemals!", dann wird es wiederum sowohl das eine wie das andere tun.

Zweifelsohne schreckt die überwältigende Mehrheit des deutschen Volkes vor diesen Konsequenzen zurück. Man will keinen Krieg. Aber mit dem Feuer spielen dürfen große Menschen ebensowenig wie Kinder. Hämmert man dem deutschen Volke ein, es dürfe sich niemals mit der Dreiteilung abfinden, dann läuft das auf einen Versuch hinaus, den Friedenswillen unmerklich in einen Kriegswillen überzuleiten: mit anderen Worten, wer die erwähnten Schilder aufstellt oder aufstellen läßt, macht sich der Vorbereitung eines neuen Krieges schuldig.

Aber hat das deutsche Volk dann kein Recht auf die verlorenen Gebiete? Sie waren doch deutsch. Von diesem Recht könnte man sprechen, wenn es nicht verspielt wäre. Nicht die Polen und die Russen haben Deutschland überfallen, sondern die Deutschen Polen und Rußland — wie so viele andere Länder. Als Schadenersatz für das unmenschliche unermeßliche Leid, das die Deutschen Polen und Rußland angetan haben, haben diese Länder deutsche Gebiete genommen. Ein Schadenersatz dieser Art bleibt immer kläglich genug, denn die Toten stehen davon nicht wieder auf, die Folterungen werden nicht ungeschehen und die Verwüstungen nicht wieder gutgemacht. Wenn die Deutschen aber begreifen, welches Unrecht und welche Greueltaten begangen worden sind, und wenn der Friede ihnen nicht nur affektiv, sondern auch effektiv ein hohes Gut bedeutet, dann müssen sie sich mit der neuen Sachlage abfinden.

Sich abfinden bedeutet nicht Mangel an Willenskraft. Sich abfinden kann und muß eine Form wahrer Reue sein, die Einsicht, falsch gehandelt zu haben, gepaart mit dem Willen, in der Zukunft rechtlicher und menschlicher zu handeln. Die verlorenen Gebiete wären allein durch einen Krieg zurückzugewinnen: aus freien Stücken würden Rußland und Polen diese, wie jedermann in der ganzen Welt weiß, niemals hergeben. Darüber hinaus bedeutet ein Krieg nichts anderes als eine sinnlose Wiederholung schon erlittenen Leides. Damals wurden die Deutschen vertrieben, nun müßte ein neuer Krieg wieder die Polen und Russen vertreiben. Eine neue Wiederholung also alles Elends, statt des vernünftigen Bestrebens, endgültig zur Ruhe kommen.

Dieser Tadel, so wird mancher Deutsche sagen, ist unbillig, hat doch unsere Regierung wiederholt erklärt, die Wiedervereinigung der beiden Teile Deutschlands oder gar die Rückgewinnung der verlorenen Gebiete dürfe niemals mit kriegerischen Mitteln erzwungen werden. Wir respektieren diese Erklärung und wollen glauben, daß es der Regierung damit ernst ist und das deutsche Volk dahinter steht. Ist dieses aber der Fall, wozu dann jene Schilder: „Dreigeteilt? Niemals!"? Die Deutschen wissen doch genau so gut wie jeder andere, daß es vielleicht ohne Krieg zur Wiedervereinigung kommen kann, niemals aber zur

Rückgewinnung der verlorenen Gebiete. Wir haben hier mithin einen Widerspruch zwischen den offiziellen deutschen Erklärungen und der politischen Praxis. Deutliche Symptome dafür sind nicht nur die bewußten Schilder, sondern auch die eingangs genannten Beispiele. Und deren Reihe ließe sich ins endlose verlängern. Fast jeder Tag bringt neue Beweise. Hier sei nur hingewiesen auf die ständige Sabotage durch Staatsmänner wie Adenauer und Strauß, sobald sich irgendwelche Anzeichen für eine Annäherung zwischen Rußland und Amerika am Horizont zeigen.

Unsere Frage an die Deutschen lautet nun: Was gilt mehr: Die offiziellen friedfertigen Erklärungen der deutschen Regierung oder tatsächliche Symptome wie das „Dreigeteilt? Niemals!", der Wunsch nach Atomwaffen, Äußerungen von Adenauer, Strauß, Seebohm und anderen? Die Antwort kann nicht zweifelhaft sein: So lange das tatsächliche Verhalten der Deutschen mit den Worten der Deutschen nicht übereinstimmt, wertet jeder das Verhalten höher und läßt die Worte auf sich beruhen. Mit anderen Worten, man glaubt den Deutschen nicht. Dies gilt natürlich in erster Linie für die politisch führenden Figuren, aber wenn Deutschland eine Demokratie sein will und dies der Form nach auch ist, dann müssen wir schon annehmen, daß die Mehrheit des deutschen Volkes hinter einer Politik friedliebender Erklärungen, aber kriegsfördernden Verhaltens steht.

Wir Nichtdeutschen fragen uns nun verständlicherweise, ob diese Doppelzüngigkeit, dieses Janusgesicht der deutschen Politik berechnend und verbrecherisch — ein Erpressungsmanöver im Stile Hitlers — oder vielleicht eher eine bestimmte Art von Dummheit ist, nämlich das Unvermögen, sich vorzustellen, wie der Nichtdeutsche auf das deutsche Verhalten wohl reagieren muß. Das letztere ist wahrscheinlicher als das erste. Die meisten Deutschen, deutsche Staatsmänner eingeschlossen, sind nicht imstande zu begreifen, daß der Widerspruch zwischen bestimmten Erklärungen einerseits und Verhaltensweisen andererseits in der Welt ein ständiges Mißtrauen den Deutschen gegenüber wachhält.

Wenn es in der Tat um mangelndes Begreifen geht, dann ist die deutsche Haltung Polen gegenüber dafür ein deutlicher Beweis. Die deutsche Regierung hat sich des öfteren um ein besseres Verhältnis zu Polen bemüht, hat dabei aber wenig oder gar keinen Erfolg gehabt. Man muß sich nur darüber wundern, daß sie auf einen Erfolg gehofft hat. Für Polen ist die Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze eine Frage von Leben und Tod. Wenn die deutschen Staatsmänner diese Grenze nicht bedingungslos anerkennen, bevor über Annäherung gesprochen wird, ist jedes Gespräch sinnlos, denn diese Grenze kann für Polen kein Gegenstand von Verhandlungen sein, sondern nur eine vielen Verhandlungen vorausgehende conditio sine qua non.

Wenn nun die deutschen Staatsmänner die von Deutschland in Polen geschehenen Greuel zugeben, die einzig mögliche Schadenersatzleistung aber nur als mögliches Ergebnis von Verhandlungen sehen, so zeigt sich hier wiederum das schon erwähnte Janusgesicht der deutschen Politik. Auch wenn man geneigt ist zu glauben, daß es den meisten Deutschen schwerfällt, die Psyche anderer Völker zu begreifen, und sich diese a priori unmögliche Annäherung an Polen vielleicht daraus erklärt, so kann man doch auch die Frage nicht ganz unterdrücken, ob die Doppeldeutigkeit in der deutschen Politik nicht bewußt getrieben wird, weil die deutschen Politiker glauben, eine ständige Unruhe in Europa sei für deutsche Interessen nur günstig. Trifft dieses zu, ist dann der Unterschied zu Hitlers Politik noch sehr groß?

West-, Mittel-, Ostdeutschland

Allenthalben in der übrigen Welt spricht man von der Deutschen Bundesrepublik als von Westdeutschland und von der Deutschen Demokratischen Republik als von Ostdeutschland. In der Deutschen Bundesrepublik meint man mit Westdeutschland dasselbe wie alle andern, bezeichnet mit Ostdeutschland aber die an Polen und Rußland verlorenen Gebiete, während die DDR Mitteldeutschland ist. Wir brauchen uns dabei nicht lange aufzuhalten. Es geht um dieselbe Erscheinung wie bei der Losung „Dreigeteilt? Niemals!" Dieselbe Dreiteilung Deutschlands sehen wir auf den Karten der Bundesbahn und in den deutschen Wetterberichten im Fernsehen. Also dasselbe Thema. Wie aber will Deutschland die Welt von seinem Friedenswillen überzeugen, wenn es Deutschland weiterhin als ein Vorkriegsdeutschland sieht, das nur mit einem neuen Krieg wieder zustande gebracht werden könnte? Oder will man sich nur einen günstigen Ausgangspunkt für künftige Verhandlungen schaffen? Dann aber stoßen wir wieder auf die gleiche Verkennung der Wirklichkeit. Erst n a c h einem klaren und endgültigen Verzicht der Deutschen kann über die Möglichkeit von Verhandlungen gesprochen werden. Solange Deutschland behauptet, ein Recht zu haben auf seine alten Grenzen, und dabei geflissentlich vergißt, was es der Welt angetan hat, sind alle Verhandlungen unmöglich. Solange wird es nur Mißtrauen geben.

Wenn die Frage nach der deutschen Einheit gestellt wird, kann damit nur die Wiedervereinigung der Bundesrepublik und der Deutschen Demokratischen Republik gemeint sein. Jeder Anspruch darüber hinaus verhindert, daß über Wiedervereinigung überhaupt gesprochen werden kann. Ist es den deutschen Politikern ernst mit ihrem Verlangen nach der Wiedervereinigung, so gibt es nur einen Weg: Anerkennung sowohl der Oder-Neiße-Grenze wie auch der Deutschen Demokratischen Republik. Erst danach ist ein Gespräch möglich. Wissen die deutschen Staatsmänner dieses nicht? Oder wissen sie es nur all zu gut und hoffen sie, indem sie die Unruhe in Europa schüren, im gegebenen Augenblicke zuschlagen zu können? Auf jeden Fall sind das deutsche Verhalten und viele Erklärungen mit dem offiziellen Friedenswillen so wenig vereinbar, daß man überall in der Welt den deutschen Absichten mißtraut.

An den Ernst des deutschen Friedenswillens können wir glauben, sobald die beiden deutschen Staaten, die beiden Teile Deutschlands bereit sind, vernünftig miteinander zu verhandeln, und nicht jeder versucht, seine Bundesgenossen gegen die andere Partei aufzuhetzen. Die Losung „Dreigeteilt? Niemals!" könnten wir gelten lassen, sobald mit diesen drei Teilen die Bundesrepublik, die DDR und Berlin gemeint sind und sich wirklich fruchtbare Ansätze zu einer Bewältigung des Problems der deutschen Einheit zeigen. Solange man sich aber hinter eine Nichtanerkennung der DDR und die Hallstein-Doktrin verschanzt, solange kann kein Nichtdeutscher Deutschland trauen.

Ex-Bundesminister Seebohm

Zweimal hat Herr Seebohm sich als Minister Äußerungen über die Tschechoslowakei erlaubt. Viele verstanden seine Worte so, daß die ehemals sudetendeutschen Gebiete wieder an Deutschland fallen müßten. Nach späteren Kommentaren wollte der Minister aber nur gesagt haben, daß die Sudetendeutschen das Recht hätten oder haben müßten, in ihre früheren Wohngebiete zurückzukehren.

Die Höflichkeit gebietet, die Worte des Herrn Seebohm möglichst günstig zu deuten. So halten wir uns denn an die späteren Kommentare: Nach Herrn Seebohm müssen die Sudetendeutschen in ihr altes Gebiet zurückkehren.

Es ist erstaunlich, daß ein Bundesminister sich nicht klar machte, was diese Forderung bedeutet. Hatte er vergessen, welche Rolle die Sudetendeutschen in Hitlers Krieg gegen die Tschechoslowakei gespielt haben? Können die Tschechen und die Slowaken so ohne weiteres sicher sein, daß nach der Rückkehr der Deutschen nicht schon bald die Forderung „Heim ins Reich!" erklingen würde? Müßten die Tschechen und die Slowaken zuvor die neuen Bewohner, die die Plätze der vertriebenen Deutschen eingenommen haben, ihrerseits zugunsten der Deutschen wieder vertreiben? Wie hart es vielleicht auch für manchen Unschuldigen sein mag (so unschuldig waren übrigens die meisten Sudetendeutschen nicht), welches Recht hat man, von der Tschechoslowakei zu verlangen, die eigenen Einwohner zugunsten von Deutschen zu verjagen, die durch eigene Schuld vertrieben wurden, anderswo Unterkunft und Arbeit gefunden haben und eine neue potentielle Gefahr bedeuten würden?

Ähnlich wie Herr Seebohm haben sich viele Deutsche mündlich und schriftlich geäußert, nicht nur über das Verhältnis zu Polen und der Tschechoslowakei, sondern auch über das zu Österreich und Frankreich (Elsaß-Lothringen). Dies ist schon an sich schlimm genug, doch können in einem großen Volk eben viele solcher Meinungen laut werden, ohne daß man gleich vernünftigerweise mehr als einen sehr kleinen Bruchteil des Volkes dafür verantwortlich machen sollte. Doch hier geht es nicht um einen Herrn Seebohm an sich, sondern um einen Herrn Seebohm, der damals als Bundesminister derartige Dinge zweimal sagen konnte und zugleich ganz ruhig Bundesminister bleiben durfte.

Hier gibt es aber nur ein Entweder-Oder. Entweder der Minister Seebohm sprach als Mitglied der Regierung, oder die Regierung fand seine Bemerkung so unwichtig, daß sie irgendwelche Maßregeln gegen diesen Minister nicht für nötig hielt. Dieses aber kann nur heißen, daß die Regierung auch in diesem Fall nicht im geringsten begriffen hat, was diese Forderung Seebohms bei Nichtdeutschen für einen Eindruck machte. Auch die deutsche Regierung als ganze begriff offensichtlich nicht im geringsten, daß die Deutschen etwas gutzumachen haben für die vielen von ihnen begangenen Greueltaten. Sie ist anscheinend der Meinung, der Krieg sei eine betrübliche Entgleisung gewesen, doch sei es durchaus ungerecht, wenn diese Entgleisung auf der Nachkriegskarte Europas einige Spuren hinterlasse.

Mag nun die deutsche Regierung die Äußerung des Ministers Seebohm unerheblich gefunden oder dahinter gestanden haben, es läuft auf das nämliche hinaus. Deutschland lehnt eine Verantwortung für das, was es während des Krieges getan hat, ab. Bei der Einweihung der Rheinbrücke zwischen Emmerich und Wesel sprach Minister Seebohm vom Willen Gottes. Ich weiß nicht, ob es Gottes Wille ist, daß sich eine Brücke zwischen Emmerich und Wesel befindet. Ich weiß nur, daß es für die Einwohner dieser Städte angenehm ist. Und Gott will zweifelsohne das Gute für die Menschen. Aber auch Hitler war stets über den Willen Gottes besonders gut informiert. Er rechtfertigte damit alles Unheil, das er über die Welt, einschließlich Deutschlands, brachte.

Als Christ stehe ich dieser Berufung auf den Willen Gottes außerordentlich zurückhaltend gegenüber. Es könnte sein, daß so etwas eher heidnisch ist als

christlich. Christlich ist es, einzusehen, daß nach dem Willen Gottes Friede auf Erden herrschen soll, daß dieser Friede nicht von selbst kommt, sondern von den Menschen hergestellt und gewahrt werden soll. Christlich wäre es demnach gewesen, wenn Minister Seebohm zu den Sudetendeutschen gesagt hätte: „Ich verstehe, daß es für euch hart ist, auf das Land eurer Väter verzichten zu müssen. Aber ihr müßt einsehen, daß wir Deutsche das Recht verspielt haben, in diesem Lande zu wohnen. Baut euch hier ein neues Leben auf, denn Gottes Aufforderung an die Menschen lautet: Friede auf Erden für die Menschen guten Willens."

Die Hallstein-Doktrin

Beiläufig wurde die Hallstein-Doktrin schon erwähnt. War das nicht zwecklos, da sie doch durch die neue Ostpolitik erledigt ist? Wäre dies so, wir könnten darüber schweigen. Es ist nicht unmöglich, daß die neue Ostpolitik zur Verwerfung der Hallstein-Doktrin Anlaß gibt, aber es ist genau so möglich, daß sie zur Verschärfung dieser Doktrin führt. Die Hallstein-Doktrin war im Prinzip nicht gegen die Staaten gerichtet, die die DDR anerkennen wollten oder schon anerkannt hatten. Sie war darauf gerichtet, die DDR zu isolieren, sie war also im Grunde nur gegen die DDR selbst gerichtet.

Was ändert in dieser Hinsicht die neue Ostpolitik? Im Grunde nur, daß die BRD den Weg gefunden zu haben glaubt, die DDR mehr zu isolieren, als es bisher gelungen ist. Die neue Ostpolitik versucht, die Isolierung der DDR so weit durchzuführen, daß die DDR jetzt auch im Gefüge der kommunistischen Staaten eine Einzelstellung bekommt. In dieser Hinsicht bedeutet die neue Ostpolitik gerade eine Verschärfung in den Beziehungen zwischen BRD und DDR und gerade n i c h t eine Entspannung in den europäischen Verhältnissen.

Die UdSSR, Polen und die DDR selbst haben diese Situation erkannt. Die Folge ist, daß nicht nur in der DDR, sondern auch in Polen das Mißtrauen der westdeutschen Politik gegenüber nur größer geworden ist. Das dürfte auch auf andere kommunistische Staaten zutreffen, die aber aus Erwägungen der politischen Ökonomie neue Beziehungen zu der Bundesrepublik nicht ablehnen. Es ist deshalb durchaus verständlich, daß die Versuche, auch zu besseren Beziehungen mit der DDR und Polen zu kommen, keinen Erfolg haben können. Dafür bleibt notwendig, was Polen anbelangt: die Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze; was die DDR anbelangt: die Anerkennung dieses zweiten deutschen Staates.

Man denkt oft, daß die Hallstein-Doktrin sich nur gegen ost-europäische und nicht-europäische Staaten richtet. Dies ist ein verhängnisvolles Mißverständnis. Die Hallstein-Doktrin ist zu gleicher Zeit ein Erpressungsmanöver gegenüber den westeuropäischen Staaten. Dieses Manöver könnte leicht völlig unwirksam bleiben. Es ist zum Beispiel ganz unmöglich, daß die Bundesrepublik die Beziehungen zu den Niederlanden abbrechen würde, wenn die Niederlande die DDR anerkennen würden. Es ist nur zu bedauern, daß die Regierungen der westeuropäischen Staaten der Bonner Pression nachgeben und so wiederum eine offizielle Politik machen, die der Stimmung in den betreffenden Völkern nicht entspricht.

Hier müßten die westeuropäischen Staaten selber die Initiative ergreifen und sich zur Anerkennung der DDR entschließen. Die große Schwierigkeit ist die NATO. Daher würde es für Frankreich, das in dieser Hinsicht am weitgehendsten

eine eigene Politik betreibt, am leichtesten sein, hier die Initiative zu ergreifen. Aber vielleicht würde es fürchten, dadurch das von Adenauer und de Gaulle gestiftete Zwei-Staaten-Bündnis zu schädigen. Im übrigen könnte auch ein anderer westeuropäischer Staat diese Initiative ergreifen, wenn man nur mehr in Kategorien des Weltfriedens als in Kategorien der Militärpakte denken würde.

Die Atomwaffen

Am 25. Juli 1963 wurde in Moskau der Kernwaffen-Stop-Vertrag von Amerika, England und der UdSSR unterzeichnet. Die Hoffnung der Welt ging dahin, alle andern Mächte möchten sich dieser Abmachung anschließen. Ihr Zweck war, die weitere Ausbreitung von Kernwaffen zu verhindern. Dieser Zweck ist nur unvollkommen erreicht, wiewohl die Unterzeichner selbst sich an den Vertrag gehalten haben.

Doch nicht nur das Verhalten anderer Staaten hat der Bedeutung des Vertrages Abbruch getan, sondern auch das Verhalten Amerikas. Hat doch Amerika den Gedanken der MLF gestartet, wonach die Bundesgenossen Amerikas in der NATO Anteil an der Atomrüstung bekommen sollen. Das widerspricht nicht dem Buchstaben jener Abmachung, wohl aber ihrem Geist, denn sie hatte nach der Präambel die Abrüstung zum Ziel, nicht eine weitergehende Rüstung. Einer der Gründe, die Amerika zum Vorschlag der MLF brachten, war die Möglichkeit, Frankreich und Deutschland davon abzuhalten, eine eigene Atommacht aufzubauen. Was Frankreich betrifft, ist das mißlungen, in bezug auf Deutschland bleibt es ein befremdlicher Gedanke.

Deutschland hat ja noch keinen Friedensvertrag mit seinen vormaligen Gegnern geschlossen. Es kann mithin nicht weiter gehen, als diese vormaligen Gegner gestatten. Warum aber sollten diese, Amerika, England und die UdSSR, Deutschland Atomwaffen erlauben? Weil Deutschland bedroht wird? Aber von wem? Weil es gleichberechtigt sein soll mit den anderen europäischen Ländern? Welches Land aber kann die Möglichkeit, die Welt zu vernichten, als ein Recht fordern? Herr Franz Josef Strauß hat von militärischer Diskriminierung Deutschlands gesprochen, wie sie im Vertrag von Versailles vorlag. Es könne ein anderer Hitler sich darauf berufen. Was bedeutet eine solche Bemerkung?

Von wem wird Deutschland bedroht? Nach Ansicht vieler Deutscher von „Rußland". Daß „Rußland" eine Bedrohung Deutschlands bedeutet, sobald man die von Polen und der UdSSR annektierten Gebiete zurückfordert, liegt auf der Hand. Dann aber geht die Bedrohung nicht von „Rußland" aus, sondern von Deutschland. Oder sollte die UdSSR eine Bedrohung Deutschlands bedeuten, weil sie gewaltsam den Kommunismus einführen möchte? Nun, die Ergebnisse einer solchen gewaltsamen Einführung des Kommunismus sind für die Russen nicht ermutigend. Überdies hält die amerikanische Übermacht in der Atomrüstung sie wohl vor allzu gefährlichen Experimenten zurück.

Alle Menschen sind gleichen Rechts, alle Völker auch. Auf diesen Grundsätzen wurden UNO und UNESCO gegründet. Deutschland darf nicht in alle Ewigkeit als Macht zweiten Ranges behandelt werden, weil es einen Krieg angefangen und verloren hat. Man muß den Weg freimachen für die Aufnahme Deutschlands in die UNO. Dabei erhebt sich sogleich die Frage: Welches Deutschland? Die Frage der zwei deutschen Staaten und der deutschen Wiedervereinigung spielt eine wichtige Rolle in Deutschlands Verhältnis zur UNO.

Was aber das Problem der Atombewaffnung angeht, so sind hier einige Umstände von ausschlaggebender Wichtigkeit. Zunächst gibt es ein gewisses Gleichgewicht zwischen der amerikanischen und der russischen Atomrüstung. Gewiß haben wir ein Übergewicht Amerikas in dieser Hinsicht, aber auf beiden Seiten ist die Rüstung doch stark genug, um die Lust zu Abenteuern im Keim zu ersticken. Auf jeden Fall wird die Sowjetunion in ihrer Lage wohl sich hüten, Amerika oder Europa, einschließlich Deutschlands, anzugreifen. Sodann sind die Russen stärker am eigenen Aufbau interessiert als an für den Kommunismus als solchen ungünstigen militärischen Abenteuern. Und schließlich sind die Spannungen zwischen den Sowjets und China im Augenblick — und wahrscheinlich auf eine ziemlich lange Zeit — größer als die zwischen den Sowjets und der westlichen Welt.

Was de Gaulle auch sagen möge — am Willen Amerikas, im Fall der Not Europa und Deutschland zu verteidigen, ist nicht zu zweifeln, und zwar ist er deshalb so über allen Zweifel erhaben, weil es um Amerikas eigenes Wohl und Wehe geht. Ein isoliertes Amerika ist allem preisgegeben. In dieser Lage erhebt sich bei allen Europäern die Frage, was deutsche Generale und deutsche Politiker wie Adenauer und Strauß mit ihrer Forderung nach deutschen Atomwaffen eigentlich im Auge haben. Es gibt da nur zwei Möglichkeiten: Entweder die Deutschen wollen mit der Drohung einer atomaren Rüstung die Wiedervereinigung forcieren und die verlorenen Gebiete zurückgewinnen, oder es ist eine Frage des Prestiges.

Wollen die Deutschen mit der atomaren Rüstung ihren Forderungen Nachdruck geben, dann würde dies beweisen, daß sie noch immer den Krieg dem Frieden vorziehen. In diesem Fall haben alle Europäer darauf hinzuwirken, daß eine deutsche Atomrüstung unterbleibt, weil sie einen neuen Krieg bedeuten müßte. Ist die atomare Rüstung aber eine Prestigefrage, dann fragen wir: Um was für ein Prestige geht es hier? Welches Prestige gewinnt man durch den Besitz von Mordwaffen? Es ist das Scheinprestige des über die Stränge schlagenden Halbstarken. Hitler sah eine Diskriminierung des deutschen Volkes darin, daß bestimmte deutsche Gebiete nicht zum Deutschen Reich gehörten. Diese Auffassung hat zu einem grauenhaften Krieg und zur Verwüstung Europas geführt.

Und doch ist die Forderung Hitlers noch human im Vergleich zu dem, was Strauß fordert: die Möglichkeit, die Welt zu vernichten. Daß es eine Frage der Ehre sein könnte, ob man über Atomwaffen verfügt — dieser Gedanke ist so monströs, daß man sich fragt, wo denn der Unterschied liegt zwischen jenem deutschen Volk, das sich 1933 hinter Hitler stellte, und dem deutschen Volk, das sich 1965 bei der Wahl für Strauß aussprach. Strauß ist jetzt wieder Bundesminister und hat inzwischen seinen „Entwurf für Europa" geschrieben, worin die irreale Prätention der Bundesrepublik, ganz Deutschland zu repräsentieren, zentral steht.

Ohne Frage gibt es in Deutschland viele überzeugte Demokraten. Vor allem zu den jüngeren Menschen hat man in Europa Vertrauen, trotz der desillusionierenden letzten Wahlen. Was in Deutschland aber fehlt, ist das, was die Kraft einer wahren Demokratie ausmacht: eine echte Opposition, die im Bewußtsein ihrer Verantwortung der Regierung ein durchdachtes Gegenspiel liefert. Die SPD hat sich mehr und mehr die Chancen entgleiten lassen, eine echte Oppositionspartei zu sein. Immer mehr gleicht sich das Programm der SPD dem der CDU an. So hat die Große Koalition im wesentlichen nichts geändert. Anscheinend wiegt

man sich in der Illusion, nur so die Wähler herüberziehen zu können. Wo aber bleibt die Verantwortung bei diesem Spiel? Opposition gibt es nur noch von seiten der FPD, der NPD und der DFU. Die erste und die letztere sind aber zu klein, um eine wirkliche Opposition leisten zu können, die NPD gibt keine wirkliche Opposition, sie treibt nur alle anti-demokratischen Tendenzen in der deutschen Regierungspolitik konsequent weiter. Eine wirkliche Opposition hat nur dann reale Aussichten, wenn sie eine vernünftige Alternative zur Regierungspolitik anbietet. Gibt es diese Möglichkeit?

Die deutsche Wiedervereinigung

Ist mit alledem gesagt, die deutsche Wiedervereinigung werde als solche abgelehnt? Keineswegs. Das „Dreigeteilt? Niemals!" läßt sich verteidigen, wenn man als die drei Teile die Bundesrepublik, die Deutsche Demokratische Republik und Berlin meint. Aber auch diese Wiedervereinigung ist nur dann annehmbar und allein dann auch zu verwirklichen, wenn der Ausgangspunkt realistisch ist und die Methode demokratisch. Der einzige realistische Ausgangspunkt ist die Anerkennung der tatsächlichen Dreiteilung Deutschlands. Die einzige demokratische Methode die der Verhandlung. In der gegenwärtigen Situation zeigt die Bundesrepublik keine Neigung, diesen realistischen Ausgangspunkt zu wählen oder den Weg der Verhandlung zu gehen.

Natürlich weiß man auch in Westdeutschland von der tatsächlich bestehenden Dreiteilung. Aber man weigert sich, sie anzuerkennen. Man beruft sich auf juristische Spitzfindigkeiten, um die Tatsache von sich zu schieben, daß es zwei deutsche Staaten und eine Stadt Berlin gibt. Die Bundesrepublik hält die Fiktion aufrecht, für die zur DDR gehörenden Gebiete mitsprechen zu dürfen. Die Hallstein-Doktrin ist der bezeichnende Ausdruck dafür. Die einzige Folge davon ist: 1) daß man die Wiedervereinigung unmöglich macht; 2) daß man die Lage der Bewohner der DDR außerordentlich schwierig macht. Man vergießt in der Bundesrepublik heiße Krokodilstränen, tut zugleich aber alles, um den Menschen in der DDR das Leben schwer zu machen.

Nur wenn die Bundesrepublik die DDR anerkennt, ist eine Entspannung zwischen beiden Ländern möglich. Von solcher Entspannung hätten zunächst die Deutschen aus beiden Ländern Nutzen, weiterhin aber Europa und die ganze Welt. Aber immer, wenn von Europa oder von Amerika aus Versuche zur Entspannung, sei es zwischen Amerika und der Sowjetunion, sei es zwischen den beiden deutschen Ländern, unternommen wurden, standen deutsche Politiker wie Adenauer und Strauß auf und zeterten, das wäre Verrat an der Bundesrepublik.

Auch das Problem Berlin ist nur dann zu lösen, wenn man damit beginnt, den ganz eigenen Status dieser Stadt anzuerkennen, und dafür wäre eine Überantwortung in den Schutz der UNO eine Lösung. Aber diese Lösung wird von der Bundesrepublik immer wieder verworfen, so daß man weiterhin über die Berliner Mauer weinen kann. Eine solche Anerkennung der DDR und des eigenen Status Berlins heißt nicht, den Wiedervereinigungsgedanken aufgeben, sondern ist vielmehr der erste Schritt zu dessen Verwirklichung. Dies liegt für jeden Nichtdeutschen derart auf der Hand, daß man sich fragt, ob die Politiker Westdeutschlands die Wiedervereinigung wohl wirklich wünschen oder sie nur mit schönen Worten preisen, um die Wähler anzulocken.

Ich habe bisher nichts gesagt von der Notstandsgesetzgebung. Der Grund ist, daß man bei uns weniger darüber spricht als vor einem Jahr. Ich hoffe, daß die

Notstandsgesetzgebung endgültig begraben wird. Man denke nicht, daß die Vorbereitung der Notstandsgesetzgebung in Europa keine Unruhe verursache. Das Gegenteil ist wahr. Überall in Europa, im Westen ebenso wie im Osten, sieht man in dieser Gesetzgebung erstens einen Versuch zur legalen Beseitigung der Demokratie, zweitens einen Versuch zur legalen Vorbereitung eines neuen Krieges. Nun werden die Deutschen zweifelsohne sagen: Wir wollen keinen Krieg, sondern wir werden bedroht, und so müssen wir uns auf einen Krieg vorbereiten. Aber dann möchte ich wiederum fragen: Von wem wird Deutschland bedroht? Von Rußland? Aber Rußland hat im vorigen Krieg entsetzliche Verluste erlitten; weshalb würde Rußland den Sieg wieder aufs Spiel setzen? Von Polen oder der Tschechoslowakei oder einem anderen osteuropäischen Staat? Die Frage stellen, heißt den Unsinn eines solchen Gedankens schon durchschauen. Von Holland, Belgien, Dänemark oder Frankreich? Wir haben alle unseren Krieg gehabt und wollen Frieden. Von Amerika? Aber Amerika ist doch gerade die Stütze der Bundesrepublik . . .

Was hier wichtig ist, ist nur, daß die Deutschen verstehen sollen, daß sie mit ihrem Reden über Notstandsgesetzgebung das Mißtrauen in Ost- und Westeuropa immer wieder neu wecken. Wollen die Deutschen Demokraten und Europäer sein, wie wir anderen Europäer das zu sein versuchen, dann müssen sie den Gedanken des Bedrohtwerdens fallen lassen. Aus diesem Gedanken sind bisher die meisten Kriege hervorgegangen.

Zum Schluß: Ich weiß sehr gut, daß es auch das andere Deutschland gibt, die vielen Deutschen, die in Hitlers Konzentrationslagern den Tod gefunden haben. Ich weiß auch, daß es im heutigen Deutschland sehr viele ernste Demokraten gibt. Aber ich habe die Stimme der Beunruhigung laut werden lassen wollen, weil gerade die Außenminister der westeuropäischen Staaten fast immer das Spiel der falschen Verbundenheit mitspielen, so daß die Deutschen denken könnten: Die Beunruhigung über die deutsche Politik lebt nur im Osten und nicht im Westen. Nichts ist weniger wahr: Man kann in Frankreich und Italien, in den skandinavischen Staaten und in Benelux dieselben Gefühle vernehmen bei fast der ganzen Bevölkerung wie in Osteuropa. Mögen die Deutschen daher bedenken, daß ihre wahre Größe in Geschichte und Gegenwart in den Werken des Friedens liegt und nicht in den Werken des Krieges.

Deutschlands Größe liegt nicht in der realen oder potentiellen Macht, sondern in seinen wissenschaftlichen, technischen und wirtschaftlichen Leistungen, in der deutschen Philosophie und Kunst. Es geht nicht darum, daß Deutschland und Europa vernichtet werden sollen, sondern daß Deutschland seine Rolle weiterhin als Nation unter den Nationen Europas spielt, in einer Zusammenarbeit, die nicht auf Gewalt beruht, sondern auf gegenseitiger Wertschätzung und Ergänzung. Die wirtschaftliche und geistige Wohlfahrt liegt jedem Europäer am Herzen. Nur in diesem Geist gegenseitiger Anerkennung ist der weitere Aufbau Europas und der Welt möglich. Wir Ost- und Westeuropäer wollen die Deutschen von Herzen gern als Miteuropäer und Mitgestalter des Friedens begrüßen!

Im Frühjahr 1939 bahnte sich durch die Vermittlung von Mosler auch die persönliche Bekanntschaft zwischen Abs und Funk an.[130]) Sie sollte die ganzen Kriegsjahre überdauern und sich immer stärker zu einer engeren Zusammenarbeit entwickeln.[131]) Abs versäumte in diesen Jahren keine Einladung zu offiziellen Beratungen, internen Gesprächen, Bierabenden oder gar zu „Fahnenappellen zum Tag der Bewegung", wenn sie von Funk ausging.[132]) Er leistete auch jeder Einladung zu Beirats- oder Ausschußsitzungen der Deutschen Reichsbank pünktlich Folge.[133]) Auf diesen Sitzungen — deren stenografische Protokolle erhalten sind — war Abs stets bemüht, den Vorschlägen von Funk für die Dirigierung der Wirtschaftsentwicklung die gewünschte Richtung zu geben. Mit großem Geschick verstand er es, sie zu präzisieren und sachkundig zu ergänzen.[134]) Als im Spätsommer 1939 die intensiv betriebenen Vorbereitungen auf eine militärische Aggression soweit abgeschlossen waren, daß sie nur noch ausgelöst zu werden brauchte, befanden sich in der Hand von Hermann Josef Abs entscheidende industrielle, finanztechnische und wirtschaftspolitische Schalthebel, mit denen er großen Einfluß auf die weitere Entwicklung ausüben konnte.[135])

Marianne Regensburger

Der „Berlinische Unwille"

I

Setzen wir die Tatsachen über den letzten großen Ausbruch des „Berlinischen Unwillens" (Name eines obskuren Aufstandes im fünfzehnten Jahrhundert in einer obskuren Stadt namens Berlin) als bekannt voraus, der am 2. Juni im Tod des Studenten Benno Ohnesorg seinen Höhepunkt erreichte — obgleich das so selbstverständlich nicht ist nach allem, was von den zuständigen Stellen zu ihrer Verschleierung unternommen wurde. Setzen wir die Tatsachen als bekannt vor-

130) ADB Nr. 5960 Bd. 8; am 7. 2. 1939 sendet Mosler an Abs einen handschriftlichen Zettel, daß sich Abs mit Funk in Verbindung setzen möge, um vor seiner USA-Reise mit Funk alle Probleme zu besprechen.
131) ADB Nr. 5960 Bd. 8, Einladungen von W. Funk an H. J. Abs; bemerkenswert ist u. a. eine Einladung von Funk an Abs vom 18. 1. 1940 zu einem „geselligen Beisammensein" am 2. 2. 1940. Neben Abs waren u. a. auch Karl Blessing, Wilhelm Zangen (Generaldirektor der Mannesmann-Röhrenwerke, Mitglied des Aufsichtsrates der Deutschen Bank), der Reichsfinanzminister Lutz Graf Schwerin von Krosigk und Hans Fischböck eingeladen.
132) ADB Nr. 5960 Bd. 8 und Nr. A 1 Bd. 16 Privatkorrespondenz von H. J. Abs; in beiden Aktenbänden befinden sich zahlreiche Einladungen verschiedener Reichsminister an H. J. Abs. Aus den Antwortschreiben von H. J. Abs ist ersichtlich, daß er bis 1945 an mindestens 28 Aussprachen mit W. Funk teilgenommen hat.
133) ADB Nr. 5960 Bde. 12, 16 und 20.
134) ADB Nr. 5960 Bd. 17; hier befinden sich alle stenographischen Protokolle des Beirates und der Ausschußsitzungen, die als „streng geheimes" Material galten.
135) ADB Nr. 5960 Bd. 17, Protokoll der Beiratssitzung vom 26. 10. 1939, Protokoll der Geheimsitzung des Außenhandelsausschusses vom 19. 12. 1939, auf der über die Funktion des Außenhandels für die deutsche Kriegswirtschaft beraten wurde.

aus, so bleibt noch immer die Frage, wo eine Analyse der Ursachen dieses Unwillens anzusetzen hat. Mit der Universität steht es nirgends in der Bundesrepublik zum besten — warum also dieser Ausbruch, der der erste nicht war, gerade in Berlin? Es dürfte sich um einen Aspekt der deutschen Frage handeln, und zwar derart, daß in Berlin angesichts direkter Konfrontation besonders deutlich sichtbar wird, was Mißstand und Unehrlichkeit ist in beiden Deutschland. Das heißt: beide Gesellschaften werden vor der eigenen Bevölkerung und dem deutschen Gegenüber jeweils so dargestellt, als sei im Bestehenden bereits erreicht, was jede als Ziel ausgibt:

Hier: parlamentarische Demokratie, in der — nach ihren Spielregeln — Regierung und Opposition als Kristallisationspunkte gesellschaftlicher Konflikte funktionieren, in der Menschen- und Bürgerrechte einigermaßen gesichert sind und in der die Begriffe Freiheit und Gleichheit nicht zynisch als Antikommunismus und Beschwichtigungsformel angesichts realer Ungleichheit verstanden werden. Dort: Sozialismus als Ende der Ausbeutung des Menschen durch den Menschen, beziehungsweise als Überwindung des Gegensatzes zwischen Herrschenden und Beherrschten.

So wird das zu Erreichende als Erreichtes proklamiert. Dabei verwandelt es sich unversehens vom Telos zum Besitzstand, vom politischen Zukunftsziel zum Propagandainhalt der Gegenwart. Es wird das Ende vor den Anfang gesetzt und der legitime Wunsch nach Verbesserung des Bestehenden wird — als illegaler Versuch, „unsere freiheitliche Demokratie zu revolutionieren" oder „unsere sozialistische Gesellschaftsordnung an den Klassenfeind auszuliefern" — Ausgangspunkt institutioneller Verfestigungen und Rechtfertigung von Unterdrückung. In Berlin kann man nicht umhin, zur Kenntnis zu nehmen, wie allwochentäglich die Deutschen (West) den Splitter im Auge der Deutschen (Ost) zum Balken deklarieren — und umgekehrt. Doch interessiert im folgenden nur die Auswirkung dieser Konfrontation auf den westlichen Teil der Stadt, wo eine neue Generation, des ritualisierten Geredes von Freiheit müde, auf Rechten besteht, die man ihr vorzuenthalten versucht.

II

Das Establishment steht in Berlin — wie in der Bundesrepublik — der Tatsache, daß Demokratie im ständigen Versuch besteht, alle Bereiche der Gesellschaft immer weiter zu demokratisieren, mit totalem Unverständnis gegenüber. Die, die ihm angehören, verstehen Demokratie nicht als Prozeß, sondern als Zustand. So erstarrt sie zur bloßen Form, die jede inhaltliche Veränderung als Bedrohung abwehren muß.

Den Studenten, die man besonders seit dem 13. August 1961 aufforderte, nach Berlin zu kommen — ein Appell, der so offensichtlich politisch war, daß man bis heute nicht versucht hat, diese Tatsache abzuleugnen —, verübelt man seit langem, daß sie diese Binsenweisheiten über Demokratie nicht nur andachtsvoll zur Kenntnis nehmen, sondern praktisch anzuwenden versuchen. Nicht zufällig ist in den vergangenen Wochen in der Presse behauptet worden, daß die „Rädelsführer" bei studentischen Protestaktionen ausschließlich aus Angehörigen der „geisteswissenschaftlichen" Fakultäten sich rekrutierten, womit in erster Linie die sozial- und wirtschaftwissenschaftlichen Disziplinen gemeint sind, die „Modewissenschaften" Politologie und Soziologie vor allem. Das Otto-Suhr-Institut

sah sich schon vor längerer Zeit genötigt, eigens eine Pressekonferenz einzuberufen, um nachzuweisen, daß die Behauptung nicht zutreffe, die Mehrzahl der „Unruhestifter" seien Institutsangehörige. Irgendwelche Folgen für die „veröffentliche Meinung" hatte dieser Aufklärungsversuch übrigens nicht, und es dürfte kaum ein Fehlschluß sein, wenn man behauptet, daß das auch für die nichtöffentliche Meinung der die veröffentlichte Konsumierenden zutrifft. Den Studenten sowie den mit ihnen Sympathisierenden nimmt man übel, daß sie die Erkenntnis sozialer Widersprüche und das Bewußtsein der eigenen sozialen Lage (innerhalb der Universität) nicht schweigend akzeptieren, sondern durch mannigfache Protestaktionen der Öffentlichkeit ins Bewußtsein rücken.

Das ist in Berlin in der Tat besonders gefährlich, denn der das Bewußtsein der eigenen sozialen Lage und gesellschaftlicher Konflikte überhaupt überdeckende Wohlstand kam später in die Stadt als anderswohin, und seine Gefährdung ist hier schneller fühlbar geworden als anderswo.

III

Die Studenten haben durch ihre Demonstrationen und Aktionen Tabus verletzt. Sie erklärten sich solidarisch nicht nur mit den offiziell zugelassenen Unterdrückten „jenseits von Mauer und Stacheldraht", sondern mit jenen der Dritten Welt, womit sie zugleich der heiligen Kuh mit dem Namen Entwicklungshilfe gefährlich nahe traten.

Doch schlimmer noch: sie richteten nach den Polizei-Ausschreitungen vom 2. Juni einen Solidaritätsappell an die organisierte Arbeiterschaft Berlins. Das traf das Establishment, soweit es sich um Mitglieder der SPD und Gewerkschaftsfunktionäre handelt, besonders hart und rief die entsprechende Reaktion hervor. Obgleich jener Appell nur Tatsachen enthielt, die in den nächsten Tagen auch von den zuständigen Stellen zugegeben werden mußten, die sie von Anfang an gewußt haben müssen, auch wenn sie auf Fehlinformationen sich herauszureden versuchten, gab der Landesvorsitzende des DGB Sickert — zugleich Vorsitzender des Abgeordnetenhauses — eine Gegenerklärung heraus, in der er behauptete, der AStA der Freien Universität versuche in unverantwortlicher Weise, die Arbeiterschaft gegen die Polizei aufzuhetzen. Auch sei die „Unverantwortlichkeit des AStA", womit wohl mangelndes Verantwortungsbewußtsein gemeint war, daran zu ermessen, daß er die Berliner Arbeiterschaft unter Anspielung auf die Berliner Wirtschaftslage zum Demonstrieren verlocken wolle, obgleich doch die Wirtschaftslage der Stadt in keinem Zusammenhang mit den Ereignissen des 2. Juni stehe. Schließlich bat Sickert die Gewerkschafter Berlins, sich „nicht vor den Karren einer anarchistischen studentischen Minderheit spannen zu lassen", und endlich versicherte er, wenn die Verhältnisse es erforderten, werde der „Vorstand des DGB-Berlin in wohlüberlegter Weise Aktionen beschließen und der Arbeitnehmerschaft zur Durchführung empfehlen". Dieser Aufruf enthält paradigmatisch fast alles, was zur Erhellung der gesellschaftlichen Lage und ihres Verständnisses notwendig ist.

Auf den mangelnden Wahrheitsgehalt der Erklärung bezüglich der Schuld der Demonstranten usw., der bald so offen zutage trat, daß sie als „Privatmeinung" des DGB-Landesvorsitzenden und Präsidenten des Abgeordnetenhauses nachträglich qualifiziert werden mußte, braucht man nicht einzugehen. Weit interessanter

ist der Versuch, den Bezug zwischen der schlechten Wirtschaftslage Berlins und der Unruhe an der Freien Universität zu leugnen. Tatsächlich ist dieser Bezug kompliziert, aber doch nicht undurchschaubar. Die Studenten, ausgehend von den Verhältnissen an der Universität, die sie demokratisieren wollen, sind davon überzeugt, daß die Universität als demokratische Oase in einer Gesellschaft, die gekennzeichnet ist durch „autoritäre Aversion gegen Konflikte" (Dahrendorf), nicht lange sich behaupten könnte. Deshalb richten ihre Demokratisierungsbestrebungen über die Universität hinaus sich auf die Gesamtgesellschaft — schon aus Gründen der Selbsterhaltung. Die Studenten rechnen weiter damit — nicht zu Unrecht —, daß die durch den relativen Wohlstand des Jahrzehntes von 1955 bis 1965 bedingte Unlust der Arbeiterschaft, sich über einen zum Ritual erstarrten Antikommunismus hinaus politisch zu engagieren, in dem Augenblick ein Ende findet, in dem den Arbeitern die Unsicherheit ihrer wirtschaftlichen und sozialen Existenz wieder bewußt wird. Dieser Prozeß der Bewußtwerdung ist in Berlin zweifellos im Gang, und die Studenten sind nicht unbeteiligt daran, daß es so ist. So bleibt dem Establishment nur zu versuchen, die Formierung eines Gegenestablihsments so lange wie möglich zu verhindern. Also leugnet man alle Tatsachen, die diesen Formierungsprozeß begünstigen könnten, und versucht Solidaritätsgefühle schon im Ansatz zu ersticken — Brüderlichkeit war in patriarchalisch-autoritären Gesellschaften schon immer suspekt.

Man tut also so, als habe es das in der deutschen Geschichte noch nie gegeben — oder doch nur am 17. Juni 1953 in der sogenannten Zone: daß Polizei demonstrierende Arbeiter niederknüppelte. Polizei schlägt nur „anarchistische Minderheiten". (Auf das Problem der Minderheit soll gleich noch eingegangen werden.) Die anarchistischen Minderheiten aber wollen die Arbeiter doch nur ausnutzen für ihre eigenen Ziele, „vor einen Karren spannen", der der ihre nicht ist. Die Interessen der Arbeiter dagegen, die sich vielfach der sozialen Distanz zur Universität sehr bewußt sind, die zu überwinden die Bundesrepublik seit 1945 sich kaum bemüht hat, werden vom Vorstand des DGB in „wohlüberlegter Weise" wahrgenommen. Aktionen werden vom Vorstand beschlossen und „zur Durchführung empfohlen". Dieses an sich unwichtige Dokument entlarvt die soziale Realität, die es leugnet. Nur ein Vorstand, nicht sie selbst, können die Interessen der Arbeiter wahrnehmen, wobei „wahrnehmen" einen gefährlichen Doppelsinn hat, der dem Vorstand allerdings entgangen sein dürfte. Die Wahrnehmung, die mit Kenntnis der Tatsachen zu tun hat, ist nämlich den Arbeitern vielfach wirklich versagt, denn, daß Öffentlichkeit aller das Gemeinwesen und seine Glieder betreffenden Angelegenheiten ein Wesenselement der Demokratie ist, hat man längst vergessen. „Wohlüberlegt wahrnehmen" schon gar kann nur eine Autortät, die auch dadurch nicht berührt wird, daß — angesichts von Massenentlassungen und Werksauslagerungen — der selbstverliehene Lorbeer sich als welkes Gemüse erweist. Aktionen beschließen kann gleichfalls nur ein Vorstand, wenn er auch auf das demokratische Feigenblatt der Durchführungsempfehlung nicht verzichten mag. Selten bekommt man den Zusammenhang zwischen autoritärem Verhalten und dem Wunsch, die es bedingende Unmündigkeit der Gegängelten zu perpetuieren, so kurz und bündig präsentiert.

IV

Der Begriff „Minderheit" spielt in den öffentlichen Auseinandersetzungen eine für das gegenwärtige soziale Klima und die Mentalität derer, die ihn unentwegt im Munde führen, kennzeichnende Rolle. Eine kleine radikale Minderheit, heißt

es, terrorisiere die brave Mehrheit der Studenten, die Universität, die Stadt. Nun geht es weniger darum, ob das zutrifft, obgleich einiges dagegen spricht, sondern darum, wie man sich zu dieser Minderheit stellt.

Die Studenten von Berlin müssen gegenwärtig im bundesrepublikanischen juste milieu des zweiten Nachkrieges eine Rolle spielen, für die seit langem ständig wechselnde Träger gesucht und gefunden wurden. Immer, gilt es festzuhalten, handelt es sich um eine Minderheit. Die Rollenträger wurden mit unterschiedlichen Namen belegt, doch blieb die Art, wie man sich zu ihnen stellte, dieselbe. In den fünfziger Jahren waren es die „Nonkonformisten". Ihnen folgten —terminologisch — die Linksintellektuellen, unter diesen wieder ausgesondert die Gruppe 47, dann waren die „Massenmedien", beziehungsweise die, die dort angeblich das Heft in der Hand hatten, an der Reihe. Nun sind es die Studenten, eine Minderheit natürlich nur. Im Zusammenhang mit ihnen lassen sich nolens volens gewisse Stereotypen in die Anti-Haltung mischen, die sie noch verabscheuungswürdiger machen, als sie es als Störer von Ruhe und Ordnung ohnehin schon sind. Im größten bundesrepublikanischen Boulevard-Blatt war im Zusammenhang mit den jüngsten Demonstrationen von einigen Herren „in vergammelter Kleidung" die Rede. Ein bekannter Journalist schrieb unlängst in einer renommierten Tageszeitung, die protestierenden Studenten entwickelten eine Art akademischen Gammlertums. Es geht die Rede von denen, die weder arbeiteten noch studierten, sondern vom Geld der Steuerzahler lebten. Motive werden sichtbar: Es handelt sich bei dieser Minderheit um Leute, die schmutzig sind und parasitär, nämlich vom Geld anderer Leute leben.

In den ersten zwei Tagen nach dem Tod von Benno Ohnesorg, als man mancherorts noch hoffte, es werde gelingen, alles zu vertuschen, tauchte in drei Berliner Zeitungen die gleiche Forderung auf, wie mit der Minderheit zu verfahren sei. Die „Bildzeitung" verlangte unter Berufung auf eine Äußerung des Münchener Polizeipräsidenten: „abschieben". Die „Berliner Morgenpost" forderte die Bevölkerung auf, sie solle die Krawall-Radikalen „zum Tempel hinausjagen". Die „BZ" schrieb von „Fremden" (sie meinte die Nichtberliner unter den Studenten), die am Aufbau der Stadt nicht teilgenommen hätten, nannte die Demonstrationen kriminell und die Demonstranten Verletzer von Sitte und Anstand und stellte den so Beschimpften die anständigen arbeitsamen Bürger der Stadt gegenüber, fettgedruckt proklamierend: „Ihnen gehört die Stadt. Ihnen ganz allein." Alle drei Zeitungen übrigens gehören zum Springer-Konzern. Man geht kaum fehl, wenn man hier ein Deportationsmotiv vermutet.

Es ist unübersehbar, daß dieser Anti-Affekt — es ließen weitere Motive sich mühelos aufzeigen — der salonfähige und vom Establishment gebilligte, wenn auch nicht verstandene Zufluchtsort eines seines Objektes weitgehend beraubten Antisemitismus ist. Die Studenten, beziehungsweise eine Minderheit von ihnen, von denen sich zu distanzieren man die anderen unermüdlich auffordert, damit nicht alle mit jenen identifiziert würden — wie man sagt —, wobei aber auch ans Tragen der Folgen gedacht ist, sind im Begriff, die gesellschaftliche Rolle der Minderheit par excellence zu übernehmen: die der Juden.

Das ist nicht so sehr die Schuld einzelner, obgleich die verspäteten Versuche, einiges wiedergutzumachen, nicht als exkulpierend verstanden werden sollten, denn sie entspringen zumeist nicht der Einsicht, sondern der Angst. Verantwortlich für die Existenz dieser Affekte ist die nicht vollzogene Beseitigung der

Bedingungen, die in der Gesellschaft und ihren einzelnen Gliedern diesen verheerenden Anti-Affekt reproduzieren.

V

Die geprügelten Studenten vor der Deutschen Oper zu Berlin waren das erste weithin sichtbare Opfer der Entwicklung, die in der Bundesrepublik zur Großen Koalition geführt hat. Doch ist die Große Koalition nur ein Endpunkt auf dem Weg in die „autoritäre Demokratie", zu deren Merkmalen gehört, daß sie radikale Alternativen ausschließt und radikalen Minderheiten jeden politischen Einfluß verwehrt (Pirker). Da jedoch solche Minderheiten nie ganz integriert werden können und da niemals alle politisch Aktiven und Engagierten bereit sind, nur noch taktisch zu denken und zu handeln, ist der Ansatz zur Radikalisierung der Minderheit gegeben, die dann radikale Reaktionen hervorruft und so zur Radikalisierung des politischen Lebens überhaupt führt. Wo Opposition systemintern nicht mehr möglich ist, muß sie außerhalb des Systems ihren Standort suchen. Sie wird sich dabei kaum noch an die Spielregeln des Systems halten, das sie ausgestoßen hat. Hier droht die Gefahr der Gewalt. Selbst eine Opposition, die der Gewaltlosigkeit sich verschriebe, würde dem Ausbruch von Gewalt nicht wehren können, denn ein System, das der Opposition institutionell eine Absage erteilt hat — um irgendeiner konfliktlosen Einheit willen, wie fiktiv sie auch sein mag —, kann sie „außerhalb" erst recht auf die Dauer nicht dulden.

Die Große Koalition, beziehungsweise die SPD, die sie erstrebte und ermöglichte, macht die trotz aller offiziellen Einheitseuphorie weiterbestehende Opposition erst zu dem, als das sie dann verketzert wird: zur außerparlamentarischen. So muß die SPD die Opposition von links wie ihr schlechtes Gewissen unterdrücken und als ihrem schlechten Gewissen ihrer Unterdrückung zustimmen — eines Tages um der Erhaltung der Großen Koalition willen. Die Berliner Erfahrung scheint nichts gefruchtet zu haben. Hier wie in der Bundesrepublik steuert das Establishment trotz zweifellos echter Betroffenheit angesichts der Gewalttätigkeiten uneinsichtig auf weiteren Abbau demokratischer Institutionen hin. Mißtrauen gegenüber einem Machtzuwachs der Exekutive, Skepsis gegenüber ihrer Wahrheitsliebe im Falle jeglichen Ausnahmezustandes werden als böser Wille oder Naivität abgetan. Angesichts des fassungslosen Staunens über die Folgen zurückliegender Fehlhaltungen und Fehlleistungen ist auch für die Zukunft Schlimmes zu befürchten.

Knut Nevermann

Zum Selbstverständnis der Studentenvertretung

Der brutale Anschlag der Berliner Polizei am 2. Juni 1967 vor der Deutschen Oper in Berlin gegen eine demonstrierende nonkonformistische Minderheit und die Haltung der politischen Führung haben auch einer weiteren Öffentlichkeit klar-

Bedingungen, die in der Gesellschaft und ihren einzelnen Gliedern diesen verheerenden Anti-Affekt reproduzieren.

V

Die geprügelten Studenten vor der Deutschen Oper zu Berlin waren das erste weithin sichtbare Opfer der Entwicklung, die in der Bundesrepublik zur Großen Koalition geführt hat. Doch ist die Große Koalition nur ein Endpunkt auf dem Weg in die „autoritäre Demokratie", zu deren Merkmalen gehört, daß sie radikale Alternativen ausschließt und radikalen Minderheiten jeden politischen Einfluß verwehrt (Pirker). Da jedoch solche Minderheiten nie ganz integriert werden können und da niemals alle politisch Aktiven und Engagierten bereit sind, nur noch taktisch zu denken und zu handeln, ist der Ansatz zur Radikalisierung der Minderheit gegeben, die dann radikale Reaktionen hervorruft und so zur Radikalisierung des politischen Lebens überhaupt führt. Wo Opposition systemintern nicht mehr möglich ist, muß sie außerhalb des Systems ihren Standort suchen. Sie wird sich dabei kaum noch an die Spielregeln des Systems halten, das sie ausgestoßen hat. Hier droht die Gefahr der Gewalt. Selbst eine Opposition, die der Gewaltlosigkeit sich verschriebe, würde dem Ausbruch von Gewalt nicht wehren können, denn ein System, das der Opposition institutionell eine Absage erteilt hat — um irgendeiner konfliktlosen Einheit willen, wie fiktiv sie auch sein mag —, kann sie „außerhalb" erst recht auf die Dauer nicht dulden.

Die Große Koalition, beziehungsweise die SPD, die sie erstrebte und ermöglichte, macht die trotz aller offiziellen Einheitseuphorie weiterbestehende Opposition erst zu dem, als das sie dann verketzert wird: zur außerparlamentarischen. So muß die SPD die Opposition von links wie ihr schlechtes Gewissen unterdrücken und als ihrem schlechten Gewissen ihrer Unterdrückung zustimmen — eines Tages um der Erhaltung der Großen Koalition willen. Die Berliner Erfahrung scheint nichts gefruchtet zu haben. Hier wie in der Bundesrepublik steuert das Establishment trotz zweifellos echter Betroffenheit angesichts der Gewalttätigkeiten uneinsichtig auf weiteren Abbau demokratischer Institutionen hin. Mißtrauen gegenüber einem Machtzuwachs der Exekutive, Skepsis gegenüber ihrer Wahrheitsliebe im Falle jeglichen Ausnahmezustandes werden als böser Wille oder Naivität abgetan. Angesichts des fassungslosen Staunens über die Folgen zurückliegender Fehlhaltungen und Fehlleistungen ist auch für die Zukunft Schlimmes zu befürchten.

Knut Nevermann

Zum Selbstverständnis der Studentenvertretung

Der brutale Anschlag der Berliner Polizei am 2. Juni 1967 vor der Deutschen Oper in Berlin gegen eine demonstrierende nonkonformistische Minderheit und die Haltung der politischen Führung haben auch einer weiteren Öffentlichkeit klar-

gemacht, wie schmal der Grat geworden ist, auf dem in der Bundesrepublik eine konsequent demokratische Politik verfochten werden kann. Jenen, die seit langem bemüht sind, an strategisch als geeignet erachteten Punkten den Entdemokratisierungsprozeß durch eigene demokratische Praxis und Theorie aufzuhalten, z. B. Studentenvertretern, mußte erneut deutlich werden, daß ihre Tätigkeit auch dann, wenn sie lediglich die studentischen Interessen hochschulpolitisch vertreten wollten, zugleich Kampf gegen autoritäre, rational nicht begründbare Herrschaftsstrukturen bedeutet, der letztlich nur durch eine Demokratisierung aller gesellschaflichen Bereiche erfolgreich sein kann.

Die im Rahmen der Restauration der kapitalistischen Gesellschaftsordnung in der BRD immer mehr zurückgedrängten Impulse der Nachkriegszeit, wie sie noch Eingang ins Grundgesetz fanden, bilden den Hintergrund, vor dem Aufgabe und Selbstverständnis der Studentenvertretung zu definieren sind. Die Studentenvertretung, die ihre traditionelle Funktion als studenteneigene Bürokratie zur Erledigung von Selbsthilfeaufgaben im formaldemokratischen Sandkasten und zur paternalistisch gewährten Teilnahme an der akademischen Selbstverwaltung, zumindest an der Freien Universität Berlin, aufgeben mußte, ist heute als Koordinierungszentrum spontaner studentischer Aktionen und als Planungs-, Organisations- und Informationszentrum für langfristige studentische Aktivitäten zu verstehen. Ausgangspunkt der Studentenvertretung freilich bleibt die Tätigkeit an der Hochschule in ihrer konkreten Gestalt.

Geschichte der FU

Die Betrachtung der geschichtlichen Entwicklung der Hochschulen zeigt, daß beim Aufbau der deutschen Universitäten auf die unter dem Eindruck des Faschismus für notwendig erkannten Reformen der Universität und ihrer Struktur verzichtet und die bloße Wiedererrichtung funktionierender Ausbildungsstätten erstrebt wurde. Für diese Entwicklung ist die Geschichte der Freien Universität Berlin das markanteste Beispiel.

Der Eindruck des Dritten Reiches und die Erfahrungen mit der stalinistischen Hochschulpolitik in der damaligen SBZ, freilich auch die sich abzeichnende Ost-West-Spaltung, ließen die Gründung einer freien Universität im westlichen Teil Berlins mit einer vorbildlichen Struktur notwendig erscheinen. Diese vorbildliche Universitätsstruktur, das Berliner Modell, galt als erster Schritt auf dem Wege zu einer an demokratischen Modellen orientierten Reform der Universität. Drei Besonderheiten kennzeichnen das Berliner Modell: Eine weitgehende Unabhängigkeit der Universität vom Staat auch in Wirtschaftsfragen, eine mit relativ vielen Rechten ausgestattete studentische Selbstverwaltung und ein Mitspracherecht der Studenten in allen Gremien der akademischen Verwaltung. Weitere Schritte, das Berliner Modell zu realisieren, wurden freilich nie unternommen: weder wurde die studentische Mitwirkung über den Verwaltungsbereich der Universität (Akademischer Senat, Fakultäten, Kuratorium) auch auf die wichtigen Entscheidungsgremien für Forschung und Lehre in den Instituten und Lehrstühlen ausgeweitet, noch wurden Assistenten und akademischer Mittelbau am Entscheidungsprozeß der Universität beteiligt.

Aber sogar die erste Verwirklichungsstufe des Berliner Modells wurde im Vollzug des konzeptionslosen Ausbaus der FU mehr und mehr ausgehöhlt: So wurde den Studenten in der Juristischen Fakultät alsbald das Stimmrecht bei Berufungsverfahren aberkannt, so wurden Studentenvertreter aus den Ausschüs-

sen des Akademischen Senats verbannt (wie aus dem Rechtsausschuß) oder nur als „Gäste" zugelassen (wie im Verfassungsausschuß). Das Bemühen, im Akademischen Senat der Gemeinschaft von Lehrenden und Lernenden nur einmütig abzustimmen, wurde Ende der fünfziger Jahre durch häufige, dann stetige Majorisierung der Studenten ersetzt. Die im Berliner Modell als vorbildlich erstrebte innere Struktur der FU wurde im Laufe der Entwicklung den restaurativ wiedererrichteten westdeutschen Universitäten angeglichen.[1]) Selbst der autonome Selbstverwaltungsbereich der Studenten wurde dadurch eingeschränkt, daß einige der Aktivitäten, wie Ausländerzulassung und studentisches Gemeinschaftsleben, von der sich ausdehnenden Rektoratsbürokratie übernommen wurden.

Ursachen der Konflikte

Erst die politische Aktivität der Studenten etwa seit 1958 führte zu Konflikten, die auch von der Öffentlichkeit wahrgenommen wurden. In dem Maße, in dem sich der vom Blockadeerlebnis geprägte antikommunistische Bewußtseinsstand der Berliner Bevölkerung durch die Jahre erster Entspannungsversuche und die weiteren Berlinkrisen konservierte, ohne in den politischen Verhältnissen eine reale Entsprechung zu haben, in dem Maße differenzierten sich die beiden Personengruppen und deren Selbstverständnis an der UF. Während die eine Gruppe, Professoren und akademische Verwaltung, sich der gesellschaftlichen Entwicklung anpaßte, geriet die Gruppe der Studenten aufgrund kritischer Analysen und Diskussionen in Widerspruch zum Konformierungsprozeß in Berlin, der von Presse, Parteien und damit der Bevölkerung vorangetrieben wurde, und somit zugleich in Gegensatz zur Professorenschaft. Das Selbstverständnis der beiden Gruppen, Anpassung und Widerstand, schuf Konflikte.

Zudem konnte die universitätsinterne Gemeinschaft von Lehrenden und Lernenden vom professoralen Kollegialitätsprinzip, das paternalistisch auch die Studenten in das Netz informeller Kontakte auf persönlich-menschlicher Ebene mit einbezog, zwar zunächst noch zusammengehalten werden. Sie mußte sich aber in dem Maße in Gegensätze auflösen, wie die parlamentarisch, prinzipiell öffentlich strukturierte Studentenvertretung bemerkte, daß informelle, kollegiale Kontakte angesichts des gewaltig vergrößerten Universitätsbetriebes nicht nur ungeeignet, sondern auch gefährlich waren, indem sie die Notwendigkeit struktureller Reformen an der FU zu verschleiern drohten.

Die Konstituierung der Öffentlichkeit anstelle der vertraulichen Kollegialität, die Beurteilung der Praxis an der FU nach dem Programm des Berliner Modells, d. h. die Diskrepanz zwischen Propaganda und Wirklichkeit, die Ablehnung des heiligen Antikommunismus, der von der innenpolitischen Entdemokratisierung ablenken soll, die Analyse und Kritik an der reaktionären Entwicklung in der Bundesrepublik und zudem die Beschäftigung mit sozial-revolutionären Bewegungen in der „dritten Welt", die sich von neokolonialistischen, hochindustrialisierten Ländern emanzipieren wollen, sind die wichtigsten Ursachen für die Konflikte zwischen Studenten und Professoren, zwischen Studenten und politischen Instanzen, zwischen Studenten und der veröffentlichten Meinung in Berlin.

Konfliktsgeschichte

Die Geschichte der Konflikte in Berlin läßt sich in drei Phasen einteilen. Die erste Phase ist die der politischen Bevormundung.[2]) Es ist eigentlich die Phase eines

[1]) Zur Geschichte der FU: Ulf Kadritzke, „Das Selbstverständnis der Freien Universität Berlin", Vortrag auf den Universitätstagen der FU 1967, mit weiteren Hinweisen.
[2]) Vgl. Heribert Adam, „Studentenschaft und Hochschule — Möglichkeiten und Grenzen studentischer Politik", Frankfurter Beiträge zur Soziologie, Band 17.

Vorfeldes, in dem „nur" versucht wird, einen Teil der studentischen Aktivität, nämlich die nonkonformistisch gewordene politische Betätigung, zu zensieren. Geradezu klassisch wird diese politische Zensur im Jahre 1962 deutlich, als der Rektor eine Sammlung für algerische Studenten verbietet, aber eine Sammlung für DDR-Studenten in den Räumen der Universität erlaubt. Auch die Eigenverantwortlichkeit des AStA (die durch die parlamentarisch-demokratische Struktur der Studentenvertretung stets kontrolliert wird) für politische Veranstaltungen wurde bezweifelt, 1965 durch das Raumverbot für Erich Kuby zensiert und sollte durch den Richtlinienbeschluß des Akademischen Senats vom Februar 1966 völlig aufgehoben werden, nach dem politische Veranstaltungen überhaupt nicht mehr zu den Aufgaben der Universität zählen [3]) und ihre Räume dafür versperrt werden sollten.

Die zweite, bereits qualitativ andere Phase der Konfliktsgeschichte ist die der studienmäßigen Disziplinierung und Reglementierung der Studenten. Hier ging es nicht mehr allein um die politische Betätigung, sondern um die Rolle des Studenten allgemein. Mit administrativen Studienreformmaßnahmen, wie Zwangsexmatrikulation, wird versucht, die nonkonformistischen Studenten den Produktionserfordernissen einer an out-put-Maximierung ausgerichteten Akademikerfabrik zu unterwerfen. Das Hauptwerk dieser Phase sind die Empfehlungen des Wissenschaftsrates vom Sommer 1966, der eine konkrete Reglementierung der Studiengänge und damit Disziplinierung der entmündigten Studenten vorschlägt, ohne freilich in seinem einleitenden Teil auf umfangreiches Mündigkeits- und Freiheitspathos zu verzichten.

In der jetzigen dritten Phase wird versucht, die studentische Opposition aus dem politischen Willensbildungsprozeß auszuschalten. Nunmehr geht es nicht mehr um den Studenten als Universitätsangehörigen, sondern um den nonkonformistischen Staatsbürger. Der erste, bedeutsamere Fall dieser Phase war, und das ist bezeichnend für die Rolle der Universität, am 19. 4. 1967 in der FU selbst, nämlich der Versuch des Rektors, eine demokratische Versammlung der Studenten, die gegen seine Anordnung ein sit-in in der Halle des Henry-Ford-Baus beschlossen und den Rektor gebeten hatte, mit den versammelten Studenten zu diskutieren, mit Hilfe der Polizei zu beenden und die sog. Rädelsführer — offenbar gibt es in der Vorstellungswelt des Rektors nur eine dumpfe Masse und manipulierende Führer — durch Disziplinarverfahren einzuschüchtern. Ein bitterer Höhepunkt war die brutale Polizeiaktion am 2. Juni.

Interdependenz als Erfahrungstatsache

Diese Konfliktsphasen machen deutlich, wie müßig es ist, die Interdependenz von Universität und Gesellschaft theoretisch zu beweisen. Während noch vor einiger Zeit Aktionen gegen Tschombé, Vietnam und den Film „africa addio" in der Berliner City ohne klaren Bezug zu Aktionen in der Universität gegen Rektor, Zwangsexmatrikulation und Reglementierung nebeneinander herliefen, so haben schon die Vietnam-Demonstrationen vom Dezember 1966 und die Razzia im SDS-Zentrum vom Junuar 1967, vollends aber die Polizeiaktion vor der Deutschen Oper unmittelbar die Tätigkeit auf dem Campus bestimmt. Der Ort der Handlung ist irrelevant geworden, Aktionen in der Stadt und in der Universität

---

3) Auf die Frage des sogenannten politischen Mandats, in der die unpolitische Aufgabe der Universität und der herrschende unpolitische Wissenschaftsbegriff ebenfalls eine Rolle spielen, kann hier nicht eingegangen werden. Vgl. dazu zuletzt Berner in Juristen-Zeitung 1967, S. 242, aus rein positivistischer Sicht; dagegen Ulrich K. Preuß, in einem bislang noch internen Arbeitspapier.

sind untrennbar verflochten. Die Interdependenz von Hochschule und Gesellschaft ist für den großen Teil der Berliner Studenten kein intellektuelles Problem mehr, sondern eine Erfahrungstatsache.

Hochschulpolitische Aufgaben der Studentenvertretung

Angesichts der undemokratischen Situation von Gesellschaft und Universität sind die vordringlichsten Aufgaben der Studentenvertretung und ihre Methoden zu definieren. Es sind dies die drei hochschulpolitischen Aufgaben — Hochschulreform, Studienreform, Verbesserung der sozialen Lage der Studenten — und die generelle Aufgabe, die zugleich Methode der Interessenvertretung ist: politische Bewußtseinsbildung und Betätigung.

1) Hochschulreform als Demokratisierung

Ein großer Teil der Konflikte speziell an der FU und das studentische Bemühen um Hochschulreform[4]) muß mit der Strukturmisere der Universität begründet werden. Sie ist eine oligarchische Ordinarienuniversität, deren einzelne Lehrstühle, meist verbunden mit einem Institut, kleine absolute, wohl manchmal auch aufgeklärte Monarchien darstellen, die alle — mehr oder meist weniger koordiniert — ihre spezielle Politik betreiben und hierdurch den Wissenschaftsbetrieb balkanisiert haben. Die Verfügungsgewalt der Ordinarien über den Institutshaushalt, über Arbeit und Einsatz des wissenschaftlichen Personals, über Art, Inhalt, Richtung und Auftrag der Forschung hat häufig unter anderem zur Folge, daß die wissenschaftliche Forschung unsystematisch bleibt, weil ihre Ziele und Methoden ungenügend diskutiert werden, daß die abhängigen wissenschaftlichen Mitarbeiter sowie die auszubildenden Studenten mangelhaft am Wissenschaftsprozeß beteiligt werden, daß auch die Ordinarien durch Überlastung mit Verwaltungsaufgaben in ihrer Forschungstätigkeit stark eingeschränkt werden, daß der materielle Gewinn und die Publikationen von Forschungsergebnissen allein den Professoren verbleiben. Auch die wissenschaftliche Arbeit ist durch das unkoordinierte Zusammenspiel mit privat-industriellen Geldgebern, durch das Sammeln von Forschungsaufträgen in eine gefährliche Abhängigkeit von außerwissenschaftlichen Instanzen geraten, die von keinem wissenschaftspolitisch argumentierenden Gremium kontrolliert wird.

Aufgrund dieser Erkenntnisse haben Studenten seit langem die Forderung nach Demokratisierung der Universität erhoben. Demokratisierung bedeutet zum einen, daß die interessenspezifischen Personengruppen der Universität — Habilitierte, Nichthabilitierte, Studenten —, die von einer Entscheidung betroffen werden, je nach ihrer Funktion in Verwaltung, Forschung, Lehre und Studium am Entscheidungsprozeß beteiligt werden. Das erfordert insbesondere Teilnahme der Studenten sowie Assistenten an allen Fragen der Lehre und des Studiums und Teilnahme der Assistenten sowie der Studenten an allen Fragen der Forschung und Verwaltung. Demokratisierung bedeutet zum anderen Kooperation und Teamarbeit in den einzelnen Fächern und interdisziplinären Fachbereichen sowohl zwischen den Wissenschaftlern als auch mit den jeweils Beteiligten. Ein struktureller Zwang zur Kooperation, wie ihn eine Aufgliederung der Fakultäten

---

4) Vgl. hierzu: „Hochschule in der Demokratie — Denkschrift des Sozialistischen Deutschen Studentenbundes" 1. Aufl. 1961, durchgesehene Neuauflage 1965, Frankfurt; Nitsch, Gerhard, Offe, Preuß: „Hochschule in der Demokratie", Berlin 1965; „Studenten und die neue Universität", Gutachten einer Kommission des Verbandes Deutscher Studentenschaften (VDS) zur Neugründung von wissenschaftlichen Hochschulen, Bonn 1962 und 1966; „Bildung und Gesellschaft", Sonderheft der Heidelberger Blätter, Dez. 66/Jan. 67; mit weiteren Hinweisen.

und eine Aufhebung der Lehrstühle und Institute in haushaltsmäßig selbständige Abteilungen darstellen würde, entspräche indes nicht nur einem demokratischen Strukturmodell, sondern wäre zugleich eine institutionelle Voraussetzung für einen effektiveren Wissenschaftsbetrieb. Die zahlreichen staatsbürokratischen Eingriffsmöglichkeiten vor allem in finanziellen Fragen bedürfen ebenfalls einer Revision. Während die FU im Rahmen des Berliner Modells über ihre Wirtschaftsangelegenheiten zwar selbständig entscheiden kann, aber es nicht vermochte, die Wirtschaftsverwaltung in die akademische Verwaltung, d. h. in die wissenschaftspolitische Willensbildung zu integrieren, bestimmt an den meisten westdeutschen Universitäten der direkte Einfluß der staatlichen Administration die finanziellen Entscheidungen. Das Ziel aber wäre, daß nicht staatliche Bürokratie oder isoliertes Wirtschaftsdenken professoraler Fachleute die finanziellen und ökonomischen Entscheidungen — und damit fast alle Grundsatzentscheidungen — fällt, sondern daß eine Identität von akademischer und wirtschaftlicher Verwaltung die wissenschaftspolitische Diskussion und Entscheidung auch über Haushaltsfragen einer demokratisierten Universität erreicht.

Berliner Universitätsgesetzentwurf

Der Entwurf eines Berliner Universitätsgesetzes, den der Senator für Wissenschaft und Kunst, Werner Stein, am 19. Juni 1967 der Öffentlichkeit übergab, kann zwar gemessen an diesen Überlegungen nicht voll überzeugen. Aber er muß, verglichen mit den Gesetzen und Entwürfen anderer Bundesländer, wie Hessen, Bayern, Baden-Württemberg, Hamburg, als der progressivste Entwurf erscheinen, den je eine deutsche Kultusverwaltung erarbeitet hat. Beachtlich und mutig sind vor allem die Gremien auf gesamtuniversitärer Ebene: das erstarkte Rektorat, das für mindestens drei Jahre gewählt wird und mit dem Rektor und mindestens drei, höchstens sechs Konrektoren eine Art Kabinett bildet; das Konzil, das mit 120 Mitgliedern (etwa 4/6 Professoren, 1/6 Assistenten, 1/6 Studenten) leider nur beraten, nicht aber beschließen kann; der Akademische Senat (mit nunmehr vier Studenten), mit Kompetenzen auch gegenüber den Fakultäten. Fast radikal sind folgende Neuerungen des Berliner Entwurfes: Die Pflicht, freie Lehrstühle auszuschreiben; der Zwang, möglichst schnell zu berufen, wenn einem staatlichen Oktroyismus zuvorgekommen werden soll; die Reform des Habilitationsverfahrens, für das eine Habilitationsschrift ausnahmsweise nur noch dann erforderlich ist, wenn nicht genügend andere wissenschaftliche Publikationen vorliegen; ein Ausschuß des Akademischen Senats, der endlich den Stand einzelner Habilitations- und Promotionsverfahren und ihren sach- und zeitgerechten Fortgang überprüfen kann; die Differenzierung der Universitätsmitglieder in Personengruppen, die ihre eigenen spezifischen Interessen zu vertreten haben (Ordinarienschaft, Dozentenschaft, Assistentenschaft und Studentenschaft) und Vertreter in die einzelnen Gremien entsenden; der Zwang, Fakultäten in Abteilungen zu untergliedern, soweit es zur Förderung von Forschung und Lehre zweckmäßig ist.

Zu kritisieren ist freilich: Die Tatsache, daß dem erstarkten Rektorat keine verstärkte Kontrolle entgegengesetzt wird; vielmehr erhält der Rektor sogar die Rechtsaufsicht auch über den Akademischen Senat, der ihn ja eigentlich kontrollieren sollte, und auch über die Studentenvertretung; die ungenügende Ausgestaltung der inner-universitären Struktur: weder die Struktur der Fakultäten noch die der Abteilungen werden im Entwurf geregelt; die Beteiligung der Personengruppen z. B. an Instituten ist miserabel: es heißt nur, daß sie kollegial

zu leiten sind, sowohl bei sachlichen als auch personellen Entscheidungen; hierbei werden Assistenten, aber auch Studenten vergessen oder unterdrückt. Überhaupt wird das Strukturmodell nicht konsequent eingehalten, sondern viel zu früh — aus Angst vor der Reaktion der Ordinarienuniversität — abgebrochen. Als Korrektiv schuf sich Senator Stein ein ganzes Arsenal staatlicher Interventionen, deren positiver oder negativer Gehalt nicht vorauszubestimmen ist. Einzeleingriff statt konsequenter Reform ist aber kein gutes hochschulpolitisches Prinzip.

Sehr skeptisch sind folgende Einflußmöglichkeiten zu betrachten: Der Senator kann Satzungen und Ordnungen nicht nur formal, sondern auch inhaltlich auf deren Zweckmäßigkeit überprüfen; er kann rechtlich verbindliche Grundsätze für Studienpläne und Prüfungsordnungen erlassen, deren Inhalt freilich kaum studentischen Vorstellungen entsprechen wird — angesichts der Tatsache, daß Stein Mitglied des Wissenschaftsrates ist. Abzulehnen ist die Übernahme der universitären Personalpolitik durch die staatliche Bürokratie, die künftig auch Berufungs- und Bleibeverhandlungen führt. Damit wird ein Merkmal des Berliner Modells, die Autonomie der Personalentscheidungen, aufgegeben. Im Entwurf fehlt völlig die wirtschaftliche Willensbildung in der Universität. Finster und reaktionär ist das Festhalten am besonderen Disziplinarrecht auch für außeruniversitäre Handlungen der Studenten. Gut ist zwar die Ablehnung der befristeten Immatrikulation, aber schlecht und entschieden abzulehnen ist die Möglichkeit der Zwangsexmatrikulation jener, „die in ihrer Ausbildung nicht genügend Fortschritte gemacht haben". Diese Aufzählung der wichtigsten Punkte des Berliner Gesetzentwurfes macht deutlich, daß er zwar — gemessen an bundesrepublikanischer Hochschulpolitik — sehr fortschrittlich ist, daß er sich aber scharfe Kritik an vielen Punkten gefallen lassen muß.

2) Studienreform

Alle Bemühungen um Studienreform [5]) münden sehr schnell in die Forderung nach Hochschulreform ein.

Ein leicht erkennbares Phänomen hat die Diskussion um die Ordnung der Studien in Gang gebracht: Das Phänomen der Studienzeitverlängerung, das hohe Alter der in die Berufe eintretenden Akademiker. Man verlangte nach Abhilfe, man forderte, die Studienzeit, wie auch immer, zu verkürzen. Die Westdeutsche Rektorenkonferenz empfahl 1965, die Studenten nur noch für die Mindeststudiendauer plus zwei Semester zu immatrikulieren.

Schon der Ansatzpunkt der Diskussion um Studienreform an der Frage der Studienzeit, wie er ja insbesondere vom Bundestagsabgeordneten Dichgans vertreten wird, muß bei näherem Hinsehen als untauglicher Versuch am falschen Objekt bezeichnet werden. Die Studienzeitverlängerung ist nur eine Auswirkung der allgemeinen Studiendesorganisation, eine Befristung des Studiums kuriert deshalb lediglich an einem Symptom der Universitätsmisere, ohne deren Gründe zu kennen oder gar zu beseitigen. Es liegen nicht einmal wissenschaftliche Untersuchungen über die Gründe der Studienzeitverlängerung vor. Nach provisorischen Analysen sind aber insbesondere folgende Gründe ausschlaggebend: die schlechte soziale Lage der Studenten; die Misere des deutschen Schulwesens; die Überfüllung der deutschen Universitäten; die unzureichende

---

[5]) Vgl. „Studienreform 1965", Schriften des Verbandes Deutscher Studentenschaften, Band 4, 1965; „Studienreform 1966", Schriften des VDS, Band 6, 1966; mit zahlreichen Hinweisen und Dokumenten.

Ausstattung der Universitäten mit Arbeitsplätzen, Büchern, Planstellen für Professoren und Assistenten; die unzureichenden Orientierungshilfen für Studenten der ersten Semester; die nicht einmal in ihrer Fragestellung geklärte und daher fehlende Hochschuldidaktik; die explosionsartige Vermehrung des Wissensstoffes und dessen Unüberschaubarkeit; die mangelhafte Koordinierung des Lehrangebots; die zur Rumpelkammer gewordenen Prüfungsordnungen; die veralteten Berufsbilder; die unzeitgemäße Struktur des Lehr- und Forschungsbetriebes: kurzum, die mangelnde finanzielle Ausstattung und die Desorganisation von Studium, Lehre und Forschung sind der Grund für die Studienzeitverlängerung. Die Studenten werden sich mit allem Nachdruck dagegen zur Wehr zu setzen haben, daß die Versäumnisse von Staat und Universität durch die Einführung administrativer Maßnahmen auf die Studenten abgewälzt werden.

Empfehlungen des Wissenschaftsrates

Am 10. 2. 1966 sagte der Bundesminister für wissenschaftliche Forschung im Bundestag: „Die Bundesregierung hält eine Verkürzung der akademischen Ausbildung für vorrangig. Sie arbeitet im Wissenschaftsrat an detaillierten Vorschlägen hierzu mit, die in diesem Jahr abschließend formuliert und veröffentlicht werden sollen." Schon dieser Ausspruch macht deutlich, daß es die Hauptaufgabe des Wissenschaftsrates sein sollte, mit seinen dann im Sommer tatsächlich veröffentlichten Empfehlungen die Studienzeit zu verkürzen. Zwar sagt der Wissenschaftsrat — in scheinbarem Gegensatz zu Stoltenberg: „Bei seinen Bemühungen um die Neuordnung des Studiums ist der Wissenschaftsrat nicht von der Frage ausgegangen, wie das Studium verkürzt werden könnte. In der Verlängerung des Studiums sieht er nur eines von mehreren Symptomen einer tiefgreifenden Störung des Verhältnisses von Forschung und Lehre ..." (S. 27) Gleichwohl empfiehlt der Wissenschaftsrat gemäß seinem Auftrag eine generelle Studienzeitbegrenzung. Ironisch heißt es: „Die Studenten haben darauf Anspruch, nicht länger als unbedingt nötig in der Ausbildung festgehalten ... zu werden." (S. 27) Dr. Dichgans hat deshalb leider recht, wenn er sagt: „Ich halte dieses Gutachten für einen sehr großen Fortschritt, weil endlich einmal eine Institution von diesem Range klare Vorstellungen über Studiendauer herausgegeben hat, eine Vorstellung, die dahingeht, daß der normale Student nach vier Jahren sein Studium beenden soll." (Der Ruhr-Student, Heft 6)

Hier wird ein Widerspruch in den Empfehlungen deutlich, ein Widerspruch zwischen den teilweise begrüßenswerten Gedanken im allgemeinen Teil und dem besonderen Teil, der diese eigenen Gedanken nicht mehr berücksichtigt. Wenn nämlich die Studienzeitverlängerung nur ein Symptom ist, dann ist jedes Herumdoktern ein untaugliches Unterfangen, das am falschen Objekt, nämlich dem Studenten, ansetzt. Das Symptom wird sich nur als selbstverständliche Folge einer umfassenden Studienreform beseitigen lassen.

Zahlreiche Widersprüche und Inkonsequenzen sind in den Empfehlungen analysiert worden.[6]) Sie sollen hier nicht ausführlich referiert werden. Das Fazit dieser Untersuchungen lautet, daß der allgemeine Teil der Empfehlungen lediglich eine verbale Verbrämung der oft rein administrativen Maßnahmen des besonderen Teils der Empfehlungen darstellt. Deshalb können, wie der VDS 1967 einstimmig beschloß, die Empfehlungen des Wissenschaftsrates „nicht Grundlage einer Studienreform sein."

---

[6]) Vor allem: Stellungnahme der Studienreformkommission der FU, herausgegeben vom AStA der FU, 1967; Beschlüsse der 19. Ordentl. Mitgliederversammlung des VDS in Göttingen, herausgegeben vom VDS, 1967.

Es besteht freilich die Gefahr, daß einige Empfehlungen des Wissenschaftsrates aufgrund seines Ansehens realisiert werden. Hierbei wird es sich aber nicht um die durchaus guten Vorschläge zur Kleingruppenarbeit, zur individuellen Studienberatung und zur Reform der Abschlußprüfungen handeln, da diese in der gegenwärtigen finanzpolitischen Situation gar nicht verwirklicht werden können. Was bleibt und realisiert werden kann, das sind die unentgeltlichen, administrativen Maßnahmen, wie Zwangsexmatrikulation, Zwischenprüfungen, die frühzeitig auslesen und nicht, wie es richtig wäre, als Orientierungshilfe die Studenten fördern sollen, und neuerdings der ins Haus stehende numerus clausus. Angesichts dieser Gefahren haben die Studentenvertreter eine Studienreform zu definieren, die der Erkenntnis Rechnung trägt, daß schon die weitverbreitete Vorstellung töricht ist, Studienreform könne in einem großen Wurf von Experten dargelegt und durch Dekrete und Entscheidungen von oben ausgeführt werden. Studienreform muß vielmehr als kontinuierlicher Prozeß gesehen werden, der Lehrende und Lernende umgreift. Nur in längeren Zeiträumen können durch Erfahrung und kritisch überprüfte Experimente neue Formen des Studiums entwickelt werden (so die Stellungnahme der FU a.a.O.). Das heißt, daß Reformen in den einzelnen Lehrveranstaltungen angeregt, kritisch diskutiert und experimentiert werden. Dadurch wird die Frage der Reform selbst ein Gegenstand der Lehrveranstaltung. Auch Rezensionen von Lehrveranstaltungen und Prüfungen, wie sie seit 1966 im FU-Spiegel publiziert werden, tragen hierzu bei. Der in der Universität dringend erforderliche Prozeß der Selbstreflexion würde initiiert, das Diskutieren und Kritisieren als primär demokratische Verhaltensweise könnte eingeübt werden. Hierbei würde Studienreform nicht eine Reglementierung des Objekts namens Student bedeuten, sondern als experimentierende Reform gerade von ihm mitgetragen werden und damit zugleich politische Bewußtseinsbildung darstellen.

Kritische Universität

An der FU bemühen sich die Studenten seit einigen Monaten, eine derartige experimentelle Studienreform einzuleiten. Bis auf drei Ausnahmen haben sich die Professoren freilich unzugänglich gezeigt. Auch der Versuch, die Inhalte der Lehre, ihr wissenschaftstheoretisches Fundament angesichts der politischen Praxis am und nach dem 2. Juni 1967, die auch die Universität als Ort wissenschaftlichen Arbeitens in ihrem Kern getroffen hat, kritisch zu überprüfen, mußte mit wenigen Ausnahmen fehlschlagen. Deshalb planen Studenten der FU jetzt, mit Hilfe von Professoren und Assistenten Gegenlehrveranstaltungen zu organisieren, in denen lebenspraktische Fragen und theoretisches Arbeiten nicht unvermittelt bleiben. Das Verhältnis von Theorie und Praxis, das man bisher nur durch einen außerwissenschaftlichen, elitären Erziehungsauftrag der Universität, der durch das Disziplinarrecht sanktioniert wurde, meinte lösen zu können, soll durch in der Universität gelernte, demokratische, gesellschaftliche Praxis und auf Praxis gerichtete Theorie zu gestalten versucht werden.[7])

3) Soziale Lage der Studenten

Die zahlreichen Bemühungen der Studenten, die soziale Lage der Studenten[8]) zu verbessern, sind abgesehen von finanzpolitischen Gründen vor allem wegen

---

[7]) So Wolfgang Nitsch, „Argumentation für eine von den Studenten selbst organisierte ‚Kritische Universität' in der FU. Freies Studienprogramm der Studentenschaft." 13. 6. 1967, vervielfältigt vom AStA der FU.
[8]) Vgl. „Ausbildungsförderung 1959—1967", Dokumentation, Schriften des Verbandes Deutscher Studentenschaften, Heft 8, Bonn 1967.

des eigentümlichen Bildes gescheitert, das landläufig von „dem" Studenten besteht. So wird der Student teilweise begriffen als Mitglied einer ständisch-elitären Gemeinschaft, die höheren Würde- und Ehransprüchen genügen muß (z. B. Disziplinarverfahren) und in isolierten Wohnheimen qualifiziertes, charakterbildendes Zusammenleben praktizieren soll (Beispiel: Kollegienhauspläne, Campus-Idee). Teilweise werden dem Studenten paternalistisch besondere Freiheiten des Stürmens und Drängens, Narren- und Ulklibertinage zugebilligt, für die er freilich die Selbstkasteiung des Konsumverzichts in Kauf nehmen muß. Allenthalben gilt Studium als Zeit der persönlichen Bewährung, als Angebot zu selbstgeleistetem, privatem Aufstieg.

Es scheint deshalb notwendig, das Bild „des" Studenten und seine Rolle in der Gesellschaft neu zu definieren. Hierbei ist davon auszugehen, daß der Student kein besonders ausdauernder Pennäler, sondern ein mündiger Bürger ist, der durch seine wissenschaftliche Arbeit und Ausbildung ein gesellschaftliches Interesse erfüllt.

Es kann deshalb keinen Grund dafür geben, die Studenten anderen Lebensregeln zu unterwerfen als gleichaltrige Nichtstudenten. Dies ist an drei Problemen zu präzisieren.

Wohnheime: Nach den Richtlinien des Bundesjugendplanes und dem Düsseldorfer Wohnheimplan des Deutschen Studentenwerkes können Studentenwohnheime nur dann gefördert werden, wenn ein großer Teil des Bauvolumens (ca. 40 Prozent) für Gemeinschaftsräume vorbehalten bleibt. Geht man vom Bild des mündigen, unabhängigen Studenten aus, so müßten Wohnheime gebaut werden, in denen — aus finanziellen Gründen zunächst nur — Studenten ein eigenes, abgeschlossenes Appartement mieten können. An der FU werden bald solche Appartement-Häuser errichtet werden; sie mußten allerdings als sozialer Wohnungsbau finanziert werden, weil der Bundesjugendplan ob seiner elitären Gemeinschaftsideologie kein Geld bereitstellte.

Studienhonorar: In der BRD gibt es eine Fülle unkoordinierter Ausbildungsförderungen, deren Wirksamkeit in schlechtem Verhältnis zu ihren Verwaltungskosten steht. Fast alle Förderungsmaßnahmen, insbesondere das Honnefer Modell, sind weder kostendeckende Stipendien, noch werden sie dem Bild eines mündigen, selbständigen Studenten gerecht. Das zugrundeliegende Bild ist das des unselbständigen, vom Elternhaus abhängigen Studenten, der sich laufend besonderer Eignungs- und Leistungsprüfungen zu unterziehen hat. Daß diese Förderungsmaßnahmen zudem die Bildungsprivilegien stabilisieren, sei nur vermerkt. Ein bundeseinheitliches Ausbildungsförderungsgesetz, für das die Studenten am 1. Juli 1967 demonstriert haben, würde zwar zumindest eine effektivere Koordinierung erreichen. Dem Bild des mündigen Studenten entspräche aber nur, daß der Student als eigenständiges Individuum anerkannt wird und — unabhängig vom elterlichen Einkommen — ein kostendeckendes Stipendium zur materiellen Sicherung seiner Ausbildung, ein sogenanntes Studienhonorar, erhält. Diese Forderung freilich setzt die Zertrümmerung des Pennäler-Bildes und einen auch in anderen sozialpolitischen Bereichen notwendigen Abschied vom Subsidiaritätsprinzip voraus.

Krankenversorgung: Ähnliche Probleme bestehen bei der derzeitigen studentenspezifischen Krankenversicherung. Auch hier wird man vom Bild des sich-selbsthelfenden Studenten abrücken und seine Übernahme in die für die anderen Mit-

glieder der Gesellschaft errichteten gesetzlichen, leistungsfähigeren Krankenversicherungen ermöglichen müssen.

Interessenvertretung und Bewußtseinsbildung

Die Vertretung studentischer Interessen in den drei Aufgabenbereichen Hochschulreform, Studienreform und soziale Lage der Studenten kann angesichts der restaurativen Entwicklung und Situation in Universität und Gesellschaft nicht mehr als expertenhafte Lobby einer kleinen Schar von Studentenfunktionären begriffen werden. Die konzedierten oder geforderten Mitbestimmungsrechte der Studenten in der Universität, die gerade an der FU stetig beschnitten wurden, dienen heute oft nur noch als Beweis der nun satzungsmäßig gewordenen Ohnmacht der Studentenvertretung.

Eine Studentenvertretung wird nur dann Erfolg haben, wenn sie die Interessen der Studenten vertritt; d. h. studentische Politik muß sich an der Arbeitssituation der Studenten, an ihrem Unbehagen am Universitätsbetrieb, an der Diskrepanz zwischen den bildungspolitischen Notwendigkeiten und der Realität der Institution Universität orientieren. Sie muß das in sich kreisende, beschäftigungstherapeutische Spiel einer Formaldemokratie durch eine den Studenten einsichtige Vertretung ihrer Interessen ersetzen. Deshalb benötigt jede Studentenvertretung die Kommunikation mit der Studentenschaft, ihre Unterstützung, Impulse und Kontrolle. Erst wenn der einzelne Student bereit ist, für seine Rechte und Interessen einzutreten, kann studentische Politik erfolgreich sein. Das setzt voraus, daß sich die Studenten ihres Unbehagens und der Probleme ihrer Rolle bewußt werden. Es muß deshalb, fernab aller reinen Institutionenlehre der schulischen Gemeinschaftkunde, versucht werden, den unkritischen Anstaltsnutzungsberechtigten zu kritisch rationalem Problembewußtsein, zu Kritik- und Kontrollfähigkeit zu bringen. Das ist Mittel und Ziel zugleich.

Die Interessen der Studenten, deren Basis die konkrete Arbeitssituation ist, richten sich zwar gegen die Ordinarienuniversität. Sie haben aber stets auch und gerade Staat und Gesellschaft zum Adressaten. Sowohl Hochschulreform als auch die Bemühungen, die soziale Lage der Studenten zu verbessern, wenden sich unmittelbar an Regierung und Parlament. Auch Studienreform kann nicht als inner-universitäre Aufgabe begriffen werden. Es waren gerade die unsere Gesellschaft bestimmenden Kräfte, die eine Steigerung des Akademiker-Ausstoßes von der Universität verlangten. Es sind gerade außer-universitäre Kräfte, die „Reform"-Vorschläge unterbreiten, durch die konfliktlose, angepaßte Leistungsuniversitäten geschaffen werden sollen. Die Universität gibt diesem Druck der Gesellschaft nur nach und wälzt ihn auf die Studenten ab. Auch hochschulpolitische Forderungen richten sich darum direkt an die staatliche Führung, deren Bereitschaft zu langfristig wirksamen Strukturinvestitionen im Bildungsbereich auch in den fetten Jahren der öffentlichen Haushalte deshalb so gering war, weil sich eine an Marktwirtschaft und Privatinvestitionen ausgerichtete Wirtschaftspolitik mit Gesellschaftsveränderungen durch staatliche Politik nicht verträgt und weil dort, wo staatliche Investitionen stattfinden, andere, wie militärpolitische Prioritäten gesetzt werden. Deshalb wird auch eine auf Demokratisierung gerichtete Hochschulpolitik erst in einer demokratisierten Gesellschaft erfolgreich sein.

Da studentische Interessenvertretung des Bewußtseins und Engagements jener bedarf, deren Interessen es durchzusetzen gilt, hilft sie den Studenten, emanzi-

pierte, kritikfähige Subjekte zu werden. Dies kann geschehen durch Vorlesungsrezensionen, durch Diskussionen der Studenten auch in Protestversammlungen wie sit-ins, durch politische Aktionen in der Öffentlichkeit, durch das Bloßlegen symptomatischer Machtstrukturen und autoritärer Entscheidungsprozesse in Universität und Gesellschaft. Politische Bewußtseinsbildung will die Einübung der Kritik und Diskussion, des Protests und Engagements als demokratisches Verhaltensmuster ermöglichen. Dies kann sich nur vollziehen, wenn Unbehagen und Kritik, Forderungen und Ziele im Medium der Öffentlichkeit artikuliert und diskutiert werden.

Studenten haben die fast zufällige Chance aufgrund ihrer größeren Nähe zur Rationalität, zu nicht manipulierter Information, bei der Vertretung ihrer Interessen eine politisch bewußte Kraft zu sein. Diese politische Kraft kann sich selbst dann, wenn sie primär hochschulpolitische Interessen durchsetzen will, nicht der notwendigen Aufgabe entziehen, undemokratische Verhältnisse in der Gesellschaft zu verändern, und jenen Tendenzen und Plänen, die die Gesellschaft immer stärker zu entdemokratisieren geeignet sind, wie Notstandsgesetze usw., die eigene demokratische Praxis entgegenzustellen. Studentische Interessenvertretung muß deshalb aktives Engagement der Studenten für die Demokratisierung von Universität und Gesellschaft sein.

Klemens Keplicz, Warschau

Polens Europa-Vision

I

Nach seiner Landung in Paris im Januar dieses Jahres gab der polnische Außenminister Adam Rapacki eine Erklärung ab, die in bezeichnenden Formulierungen die Europapolitik Polens und ihre Richtlinien ausdrückte. Er erwähnte die Zusammenarbeit Polens und Frankreichs auf dem Gebiet der Festigung des Friedens und der Sicherheit Europas und sagte, daß diese Zusammenarbeit „vom historischen Imperativ bestimmt ist, unseren Erdteil und die Welt vor den sie bedrohenden Gefahren zu schützen, die Streitigkeiten zu beseitigen, die künstlichen Divergenzen des Kalten Krieges zu überbrücken und unsere ganze Energie der Gestaltung eines Europas und einer Welt in Frieden und Wohlstand zu widmen". In der Verfolgung dieses Zieles findet die traditionelle Freundschaft der beiden Länder eine neue Eingebung.

Hier haben wir die Andeutung einer neuen Vision Europas, die dann in den folgenden Monaten im Vordergrund des politischen Denkens und der außenpolitischen Tätigkeit der sozialistischen Staaten stand.

Obwohl der Krieg in Vietnam und der Krieg Israels gegen die arabischen Staaten anscheinend europäische Fragen in den Hintergrund gedrängt haben, bleibt Europas Zukunft eines der Schlüsselprobleme der Weltpolitik. Die Logik des nuklearen Zeitalters, in dem wir leben, hat die Ausmaße des Krieges und des Friedens gänzlich umgestaltet. Es ist heute unmöglich, unsere Welt in streng getrennte Einheiten einzuteilen, wobei in einem Erdteil Frieden und Wohlstand herrschen, während andere von Konflikten und Verwirrung erschüttert sind. In diesen Tagen und Wochen der Unrast und Sorge konnte es scheinen, als sei Europa eine Insel der Ruhe im sturmbewegten Meer und der Frieden in Europa eine fast selbstverständliche Tatsache. Aber die Ereignisse in anderen Weltteilen müssen ihren Einfluß auf die Entwicklung in Europa ausüben, und die Frage der Stabilität, des Friedens und einer Gewährleistung der Sicherheit für alle europäische Staaten harrt ihrer Lösung. Diese Aufgaben sind um so dringender, als niemand leugnen kann, daß die Unteilbarkeit des Friedens nicht mehr ein rein politischer Begriff, sondern eine politische Tatsache ist. Daher ist das Bestreben verständlicher, eben zu diesem Zeitpunkt Europa als Ganzes aus dem Bereich internationaler Spannungen auszuklammern. Ist doch allgemein anerkannt, daß ein europäischer Konflikt sich automatisch und sofort zu einem Weltkonflikt — und das heißt zu einem atomaren Zusammenprall — umgestalten würde. Nichts wäre verfehlter und gefährlicher, als aus der Tatsache, daß es bisher bei Konflikten und Krisen in anderen Erdteilen gelungen ist — oft in letzter Minute —, einen Weltbrand zu verhüten, Lehren für Europa ziehen zu wollen. Deswegen auch haben wir in Polen gewisse Reaktionen, die besonders in einem Teil der westdeutschen Presse zum Ausdruck kamen, als deprimierende und bedrohliche Erscheinung verzeichnet. Wenn man zu hören oder zu lesen bekam, die Aggression Israels sei eine Widerlegung der These, Kriege seien kein Mittel der Politik, oder daß eine durch Atomfurcht paralysierte Welt mit Gewalt geschaffene Tatsachen sofort anerkenne, oder daß das Lob des Präventivkriegs gesungen wird, muß man sagen, daß hier das Unverantwortlichkeitsgefühl alle Grenzen überschritten hat. Das Diktum, niemand habe von der Haltung Israels mehr zu lernen als Deutschland, ist nichts anderes als ein Aufruf zum nationalen Selbstmord.

Nicht darin sollte die Lehre des Konflikts im Nahen Osten bestehen. Er sollte den Entschluß festigen, einem jeden Konflikt vorzubeugen, eben die Sicherheit Europas zu festigen, denn in Europa, durch das quer die Linie verläuft, an der sich die zwei Supermächte bewaffnet gegenüberstehen, kann es keinen lokalen Konflikt geben. Sagen wir es offen: Ein Blitzmarsch nach israelischem Muster gegen die Deutsche Demokratische Republik würde durch einen atomaren Gegenschlag abgewehrt werden, ehe er richtig begonnen hat. Hier würde sich die Paralyse des Atomschrecks, auf die man spekulieren möchte, als wirkungslos erweisen. In diesem Zusammenhang wird die Dringlichkeit einer Befriedung Europas offenkundig, ehe irgendwo irgendein Scharfmacher auf den wahnwitzigen Gedanken kommt, das israelische Beispiel, das in gewissen Heißköpfen herumzuspuken scheint, auf Europa anzuwenden.

Das bis jetzt geteilte Europa, in dem die künstlichen Unterschiede des Kalten Krieges noch immer fühlbar sind, kann solche Menschen in Versuchung führen, einen Weg zur „Vereinigung Europas" zu beschreiten, der zur Katastrophe Europas selbst führen würde. Eine europäische Lösung kann nur dann angebahnt werden, wenn man sich zuvor auf den Grund der europäischen Wirklichkeit von 1967 stellt. Mit anderen Worten heißt das, daß zum Ausgangspunkt aller Erwägungen, falls sie sich eine konkrete und für alle annehmbare Lösung als

Aufgabe stellen, der nach dem Kriege entstandene Status quo angenommen werden muß. Daß ein Anschlag gegen diesen Status quo einen internationalen Konflikt heraufbeschwören müßte, wird heute in Europa, im Osten wie im Westen, allgemein anerkannt. Daher ist auch jedes Europaprogramm, das eine rein westeuropäische militärisch-politische „Integration" vor Augen hat, um dadurch auf „friedlichem Wege" — das heißt durch unverhüllte Gewaltandrohung — eine Änderung des Status quo zu erreichen, ein Programm der Kriegsvorbereitung. Die zweite Voraussetzung ist, daß man die Lehren des Fiaskos des Europasystems zwischen 1918 und 1939 sowie — in bezug auf die Deutschlandfrage — die Lehren der zwei europäischen und Weltkriege beherzigt.

II

Aus europäischer Sicht betrachtet, war das nach dem Ersten Weltkrieg unter französischer Ägide entstandene mittel- und südosteuropäische Bündnis- und Vertragssystem von zwei Grundgedanken getragen. Es sollte erstens Frankreich gegen einen Angriff seitens Deutschlands sichern und in dieser Hinsicht das Ausscheiden Rußlands aus dem europäischen Konzert wettmachen. Zweitens, und das ist für unsere Erwägungen ausschlaggebend, der Gürtel der westlichen Nachbarstaaten der Sowjetunion, der „cordon sanitaire", sollte gleichzeitig die Grenze Europas abstecken. Das Europa nach Versailles war also als ein Europa ohne die Sowjetunion gedacht, was auch im Ausschluß der Sowjetunion aus dem Völkerbund seinen Ausdruck fand. Daß dabei ideologische, weltanschauliche Beweggründe die entscheidende Rolle spielten (die Angst vor dem „Gespenst des Kommunismus"), kann nicht in Frage gestellt werden. Bald jedoch bewies der Lauf der Ereignisse, daß der Antikommunismus nicht das erträumte Bindemittel einer Interessengemeinschaft der kapitalistischen Staaten Europas sein konnte und diese durch ihre nicht zu überbrückenden Widersprüche zersetzt wurden. Es zeigte sich auch, daß die faschistischen Staaten Europas, besonders Hitlers Drittes Reich, als kraftstrotzende Bollwerke gegen den Kommunismus von vielen bürgerlichen Kreisen, vom Finanz- und Industriekapital der demokratischen Staaten Europas mit Wohlwollen begrüßt wurden; sie alle legten den Macht- und Eroberungsgelüsten Hitlers und Mussolinis gegenüber ein erstaunliches Entgegenkommen an den Tag. Der eigentliche Sinn der „Appeasementpolitik" wird in diesem Zusammenhang verständlich. Es handelte sich nicht darum, den zweifelhaften Ansprüchen Nazideutschlands gerecht zu werden. Lebensinteressen verbündeter Völker und vertragliche Verpflichtungen wurden kaltblütig als Preis dafür geopfert, dieses mächtige Bollwerk gegen den Kommunismus im Gefüge des gegen die Sowjetunion eingestellten Europas zu erhalten. Die Rechnung, die Europa für das Scheitern dieser Erpressungspolitik zahlen mußte, ist allzugut bekannt, ebenso wie es eine unumstößliche Tatsache ist, daß der Zweite Weltkrieg durch die Teilnahme der Sowjetunion für Europa siegreich entschieden wurde. Damit war auch die Stellung und Rolle der Sowjetunion in Europa besiegelt. Es wäre jedoch falsch anzunehmen, man habe sich überall mit dieser politischen und historischen Entwicklung abgefunden. Der Kalte Krieg wurde zum Ausgangspunkt verschiedener Versuche, die Konzeption eines Europas mit Ausschluß des Kommunismus zu galvanisieren. Offensichtlich konnte der typische „cordon sanitaire", der das revolutionäre Rußland vom Rest Europas abkapseln sollte, nach 1945 nicht einfach kopiert werden. Denn Europa nach 1945 war nicht das Europa nach 1918. Weder im Sinne der territorialen Gestaltung, noch im Sinne des Kräfteverhältnisses, noch schließlich vom Gesichtspunkt der

sozialen Bedingungen und Gesellschaftsordnungen aus. Aber in beiden Fällen decken sich die Beweggründe. Das Gespenst sozialer Umgestaltungen verdunkelte das Blickfeld vieler Staatsmänner und Politiker des Westens, und das alte Bild eines Europa in Quarantäne, immun gegen die „kommunistische Ansteckungsgefahr", schwebte ihnen vor. Wenn wir am Wesensgehalt dieser Konzeption festhalten, finden wir dann im Programm des „Containment" nicht einen Abklatsch derselben Gedankengänge? Das Leitmotiv aller Erwägungen, Vorschläge und Pläne, die auf dasselbe abzielen, ist die These von der Gefahr einer kommunistischen Expansion und Aggression.

Wir haben es hier mit einem Europaprogramm zu tun, dessen politische, weltanschauliche, wirtschaftliche und militärische Struktur eine Umschreibung für eine gegen die Sowjetunion und die sozialistischen Staaten Europas gerichtete Allianz ist. Kein Europa — sondern ein Kleineuropa, wohl aber mit Ausbreitungsabsichten, die letzten Endes beim altbekannten „cordon sanitaire" haltmachen sollen.

Am klarsten können wir vielleicht die Gedankengänge und die Zielsetzung einer solchen Europakonzeption in den zwei Büchern von Franz Josef Strauß „The Grand Design" (1965) und „Entwurf für Europa" (1966) formuliert finden.

Die Voraussetzungen, auf denen dieser Entwurf für Europa aufgebaut ist, können kurz folgendermaßen zusammengefaßt werden: Die „freie Welt" steht auch weiterhin dem anhaltenden Druck und der permanenten Aggression des Kommunismus gegenüber. Es ist eine bedenkliche Annahme, daß der Kalte Krieg seinem Ende entgegengeht. Daraus ergibt sich für Westeuropa die Notwendigkeit einer politischen Vereinigung, die über eine nukleare Abschreckungsmacht verfügt. So geschaffen, würden die Vereinigten Staaten von Europa „zu einem entsprechenden Gesprächspartner der Sowjetunion werden und sie zu einem friedlichen Ausgleich mit Westeuropa bewegen. Ein so geeintes Europa würde eine mächtige Anziehungskraft auf die östlichen Nachbarn Deutschlands, die unter kommunistischer Herrschaft stehen, ausüben."

Hier haben wir die Vision eines im ersten Stadium gespaltenen Europas — Westeuropa als „Vereinigte Staaten" —, dessen politische und militärische Strategie auf einen latenten Kalten Krieg eingestellt ist. Das zweite Stadium greift weiter in die Zukunft und erwartet eine Auflockerung im Gebiet der sozialistischen Staaten Europas, für die ein so geeintes Westeuropa derart attraktiv sein würde, daß man sie schrittweise aus der Gemeinschaft der sozialistischen Staaten herausschälen könnte. Diese Gedankenwelt ist, obwohl versucht wird, sie dem Westen als eine originelle Neuidee vorzulegen, keine Offenbarung. Ohne besondere Schwierigkeiten kann man darin die zwei Etappen amerikanischer weltpolitischer Pläne: zuerst „containment" und dann „roll-back", entziffern. Das Endziel ist also ein Europa mit Ausschluß der Sowjetunion, nachdem das „Zwischeneuropa", das heißt die sozialistischen Staaten Osteuropas, die der Anziehungskraft des Westens erlagen, in den Bereich der Vereinigten Staaten Westeuropas mit einbezogen wurde.

Der Kernpunkt dieses Europaentwurfes ist die Rolle, die einem solchen Europa als Mittel zur Lösung der Deutschlandfrage zugeteilt wird. Die Liquidierung des bestehenden Status quo ist das Hauptziel, zu dessen Erreichung das mit einer nuklearen Abschreckungsmacht ausgestattete geeinte Europa den Weg ebnen soll.

Dieser Europaentwurf läuft der ganzen Entwicklungstendenz, der Strömung, die sich besonders in den letzten Jahren so auffallend abzeichnet, entgegen. Diese ist nicht eine von Wunschgedanken bestimmte Diskussionsthese, sondern eine politische Wirklichkeit. Das Bestreben, das Spannungsfeld in Europa einzuengen, wird heute von verantwortlichen Politikern im Osten wie im Westen als eine der Hauptaufgaben der zeitgenössischen europäischen Diplomatie ständig auf die Tagesordnung gebracht. Die regen Kontakte zwischen den Regierungen der sozialistischen und kapitalistischen Staaten Europas, wobei besonders in den skandinavischen Ländern, aber z. B. auch in Belgien ein wachsendes Interesse am Ausbau dieser Verbindungen besteht, sind in dieser Hinsicht besonders bemerkenswert. Man will durch Zusammenarbeit das Entspannungsklima fördern und dadurch die Stabilität des Friedens in Europa erhöhen. Eine nüchterne Bewertung dieses Trends muß auch zur Feststellung führen, daß diese Entspannungsbemühungen sich auf dem realpolitischen Gebiet des jetzt in Europa bestehenden Status quo bewegen. Das Gefühl der Gemeinschaft, zu der die europäischen Staaten geschichtlich, kulturell und auch wirtschaftlich gehören, steht nicht im Widerspruch zu der Tatsache, daß diese Staaten verschiedene, ja gegensätzliche Gesellschaftsordnungen haben. Man hat sich in den Ländern des Westens überzeugt, daß die „totalitäre Bedrohung" aus dem Osten ein Mythos der Kaltkriegsperiode ist, der nur zur Verewigung der Spaltung Europas führt. Herr Strauß bemerkt treffend: „Jeder westeuropäische Staat, der heute noch Politik auf eigene Faust zu machen versucht, führt sich damit selbst in die Isolierung und scheitert bei der Verfolgung seiner lebenswichtigen Interessen." Es scheint jedoch, daß weder er selbst, ein Mitglied der Bundesregierung, noch die meisten seiner Kollegen und Politiker die sich daraus ergebenden Schlußfolgerungen ziehen wollen.

Der Versuch, den Alleingang der westdeutschen Außenpolitik, die sich auf eine Beseitigung des Status quo festlegt, dadurch kollektiv zu gestalten, daß man den Staaten Westeuropas eine permanente Spannung zwischen einem geeinten Westeuropa und den sozialistischen Staaten vorschlägt, hat kaum Erfolgsaussichten. Er bietet weder eine Lösung europäischer noch weltpolitischer Fragen. Die Versteifung der Fronten, die das Ergebnis einer integralen Spaltung Europas sein müßte, würde automatisch die Gefahrenmomente anschwellen lassen. Die Konfrontation zwischen Ost und West, von der sich die Anwälte dieser Konzeption die Lösung der so „europäisierten" Deutschlandfrage versprechen, könnte nur eine Kollision heraufbeschwören — also eben das, was die Staaten Europas zu vermeiden bestrebt sind. Alle Vorschläge, die die Aufrechterhaltung des „Gleichgewichts des Schreckens" zur Grundlage haben und ein geteiltes Europa im Zustand eines prekären bewaffneten Waffenstillstands, in dem es keinen wirklichen Frieden gibt, erhalten wollen, sind verwerflich. Sie sind mit den Tendenzen, die ein Europa in Frieden und Sicherheit vor Augen haben, unvereinbar.

III

Das Rad der Geschichte läßt sich nicht zurückdrehen. Man kann nicht mit Konzeptionen, die im Grund genommen eine Anlehnung an die Gedankenwelt von 1918 sind, die Probleme Europas von 1967 anpacken. Ein Zurück zum Jahre 1937 ist aus demselben Grund aussichtslos. Aus europäischer Sicht ist der völkerrechtlich unhaltbare und illusorische „Rechtsstandpunkt" vom Weiterbestehen des Reichs in den Grenzen von 1937 der Ausdruck einer gefährlichen, wirklichkeitsfremden

Mentalität, die sich in einer restaurativen Außenpolitik ausdrückt. Dieser schweben nicht nur die ohne eine einkalkulierte Gewaltlösung unerreichbaren Grenzen von 1937, sondern auch ein heute wohl für jeden sachlich denkenden Politiker unvorstellbares Europa von 1937 vor. Die Jahre 1939—1945 lassen sich nicht ganz einfach aus der Zeitspanne von 30 Jahren, die zwischen 1937 und 1967 liegen, ausklammern, sie lassen sich aus der Zeitgeschichte nicht auslöschen. Die Gestaltung eines Europas in Frieden und Sicherheit, also eines Europas, das wir uns alle wünschen sollten, muß sich auf dem festen Grund und Boden der europäischen Lage, wie sie sich nach 1945 entwickelt hat, vollziehen. Die Vision eines Europas der friedlichen Zusammenarbeit zwischen Ost und West muß von der Wirklichkeit ausgehen, daß zwei verschiedene Gesellschaftsordnungen bestehen und daß diese zwei Gesellschaftsordnungen Wege und Mittel finden müssen, miteinander, und nicht nur nebeneinander, zu leben, wenn ein Zusammenprall, dessen Folgen sich im nuklearen Zeitalter katastrophal auswirken müßten, verhütet werden soll.

Für die Entwicklung eines wirklich europäischen Denkens, das sich in diesen Bahnen bewegt, ist das auf der Konferenz in Karlovy Vary formulierte Europaprogramm bezeichnend. Es ist kein Geheimnis, daß bei der Ausarbeitung dieses Vorschlags für Europa die Vertreter Polens, deren Beitrag von Wladyslaw Gomulka präzisiert wurde, eine leitende Rolle gespielt haben. Die Wegbereitung zu einer europäischen Entspannung, die schrittweise zu einer Gewährleistung der Sicherheit und Festigung des Friedens in Europa führen kann, nimmt seit Jahren im politischen Denken Polens eine Spitzenstellung ein. Der Rapacki-Plan, der eine atomwaffenfreie Zone in Mitteleuropa vorschlug, der Gomulka-Plan, der das Einfrieren der Kernrüstungen in diesem Raum zum Gegenstand hatte, waren in dieser Hinsicht richtungweisende Initiativen. Ihre elastischen Formulierungen und Anpassungsfähigkeit werden auch von denen anerkannt, die Vorbehalte anmeldeten. Die Lebensfähigkeit dieser Vorschläge wird dadurch bewiesen, daß sie sich weiterhin ständig auf der Tagesordnung diplomatischer Gespräche und internationaler Diskussionen befinden. Daß es Schritte in der wesentlichen Richtung sind, wird auch dadurch bekräftigt, daß diese Pläne die Zielscheibe erbitterter Angriffe der Verfechter eines in waffenstrotzende Militärblöcke geteilten Europas sind.

Nun hat Polen durch Wladyslaw Gomulka eine neue Idee vorgelegt, die ebenfalls in der polnischen Konzeption der europäischen Einheit wurzelt: die Idee eines allgemeinen europäischen Gewaltverzichtsvertrages, der auch gleichzeitig das Wirkungsgebiet einer solchen Gewaltverzichtsverpflichtung klar umschreiben würde, nämlich die Integrität der bestehenden Staatsgrenzen aller europäischen Staaten, wie auch die Nichteinmischung in interne Angelegenheiten der vertragschließenden Staaten.

Ein so gefaßter Gewaltverzichtsvertrag, der alle Staaten Europas einschließt, wird dem Sicherheitsbedürfnis aller Länder vollends gerecht und zieht die legitimen Interessen aller Partner in Betracht.

Die Bereitschaft, bilaterale Gewaltverzichtserklärungen oder Verträge abzuschließen, wurde von Bundeskanzler Kiesinger mehrmals angedeutet. Solche Erklärungen bringen unserer Ansicht nach die Frage der europäischen Sicherheit einer wirklichen Lösung nicht näher. Sie würden eine Scheinlösung sein und den Keim künftiger Verwicklungen in sich bergen. Diese Vorschläge beinhalten näm-

lich die Gewaltverzichtsverpflichtung in bezug auf „strittige Fragen" — worunter man in Bonn zum Beispiel die Grenze zwischen Polen und Deutschland versteht. Eine derartige „Reservatio mentalis" beraubt die Gewaltverzichtsvorschläge des Bundeskanzlers jedes Wertes und würde die Fiktion eines Friedens schaffen, dessen Grundlage nicht Sicherheit, sondern getarntes Mißtrauen ist. Wie können wir in Polen eine Gewaltverzichtserklärung als glaubhaft annehmen, wenn im gleichen Atemzug Vorbehalte ausgesprochen werden, die Gebietsforderungen betreffen, deren Verwirklichung eine Gewaltlösung als einzigen Weg ins Auge fassen muß? Falls wir dies wissentlich übersehen wollten — oder besser gesagt: vorgeben würden, es nicht zu sehen —, hieße es, Unaufrichtigkeit zum Ausgangspunkt solcher angeblich neuen und guten Beziehungen zu machen. Man darf auch nicht vergessen, daß wir schon einmal in nicht entlegener Zeit unsere Erfahrungen mit Gewaltverzichtsverpflichtungen oder Nichtangriffserklärungen gemacht haben, wobei eben die Außerachtlassung der „Reservatio mentalis" der Gegenseite — in diesem Falle Nazideutschlands — und die Zustimmung, das Wirkungsgebiet der Verpflichtung nicht genau abzustecken, zu verheerenden Folgen führte. Wir sind davon entfernt, eine Parallele zwischen Bundeskanzler Kiesinger und Hitler zu ziehen, aber es wäre müßig, die Tatsache zu ignorieren, daß die polnisch-deutsche Nichtangriffserklärung von 1934 den Überfall auf Polen 1939 nicht verhütet, im Gegenteil ihn eher vorbereitet hat. Eine Gewaltverzichtserklärung mit Vorbehalten kann nur den Eindruck falscher Sicherheit schaffen und muß das Mißtrauen wachhalten, daß diese „strittigen Fragen" zu einem Zeitpunkt zur Sprache gebracht werden, da der Gewaltverzicht hinfällig wird. Wenn also die Bundesregierung den Gewaltverzicht als deklarierte Richtlinie ihrer Politik in die Tat umzusetzen gewillt ist, bietet der von Wladyslaw Gomulka vorgeschlagene allgemeineuropäische Gewaltverzichtsvertrag die beste Gelegenheit dazu.

Ein umfassender, europäischer kollektiver Sicherheitsvertrag ist das Endziel einer positiven Europapolitik. Das Zusammengehörigkeitsgefühl der europäischen Staaten kommt bei der Behandlung dieses Problems markant zum Ausdruck. Und nur im Rahmen einer Entspannung, einer europäischen Sicherheitslösung, die die Grundlage einer Zusammenarbeit aller europäischen Staaten bilden kann, wird sich die historische Aussicht für eine Lösung der Deutschlandfrage öffnen. Nur eine solche „Europäisierung" der Deutschlandfrage entspricht den Interessen des Friedens und der Sicherheit aller europäischen Staaten. Andererseits sind alle „Entwürfe", die Deutschlandfrage dadurch zu europäisieren, daß man Westeuropa „einigt", um einen Anschluß der Deutschen Demokratischen Republik — durch zwar abgeleugnete, aber doch unmißverständliche Absichten, einen Druck auszuüben — an die NATO-gebundene Bundesrepublik zu bewerkstelligen, im besten Fall eine ganz fruchtlose Utopie. Im schlimmsten Fall — eine Einladung des geeinten Westeuropas zum Weltkrieg Nummer drei. Deshalb ist eine solche Vision Europas, das auf diesem Wege in eine Weltkatastrophe treiben würde, für Ost und West unannehmbar. Die Ablehnung eines nach diesem Muster gespalteten Europas durch de Gaulle zeigt, in welcher Richtung sich das europäische Denken der westeuropäischen Staaten bewegt. Die neue Vision eines in Frieden und Sicherheit geeinten Europas, die Polen und die anderen sozialistischen Staaten als Gegenstand eines europäischen Dialogs vorgelegt haben, findet auch in der französischen Europapolitik Anhaltspunkte.

Prof. Dr. Hans-Werner Bartsch, D. D.

Der Vietnam-Krieg und der Rassenkonflikt in den USA

Stewart Alsop hat seinen Lesern der Saturday Evening Post ein gespenstisches Bild gezeichnet: Eine amerikanische Landgemeinde wird von 2,20 m langen Kerlen eingekreist, die in fremder Uniform an Eroberer erinnern. Sie treiben die gesamte Bevölkerung auf dem Marktplatz zusammen, entführen alle Männer zwischen 14 und 60 Jahren auf Lastwagen, teilen Mahlzeiten und an die Kinder Süßigkeiten und Spielzeug aus, lassen über Lautsprecher eine Propaganda-Rede ablaufen und verlangen, daß man sie anerkennen, schätzen und als Wohltäter lieben soll. Alsop hat mit dieser Darstellung nur den Eindruck auf amerikanische Verhältnisse übertragen, den die „Befriedungsaktionen" der amerikanischen Truppen in Vietnam machen. Er hat diese Parallele sachlich dadurch noch einen Schritt weiter gezogen, daß er den Vietnam-Krieg mit den Indianer-Kriegen des 18. und 19. Jahrhunderts vergleicht. Wie in jenen Kriegen gibt es keine klare Front, der Feind ist überall, und ein eben „befriedetes" Dorf wird über Nacht wieder feindlich, wenn die Truppen den Rücken kehren.

Alsop hat nur e i n e Parallele nicht gezogen, die an dem drastischen Beispiel bereits ins Auge springt: Eine der Grundlagen des Vietnam-Krieges ist der Rassenkonflikt. Der weiße Mann, seiner Zivilisation bewußt, die er so gern Kultur nennt, stolz auf sein überlegenes Wissen, kämpft mit ausgeklügelten Vernichtungsmitteln gegen Primitive. Er kann es nicht verstehen, daß sie sich gegen das Füllhorn von Gütern einer zivilisierten Welt wehren, selbst wenn es in der Form von Tod und Verderben kommt. Für ihn ist die Maschinenpistole und Napalmbombe doch nur die Kehrseite des Reichtums, den er zu Hause kennt. Diese Primitiven sind zu stupide, um den Segen des Reichtums zu erkennen, so sollen sie seine Macht kennen lernen. Nur von dieser alles andere überdeckenden Überlegenheit, einem unterschwelligen Sendungsbewußtsein her ist es zu verstehen, daß die amerikanischen Truppen sich nicht schämen, einen derart ungleichen Krieg zu führen und noch einen ehrenhaften Frieden zu fordern. Ihren raffinierten Vernichtungsmitteln standen als Waffen zuerst erbeutete Gewehre und Maschinenpistolen neben Pfeil und Bogen, Fallgruben und Bambusbomben gegenüber. Man kann an dem Erstaunen in der amerikanischen Presse über die ersten Mörser und Langstrecken-Artillerie bei den Vietkong erkennen, wie sehr es dieses eingefleischte Konzept verdirbt, wenn der Gegner beginnt, auch in der Bewaffnung gleichwertig zu werden.

Der amerikanische Journalist konnte allerdings diese Seite des Vietnam-Krieges nicht wirklich erkennen, da er selbst grundsätzlich die allgemeine Anschauung teilt. Er schreibt zum Schluß seines Artikels, daß zwar alle Kriege schrecklich seien, aber der Vietnam-Krieg sei immerhin weniger schrecklich als andere, und auch ein längerer Krieg brauche nicht allzu sehr gefürchtet zu werden. Die Begründung: Es seien bisher nur 7000 Amerikaner getötet worden. Es fällt kein Wort über die getöteten Vietnamesen. Mehr noch, selbst die Verluste der süd-

vietnamesischen Regierungstruppen werden nicht erwähnt. Für die Sicht des Amerikaners sind grundsätzlich Vietnamesen Vietnamesen, einerlei, zu welcher Seite sie gehören. Sie sind die kleinen Asiaten, denen niemand trauen kann. Es bleibt Außenseitern wie der katholischen Zeitschrift „Ramparts" vorbehalten, sich mit den Verlusten der Vietnamesen zu beschäftigen. Seit 1961 sind wenigstens 415 000 Zivilisten in den vietnamesischen Dörfern umgekommen, von denen mindestens die Hälfte Kinder unter 16 Jahren waren. Den Durchschnittsamerikaner kümmert das nicht. Er sieht Tag für Tag die Berichte über den Vietnam-Krieg im Fernsehen und hält sich im übrigen an das Rezept, das bereits in den Indianerkriegen half: Der Krieg ist ein Kreuzzug, den die Vereinigten Staaten zum Wohle der ganzen Menschheit führen. Ihnen ist die Rolle des Weltpolizisten nun einmal schicksalhaft zugefallen. Aber ‚Weltpolizist' heißt tatsächlich: Wächter für die Vorherrschaft der weißen Rasse. Martin Luther King hat den tieferen Zusammenhang zwischen der amerikanischen Geschichte und dem Rassenkonflikt aufgezeigt, der die von Stewart Alsop gezogene Parallele verstehen läßt:

„Unsere Nation ist durch Völkermord entstanden, als sie die Lehre annahm, daß der ursprüngliche Amerikaner, der Indianer, eine niedrigere Rasse darstellt. Noch ehe die Neger in größeren Zahlen in unser Land gebracht wurden, hatte der Makel des Rassenhasses die Kolonialgesellschaft bereits entstellt. Seit dem 16. Jahrhundert floß Blut in Schlachten, die aufgrund des Rassenhasses ausgetragen wurden. Wir sind wahrscheinlich die einzige Nation, die es zu einer Sache nationaler Politik machte, die eingeborene Bevölkerung auszurotten. Mehr noch, wir erhoben diese tragische Erfahrung zu einem edlen Kreuzzug. Wir haben es uns noch nicht einmal heute erlaubt, diese schändliche Periode unserer Geschichte zu verwerfen oder dafür Reue zu empfinden. Unsere Literatur, unsere Filme, Theater und Volkslied verherrlichen sie. Unsere Kinder werden immer noch gelehrt, die Gewalt zu respektieren, die die rothäutige Bevölkerung einer früheren Kultur zu wenigen bruchstückhaften Gruppen reduzierte, zusammengetrieben in verarmten Reservationen. Dies steht in scharfem Kontrast zu vielen Nationen südlich der Grenze, die ihre Indianer assimiliert, ihre Kultur anerkannt und viele von ihnen zu hohen Positionen erhoben haben.

Auf der Grundlage dieses Rassegedankens ist das Vorurteil gegen den Nichtweißen leicht aufgebaut und rasch gewachsen. Diese tief verwurzelte rassistische Ideologie hat uns unsere demokratischen Ideale korrumpiert und herabgesetzt. Von diesem verflochtenen Gewebe des Vorurteils suchen viele Amerikaner sich jetzt zu befreien, ohne sich darüber klar zu sein, wie fest es mit ihrem eigenen Bewußtsein verwoben ist.

Die Wurzeln sind tief, und diese Bedingung beeinflußt umgekehrt den Charakter der Neger-Revolution. Unsere Geschichte lehrt uns, daß es nichts nützt, ein Schwert gegen rassische Überheblichkeit zu schmieden. Die Tapferkeit der Indianer, die Pfeil und Speer gegen die Winchester-Büchse und den Colt verwandten, mußte in der Niederlage enden. Verzicht auf Widerstand allein stärkt den Mythos, daß eine Rasse ihrem Wesen nach der anderen unterlegen ist. Die Neger üben heute weder Gewalt noch Unterwerfung. Sie verstören die Ruhe der Nation solange, bis das Bestehen von Ungerechtigkeit als virulente Krankheit geheilt ist." (Why we can't wait, 1964, übersetzt vom Verf.)

Der Vietnam-Krieg ist ein Symptom dieser Krankheit. In ihm ist die verborgene Krankheit der amerikanischen Gesellschaft zum sichtbaren Ausbruch gekommen.

Nicht zufällig führte Martin Luther King den ersten großen Protestmarsch gegen den Vietnam-Krieg in Chicago an. Und es dürfte noch bezeichnender sein, daß der Marsch zu dem UN-Gebäude in New York an Ausmaß und Charakter jenem Marsch der 250 000 nach dem Weißen Haus in Washington vom 28. August 1963 gleichkommt. Dennoch war es nicht der gleiche Marsch. Stokeley Carmichael, den man gern in seiner Forderung nach „Black Power" (Macht für die Farbigen) von dem Friedensnobelpreisträger unterscheidet, nahm an der Demonstration teil. Es hat wohl noch niemals in der Geschichte Amerikas ein so buntes Bild einer Demonstration gegeben wie vor dem UN-Gebäude in New York. Weiße und Farbige aus allen Richtungen, von den sogenannten gemäßigten Farbigen bis zu den militanten Negerführern, von den langhaarigen Beatniks bis zu Geistlichen und Universitätsprofessoren im Ornat waren miteinander im Protest verbunden. Ist M. L. King radikaler geworden, wie man bedauernd feststellt, oder sucht er den militanten Carmichael zu bändigen, indem er seine Bewegung zu einer Minorität in der weiten Volksbewegung gegen den Vietnam-Krieg werden läßt? Man braucht derartige Spekulationen nicht, um das Phänomen zu verstehen, daß hier zum erstenmal in der Geschichte der Vereinigten Staaten während eines Krieges, der von der Regierung immer deutlicher als nationale Sache herausgestellt wird, gegen diesen Krieg derart massiv protestiert wird. Der Protest steht in unmittelbarem Zusammenhang mit der ‚civil right's-Bewegung und den Problemen, die sie hinterlassen hat. Es ist kein Zufall, daß die Losung dieser Bewegung im Zuge der Proteste gegen den Vietnam-Krieg sich geändert hat. Es geht nicht mehr um formale Bürgerrechte (civil rights), sondern um die grundlegenden Menschenrechte (human rights), die sich durch kein Gesetz festlegen lassen, die über alle Gesetze hinausgehen.

Um diese Menschenrechte geht es in den Vereinigten Staaten in verschiedenen Einzelproblemen, die jetzt, nach dem Durchsetzen der formalen Bürgerrechte, anstehen. Sie sind mehr oder weniger miteinander verwoben. Die Gleichheit der Bildungschancen ist formal gesetzlich gesichert. Keine Schule darf einen Studenten oder Schüler wegen seiner Farbe zurückweisen. Dennoch ist der prozentuale Anteil der integrierte Schulen besuchenden Farbigen seit 1963 nur wenig gestiegen, in den Nordstaaten eher zurückgegangen. Das bedeutet, daß dem farbigen Kind praktisch nur die Chance geboten wird, halb so weit zu gelangen wie ein gleichbegabtes weißes Kind. Die Schule ist an den Wohnort gebunden. Darum ist die Frage der Gleichheit der Bildungschancen gekoppelt mit der Frage der Integrierung der Wohnbezirke.

Man wird sich in Europa schwer ein Bild von diesem Problem machen können, da die soziale Strukturierung der Wohnbezirke nirgendwo so ausgeprägt ist wie in den Vereinigten Staaten. Es geht nicht nur um die Tilgung der Neger-Gettos, die ebensowenig gesetzlich herbeigeführt werden kann wie die Zulassung von Negern zu den angesehenen Clubs. Es geht um die Durchbrechung der sozialen Schichtung der Wohngebiete. In einem vornehmen Wohnbezirk, der ironisch ebenfalls Getto genannt wird, kann niemand ein Grundstück oder ein Haus kaufen, der nicht zu der dort wohnenden Klasse der Millionäre gehört. Das gleiche gilt für Wohnbezirke der oberen Mittelklasse, der Mittelklasse und der niederen Klassen. Neben dieser nur vom Dollar bestimmten Schichtung läuft die ethnische Klassifizierung einher. Es gibt Wohngebiete, in denen auch der reichste Jude nicht wohnen kann. Puerto-Ricaner, Polen, Japaner stehen vor dem gleichen Problem wie die Farbigen. Die ‚Regierung' bei dieser Verteilung der Wohngebiete üben die Grundstücks- und Häusermakler aus. Indirekt regiert sie ebenfalls der

Dollar. Würden sie ein Haus an einen gut situierten Farbigen verkaufen, würde automatisch der Preis für die Häuser und Grundstücke der Umgebung sinken. Die Nachbarn würden fluchtartig das Viertel verlassen, und ein Überangebot an Häusern und Grundstücken mit dem zwangsläufigen Preisverfall wäre die Folge.

Ein Witz illustriert diese Situation am besten: Ein Farbiger und ein Weißer haben nebeneinander genau das gleiche Haus mit der gleichen Einrichtung und einem gleichen Rasen. Der Farbige sagt zu dem Weißen: „Mein Haus ist wertvoller als deines: Ich hab einen Weißen zum Nachbarn!"

In den Neger-Wohngebieten aber gehören die meisten Häuser, vor allem die Miethäuser, Weißen. Diese haben kein Interesse an den örtlichen Schulen und beherrschen das örtliche Parlament. Da die Ausgaben für die Schulen von der Gemeinde festgesetzt werden, ist es verständlich, daß für die Schulen in den farbigen Bezirken nicht viel mehr als halb so viel ausgegeben wird wie in den weißen Vororten.

Ebenso ist es mit allen öffentlichen Einrichtungen, z. B. mit den Krankenhäusern. In einem Fernsehgespräch mit weißen Politikern rief Stokeley Carmichael leidenschaftlich aus: „Wenn in Alabama ein Negerkind einem Bombenanschlag zum Opfer fällt, schreit alle Welt. Daß aber jährlich Tausende Negerkinder durch die Gemeinden umgebracht werden, merkt niemand." Die größere Sterblichkeit der farbigen Eingeborenen ist ausschließlich auf die mangelnden Möglichkeiten der Pflege zurückzuführen. Die Gleichheit der Berufswahl ist ebenfalls gesetzlich festgelegt. Aber der Erfolg ist mehr oder weniger, daß die großen Firmen sich ihre „Renommierneger" besorgen, um damit dem Gesetz Genüge zu tun. Man muß die Autobiographie von Sammy Davis jr. lesen, um das Ausmaß der bestehenden Diskriminierung und die Härte des Kampfes der Neger um gleiche Rechte zu verstehen. Ebenso wird dann verständlich, daß die Farbigen sich nicht damit zufrieden geben, zu bitten und demütig zu warten, sondern daß sie der Machtstruktur der weißen Gesellschaft eine „schwarze Macht" entgegenstellen wollen. „Black Power" ist weder Selbstzweck noch das utopische Ziel einer farbigen Vorherrschaft, der Ruf ist nur die Antwort auf die Erfahrungen mit einer weißen Macht, die höchstens Almosen zu verteilen bereit ist.

In einer derart gespannten Situation, die keinen Kompromiß kennt, bei der Menschenrechte dem entsprechenden Unrecht gegenüberstehen, bedeutet der Vietnam-Krieg nur ein anderes Gebiet mit den gleichen Problemen. Es ist eine Ironie, daß dieser Krieg wegen seiner mangelnden Popularität den Farbigen zunächst eine Chance zu bieten schien. Mehr als das Doppelte des prozentualen Anteils der Farbigen an der Bevölkerung beträgt der Anteil der Farbigen an den in Vietnam eingesetzten Soldaten. Der Grund ist einmal die Tatsache, daß zumindest in der amerikanischen Armee in Vietnam der Neger voll gleichberechtigt ist. Er kann Offizier werden, und Weiße können zu seinen Untergebenen zählen. Was Sammy Davis während des Zweiten Weltkrieges an Demütigung erlebte, braucht kein Neger in Vietnam zu befürchten. Die Enttäuschung kommt erst später, wenn er wieder zurückkehrt. Das gleiche Getto, die gleichen Schwierigkeiten und Demütigungen begegnen dem Heimkehrer.

Aber es mag noch einen anderen Grund geben, der den Farbigen bestimmt, am Vietnam-Krieg teilzunehmen. Der Weiße läßt ihn zu Hause nicht gleichberechtigt am bürgerlichen Leben teilnehmen, aber er ist bereit, dem Neger einen Anteil an

seinem Verbrechen zu gewähren. Die Integration in der Vietnam-Armee ist nicht darauf beschränkt, daß ein Neger Befehlshaber über Weiße sein kann. Er hat das Recht, Angehörige einer niedrigeren Rasse zu morden wie ein Weißer. Im Verhältnis zwischen dem Amerikaner und dem Asiaten sind die weißen Amerikaner bereit, den Farbigen an der eigenen Überlegenheit über die Asiaten teilnehmen zu lassen. Es braucht kein Wort darüber verloren zu werden, daß auch dieses Zugeständnis nur auf Zeit gemacht wird. Relativ nehmen ja auch die südvietnamesischen Regierungstruppen daran teil, die Onkel Toms der Asiaten. Sollte sich aber einmal ein internationaler Gerichtshof mit den amerikanischen Verbrechen in Vietnam befassen, so wird es nicht nur wie in unseren Auschwitz-Prozessen die ständige Entschuldigung geben, auf Befehl gehandelt zu haben, sondern man wird mit dem prozentualen Anteil der Südvietnamesen zuerst, dann aber auch der Farbigen an diesen Grausamkeiten arbeiten. Und die Schreibtischmörder werden erneut ihre Hände in Unschuld waschen können; denn selbstverständlich sind auch heute noch trotz der perfekten Integration keine Farbigen in den verantwortlichen Kommandostellen. Ihr prozentualer Anteil schwindet mit der Höhe des Ranges. Und es wird vergessen werden, daß nicht nur der Plan, der Befehl zum Morden im Pentagon ausschließlich von Weißen erlassen worden ist, sondern daß das Erziehungssystem, das den Soldaten zum Morden befähigt, das die Menschlichkeit in ihm ertötet, ein Erbteil der Vereinigten Staaten von ihrem Ursprung her, von dem ersten Rassenproblem amerikanischer Geschichte her ist. Weil der Vietnam-Krieg so unlösbar mit diesem Problem der Vereinigten Staaten verwoben ist, ist es so schwer für den Amerikaner, diese Wurzeln des Problems zu erkennen. Noch laufen beide Bewegungen mehr parallel nebeneinander, die Bewegung, die die Menschenrechte der Farbigen erkämpfen will, und die Protestbewegung gegen den Vietnam-Krieg. Sie laufen personell ineinander, aber ihre gemeinsame Wurzel ist kaum erkannt. Bei einer Demonstration konnte ein Redner beschwörend die Unabhängigkeitserklärung, die revolutionäre demokratische Tradition der Vereinigten Staaten anrufen; diese Unabhängigkeitserklärung werde heute von der Regierung der Vereinigten Staaten geschändet, da sie nicht bereit sei, die gleichen Rechte, die sie selbst in Anspruch nimmt, auch dem Volk von Vietnam zuzugestehen. Er war sehr erstaunt, als ihm entgegengehalten wurde, daß gerade diese Unabhängigkeitserklärung die Regierung heute berechtige, derart gegen das vietnamesische Volk vorzugehen. Die Unabhängigkeitserklärung schloß weder die Indianer noch die Neger ein, nicht einmal alle weißen Kolonialisten. Sie war nur für die herrschende Schicht gezimmert. Sucht man eine Parallele zur amerikanischen Revolution in unserer Zeit mit den gleichen soziologischen Voraussetzungen, so muß man nach Rhodesien gehen, wo Mr. Smith genau das gleiche praktiziert wie einst George Washington: Unabhängigkeit vom Mutterland, Freiheit für die regierende Schicht, um die eingeborene Bevölkerung frei ausbeuten zu können.

Das fünfjährige Kind im öffentlichen Kindergarten lernt den Treueschwur, den es fortan jeden Morgen erneut mit seiner Hand auf dem Herzen, das Gesicht zur Fahne gewendet, sprechen wird: „Ich schwöre Treue der Flagge der Vereinigten Staaten und der Republik, die sie vertritt; eine Nation unter Gott, unteilbar, mit Gerechtigkeit und Freiheit für alle." Wer nur etwas vom Leben in den Vereinigten Staaten kennt, weiß, daß diese Worte nicht nur leer sind, sie sind pure Heuchelei. Sie werden aber umso lauter gesprochen, je weniger sie der Wirklichkeit entsprechen. Freiheit und Gerechtigkeit hat es weder für den Neger noch für den Indianer in den Vereinigten Staaten jemals gegeben, und es gibt sie bis heute nicht. Hört man auf die Republikaner, die nach den Kongreßwahlen wieder

neuen Mut gefaßt haben, oder auf den Südstaaten-Demokraten Wallace, so wird es sie auch in absehbarer Zeit nicht geben. Dagegen wird der Krieg in Vietnam unnachsichtig weiter geführt werden. Der Schauspieler-Gouverneur Ronald Reagan in Kalifornien, der eine traurige Berühmtheit bereits durch die Beschneidung der Rechte der Landesuniversität erlangte, hat eindeutig die Linie seiner Politik festgelegt:

Vietnam: „Hat man einmal die jungen Leute aufgerufen, zu kämpfen und für das Vaterland zu sterben, ist uns anderen die moralische Verpflichtung auferlegt, alle Hilfsquellen der Nation zu mobilisieren, um den Sieg zu gewinnen. Ich denke, wir sollten es tun und damit fertig werden." Bürgerrechte: „Es gibt eine Grenze, wie weit man mit dem Gesetz gehen kann. Man kann nicht eine Person Vorteil davon genießen lassen, daß man anderen die Freiheit beschneidet. Ich glaube, daß das Recht auf und die Kontrolle über das Eigentum ein grundlegendes menschliches Recht ist, und als Gouverneur werde ich dafür kämpfen, dieses Recht zu erhalten" (übersetzt nach Readers Digest 4/1967).

Weiß man, daß dieses „Recht" darin besteht, Farbigen ein Grundstück wegen ihrer Hautfarbe nicht zu verkaufen, den Zutritt zu bestimmten Clubs und Lokalen zu verwehren, ihnen eine angemessene Bildung vorzuenthalten, so versteht man, daß dieser Hollywood-Gouverneur die Demokraten als Linksradikale bezeichnet und sich seine ersten Sporen damit verdient hat, daß er die Filmindustrie vor einer „kommunistisch" beherrschten Gewerkschaft bewahrt hat.

Hört man die Reden und Abstimmungen im Senat und Kongreß, so erscheint die Lage als nahezu hoffnungslos. Die Senatoren Fulbright und Wayne Morse sind die einzigen, die die Stimme der Vernunft vertreten. Bei allen anderen hat der Appell an die nationale Verantwortung immer wieder die Oberhand. Es ist aber bezeichnend, daß Senator Wayne Morse in einer öffentlichen Diskussion sagte, daß in der Lobby (cloak room) des Senats die Mehrheit der Senatoren ihm zustimme. Auf die Dauer kann eine Regierung nicht gegen die Vernunft regieren, wenn nicht das ganze Volk den Verstand verloren hat. 90 Prozent der Intelligenz mögen auf dem Stimmzettel und in der Parteimaschine nicht erheblich zu Buch schlagen. Dennoch kann eine Regierung nicht gegen diese intellektuelle Minderheit auf die Dauer regieren. Die Bürgerrechtsbewegung und der Protest gegen den Vietnam-Krieg werden immer stärker zu einer Bewegung, deren Erfolg sicher nicht vor der Tür steht, aber ebenso gewiß ist wie der Erfolg des Marsches auf Washington 1963. Daß Menschenrechte unteilbar sind, haben die Führer der Neger in einer Breite erkannt, die auch Unterschiede über den einzuschlagenden Weg überbrücken. Das Bündnis mit den Weißen, die schon auf dem Marsch auf Washington teilnahmen, hat dadurch nur an Substanz gewonnen.

Anmerkungen Zuschriften

Leserbrief von Prof. Dr. Anton Neuhäusler

Zum Kommentar „Zur Krise im Nahen Osten" in Nr. 6/67

Ich kann mich dem Kommentar, den Herr Neuhöffer kurz vor Kriegsausbruch im Nahen Osten schrieb, nicht anschließen. Ich bin nicht der Ansicht, daß Israel „als bloße Schachfigur der weltweiten amerikanischen Strategie" fungierte, sondern daß es sich gegen seine totale Existenzbedrohung zur Wehr gesetzt hat, die ihm von seinen arabischen Nachbarn unmißverständlich angekündigt wurde. Daß die USA einerseits Israel, die Sowjetunion andererseits die Vereinigte Arabische Republik in ihre globalen Dispositionen einplanen, ist damit selbstverständlich nicht geleugnet. Es ist, vor allem seit Beginn des Nahostkriegs, auch offensichtlich geworden, daß nicht nur bestimmte „Kreise in Israel" die gegenwärtige israelische Politik tragen, sondern die überwältigende Mehrheit des Volks von Israel, das endlich seiner Heimat sicher sein will. Ob die Sperrung des Golfs von Akaba ein absolut zwingender Kriegsgrund war, möchte ich offenlassen; jedenfalls waren sich die Ägypter bewußt, daß es einer sei und daß sie Israel damit zu einem Krieg provozieren wollten, in dem sie endlich die Chance der Vernichtung des verhaßten Landes sahen. Das Unternehmen Akaba war bereits die erste Handlung aus kriegerischer Absicht. Das Insistieren der Sowjetunion und ihrer Anhangsländer, Israel als Aggressor zu verurteilen, hat keine moralische Überzeugungskraft angesichts kürzlicher Ankündigungen des arabischen Gegners, die Israelis wie „Schweine" ins Meer zu treiben, erst recht nicht angesichts seiner unvermindert weiterverkündeten Auslöschungsabsichten, zu deren Sprachrohr sich König Hussein macht: „Augenscheinlich sind wir noch nicht genügend geübt im Gebrauch moderner Waffen. Doch wir werden es sein, wenn wir müssen... Der politische Staat von David und Salomon bestand nicht länger als 70 Jahre. Es wäre gut für Israel, seine Geschichte nachzulesen." Hussein aber erntet bei der UNO „Ovationen". Daß Israel mit der Eingliederung Altjerusalems voreilig handelte, ist zu bedauern. Man sollte aber über der Rüge nicht vergessen, daß vor neunzehn Jahren die Jordanier die Altstadt eroberten, die Juden vertrieben und die Synagogen niederbrannten. Auch Israels verhängnisvolles „laissez faire" gegenüber dem Flüchtlingsstrom nach Ostjordanien kann man nicht mit der Sympathie für Israel überdecken. Aber es wäre — ich hoffe mich darin mit Herrn Neuhöffer einig — eine traurige Farce, Israel unvermutet als Sündenbock, allein auf weiter Flur, anzuprangern, während die eigentlichen Vernichtungsmissionäre, wenig beeindruckt von dem Elend, in das sie ihre Länder hineinmanövriert haben, zu Unschuldslämmern aufgehellt werden.

Prof. Dr. Anton Neuhäusler

Fernseh-Spalte

DER „RÖHMPUTSCH"

Ein „Gangster-Stück" nannte Axel Eggebrecht in seiner Vorrede die Geschichte, für deren dramatisierte Darstellung er zusammen mit Inge Stolten verantwortlich zeichnete: die Liquidierung Ernst Röhms und anderer hoher SA-Führer unter dem Vorwand, einen Staatsstreich geplant zu haben. Der „Säuberungsaktion" fielen auch zahlreiche Persönlichkeiten zum Opfer, die mit der SA in keiner direkten Beziehung standen, so der ehemalige Reichswehrminister und Reichskanzler Kurt von Schleicher und dessen Frau. Vom 30. Juni bis 2. Juli 1934 demonstrierte der „neue Staat" unverhüllt seine potenziert kriminelle Struktur. Bis heute ist nicht genau bekannt, wie viele Menschen damals ermordet wurden. Die Putsch-Legende war so durchsichtig, daß kaum jemand daran glaubte. Aber das deutsche Volk nahm — nach dem Mord von Potempa, dem Reichstagsbrand, der Bücherverbrennung, der Einrichtung von Konzentrationslagern — auch diese Untat der Nazis ziemlich gelassen hin. Und der SS-Staat wurde Wirklichkeit.

Die ermordeten SA-Führer erfuhren die von ihnen selbst lange genug praktizierten Terrormethoden am eigenen Leib. Am 2. Januar 1934 noch hatte Hitler in einem Brief dem Stabschef der SA, Röhm, mit folgenden Worten gedankt: „Der Kampf der nationalsozialistischen Bewegung und die nationalsozialistische Revolution wurden nur ermöglicht durch das konsequente Niederwerfen des marixistischen Terrors durch die SA ..." Tatsächlich war unter Führung Röhms die SA zu einem wesentlichen Machtfaktor innerhalb der präventiven Strategie der NSDAP (vor der sogenannten Machtergreifung) geworden, „zu jener Organisation des kalkulierten Massenterrors, die den Entwürfen Hitlers zugrunde gelegen hatte", wie es Joachim Fest ausdrückt. Aber gerade das war, in einem bestimmten Stadium der Hitlerschen Machtentfaltung, ein lästiges Indiz für die unbewältigte kriminelle Vergangenheit der NSDAP. Auch konnte Hitler die sogenannte „Zweite Revolution", um die sich Röhm ungeduldig bemühte, zu jener Zeit nicht mehr brauchen. So kommt ein Mosaikstein zum andern. Man sieht sich äußerst komplexen zeitgeschichtlichen Gegebenheiten gegenüber. Die bestgeeignete Form, solche differenzierten Sachverhalte möglichst präzise und umfassend darzustellen, dürfte nach wie vor der einfache Dokumentarbericht sein. Das ZDF zieht seit langem jedoch das Dokumentarpsiel vor. Es ist für den Betrachter sicher bequemer zu reflektieren. Aber da liegt auch schon mein Einwand. Man reflektiert, ohne gründlich in die Materie einzudringen. Selbst der beste Drehbuchautor muß sich für eine verkürzte historische Wiklichkeit entscheiden, wenn er die szenische Dokumentation als Aussageform wählt. Eggebrecht konzipierte sein Fernsehspiel chronologisch, was zweifellos zum besseren Verständnis des Geschehens beitrug. Er konzentrierte sich auf die Figur Röhms, der allerdings in der TV-Inszenierung einige Grade zu sympathisch wirkte. Es bedeutet keine Kritik an der Anlage des Dokumentarspiels, wenn hier auf das Fehlen der zeitgeschichtlichen Kulisse hingewiesen wird. In den zahlreichen Dialogen und Einzelszenen kamen die Rollen der SA, SS, Reichswehr, Industrie, die persönlichen Feindschaften und Intrigen, die Machtkämpfe innerhalb der NSDAP und viele andere zeitgeschichtlich wichtige Komponenten nicht genügend zur Geltung. Axel Eggebrecht hat sicher innerhalb des gesteckten Spielrahmens die optimale Lösung gefunden. Die Dialoge erwiesen sich als historisch höchst zuverlässig. Im letzten Drittel empfand man dann auch Betroffenheit infolge der realistischen Liquidationsszenen. Im Sinne der politischen Aufklärung aber hätte man sich gewünscht, daß Eggebrecht mit der Abfassung eines großangelegten Dokumentarberichtes betraut worden wäre. Er hat die nötigen Kenntnisse und Einsichten. Er ist ein hervorragender Chronist und weiß politische Zusammenhänge überzeugend zu artikulieren. Sein Dokumentarspiel gehört zu den besten, die wir in letzter Zeit vom ZDF zu sehen bekamen. Aber ich bin überzeugt, daß er einen noch besseren Dokumentarbericht geliefert hätte, ganz einfach, weil die szenische Form dem Autor zu viele Fesseln anlegt.

E. H. Wahl

Bücher

Bücher über die DDR (III)

Die Lage des Rechts in Mitteldeutschland. Ringvorlesung der Rechts- und Staatswissenschaftlichen Fakultät der Albert-Ludwigs-Universtität Freiburg/Br., Sommersemester 1964. Verlag C. F. Müller, Karlsruhe 1965, 178 S., kart. 8,30 DM

Theodor Maunz, Deutsches Staatsrecht, 15. neubearbeitete Auflage, C. H. Beck'sche Verlagsbuchhandlung, München und Berlin 1966, IX, 427 S., kart. 16,— DM

Siegfried Mampel, Die Verfassung der sowjetischen Besatzungszone Deutschlands, Text und Kommentar, 2. Auflage, Alfred Metzner Verlag, Frankfurt am Main-Berlin, 514 S., br. 39,60 DM

Siegfried Mampel, Die volksdemokratische Ordnung in Mitteldeutschland, 2. Auflage, Alfred Metzner Verlag, Frankfurt am Main-Berlin, 1966, 176 S., br. 8,— DM

Ernst Richert, Macht ohne Mandat, 2. Auflage, Westdeutscher Verlag, Köln und Opladen, 1963, 305 S., 29,— DM

Hans Schütze, „Volksdemokratie" in Mitteldeutschland. Sonderausgabe für das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen, herausgegeben von der Niedersächsischen Landeszentrale für politische Bildung, 1964, 228 S., glanzkart., kostenlos.

V

Der kritische Leser der zahlreichen Literatur über das Recht in der DDR stößt sehr bald auf einen gemeinsamen Grundzug fast aller dieser Abhandlungen, dessen Feststellung zugleich harte Kritik bedeutet: Die Verfasser dieser Bücher, zum Teil hochachtbare und angesehene Rechtsgelehrte, sind merkwürdigerweise nicht ganz aufrichtig. Ihre Unaufrichtigkeit besteht darin, im Zuge der Rechtsvergleichung zwischen dem Recht in der Bundesrepublik Deutschland und dem der Deutschen Demokratischen Republik stillschweigend einige Prinzipien unter den Tisch der Wissenschaft fallen zu lassen, um so etwas beweisen zu können, was von vornherein bewiesen werden soll, das der tiefste Sinn der meisten dieser Publikationen ist: Das „dort drüben" ist kein Staat, bzw. ein „Unrechtsstaat"; was dort unter „Recht" verstanden wird, ist nach „unserer" Rechtsauffassung generell Unrecht.

Eine solche Form der Rechtsvergleichung, bei der die Wertung (Recht — Unrecht) so massiv im Vordergrund steht, ja zum Hauptzweck dieser Art von Rechtsvergleichung wird, ist keine Rechtsvergleichung im eigentlichen Sinne mehr, sondern wissenschaftlich verbrämte Propaganda.

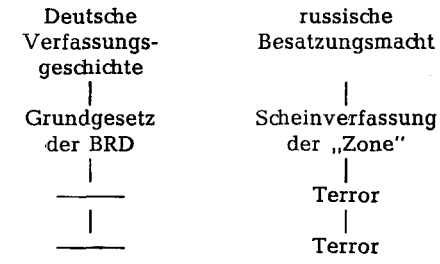
Der Wissenschaftler, der im Zuge der Rechtsvergleichung z. B. folgende Materie untersucht:

Verfassungsgeschichte	Verfassungsgeschichte
↓	↓
Grundgesetz der BRD	Verfassung der DDR
↓	↓
Verfassungswirklichkeit	Verfassungswirklichkeit
↓	↓
Tendenz der Entwicklung	Tendenz der Entwicklung

steht einer Fülle von Problemen gegenüber, die er bei äußerster Objektivität der Darstellung meistern kann.

Wir wollen gar nicht verlangen, daß dabei jenem Grundsatz gehuldigt wird, der früher selbstverständlich schien, wenn wir z. B. in einem rechtsvergleichenden Werk aus dem Jahre 1932 folgenden sympathischen Satz lesen können: „Für die Darstellung des Rechts eines jeden Staates ist auch jetzt wieder grundsätzlich ein dem Staat angehörender und mit dessen Recht besonders vertrauter Mitarbeiter gewonnen worden." Das wollen wir nicht radikal verlangen, obwohl es wünschenswert wäre und sicher einer Versachlichung der Atmosphäre dienen würde.

Aber wenn der obige Themenkreis der Rechtsvergleichung von Anfang an in folgendes Schema gepreßt wird:



d. h., wenn der Wortlaut des Grundgesetzes (ohne Berücksichtigung des Spannungsverhältnisses zwischen Grundgesetz und Verfassungswirklichkeit) unmittelbar der Verfassungswirklichkeit der DDR, wie sie der Verfasser sieht, meist fast ausschließlich gestützt auf Veröffentlichungen des Ministeriums für gesamtdeutsche Fragen, gegenübergestellt wird, dann ist das Willkür und kann keinen Anspruch auf wissenschaftliche Darstellung erheben.

Darüber hinaus: Eine Rechstliteratur über die DDR, die angesichts unseres politischen Strafrechts, der Praxis der Rechtssprechung gegenüber den Massenmördern des Dritten Reiches, der „Verjährungsdebatte", der vorbereiteten Manipulation des Wahlrechts zugunsten der Staatspartei, des jüngst exerzierten Polizeistaates gegenüber demokratischen Studenten, der Verbrechen unseres Strafvollzuges („Glocke" und „Klingelpütz"), der wachsenden Entmachtung des Parlaments durch Große Koalition und Großindustrie, der Staatsstreichpläne der Formierten Gesellschaft und der Notstandsverfassung stur und unbeirrt behauptet, das „da drüben" sei der Unrechtsstaat und hier sei der Rechtsstaat in Erbpacht, eine solche Literatur führt sich selbst ad absurdum.

Wer als Wissenschaftler Propaganda machen will mit dem Ziel, an der mehr oder weniger gewaltsamen Beseitigung des zweiten deutschen Staates auf seine Art teilzunehmen, soll das offen aussprechen, aber dann soll man auch aufhören, von der Objektivität der Wissenschaft zu reden, wenn die mehr oder weniger kritiklose Hinnahme der Rechtswirklichkeit in der Bundesrepublik kompensiert wird mit massivster Verurteilung des Rechtszustandes im anderen Teil Deutschlands. Das bedeutet keineswegs, daß einer kritiklosen Hinnahme das Wort geredet wird. Im Gegenteil. Aber es gibt einen Unterschied zwischen objektiver Darstellung und sachlicher Kritik auf der einen und einer umfassenden Verteufelung auf der anderen Seite.

Man mag in politischer Hinsicht z. B. die Verstaatlichung der großen Industrie in der DDR, den Zusammenschluß der Bauern in Landwirtschaftliche Produktionsgenossenschaften, die gleichberechtigte Stellung der Frau in der Gesellschaft ablehnen, man mag dafür außerdem ethische, rechtliche oder religiöse Gründe anführen. Aber es muß dem Wissenschaftler dennoch möglich sein, solche gesellschaftlichen Prozesse mit starken, einschneidenden rechtlichen Wirkungen sachlich zu erklären und die Gründe darstellen. Und wer kritisiert oder sogar verdammt, der soll dann auch bei der Rechtsvergleichung so ehrlich sein, zu begründen, daß in unserem Staatswesen die Herrschaft von einem Dutzend Multimillionären über die Industrie, die Flurbereinigung mit der Vernichtung der bäuerlichen Existenz von Zehntausenden und die Nicht-Gleichberechtigung der Frau als Industriearbeiterin der bessere Zustand und auch das bessere Recht sei. Man muß doch auch berücksichtigen, daß bestimmte Gebiete der dortigen Rechtsentwicklung, wie z. B. bestimmte Teile des Strafrechts, ohne die Schilderung der gesamtdeutschen Problematik mit ihrer permanenten Bürgerkriegssituation, in der die DDR als „unerlöstes" 12. Land der BRD fungiert, überhaupt nicht verständlich sind.

Eins allerdings ist notwendig: Die generelle These, daß die bürgerlichen Staaten Rechtsstaaten, die sozialistischen Staaten dagegen „Unrechtsstaaten" seien, muß in dieser schrecklichen Vereinfachung sofort und radikal von der Wissenschaft fallengelassen werden zugunsten der These, daß die sozialistischen Staaten Rechtsstaaten e i g e n e r Entwicklung sind auf der Grundlage einer völlig anders gearteten sozialökonomischen Basis und einer anderen Staatsmacht. Dabei muß die geschichtliche Tatsache, daß in der Sowjetunion zwischen 1935 und 1953 die Rechtsstaatlichkeit weitgehend, während einiger Jahre in der Tschechoslowakei und in Ungarn teilweise aufgehoben war, berücksichtigt werden.

Erst von hier aus sind Ansätze für eine objektive Darstellung gegeben.

VI

Mit der „Ringvorlesung" der Rechts- und Staatswissenschaftlichen Fakultät der Universität Freiburg/Br. wurde 1964 der Versuch unternommen, auf dem Gebiet des Schuldrechts, der Eigentumsverfassung, des Familienrechts, des Strafrechts, des Verwaltungsrechts, des Wirtschaftsrechts und des Arbeitsrechts den Studenten die Rechtsentwicklung in der DDR nahezubringen. Das Ergebnis ist problematisch und kann nicht befriedigen.

Es muß begrüßt werden, wenn Prof. Dr. Ramm (Marxismus und Recht) zu der Schlußfolgerung kommt, daß ein Gespräch zwischen den Juristen beider Seiten möglich wäre, wenn eine echte Rechtsvergleichung stattfände, „die — auf beiden Seiten — die ideologische und ökonomische Bedingtheit rechtlicher Institutionen herauszuarbeiten hätte" (S. 12). Die Kollegen Ramms innerhalb der Vorlesungsreihe hielten sich nur nicht an diesen richtigen Vorschlag.

Auch Ramm irrt an anderer Stelle, wenn er lapidar feststellt, der Bolschewismus habe wegen der Sondersituation in der S.U. (ein industriell zurückgebliebenes Land) keine neue Rechtstheorie ausgebildet. Hierzu muß bemerkt werden, daß die Sozialisten seit Marx eine Rechtstheorie haben, allerdings keine ohne Einbeziehung der Geschichte der Gesellschaft. Rechtstheorie und Rechtskontinuität als leere Abstraktion außerhalb der Gesellschaft haben die Marxisten als philosophische Materialisten immer abgelehnt, und Ramm wird vergeblich auf die Entwicklung einer Rechtstheorie warten, die in irgendeiner Weise mit bürgerlichen Rechtstheorien verglichen werden könnte.

Ferner darf die Behauptung Ramms, der Marxismus habe sich auf dem Gebiet des Rechts dem Positivismus zugewandt, nicht unwidersprochen hingenommen werden. Es gibt keine Anzeichen dafür, daß die Juristen in den sozialistischen Ländern ihre wissenschaftliche Arbeit als einen Prozeß der sklavischen Anpassung des Rechts an die jeweilige gesellschaftliche Situation auffassen. Gerade sie huldigen nicht jener Parole, die ein Teil unserer Wissenschaftler auf ihre Fahnen geschrieben hat: So ist es und so bleibt es! Was alle sozialistischen Länder gerade in den letzten zehn Jahren charakterisiert, ist ein stürmischer Drang nach Veränderung, wobei das Recht eine bedeutende aktive Rolle spielt. In der Einleitung zu dieser Ringvorlesung muß zugegeben werden, daß die Zeit eines kurzen Vortrages nicht ausgereicht hätte, auch nur die wichtigsten Tatsachen und Probleme hinreichend zu erörtern. „Die wirklichen Rechtszustände in Mitteldeutschland erschließen sich nur schwer der genauen Feststellung ..." So ist es. Wären die Veranstalter da nicht wirklich besser beraten gewesen, sie hätten einige Kollegen aus der DDR eingeladen zu Gastvorlesungen? Aber wollte man das?

VII

Unter den Darstellungen über die Rechtslage des geteilten Deutschland und über das Verfassungsrecht und den Staatsaufbau der DDR hebt sich die Darstellung von Theodor Maunz positiv hervor. Maunz beschränkt sich ausdrücklich (S. 11) auf die Beschreibung von Fakten, Vorstellungen und Normen in juristischer Methode. Über diese Methode sagt Maunz selbst: „Wenn hier und an anderen Stellen des Lehrbuchs von DDR und anderen Bezeichnungen gesprochen wird, so ist für jeden Einsichtigen klar, daß darin nicht eine Anerkennung irgendwelcher Vorgänge, Zustände oder Theorien enthalten ist, sondern — gemäß einer in der wissenschaftlichen Welt üblicherweise zugrunde gelegten Arbeitshypothese — lediglich die Mitteilung an die Leser, wie sich diese oder jene Gebilde, Organe oder Einrichtungen selbst nennen. Wer etwas anderes daraus entnimmt, würde die Aufgabe eines Lehrbuchs mißverstehen ..." (ebenda)

Man könnte hier die Frage aufwerfen, warum ein so bekannter und angesehener Lehrer des Rechts wie Maunz solche Selbstverständlichkeiten wissenschaftlicher Arbeit überhaupt betonen muß. Er muß in der Atmosphäre, in der sich heute wissenschaftliche Arbeit in der Bundesrepublik abspielt, solche Prinzipien betonen, weil sie manchem seiner Kollegen immer noch ungewöhnlich erscheinen. Ohne Zweifel ist Maunz, der ja nun bekanntlich wirklich nicht irgendwelcher „linken" Regungen verdächtig ist, wegen seiner objektiven und sachlichen Darstellung des DDR-Staatsrechts heftig angegriffen worden. Denn wie

wäre es sonst möglich, daß diese Darlegung wissenschaftlicher Arbeitsweise in früheren Auflagen nicht vorhanden ist? (Siehe z. B. die 7. Auflage von 1958)

Aber Maunz mußte sich nicht nur gegenüber unqualifizierten Anrempeleien wehren, er mußte auch zurückstecken. Auch hierzu ein Beispiel: auf Seite 19 der 7. Auflage findet sich folgender Satz am Schluß des Abschnittes „Die gesamtdeutsche Frage": „Die neueste Entwicklung — jedenfalls seit anfangs 1955 — läßt erkennen, daß bei jedem Wiedervereinigungsversuch vom Faktum zweier staatlicher Gebilde — mögen diese auch gegenseitig rechtlich nicht anerkannt sein — ausgegangen werden muß. Mit einer bloßen Ausdehnung der staatlichen Ordnung von einem Gebilde auf das andere kann schwerlich gerechnet werden."

In der 15. Auflage von 1966 werden wir diese realistische Einschätzung vergeblich suchen! Maunz ist ganz auf Regierungslinie in Wiedervereinigungsfragen eingeschwenkt, wenn er darauf hinweist, ohne die Mitwirkung der Großmächte sei eine Wiedervereinigung nicht zu erreichen und gewaltsame Aktionen würden selbstverständlich abgelehnt. Maunz wurde auf jeden Fall davon „überzeugt", daß er den Kern der Bonner Wiedervereinigungspolitik, nämlich Ausdehnung der staatlichen Ordnung der BRD auf die DDR und darüber hinaus auf die Ostgebiete bis nach Königsberg, eben nicht anzweifeln darf. Und ohne Gewalt? Bei den Feiern zum 17. Juni 1967 ließ die Bundesregierung in West-Berlin Parolen auf Bändern und Plakaten zeigen, die eine sehr deutliche, unfriedliche Sprache führten: „Israel mahnt: Mehr Mut zur Freiheit" und „Auch Jerusalem war geteilt . . ."

Aber davon abgesehen: Sowohl was die Rechtslage Deutschlands als auch die Verfassung der DDR anbelangt (mit den Unterabschnitten: Grundlinien der Verfassung, Grundrechte und Grundpflichten, Wirtschafts- und Sozialordnung, Kulturordnung, Gesetzgebung, Verwaltung, Rechtspflege, Volkskammer, Wahlen und Parteien und Ministerrat und Staatsrat), die Grundlinie sachlicher und nüchterner Darstellung wird nirgends verlassen und gibt dem Leser die Möglichkeit, sich ein eigenes Urteil zu bilden. Diese knappe und konzentrierte Be-

Kursbuch 9 1967

Vermutungen über die Revolution. Kontroversen über den Protest

Herbert Marcuse: Ist die Idee der Revolution eine Mystifikation?

Dossier 1: Kronstadt oder die Dritte Revolution. Zusammengestellt von H. M. Enzensberger

J. Kuron und K. Modzelewski: Offener Brief an die Polnische Arbeiterpartei

Joachim Schickel: Mao Tse-tung und die Große Sozialistische Kulturrevolution

Dossier 2: Vietnam und die Weltrevolution. Eine Kontroverse (Les Temps Modernes, Le Nouvel Observateur, L'Humanité)

Martin Walser: Praktiker, Weltfremde und Vietnam

Noam Chomsky: Vietnam und die Redlichkeit des Intellektuellen

Uwe Johnson: Über eine Haltung des Protestierens

Martin Walser: Auskunft über den Protest

Suhrkamp

schreibung ist vorbildlich und auch selten geworden innerhalb einer juristischen Literatur, die, was Vorgänge im Osten anbelangt, in ihrer Mehrzahl genau so eine Bürgerkriegsliteratur ist wie die Greuelliteratur über die Französische Revolution vor 170 Jahren.

VIII

Die beiden Werke von Siegfried Mampel „Die volksdemokratische Ordnung in Mitteldeutschland" und „Die Verfassung der Sowjetischen Besatzungszone Deutschlands" gehören zu den westdeutschen Standardwerken auf dem Gebiet der Darstellung und Wertung des Staatsrechts der DDR.

Mampel spricht offen aus, daß er von der Hoffnung ausgeht, daß „im Zuge der Wiedervereinigung" die DDR „verschwindet" und so deren Verfassung und Erläuterung überflüssig werden. Mampel gibt sich also ehrlicherweise gar nicht erst den Anschein, als wolle er sine ira et studio eine Verfassung so untersuchen, wie das nach allgemeinen wissenschaftlichen Maßstäben üblich ist, er untersucht als engagierter politischer Gegner.

Was zunächst die Darstellung „Die volksdemokratische Ordnung in Mitteldeutschland" anbelangt, so ist sie insofern brauchbar, als neben der Literaturangabe westdeutscher Veröffentlichungen auch DDR-Veröffentlichungen angegeben sind. Das Buch enthält außerdem zu zwei Dritteln Gesetzestexte, wenn auch zum Teil gekürzt. Die Einleitung zu diesen Texten ist allerdings für wissenschaftliche Arbeit nicht brauchbar.

Man hat Stalin seinerzeit zu Recht den Vorwurf gemacht, daß er die Philosophie des dialektischen und historischen Materialismus auf insgesamt 33 Druckseiten abhandelte. Mampel „bewältigt" das Thema auf 8 Druckseiten. Belassen wir es bei diesem einen Beispiel, das für sich selbst spricht.

Der ausführliche Kommentar zur Verfassung der DDR erhebt nach Mampels eigenen Worten ebenfalls nicht den Anspruch, ein Kommentar im überlieferten Sinne zu sein. Mampels Kommentar will „aufklären", wie er selbst im Vorwort schreibt, er will ein Stück politischer Enthüllungsliteratur sein. Diesen Zweck erfüllt er allerdings nur zum Teil, denn auf über 500 Druckseiten hat Mampel eine Fülle objektiver Informationen zusammengetragen, die allerdings überall mit dem politischen Standpunkt des Autors verwoben und deshalb bedauerlicherweise nur bedingt brauchbar sind. Mampel betont im Vorwort, er habe auf einen eigenen Standpunkt nicht verzichtet. „Dieser wurzelt in den elementaren Grundsätzen, die sich im Laufe der Entwicklung der menschlichen Gesellschaft herausgebildet haben und von allen zivilisierten Nationen anerkannt werden." Ein großes Wort. Sollte man nicht aber auch meinen, daß zu solchen elementaren Grundsätzen gehört, daß man bei der Wahrheit bleiben soll?

Man zweifelt, wenn man solche Sätze liest wie diesen: „Die konsequente Anwendung der Lehre des dialektischen und historischen Materialismus auf die Entwicklung der SBZ ist die entscheidende Ursache für die Spaltung Deutschlands." (S. 24)

Solche merkwürdigen „Erkenntnisse" finden sich beinahe auf jeder zweiten Seite. Mampel sagt selbst im Vorwort, daß die Kommentierung der DDR-Verfassung keine dankbare Aufgabe sei. Man muß hinzufügen: Die Lektüre des Kommentars ist es auch nicht.

IX

Auf einem ganz anderen Niveau steht das Werk von Ernst Richert über den Staatsapparat der DDR. Man soll sich durch den etwas propagandistisch anmutenden Titel „Macht ohne Mandat" nicht täuschen lassen. Dahinter verbirgt sich eine sehr sorgfältige Arbeit über alle Aspekte des Staatsapparates (DDR als Glied des Ostblocks, Rolle der SED, Staatsrat, Wirtschaftsapparat, Fachministerien, Volksvertretung, Kader usw.). Bei aller natürlich spürbaren Ablehnung informiert Richert recht gewissenhaft und urteilt vorsichtig. Mit einer solchen Darstellung, die er konsequent durchhält, erzielt er vielleicht Wirkungen, die er nicht beabsichtigt hat.

Wenn es Richert auch von seinem ideologischen Standpunkt her unmöglich ist, das Problem eines so völlig anders gearteten Staates, wie er auf deutschem Boden noch

nie vorher entstanden war, historisch in den Griff zu bekommen, so beeindruckt doch vor allem zweierlei:

Da ist einmal die nicht zu übersehende Mühseligkeit dieses Aufbaus. Mit peinlicher Genauigkeit beweist Richert (sicher völlig unbewußt), wie unter den ungünstigsten Umständen mit einer zunächst zum größten Teil feindlich eingestellten Bevölkerung, in jeder Beziehung heruntergekommen durch Krieg und Nachkrieg, fast ohne Rohstoffe, mit einer zerstörten und demontierten Industrie, ohne Aussicht auf irgend eine größere wirtschaftliche Hilfe von außen, in einer permanenten Bürgerkriegssituation mit der BRD stehend, bei offenen Grenzen und mit Menschen, die alles andere sind als Fachleute in der Leitung von Staaten, dieser Staat dennoch aufgebaut wird. Dabei: wieviel Fehlschläge, wieviel immer wieder einstürzende Hoffnungen. Und am Ende nicht zu übersehende Erfolge, die sich neben unserem „Wirtschaftswunder" gar nicht so schlecht ausnehmen.

Das andere: Richert schildert einen Staatsapparat, der nicht korrupt ist, der keinerlei Anzeichen von Korruption aufweist.

Man möchte dem Autor wünschen, daß er einmal über den westdeutschen Staatsapparat ein ebensolches Buch mit ebenderselben Akribie schreiben möge. Man kann davon überzeugt sein, er könnte das als Berater der Bundesregierung nicht tun.

X

Das Buch von Hans Schütze „‚Volksdemokratie' in Mitteldeutschland", Sonderausgabe für das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen, ist eine Propagandaschrift, die dem allgemeinen Niveau dieses Ministeriums und der ihm angeschlossenen Organisationen entspricht. Es steht auf der Stufe des Nachschlagewerkes „SBZ von A—Z". Wenn es der Bundesregierung, wie Bundeskanzler Kiesinger neuerlich bei der Beantwortung des Stoph-Briefes betonte, wirklich ernst ist mit der Entspannung und dem Suchen nach einem sachlichen Verhältnis zur DDR, dann dürfen Schriften wie diese nicht mehr erscheinen. Sie wirken alle wie mit Schaum vor dem Mund geschrieben. Kein schöner Anblick!

Dr. Wolfgang Plat

Neuerscheinungen
Eingesandte Bücher

Kulturkritik und Soziologie

Friedrich Lenz, Friedrich List's Staats- und Gesellschaftslehre. Eine Studie zur politischen Soziologie. Luchterhand Verlag, Neuwied, 112 S., kart. 6,80 DM (Soziologische Essays).

Philosophie A—Z (Neuausgabe). Herausgegeben von Alwin Diemer und Ivo Frenzel. Fischer Bücherei, Frankfurt, 384 S., kart., 4,80 DM (Fischer Lexikon, Bd. 11). — Die Stichworte zu dieser neuangelegten und ergänzten Ausgabe (u. a. zur Philosophie der einzelnen Kulturkreise, zur Sprachphilosophie, Anthropologie, Ästhetik, Erkenntnistheorie, Logik, Geschichts- und Rechtsphilosophie) wurden von verschiedenen Autoren bearbeitet. Zu jedem Kapitel wird ausgewählte Literatur nachgewiesen.

Marxistische Philosophie. Lehrbuch. Herausgegeben von einem Autorenkollektiv unter Leitung von Prof. Dr. Kosing. Dietz Verlag, Berlin, 782 S., Ln. 9,60 DM.

Antike Geisteswelt I—II. Eine Sammlung klassischer Texte. Auswahl und Einführungen von Walter Rüegg. / Bd. I: (Natur und Geist), 282 S. / Bd. II: (Die Bestimmung des Menschen), 259 S. / Deutscher Taschenbuch Verlag, München, kart., je Band 3,80 DM (DTV Bd. 419—420). — Die Quellentexte, deren Herausgeber an der Universität Frankfurt Soziologie lehrt, reicht von Heraklit bis Boethius. Der zweite Band enthält ein umfassendes Namens- und Sachregister.

Aufklärung heute. Probleme der deutschen Gesellschaft. Herausgegeben von Hermann Glaser. Rombach Verlag, Freiburg, 235 S., kart. 10,— DM. — Vorträge und Podiumsdiskussion vom „Nürnberger Gespräch 1966".

Karl H. Bönner, Deutschlands Jugend und das Erbe ihrer Väter. Wie skeptisch ist die junge Generation? Gustav Lübbe Verlag, Bergisch Gladbach, 232 S., Ln. 16,80 DM.

Geschichte und Zeitgeschichte

Robert Stupperich, Geschichte der Reformation. Deutscher Taschenbuch Verlag, München, 290 S., kart. 3,80 DM (DTV

Bd. 413). — Eine knappe, aber eingehende Darstellung der reformatorischen Bewegung und ihrer führenden Köpfe Luther, Zwingli und Calvin. Die beigegebene synoptische Zeittafel und eine Übersicht über die Amtszeit der regierenden Fürsten und Päpste erlaubt es, den historischen Ablauf in jeder Phase zu verfolgen.

Edmund Burke, Betrachtungen über die französische Revolution. Eingeleitet von Dieter Henrich. Suhrkamp Verlag, Frankfurt, 360 S., kart. 8,— DM (Reihe Theorie 1).

Rudolf Pörtner, Mit dem Fahrstuhl in die Römerzeit. Städte und Stätten deutscher Frühgeschichte. Droemersche Verlagsanstalt Th. Knaur, München, 447 S., kart. 4,80 DM (Knaur-Taschenbücher, Bd. 144). — Das erfolgreiche Buch liegt nun auch in ungekürzter Taschenausgabe mit 118 Fotos, Karten, Plänen und Zeichnungen, einer Zeittafel, Namens-, Sach- und Bildregister vor.

Ausnahmezustand. Eine Anthologie aus „Weltbühne" und „Tagebuch". Herausgegeben von Wolfgang Weyrauch. Verlag Kurt Desch, München, 432 S., Paperback 19,80 DM. — Die vorzüglich getroffene Auswahl enthält Beiträge u. a. von Siegfried Jacobsohn, Leopold Schwarzschild, Carl v. Ossietzky, Kurt Tucholski, Hellmut v. Gerlach, Heinrich Mann, Egon Erwin Kisch, Walter Mehring und Erich Kästner.

Valentin Bereshkow, In diplomatischer Mission bei Hitler in Berlin 1940—1941. Stimme-Verlag, Frankfurt, 124 S., Paperback 8,80 DM (Antworten, Bd. 17). — Der Autor berichtet über den Besuch des sowjetischen Außenministers Molotow bei Hitler im November 1940 (an dem er als Deutschlandexperte teilnahm) und über seine Tätigkeit als Erster Sekretär an der Sowjetbotschaft in Berlin bis zum 22. Juni 1941, dem Tag des deutschen Einmarsches in die Sowjetunion.

Andreas Hillgruber / Gerhard Hümmelchen, Chronik des Zweiten Weltkrieges. Bernard & Graefe Verlag, Frankfurt, VIII, 196 S., Ln. 28,— DM, Paperback 19,80 DM. — Eine Tag für Tag geführte Zeittafel, die jedoch mit ihrer Begrenzung auf die Zeit vom 1. September 1939 (deutscher Überfall auf Polen) bis zum 24. Oktober 1945 (Entwaffnung der letzten Japaner) die wichtige Vorgeschichte (so etwa den „Anschluß" Österreichs und die Annektion der Tschechoslowakei) außer acht läßt.

Gyula Mérei, die Idee der europäischen Integration in der westdeutschen bürgerlichen Geschichtsschreibung. Akadémiai Kiadó / Verlag der Ungarischen Akademie der Wissenschaften, Budapest 206 S., Ln. 28,—DM (Studia Historica Academiae Scientiarum Hungaricae, Bd. 57). — Eine kritische Würdigung der westdeutschen historiographischen Literatur. In einem besonderen Kapitel untersucht der Autor den politischen und wirtschaftlichen „Hintergrund der westeuropäischen kapitalistischen Integrationsbestrebungen".

Winston Churchill in Selbstzeugnissen und Bilddokumenten. Dargestellt von Sebastian Haffner. Rowohlt Verlag, Reinbek, 188 S., kart. 2,80 DM (Rowohlts Monographien, Bd. 129). — Mit umfangreicher Bibliographie und vielen seltenen Illustrationen.

Aktuelle Themen

Vincenz Timmermann, Probleme und Möglichkeiten der Entwicklungsplanung. Die Strategie des balanced growth. Kohlhammer Verlag, Stuttgart, 147 S., kart. 24,80 DM (Veröffentlichungen der Wirtschaftshochschule Mannheim, Bd. 17).

Peider Könz, Die Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD). Verlag Otto Schwarz & Co., Göttingen, 47 S., kart. 7,80 DM (Beiträge zum internationalen Wirtschaftsrecht und Atomenergierecht, Bd. 2 / Heft 2).

Berufsausbildung und beruflicher Bildungsweg. Eine Dokumentation. Europäische Verlagsanstalt, Frankfurt, 166 S., kart. 7,80 DM.

Anro Ploog, Notstand unser ... Mit einem Vorwort von Günter Wallraff. Edition Fischer, Frankfurt, ungez. Seiten, kart. 6,80 DM. — Gesammelte Karikaturen.

Dokumente zum Zeitgeschehen

Wortlaut der Karlsbader Erklärung der kommunistischen und Arbeiterparteien Europas

Wir, die Vertreter der in Karlovy Vary versammelten kommunistischen und Arbeiterparteien Europas, der Verantwortung bewußt, die wir für die Zukunft unserer Völker sowie für die Sache der internationalen Arbeiterklasse tragen, betrachten die Erhaltung des Friedens als das Wichtigste für alle Völker unseres Kontinents. Wir sind zusammengetroffen, um gemeinsam die gegenwärtige Lage zu erörtern, um Erfahrungen auszutauschen und gemeinsam Wege und Methoden auszuarbeiten, die zur Vereinigung aller Kräfte des Friedens und des Fortschritts im Kampf für die Sicherheit in Europa beitragen werden.

I

Die Erfahrungen der letzten Jahre bestätigten die Richtigkeit des Standpunktes der Kommunisten, daß der Weltkrieg nicht unvermeidlich ist, man kann ihn mit den vereinten Anstrengungen der weltweiten sozialistischen Gemeinschaft, der internationalen Arbeiterklasse, der nationalen Befreiungsbewegung aller Staaten, die gegen den Krieg auftreten, sowie aller Friedenskräfte verhindern.

Diese Kräfte sind beträchtlich gewachsen. Gleichzeitig verstärkte sich jedoch die Aggressivität des amerikanischen Imperialismus. Die Vereinigten Staaten — die Hauptkraft der Aggression und der Reaktion — versuchen das Rad der Geschichte zurückzudrehen und das Recht der Völker, über ihr eigenes Schicksal zu entscheiden, zunichte zu machen. Sie mischen sich brutal in die inneren Angelegenheiten der Staaten Lateinamerikas, Asiens und Afrikas ein und weiten den barbarischen Interventionskrieg gegen das vietnamesische Volk aus, der heute die ernsteste Gefahr für den Weltfrieden darstellt.

In dieser Lage gewinnt der Kampf gegen die Kräfte des Imperialismus in Europa um so größere Bedeutung. Jeder Erfolg in diesem Kampf bedeutet nicht nur einen Schritt vorwärts in Richtung eines dauerhaften Friedens in unserem Teil der Welt, sondern versetzt auch der Politik der Stärke und dem System der untereinander verbundenen aggressiven Militärpakte, mit denen der Imperialismus den Erdball umgürtete, einen neuen Schlag.

Europa, das zwei Weltkriege erlebte, bleibt das neuralgische Gebiet der Konfrontation der Hauptkräfte des imperialistischen Lagers und der sozialistischen Gemeinschaft. Ein bewaffneter Konflikt zwischen ihnen würde die Gefahr in sich bergen, sich in einen totalen nuklearen Krieg zu verwandeln. Diese Gefahr lastet auf dem Leben der europäischen Völker, hemmt den sozialen und wirtschaftlichen Fortschritt, vergiftet die internationalen Beziehungen und zieht eine riesige Vergeudung materieller Mittel im Rüstungswettlauf nach sich. Die bewaffneten Interventionen einiger europäischer Staaten gegen die nationale Befreiungsbewegung schaffen ebenfalls Spannungsherde und gefährden den Frieden.

Nach dem zweiten Weltkrieg schufen die imperialistischen Staaten mit den USA an der Spitze den Nordatlantikpakt, der sich gegen die sozialistischen Länder und auch gegen die demokratischen Bewegungen in den kapitalistischen Ländern richtet. Das führte zur Teilung Europas in entgegengesetzte Militärblocks. Indem die Imperialisten die Bundesrepublik remilitarisierten und ihre gesetzwidrige Alleinvertretungsanmaßung anerkannten, haben sie ihr die Rolle eines vorgeschobenen antikommunistischen Bollwerks zugewiesen, das die Spannungen verschärft und somit den Frieden und die Sicherheit ganz Europas bedroht. Der Bonner Staat, in dem das Steuerrad der Regierung in die Hände der

revanchistischen und militaristischen Kräfte gelangte, wurde zur Hauptstütze der Globalstrategie der USA in Europa. Der Kräftezuwachs der von ehemaligen Nazioffizieren kommandierten Bundeswehr zeugt vom Ausmaß der Kriegsvorbereitungen. Die Tätigkeit der KPD wurde verboten, und andere demokratische und friedliche Organisationen werden verfolgt.

Gleichzeitig wurde den reaktionärsten und neonazistischen Kräften freie Hand gelassen. Ihr wachsender Einfluß beunruhigt tief die öffentliche Meinung Europas, die aus den bitteren Erfahrungen gelernt hat, daß Faschismus immer mit aggressivem Militarismus Hand in Hand geht.

Der kalte Krieg wurde für die Monopole in allen kapitalistischen Ländern Europas zum Instrument der Offensive gegen die Demokratie und des Drucks auf die werktätigen Massen, um ihren Kampf für bessere Lebensbedingungen zu ersticken, ihre sozialen Errungenschaften einzuschränken und die wachsende Last der Rüstungen auf die Schultern der Werktätigen abzuwälzen.

Die aggressive Konzeption des kalten Krieges, der Mythos von der „kommunistischen Aggression", der von den USA zur Rechtfertigung ihrer Hegemonie in Europa benutzt wird, erlitt ein Fiasko. Der aggressive Kurs des Imperialismus in Europa wurde zunichte gemacht durch die aktive Außenpolitik der sozialistischen Länder, durch die konsequente Anwendung der Prinzipien der friedlichen Koexistenz zwischen Staaten unterschiedlicher Gesellschaftsordnung, durch die Politik, welche mit immer größerem Elan besonders nach dem XX. Parteitag der KPdSU verwirklicht wurde. Er wurde zunichte gemacht durch den Kampf der kommunistischen und Arbeiterparteien, durch die Aktionen der Volksmassen und durch die Aktivität breiter Kreise der Öffentlichkeit in Westeuropa. Die vereinigte Verteidigungsmacht der sozialistischen Staaten, die sich vor allem auf die technischen und wissenschaftlichen Errungenschaften der Sowjetunion stützt, errichtet eine Sperre auf dem Wege des Krieges.

Das atlantische Bündnis ist in eine Phase offener Krise geraten. Die Regierungskreise mancher westlicher Länder stellen den Wert und die Zweckmäßigkeit eines militärischen Bündnisses mit den USA oder die Beteiligung an den integrierten Streitkräften der NATO in Frage, die droht, ihre Staaten in einen Krieg hineinzuziehen, der mit deren nationalen Interessen nichts gemein hat. In den europäischen kapitalistischen Staaten verstärkten sich die Tendenzen, sich von der politisch-militärischen Vormundschaft der Vereinigten Staaten zu befreien. Gleichzeitig wächst die Besorgnis über das zunehmende Eindringen des amerikanischen Kapitals.

Auch die Gegensätze zwischen den nationalen Interessen der westeuropäischen Staaten und den expansiven Bestrebungen der Bundesrepublik, ihrem Streben nach einer dominierenden Position in der NATO, im gemeinsamen Markt und im Euratom haben sich verschärft.

Die Deutsche Demokratische Republik, welche das Potsdamer Abkommen verwirklicht hat, festigte ihre staatliche Souveränität und ihre internationale Bedeutung. Ihre wachsende Kraft und ihre konstruktive Friedenspolitik schieben den Plänen des westdeutschen Imperialismus einen starken Riegel vor. Die Anerkennung der DDR und die Verteidigung ihrer souveränen Rechte ist zu einer der Hauptaufgaben des Kampfes um die europäische Sicherheit geworden. Die Existenz und die Entwicklung eines sozialistischen deutschen Staates, der auf dem Boden des Friedens steht, besitzt nicht nur grundlegende Bedeutung für das deutsche Volk, sondern auch für den Frieden in ganz Europa.

Die Krise der Politik des kalten Krieges eröffnete den demokratischen und fortschrittlichen Kräften Westdeutschlands, die aufrichtig eine radikale Änderung der bisherigen Politik fordern und volle Unterstützung verdienen, neue Möglichkeiten. Der Wechsel der Regierung in Bonn wurde gerade durch diese Krise bewirkt. Aber nichts weist darauf hin, daß die neue Regierung der sogenannten großen Koalition in der westdeutschen Bundesrepublik von den imperialistischen Zielen ihrer Vorgänger Abstand nimmt. Im Gegenteil:

Trotz Erklärungen über friedliche Absichten beharrt sie auf ihrer Alleinvertretungsanmaßung, strebt sie weiterhin nach der Annexion der DDR, nach der Wiederherstellung Deutschlands in den Grenzen von 1937, will sie nicht das Münchner Diktat für null und nichtig anerkennen. Sie erhebt nach wie vor provokatorische Ansprüche gegenüber Westberlin und fordert Zugang zu Kernwaffen.

Gegenwärtig vollziehen sich in der öffentlichen Meinung Europas ernsthafte Veränderungen. Immer mehr wächst die Überzeugung, daß die imperialistische Politik der Spaltung Europas unfruchtbar und gefährlich ist. Zwischen Ländern mit unterschiedlicher Gesellschaftsordnung entwickeln sich Beziehungen der Zusammenarbeit, besonders auf dem Gebiet der Wirtschaft und Kultur. Bei den gegenseitigen Kontakten von Regierungsvertretern und gesellschaftlicher Kreise sozialistischer und kapitalistischer Länder vollzieht sich ein nützlicher Meinungsaustausch über Fragen der europäischen Sicherheit.

Die konstruktiven Vorschläge zur Festigung der Sicherheit und der friedlichen Zusammenarbeit in Europa, die von den sozialistischen Ländern in der Bukarester Deklaration der Mitgliedstaaten des Warschauer Vertrages, und auch die Vorschläge der kommunistischen Parteien der kapitalistischen Länder, die auf ihren Begegnungen und in ihren Beschlüssen unterbreitet wurden, bilden eine realistische Grundlage für die Festigung des Friedens und der Sicherheit in Europa.

Neue und positive Tendenzen treten in der sozialistischen und sozialdemokratischen Bewegung zutage, die sich in einigen Ländern Westeuropas für internationale Entspannun und das Zusammenwirken mit den Kommunisten aussprechen. Neue Tendenzen zeigen sich in christlichen Kreisen in bezug auf den sozialen Fortschritt und den Frieden. Es entstanden auch neue Möglichkeiten der Kontakte und der Zusammenarbeit zwischen den verschiedenen Gewerkschafts- und anderen demokratischen Organisationen. Die gemeinsame Aktion von Kommunisten, Sozialisten und Gläubigen für die Sache der Sicherheit in Europa kann ein wichtiger Faktor des Friedens auf unserem Kontinent werden.

Die Völker Europas wollen nie wieder Krieg! Sie wollen weder den kalten Krieg noch das „Gleichgewicht des Schreckens", das zu einem immer intensiveren Wettrüsten führt und das Risiko eines beabsichtigten oder zufälligen Konfliktes vergrößert.

Es ist höchste Zeit, in Europa neue, auf wahrhafte Entspannung und gegenseitigem Vertrauen gestützte Beziehungen herbeizuführen.

Deshalb werden wir Kommunisten, die wir unter verschiedenen nationalen Bedingungen wirken, keine Mühe scheuen, um ein System der kollektiven Sicherheit zu errichten und solche Beziehungen zwischen den Staaten herzustellen, die jegliche Möglichkeit der Aggression ausschließen und Europa und der Welt dauerhaften Frieden sichern werden. Das ist eine schwierige, aber reale Aufgabe.

II

Die kommunistischen und Arbeiterparteien Europas unterbreiten der öffentlichen Meinung und allen interessierten politischen und gesellschaftlichen Kräften ein Aktionsprogramm für die Schaffung eines Systems der kollektiven Sicherheit zur Erörterung, dem die Grundsätze der friedlichen Koexistenz von Staaten unterschiedlicher Gesellschaftsordnung zugrunde liegen. Dies setzt vor allem voraus, daß von allen europäischen Ländern die reale Lage respektiert wird, wie sie sich nach dem Kriege entwickelt hat. Das bedeutet:

— die Anerkennung der Unantastbarkeit der bestehenden Grenzen in Europa und insbesondere der Grenze an Oder und Neiße sowie der Grenze zwischen den beiden deutschen Staaten;

— die Anerkennung der Existenz zweier souveräner und gleichberechtigter deutscher Staaten: der Deutschen Demokratischen Republik und der westdeutschen Bundesrepublik, was von der Bundesrepublik den Verzicht auf die Alleinvertretungsanmaßung erfordert;

— die Verhinderung des Zutritts der Bundesrepublik zu Kernwaffen in jeglicher Form, darunter in der sogenannten europäischen, multilateralen oder atlantischen Form;

— Anerkennung, daß das Münchner Diktat vom Augenblick seines Abschlusses an ungültig ist.

Vor der europäischen Arbeiterbewegung und allen friedliebenden und demokratischen Kräften erhebt sich die Aufgabe, nach der Entfaltung friedlicher Beziehungen und der Zusammenarbeit zwischen allen europäischen Staaten auf der Grundlage der Prinzipien der Souveränität und Gleichberechtigung zu streben. Zu diesem Zweck ist es erforderlich, für eine Reihe von Zielen zu kämpfen, die in der neuen Lage erreichbar sind, insbesondere:

— der Abschluß eines Vertrages zwischen allen Staaten Europas über den Verzicht auf Anwendung oder Androhung von Gewalt in den gegenwärtigen Beziehungen sowie auf Einmischung in die inneren Angelegenheiten, eines Vertrages, der im Einklag mit den Grundsätzen der UN-Charta die Lösung aller strittigen Probleme ausschließlich mit friedlichen Mitteln gewährleisten würde;

— die Normalisierung der Beziehungen zwischen allen Staaten und der DDR wie auch zwischen den beiden deutschen Staaten und zwischen der besonderen politischen Einheit Westberlin und der DDR;

— die konsequente Verteidigung und Entwicklung der Demokratie in der Bundesrepublik, die zu fordern den Völkern die Erfahrungen der Geschichte und die entsprechenden internationalen Abkommen nach dem zweiten Weltkrieg das Recht geben. Dies bedingt die allseitige Unterstützung des Kampfes der fortschrittlichen Kräfte in der Bundesrepublik für das Verbot neonazistischer Organisationen und jeglicher revanchistischer Propaganda, für den Verzicht auf die Notstandsgesetze, für die Gewährleistung freier Betätigung für die demokratischen und friedliebenden Kräfte und für die Legalisierung der Kommunistischen Partei Deutschlands;

— den Abschluß eines Vertrages über die Nichtweiterverbreitung von Kernwaffen als weittragenden Schritt auf dem Wege der Beendigung des Wettrüstens.

Das System der europäischen Sicherheit muß die Anerkennung des Prinzips der Neutralität und der bedingungslosen Respektierung der Unantastbarkeit der neutralen Länder einschließen. Eine aktivere Friedenspolitik der neutralen Länder und ihr Beitrag zur Sache der Abrüstung würden die Schaffung eines solchen Systems begünstigen.

Besondere Bedeutung für alle Staaten gewänne die Liquidierung der künstlich errichteten Hindernisse in den Wirtschaftsbeziehungen zwischen den sozialistischen und kapitalistischen Ländern Europas, was eine fruchtbare europäische Zusammenarbeit einschließlich bedeutender Übereinkommen auf den Gebieten der Produktion und der wissenschaftlichen Forschung fördern wird.

Um eine Perspektive der Sicherheit und europäischen Zusammenarbeit zu eröffnen, sprechen wir uns entschieden für den Abschluß von Übereinkommen über Teillösungen besonders auf dem Gebiet der Abrüstung aus, denn sie schaffen ein günstiges Klima für weitergehende Abkommen. Alle Vorschläge, die in diesem Bereich von Regierungen, Parteien, gesellschaftlichen Organisationen, politischen Persönlichkeiten und Wissenschaftlern unterbreitet wurden, verdienen aufmerksame Erwägung. Unter diesen Vorschlägen besitzen jene besondere Aktualität, die die Liquidierung fremder Militärstützpunkte, den Abzug fremder Truppen vom Gebiet europäischer Staaten, die Schaffung atomwaffenfreier Zonen in Mitteleuropa, auf der Balkanhalbinsel, im Raum der Donaustaaten, in der Mittelmeerzone und in Nordeuropa betreffen; Zonen der verdünnten oder eingefrorenen Rüstungen oder überhaupt Zonen des Friedens und der Zusammenarbeit in verschiedenen Regionen des Kontinents.

Diese wie auch andere Schritte würden die Tendenzen zur Verstärkung des Rüstungswettlaufes aufhalten.

Das Herannahen des Termins des Gültigkeitsablaufes des Atlantikpaktes im Jahre 1969 nach den 20 Jahren, für welche er abgeschlossen wurde, stellt die klare Alternative mit aller Schärfe auf die Tagesordnung: ein Europa ohne militärische Blocks zu schaffen.

Es muß alles getan werden, um eine breite Bewegung der Friedenskräfte unseres Kontinents gegen die Erneuerung oder Modifizierung des Atlantikpaktes zu entwickeln. Diese Bewegung begünstigt der konstruktive Standpunkt der Staaten des Warschauer Vertrages, die wiederholt erklärten und in der Bukarester Deklaration erneut feierlich bestätigten, daß sie zu einer gleichzeitigen Auflösung beider Militärbündnisse bereit sind.

Wir unterstützen die Vorschläge dieser Staaten, die eine sofortige Verständigung über die Auflösung der militärischen Koalitionen des Atlantikpaktes und des Warschauer Vertrages betreffen.

Wir geben unserer Bereitschaft Ausdruck, alle Initiativen und Vorschläge zu unterstützen, die die Entspannung und Festigung der Sicherheit der Völker auf unserem Kontinent zum Ziel haben.

Wir unterstützen völlig den Vorschlag zur Einberufung der Konferenz aller europäischen Staaten, die den Problemen der Sicherheit und der friedlichen Zusammenarbeit in Europa gewidmet ist. Unterstützung verdient ebenfalls die Inititative zur Einberufung einer Konferenz der Vertreter aller europäischen Parlamente.

Die Festigung der Sicherheit und des Friedens in Europa wird den Völkern unseres Kontinents neue Perspektiven des Fortschritts und des Wohlstandes erschließen.

Vor den Völkern Europas stehen wichtige soziale, wirtschaftliche und kulturelle Probleme. Ein Europa, das von dem Wettrüsten befreit ist, welches riesige wirtschaftliche Reichtümer und die Früchte der Anstrengungen seiner Arbeiter, Ingenieure und Gelehrten verschlingt, wird imstande sein, nicht nur seinen Bewohnern ein hohes Lebensniveau zu sichern, sondern auch einen wertvollen Beitrag zur Entwicklung der ganzen Menschheit zu leisten.

Der Kampf um ein solches Europa ist aufs engste mit dem Kampf um die wahre nationale Unabhängigkeit, für die Demokratie, gegen die faschistischen und reaktionären Diktaturen, wie in Spanien, Portugal und Griechenland, verknüpft. Die Tatsache, daß die Regierungen Spaniens, Portugals und Griechenlands dem amerikanischen Imperialismus bei der Errichtung atomarer Stützpunkte besondere Erleichterung gewähren und dafür die Unterstützung der USA für ihre diskreditierten Regimes erhalten, zeugt davon, welche große Gefahr diese Regimes für Europa darstellen. Die kommunistischen und Arbeiterparteien Europas bringen ihre volle Solidarität und Unterstützung für die bedeutsamen einheitlichen Kämpfe der spanischen Arbeiter und demokratischen Kräfte zum Ausdruck sowie für alle Völker, die gegen reaktionäre Regimes, für Freiheit und Demokratie kämpfen.

Die Kommunisten, die immer gegen Imperialismus, Kolonialherrschaft und Neokolonialismus gekämpft haben, werden ihre Solidarität mit den Völkern verstärken, die noch um ihre nationale Befreiung kämpfen. Sie setzen sich für die Entwicklung neuer Beziehungen mit den Ländern Asiens, Afrikas und Lateinamerikas ein, auf der Grundlage der Achtung, der Unabhängigkeit und der Souveränität, der wirtschaftlichen Zusammenarbeit zum gegenseitigen Vorteil sowie der wirksamen Hilfe der industriell entwickelten Länder für die neu befreiten Länder, die den Weg des wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Fortschritts beschreiten.

III

Die kommunistischen und Arbeiterparteien Europas sind bereit, der Verwirklichung dieser Aufgaben des Friedens, des Fortschritts und der Demokratie alle ihre Kräfte zu widmen.

Unsere Bewegung, die in diesem Jahr den 50. Jahrestag ihres größten Sieges — der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution — feiert, ist zu einer mächtigen politischen Kraft geworden, die einen entscheidenden Einfluß auf die Entwicklung der ganzen Menschheit ausübt.

Jede kommunistische Partei trägt unter den spezifischen Bedingungen, unter denen sie kämpfen muß, die Verantwortung für ihre Politik vor der Arbeiterklasse und den Werktätigen des eigenen Landes, vor dem eigenen Volk. Gleichzeitig ist sich jede dieser Parteien ihrer internationalen Verantwortung für die Gewährleistung des Friedens, für die Gestaltung neuer, dem Geist unserer Epoche entsprechender Beziehungen zwischen den Völkern bewußt.

Dieses Verantwortungsbewußtsein gebietet uns, den kommunistischen Parteien Europas, unsere Kräfte für die Lösung dieser Probleme zu vereinen. Je stärker die Einheit und die Solidarität der kommunistischen und Arbeiterparteien in Europa und in der ganzen Welt — um so wirksamer unser Kampf!

Dieses Verantwortungsbewußtsein gebietet uns, vor allem an die Arbeiterklasse zu appellieren, die der hauptsächliche Schöpfer der materiellen Reichtümer, die bewußteste Klasse und die Vorhut der modernen Gesellschaft ist.

Wir wenden uns an die nächsten Verbündeten der Arbeiterklasse — die Bauernschaft, wie an die Mittelschichten, die alle zutiefst am Frieden und am Wohlstand interessiert sind. Die Arbeiter und alle Werktätigen Europas können, wenn sie Patriotismus und internationale brüderliche Solidarität vereinen, die entscheidende Rolle im Kampf um Frieden, europäische Sicherheit, Demokratie und sozialen Fortschritt auf unserem Kontinent spielen.

Wir wenden uns an die sozialistischen und sozialdemokratischen Parteien, die in der europäischen Arbeiterklasse großen Einfluß besitzen und in einer Reihe von Staaten Europas Regierungsverantwortung tragen. Die Erfahrung von Jahrzehnten hat bewiesen, daß die gemeinsame Aktion von Kommunisten und Sozialisten der Arbeiterklasse gestattet, einen entscheidenden Einfluß auf das politische Leben auszuüben und alle an der Erhaltung des Friedens und an politischen und sozialen Umgestaltungen interessierten Schichten der Gesellschaft um sich zu scharen.

Wir wenden uns an die Gewerkschaften Europas, die seit einem Jahrhundert die mächtigste Massenorganisation der Arbeiterklasse zur Verteidigung ihrer materiellen und sozialen Interessen sind. Wir rufen die Gewerkschaften auf, ihre Autorität und ihren Einfluß in die Waagschale des Kampfes um ein friedliches Europa zu werfen.

Wir wenden uns an die christlichen Kräfte, Katholiken und Protestanten, die Gläubigen aller Konfessionen, die in ihren religiösen Überzeugungen die Motive ihres Strebens nach Frieden und sozialer Gerechtigkeit finden.

Wir wenden uns an die Schriftsteller, die Kunstschaffenden, die Wissenschaftler, an die ganze europäische Intelligenz, deren beste Vertreter stets die Rechte und Freiheit des Menschen, die Unabhängigkeit der Völker, die internationale Zusammenarbeit und den Frieden verteidigt haben.

Wir wenden uns an die junge Generation Europas, deren Zukunft untrennbar mit dem Triumph der Ideen der kollektiven Sicherheit und des Friedens verbunden ist. Der Platz der Jugend ist die erste Reihe des Kampfes gegen Krieg, Reaktion und Faschismus, für Freiheit, Fortschritt und für Völkerfreundschaft!

Wir wenden uns an die Frauen, deren Rolle im gesellschaftlichen Leben ständig zunimmt und deren Teilnahme am Kampf für den Frieden und die Sicherheit des Lebens von so wesentlicher Bedeutung ist.

Wir wenden uns an die Gruppierungen innerhalb der Bourgeoisie, die sich der Realitäten unserer Epoche und der Gefahr eines Atomkrieges bewußt sind und ihre Länder von der Abhängigkeit von den USA befreien wollen und zu einer Politik der europäischen Sicherheit bereit sind.

Wir rufen alle friedliebenden Kräfte zur gemeinsamen Aktion auf, in jedem Land und im Maßstab des ganzen Kontinents breite Kampagnen, Massenaktionen für die nächsten praktischen Maßnahmen auf dem Wege der kollektiven Sicherheit in Europa zu führen.

Wir rufen sie auf, mit all ihrer Energie die Einberufung einer Konferenz der europäischen Staaten zu unterstützen.

Die Kommunisten der europäischen Länder sind tief davon überzeugt, daß sie mit der Verteidigung des Friedens und der Sicherheit ihres Kontinents gegen die Kräfte der Aggression und des Krieges im Interesse der Demokratie, des sozialen Fortschritts und der nationalen Befreiung, im Interesse der Völker der ganzen Welt handeln.

Dieser historische Augenblick erfordert Kühnheit und Initiative. Wir appellieren an alle Männer und Frauen guten Willens ohne Unterschied ihrer politischen Anschauungen und ihrer Parteizugehörigkeit, ihrer Nationalität oder ihres Glaubens, ihren Einfluß auszuüben und mit allen Mitteln für die Erreichung unseres gemeinsamen Zieles, den Frieden, zu arbeiten. Alles überwindend, was uns trennt, können wir die mächtige Kraft schaffen, die imstande ist, über Krieg und über die Ungewißheit des morgigen Tages zu triumphieren und den Weg zu einem dauerhaften Frieden und zum Wohlstand der Völker zu bahnen.

Die europäischen Völker sind imstande, selbst über die Fragen des Friedens und der Sicherheit ihres Kontinents zu entscheiden. Mögen sie die Geschicke Europas in ihre Hände nehmen.

Kommunistische Partei Belgiens, Frans van den Branden, stellvertretender Vorsitzender der Partei;

Bulgarische Kommunistische Partei, Todor Shiwkow, Erster Sekretär des Zentralkomitees;

Kommunistische Partei Dänemarks, Knud Jespersen, Vorsitzender der Partei;

Sozialistische Einheitspartei Deutschlands, Walter Ulbricht, Erster Sekretär des Zentralkomitees;

Kommunistische Partei Deutschlands, Max Reimann, Erster Sekretär des Zentralkomitees;

Sozialistische Einheitspartei Deutschlands-Westberlin, Gerhard Danelius, Parteivorsitzender;

Kommunistische Partei Finnlands, Aarne Saarinen, Vorsitzender der Partei;

Kommunistische Partei Frankreichs, Waldeck Rochet, Generalsekretär der Partei;

Kommunistische Partei Griechenlands, Apostolos Grozos, Vorsitzender des Zentralkomitees;

Kommunistische Partei Großbritanniens, John Gollan, Generalsekretär der Partei;

Irische Arbeiterpartei, Michael O'Riordan, Generalsekretär der Partei;

Kommunistische Partei Italiens, Luigi Longo, Generalsekretär der Partei;

Kommunistische Partei Luxemburgs, Dominique Urbany, Generalsekretär der Partei;

Kommunistische Partei Nordirlands, Hugh Moore, Generalsekretär der Partei;

Kommunistische Partei Österreichs, Franz Muhri, Vorsitzender der Partei;

Polnische Vereinigte Arbeiterpartei, Wladyslaw Gomulka, Erster Sekretär des Zentralkomitees;

Kommunistische Partei Portugals, Alvaro Cunhal, Generalsekretär der Partei;

Kommunistische Partei San Marinos, Ermenegildo Gasperoni, Generalsekretär der Partei;

Partei der Arbeit der Schweiz, Edgar Woog, Generalsekretär der Partei;

Kommunistische Partei der Sowjetunion, Leonid Breshnew, Generalsekretär des Zentralkomitees;

Kommunistische Partei Spaniens, Dolores Ibarruri, Vorsitzende der Partei;

Kommunistische Partei der Tschechoslowakei, Antonin Novotny, Erster Sekretär des Zentralkomitees;

Ungarische Sozialistische Arbeiterpartei, Janos Kadar, Erster Sekretär des Zentralkomitees;

Fortschrittspartei des Werktätigen Volkes Zyperns, Ezekiel Papaioannou, Generalsekretär.

Karlovy Vary, den 26. April 1967

BLÄTTER FÜR DEUTSCHE UND INTERNATIONALE POLITIK

Herausgeber: Hilde Bentele, Stuttgart; Prof. Gerhard Gollwitzer, Stuttgart; Prof. Dr. phil. Anton Neuhäusler, München; Manfred Pahl-Rugenstein, Köln; Prof. Dr. jur. Harold Rasch, Frankfurt/M.; Senatspräsident a. D. Dr. Hermann Rauschning, Portland (Oregon), USA; Innenminister a. D. Viktor Renner, Tübingen; Prof. Dr. phil. Hans Rheinfelder, München; Prof. Dr. jur. Helmut Ridder, Gießen; Oberbürgermeister i. R. Robert Scholl, München; Karl Graf von Westphalen, Bonn; Prof. D. Ernst Wolf, Göttingen.

Redaktion: Paul B. Neuhöffer, Johannes Weidenheim.

Verlag: Pahl-Rugenstein Verlag, Köln.

Verantwortlich für den Inhalt: Johannes L. Schmidt, Solingen.

Die „Blätter für deutsche und internationale Politik" sind durch jede Buchhandlung, durch die Post und direkt vom Verlag zu beziehen. Sie erscheinen einmal monatlich zum Preise von DM 3,—, zuzüglich DM —,20 Porto. Der Abonnementspreis beträgt DM 2,50 (für Studenten DM 2,—), zuzüglich DM —,20 Porto. Der Auslandsabonnementspreis beträgt einschließlich Porto (ohne Luftpostzuschläge) sfr 18,75 halbjährlich, sfr 37,50 jährlich; ö. Sch 112,50 halbjährlich, ö. Sch. 225,— jährlich; hfl 16,75 halbjährlich, hfl 31.50 jährlich; belg. fr. 217,50 halbjährlich, belg. fr 435,— jährlich; NF 21,25 halbjährlich, NF 42,50 jährlich; £ 1.11.1. halbjährlich, £ 3.2.2. jährlich; Lire 2700 halbjährlich, Lire 5400 jährlich; dkr 30,— halbjährlich, dkr 60,— jährlich; skr 22,50 halbjährlich, skr 45,— jährlich; nkr 31,— halbjährlich, nkr 62,— jährlich; $ 4,40 halbjährlich, $ 8,80 jährlich. Die Abonnementsauslieferung in andere Währungsgebiete erfolgt nach den geltenden Verrechnungsbestimmungen.

Postscheck: Köln 65 14. Bankverbindung: Deutsche Bank Köln. Erfüllungsort ist Köln.

Namentlich gezeichnete Beiträge geben die persönliche Meinung des Verfassers wieder und stellen nicht unbedingt die Auffassung der Herausgeber und der Redaktion dar. Für unverlangt eingesandte Manuskripte wird keine Gewähr übernommen. Nachdruck nur mit Zustimmung der Redaktion.

Anschrift von Verlag und Redaktion: 5 Köln, Barbarossaplatz 2, Tel.: 21 53 36.

Druck: Druckerei Peter Millard & Co KG, Köln.

Bemerkungen

Prof. Dr. Bernard Delfgaauw ist Dekan der philosophischen Fakultät der Universität Groningen/Niederlande.

Knut Nevermann, geb. 1944 in Hamburg, studierte Rechtswissenschaft in Hamburg, München und seit 1965 an der Freien Universität Berlin; von April 1966 bis März 1967 war er Vorsitzender des Allgemeinen Studenten-Ausschusses an der FU; seit März 1967 ist er Vorsitzender des Ausschusses für politische Bildung im Verband Deutscher Studentenschaften.

Klemens Kęplicz ist Publizist, stellvertretender Chefredakteur der Abteilung Informations- und Pressedienst der polnischen Interpress-Agentur, Vorsitzender des Klubs der Internationalen Publizistik beim Polnischen Journalistenverband in Warschau. Buchveröffentlichungen u. a.: Stare Indie w nowym swiecie (Altes Indien in einer neuen Welt), Poczdam dwadziescia lat pózniej (Potsdam zwanzig Jahre später).

Prof. Dr. Hans-Werner Bartsch, D. D., geb. 1915 in Kiel, promovierte 1939 in Heidelberg zum Dr. theol., danach 20 Jahre Pastor in Lauenburg und Hessen, 1959 Habilitation in Frankfurt/Main, jetzt Ordinarius für ev. Theologie an der Abteilung für Erziehungswissenschaften der Johann-Wolfgang-Goethe-Universität in Frankfurt/Main; für zwei Semester Gastprofessor am Bethany Theological Seminary in Chicago. Veröffentlichungen: Neutestamentliche Arbeiten und Herausgabe der Sammlung Kerygma und Mythos, bisher acht Bände und Ergänzungsbände.

Die in unserem Heft 6/1967 angekündigte Dokumentation über die Vorgänge anläßlich des Schah-Besuchs in München, Westberlin und Hamburg ist so umfangreich, daß sie in einer Ausgabe der „Blätter" keinen Platz findet. Der Verband Deutscher Studentenschaften gibt demnächst im Pahl-Rugenstein Verlag diese Dokumentation gesondert heraus. Die Broschüre wird ungefähr 2,50 DM kosten.

Die in diesem Heft veröffentlichte Arbeit von Knut Nevermann erscheint in diesen Tagen als Sonderdruck in der Reihe „Argumente zur Zeit" des Pahl-Rugenstein Verlags zum Preis von 1,50 DM (für Studenten 0,75 DM).

Es schrieben bisher u. a.

Prof. Dr. Wolfgang Abendroth
Heinz Abosch
Frank Allaun, M. P.
Dr. Walther Ammann
Dr. Günther Anders
Stefan Andres
Prof. Manfred v. Ardenne

Prof. Dr. Geoffrey Barraclough
Friedhelm Baukloh
Prof. Dr. Dr. Hans Bayer
Arno Behrisch
Schalom Ben-Chorin
Prof. Dr. Max Bense
Carl Bloice
Heinrich Böll
Bogislaw v. Bonin, Oberst a. D. i. G.
William Borm, MdB
Dr. Achim v. Borries
Lord Boyd Orr, D. S. O., M. C., F. R. S., LL. D.
Klemens Brockmöller S. J.
Fenner Brockway, M. P.

Prof. Dr. Vittorio de Caprariis
Kanonikus John Collins
Prof. Dr. Hans Conzelmann
Eberhard Czichon

Dr. Wilfried Daim, Wien
Dr. Gustavo Davidson San Juan
Harold Davies, M. P.
Dr. Karlheinz Deschner
Roshan Dhunjibhoy
Volkskammerpräsident Dr. Johannes Dieckmann

Klaus Ehrler, M. A.
Prof. Dr. Fritz Eichholtz
Dr. Helga Einsele
Vera Elyashiv
Bernt Engelmann
Dr. Hans Magnus Enzensberger
Dr. Hermann Etzel

Staatssekretär a. D. Dr. Gustav Felck
Dr. Erwin Fiaschberger
Prof. Dr. Ossip K. Flechtheim
Prof. Dr. Dr. Friedrich Wilhelm Foerster, PH, D., D. D. †
Ragnar Forbech
Dr. Hildegard Forres
Gertrud v. le Fort
Prof. Dr. Wolfgang Friedmann
Prof. Dr. Ragnar Frisch
Prof. Dr. Erich Fromm
Prof. D. Emil Fuchs

Christian Geißler
Albrecht Goes
Prof. D. Helmut Gollwitzer
Prof. Dr. Wilfried Gottschalch
Dr. Walter Grab, Tel-Aviv
Dr. Jacques Otto Grézer
Kurt R. Grossmann
Propst D. Dr. Heinrich Grüber
Max von der Grün

Prof. Dr. Wilmont Haacke
Sebastian Haffner
Prof. Dr. Werner Hahlweg
Prof. Dr. George W. F. Hallgarten
Staatssekretär Dr. Hildegard Hamm-Brücher

Rechtsanwalt Heinrich Hannover
Prof. Dr. Wilhelm Hasenack
Dr. Hanns-Jochen Hauß
Dr. Friedrich Heer
Horst Heiden
Botschafter a. D. Dr. Werner Otto v. Hentig
Prof. D. Dr. Johannes Hessen
Dr. Rudolf Hilf
Kurt Hirsch
Egbert Hoehl
Dr. Emil Hoffmann
Prof. Dr. Werner Hofmann
Hans Heinz Holz
Prof. D. J. L. Hromadka

Prof. D. Hans Joachim Iwand †

Hans Henny Jahnn †
Mervyn Jones

Dr. Victor Kadalie
Prof. Dr. Erich Kahler
Dr. Robert M. W. Kempner
Hans Hellmuth Kirst
Dietrich Kittner
Prof. Dr. Friedrich Klein
Dr. Arno Klönne
D. D. Heinz Kloppenburg
Dr. Fritz Köhler
Dr. Oswald A. Kohut
Prof. Dr. Erich Küchenhoff
Prof. Dr. Karl Kupisch

Prof. Dr. Dr. Manfred Lachs
Prof. Dr. Heinz Langerhans
Prof. Dr. Bernard Lavergne
Sidney Lens
Dr. jur. Walter Lewald
Dr. Jonas Lesser
Dr. Carlo Levi
Prof. Dr. Hanns Linhardt
Dieter Linz
Hans Lipinsky-Gottersdorf
Peter J. Loewenberg
Albert J. Luthuli

Prof. Dr. Walther Maas
Prof. Dr. Werner Malhofer
Dr. Bodo Manstein
Dr. Lily E. Marx
Dr. Basil Mathiopoulos
Prof. Dr. L. L. Matthias
Prof. Dr.-Ing. e. h. Dr. phil. e. h. Ernst May
Dr. Peter Meier, Zürich
Prof. Seymour Melman
Prof. Dr. Daniil Melnikow
Prof. Dr. med. Heinrich Meng
Prof. Dr. Eberhard Menzel
Jules Moch, Paris
Herbert Mochalski
Senator Wayne Morse
Kalixte Mukendi

Prof. Dr. Oswald v. Nell-Breuning S. J.
Prof. Dr. Anton Neuhäusler
Anna Niekiewicz
Reinhard Opitz
Prof. D. Dr. Laszlo Márton Pákozdy
Sven G. Papcke
Dr. Wolfgang Pfaf
Prof. Dr. Linus Pauling

Unterrichtsminister Helveg Petersen (Dänemark)
Ulrich K. Preuß
Prof. Dr. Helge Pross
Prof. L. A. Puntila

Außenminister Dr. Adam Rapacki
Prof. Dr. Harold Rasch
Prof. Dr. A. J. Rasker
Dr. Hermann Rauschning
Prof. Dr. Marcel Reding
Prof. Dr. Gerhard Reintanz
Stefan Reisner
Dr. Anton Reithinger
Dr. Felix Rexhausen
Prof. Dr. Hans Rheinfelder
Prof. Dr. Helmut Ridder
Prof. Dr. Renate Riemeck
Prof. Dr. Karl Rode
Senator Henry Rolin
Rudolf Rolfs
Earl Bertrand Russell

Paul Schallück
Prof. Dr. Franz B. Schick, Salt Lake City
Oberlandesgerichtspräsident i. R. Dr. Richard Schmid
Prof. Dr. Franz Paul Schneider
OB i. R. Robert Scholl
Prof. Dr. Rudolf Schottlaender
Prof. Dr. Levin Schücking †
Hermann Schwann
Prof. Dr. Dr. Hans-Adalbert Schweigart
Prof. Dr. Wolfgang Schweitzer
Prof. Dr. Michael Seidlmayer †
Dr. Seiei Shinohara
William L. Shirer
Julius Silvermann, M. P.
Karl Stankiewitz
Prof. Dr. Alexander Schenk Graf v. Stauffenberg †
Prof. Dr. Max Steenbeck
Kurt Steinhaus
Prof. Dr. Karl Stoevesandt
Stephen Swingler, M. P.
Horst Symanowski
Dr. Jerzy Sztucki, Warschau

Dr.-Ing. Jan Friedrich Tönnies
Tomas Torsvig
Dragoljub Trailović, Belgrad
Prof. Dr. Gregori Tunkin

Prof. Dr. John E. Ullmann

Prof. Dr. Imre Vajda
Prof. Dr. Todor Vladigerov
Prof. D. Heinrich Vogel

H. Günter Wallraff
William Warbey, M. P.
James P. Warburg
Rudolf Weckerling
Dr. Joseph Weill
Günther Weisenborn
Prof. Dr. Dr. Wilhelm Wengler
Prof. Dr. Aloys Wenzl
Jochen Willke
Hans Wirtz
Claudia Wolff

Konni Zilliacus, M. P.
Anton Zischka
Gerhard Zwerenz

Bemerkungen

Prof. Dr. Bernard Delfgaauw ist Dekan der philosophischen Fakultät der Universität Groningen/Niederlande.

Knut Nevermann, geb. 1944 in Hamburg, studierte Rechtswissenschaft in Hamburg, München und seit 1965 an der Freien Universität Berlin; von April 1966 bis März 1967 war er Vorsitzender des Allgemeinen Studenten-Ausschusses an der FU; seit März 1967 ist er Vorsitzender des Ausschusses für politische Bildung im Verband Deutscher Studentenschaften.

Klemens Kęplicz ist Publizist, stellvertretender Chefredakteur der Abteilung Informations- und Pressedienst der polnischen Interpress-Agentur, Vorsitzender des Klubs der Internationalen Publizistik beim Polnischen Journalistenverband in Warschau. Buchveröffentlichungen u. a.: Stare Indie w nowym swiecie (Altes Indien in einer neuen Welt), Poczdam dwadziescia lat pózniej (Potsdam zwanzig Jahre später).

Prof. Dr. Hans-Werner Bartsch, D. D., geb. 1915 in Kiel, promovierte 1939 in Heidelberg zum Dr. theol., danach 20 Jahre Pastor in Lauenburg und Hessen, 1959 Habilitation in Frankfurt/Main, jetzt Ordinarius für ev. Theologie an der Abteilung für Erziehungswissenschaften der Johann-Wolfgang-Goethe-Universität in Frankfurt/Main; für zwei Semester Gastprofessor am Bethany Theological Seminary in Chicago. Veröffentlichungen: Neutestamentliche Arbeiten und Herausgabe der Sammlung Kerygma und Mythos, bisher acht Bände und Ergänzungsbände.

Die in unserem Heft 6/1967 angekündigte Dokumentation über die Vorgänge anläßlich des Schah-Besuchs in München, Westberlin und Hamburg ist so umfangreich, daß sie in einer Ausgabe der „Blätter" keinen Platz findet. Der Verband Deutscher Studentenschaften gibt demnächst im Pahl-Rugenstein Verlag diese Dokumentation gesondert heraus. Die Broschüre wird ungefähr 2,50 DM kosten.

Die in diesem Heft veröffentlichte Arbeit von Knut Nevermann erscheint in diesen Tagen als Sonderdruck in der Reihe „Argumente zur Zeit" des Pahl-Rugenstein Verlags zum Preis von 1,50 DM (für Studenten 0,75 DM).